

JAROMÍR BALCAR

Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft.
Wiedergründung – Umgründung – Neugründung

Preprint 7



gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

JAROMÍR BALCAR

**Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft.
Wiedergründung – Umgründung – Neugründung**

Preprint 7

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 7

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka

Bezugsadresse

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin
E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Redaktion: Birgit Kolboske
Lektorat: Katja Klee
Satz: doppel punkt Kommunikationsdesign
Druck: Daab Druck & Werbe GmbH

Erscheinungsjahr: 2019
Ort: Berlin
ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren
Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de>
DOI: 10.17617/2.3055636

Dank

Die vorliegende Studie geht zurück auf konzeptionelle Überlegungen zur Gründungsgeschichte der MPG, die ich im Rahmen des *Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft* Ende 2016 erstmals vorgestellt habe. Die Einladung zu einem Vortrag im Rahmen des *Max-Planck-Tages* am 14. September 2018 gab mir die Gelegenheit, meine Thesen einem sachkundigen Publikum an historischem Ort zu präsentieren – nämlich im „Kameradschaftshaus“ der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* in Göttingen, wo die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. am 26. Februar 1948 offiziell aus der Taufe gehoben worden ist. Im November 2018 folgte ein weiterer Vortrag, diesmal auf Einladung der Altstipendiaten der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, der im *Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation* in Göttingen stattfand. Denjenigen, die diese Veranstaltungen (mit-)organisiert haben, danke ich ebenso wie allen, die sich an den angeregten und anregenden Diskussionen beteiligten.

In besonderer Dankesschuld stehe ich bei den Kolleginnen und Kollegen des *Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*, die den vorliegenden Text in verschiedenen Stadien mit mir diskutierten und dabei mit Kritik, Hinweisen und Vorschlägen nicht geizten. Das Lektorat übernahm Katja Klee, bei der ich mich als Autor einmal mehr in den besten Händen wusste. Dass aus einem unfertigen Manuskript *just in time* ein Druckwerk geworden ist, liegt vor allem an Birgit Kolboske, die den Prozess von der Vereinheitlichung der Formalia in den Fußnoten bis zur Abgabe der satzfertigen Datei mit großer Umsicht steuerte und dabei viel Zeit opferte, die sie eigentlich gar nicht hat. Für etwaige Fehler, die trotzdem noch im Text verblieben sein sollten, trage ich alleine die Verantwortung.

Gewidmet dem Andenken an Hermann Graml (1928–2019) und Jürgen Zarusky (1958–2019), die nicht nur mir fehlen werden.

Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung

1. Einleitung	7
2. Die KWG in Krieg und Nachkrieg	12
2.1 Die „West-Verschiebung“ der KWG	12
2.2 Besatzer und Besetzte	17
3. Westverschiebung und Wiederaufbau: Die Institute in der Zusammenbruchsgesellschaft	45
3.1 Die kriegsbedingte Verlagerung von Forschungsstätten und ihre Folgen	47
3.2 Tiefe Einschnitte beim Personal der Institute	51
3.3 Finanzielle Probleme als Hindernis für den Wiederaufbau	54
3.4 Raummangel	57
3.5 Schäden am wissenschaftlichen Inventar	59
3.6 Faktoren der Krisenbewältigung	61
4. <i>Translatio Imperii</i>: Die Wiedergründung der KWG als MPG	69
4.1 Der Weg nach Bad Driburg	69
4.2 Die Ausdehnung der MPG auf die drei Westzonen und auf West-Berlin	75
5. Die Länder übernehmen – Zur Finanzgeschichte in der Gründungsphase der MPG	85
5.1 Von der Hand in den Mund: Forschungsfinanzierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit	85
5.2 Das Königsteiner Abkommen vom 1. April 1949 und die MPG	90
5.3 Der schwere Abschied von der KWG	102
6. Kontinuität und Wandel: Zur Governance der MPG in der Frühphase	110
6.1 Die Satzung von 1948	110
6.2 Die personelle Erstaussstattung des MPG-Senats	115
6.3 Wechselseitige Abhängigkeiten in der Führungsspitze: Otto Hahn und Ernst Telschow	127
6.4 Die Zeichen stehen auf Wandel	140
7. Zusammenfassung	143
8. Quellen- und Literaturverzeichnis	154
8.1 Ungedruckte Quellen	154
8.2 Gedruckte Quellen und Literatur	154
9. Abkürzungsverzeichnis	172
10. Personenregister	174

1. Einleitung

Rückblickend markiert der 3. Januar 1946 ein wichtiges Datum in der Geschichte der *Max-Planck-Gesellschaft*, auch wenn es die MPG an jenem Tag noch gar nicht gegeben hat und sich heute kaum jemand der Bedeutung dieses Datums für die weitere Entwicklung der (west-)deutschen Wissenschaftslandschaft bewusst ist. An jenem 3. Januar 1946 kehrte der Nobelpreisträger Otto Hahn aus England zurück, wo er – gemeinsam mit anderen führenden deutschen Atomforschern – über ein halbes Jahr lang auf dem malerischen Landsitz Farm Hall interniert gewesen war. Kaum in Göttingen aus dem Flugzeug geklettert, erreichte Hahn ein Befehl des Leiters der *Research Branch* der britischen Militärregierung, Brigadegeneral Frank Spedding. Die knappe Order lautete auf „Wiedereingangsetzung der deutschen Wissenschaft, vor allem auch der Kaiser-Wilhelm-Institute, soweit sie sich auf englisch besetztem Gebiet befinden“.¹ Um zu verstehen, wie es zu diesem Befehl kam, was er konkret bedeutete und welche weitreichenden Konsequenzen er nach sich zog, analysiert der vorliegende Beitrag zum einen die Gründungsgeschichte der MPG. Zum anderen untersucht er ihre Finanzierung sowie die internen und externen Mechanismen, mit denen sie geleitet und gelenkt wurde – Organisationssoziologen und Wirtschaftswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von Governance.

Angesichts ihrer heutigen Bedeutung als nicht mehr wegzudenkendem Eckpfeiler des – zunächst westdeutschen, seit 1990 gesamtdeutschen – Forschungssystems scheinen Gründung und Entwicklung der MPG im Rückblick folgerichtig, ja geradezu zwangsläufig gewesen zu sein. Für die Zeitgenossen indes war die Entwicklung, die von der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* mehr oder weniger bruchlos in die MPG führte, nicht absehbar gewesen. Dem stand immerhin der erklärte Wille der Amerikaner entgegen, die KWG als eine „Institution des Dritten Reichs“ aufzulösen.² Zur Begründung verwies die US-Militärregierung darauf, dass der Anteil des Staates an der Finanzierung der KWG in der NS-Zeit deutlich zugenommen hatte. Darüber hinaus machten die Amerikaner der KWG zum Vorwurf, in großem Umfang Kriegsforschung betrieben zu haben.³ Völlig ausgeblendet blieb dabei sogar noch, in welchem Ausmaß sich deutsche Wissenschaftler – auch aus der KWG – in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt und an dessen Verbrechen mitgewirkt hatten, indem sie bedenkenlos die Möglichkeiten nutzten, die das NS-Regime zur Entgrenzung ihrer Forschungen eröffnete. Die „Auschwitz-Dahlem-

1 Zitiert nach Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 279. — Otto Gerhard Oexle: Wie in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft entstand. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1994*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1994, 43–60, 43–60.

2 Manfred Heinemann: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 407–470, hier 408.

3 Wie berechtigt dieser Vorwurf war, hat die Präsidentenkommission zur Untersuchung der KWG im Nationalsozialismus herausgearbeitet. Siehe Helmut Maier: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen: Wallstein 2007. — Helmut Maier (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Göttingen: Wallstein 2002.

Connection“ (Benoît Massin), die das *Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* mit dem berüchtigten KZ-Arzt Josef Mengele verband,⁴ war ja nur die Spitze dieses Eisbergs gewesen. Stellt man all dies in Rechnung, musste der Fortbestand der KWG bzw. ihres Organisationsmodells in der Nachkriegszeit überaus ungewiss erscheinen. Erst eine Reihe kontingenter Entwicklungen, die bereits während des Kriegs einzusetzen begannen, sowie spezifische Konstellationen nach Kriegsende führten dazu, dass es schließlich doch anders kam: Die Organisationsform der KWG, außeruniversitäre Forschungsinstitute unterschiedlicher Fachrichtungen unter einem gemeinsamen Dach zu vereinigen, blieb schließlich doch erhalten – und zwar in Gestalt der MPG.

Die vorliegende Studie untersucht zum einen, wie und warum dies gelang und welche Personen bzw. Institutionen dazu maßgeblich beitrugen. Damit geraten die Akteurskonstellationen in den Blick, insbesondere das sich wandelnde Verhältnis zwischen den Deutschen und den Alliierten in den vier Besatzungszonen, aber auch alternative Entwicklungsmöglichkeiten in Gestalt der Gründung völlig neuer Wissenschaftsorganisationen wie beispielsweise einer *Deutschen Forschungshochschule*, die zeitweilig erwogen wurde.⁵ Zum anderen geht diese Arbeit der Frage nach, wie in einer Zeit bitterer Armut und schwerster materieller Not die Finanzierung der MPG sichergestellt werden konnte und wie deren Lenkungs- und Leitungsstrukturen ausgestaltet wurden. Die Analyse von Finanzen und Governance soll nicht zuletzt zu einem besseren Verständnis beitragen, wie die Institution MPG in ihrer Gründungsphase funktionierte. Die übergreifende, alle Teile dieser Untersuchung verbindende Fragestellung lautet, in welchem Mischungsverhältnis Kontinuität und Wandel standen, und zwar über die Epochenzäsur von 1945 hinweg. Als Gradmesser und intertemporale Vergleichsebene dient dabei nicht allein die NS-Zeit, sondern auch die ihr vorangegangene Periode der Weimarer Republik. Weitgehend ausgeblendet bleiben hier zwei Themenbereiche, die von Kolleginnen und Kollegen aus dem *Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft* untersucht und die an anderer Stelle ausführliche Behandlung finden werden: zum einen die Wissenschaftsgeschichte im engeren

4 Zur Beteiligung von Forscherinnen und Forschern des *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* an NS-Verbrechen siehe insbesondere Benoît Massin: Mengele, die Zwillingforschung und die „Auschwitz-Dahlem Connection“. In: Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Göttingen: Wallstein 2003, 201–251. — Hans-Walter Schmuhl: *Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*. Göttingen: Wallstein 2005. — Hans Hesse: *Augen aus Auschwitz. Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung. Der Fall Dr. Karin Magnussen*. Essen: Klartext 2001. — Siehe auch Hans-Walter Schmuhl: Rasse, Rassenforschung, Rassenpolitik. Annäherungen an das Thema. In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein 2003, 7–37. — Obwohl die *Präsidentenkommission Geschichte der KWG im Nationalsozialismus* all dies umfassend aufgearbeitet hat, scheint der Grad der Mitwirkung ihrer Vorgängerorganisation an NS-Verbrechen in der MPG selbst bis heute nur unvollkommen verstanden worden zu sein. Noch im 2016 erschienenen offiziellen *Handbuch zur Institutionengeschichte der KWG/MPG* liest man folgende verharmlosende Darstellung: „Die Wissenschaftler in den Kaiser-Wilhelm-Instituten taten im Kriege, was sie für ihre vaterländische Pflicht hielten, in der gegenwärtigen wissenschaftshistorischen Forschung als ‚Selbstmobilisierung‘ beschrieben oder als vorauseilender Gehorsam begriffen. Aus heutiger Sicht wurde dabei in vielen Fällen die Integrität der Wissenschaft verletzt, etwa im Zusammenhang mit der Ostexpansion oder der Euthanasie, wie eine unabhängige Historikerkommission zum Verhalten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft festgestellt hat.“ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 7.

5 Inga Meiser: *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2013.

Sinn, also die Forschung, die in den einzelnen Kaiser-Wilhelm- und Max-Planck-Instituten betrieben wurde, zum anderen der Aspekt der persönlichen und institutionellen NS-Belastung führender Repräsentanten der KWG/MPG sowie deren „Vergangenheitspolitik“ (Norbert Frei).⁶

Im Folgenden sollen zunächst die wichtigsten Entwicklungslinien, die zur Gründung der MPG führten, nachgezeichnet werden. Dabei erscheint der Gründungsakt selbst nicht als ein isoliertes Ereignis, sondern als Teil eines längeren Prozesses, der in der letzten Kriegsphase begann und erst im Lauf der 1950er Jahre zum Abschluss kam. Als erstes wird die „West-Verschiebung“ der KWG im Zuge des Zweiten Weltkriegs untersucht, danach ausführlich die Akteurskonstellationen im Zusammenspiel von Besatzern und Besetzten (2). Der folgende Abschnitt wirft einen Blick auf die Institutsebene, um zu analysieren, welche Auswirkungen die letzte Kriegsphase und die Besetzung Deutschlands auf die Forschungsstätten der KWG zeitigten. Die Zielsetzung lautet, in synoptischer Zusammenschau die Probleme herauszuarbeiten, mit denen die Institute in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu kämpfen hatten – aber auch, wie sie diese schließlich meisterten (3). Danach geht es um die Gründung – besser gesagt: die Gründungen – der MPG, wobei zunächst diejenigen Faktoren herausgearbeitet werden, die die 1946 erfolgte Gründung in der britischen Zone begünstigt haben, um anschließend die Ausdehnung auf alle drei westlichen Besatzungszonen und den Westteil Berlins nachzuzeichnen (4). Neben der Prozesshaftigkeit der MPG-Gründung wird deutlich werden, wie eng die Entwicklung der KWG/MPG mit der Deutschlands bzw. Westdeutschlands verbunden war, wenngleich dieser Aspekt aus arbeitsökonomischen Gründen oft nur angedeutet werden kann. Vor diesem Hintergrund erfolgt schließlich die Analyse der Entstehung des Finanzierungsmodus (5) sowie der Governance-Strukturen der MPG (6). Während bei der Finanzierung ganz neue Wege beschritten wurden, folgten die Lenkungs- und Leitungsstrukturen, in denen ein beachtliches Maß an personeller Kontinuität herrschte, doch weitgehend den ausgetretenen Pfaden der KWG. Allerdings bewirkte der Übergang vom „Führerstaat“ zur bundesrepublikanischen Mehrebenendemokratie spürbare Veränderungen, und zwar zum einen in der Zusammensetzung der Leitungsgremien, zum anderen in den Handlungsspielräumen der leitenden Akteure.

Den einzelnen Abschnitten liegt – in Abhängigkeit vom jeweiligen Forschungsstand – eine unterschiedliche Materialbasis zugrunde. Als bereits gut erforscht können die eigentliche Gründungsgeschichte der MPG,⁷ die dabei ausschlaggebenden Beziehungen zwischen den Deutschen und den (West-)Alliierten⁸ wie überhaupt die Geschichte Deutschlands unter alli-

6 Siehe dazu Florian Schmaltz et al. (Hg.): *Research Program History of the Max Planck Society. Report 2014–2017*. Berlin 2017, 46–68 (zu den wissenschaftsgeschichtlichen Cluster-Studien) und 39–45 (zur Vergangenheitspolitik der MPG).

7 Einen guten Einstieg bietet der Überblick von Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Jürgen Renn, Birgit Kolboske und Dieter Hoffmann (Hg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 5–120. — Nach wie vor grundlegend zur Gründungsgeschichte der MPG ist die Studie von Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470. — Die Gründungsgeschichte in Kurzform bei Birgit Kolboske et al.: Die Anfänge eines Forschungsriesen. *Damals. Das Magazin für Geschichte* 50/2 (2018), 10–13.

8 Dazu insbesondere Otto Gerhard Oexle: *Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu „Kopenhagen“, „Farm Hall“ und „Göttingen“*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2003. — Oexle, Wie in Göttingen, 1994, 43–60.

ierter Besatzung gelten.⁹ Die *Präsidentenkommission Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, deren Studien vielfach auch die Jahre unmittelbar nach Kriegsende umfassen, hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.¹⁰ Da die Aktenbestände der KWG/MPG von diesen und anderen Untersuchungen bereits vielfach ausgewertet und zentrale Dokumente publiziert worden sind,¹¹ erschien es aus arbeitsökonomischen Gründen angängig, die Kapitel 2 und 4 der vorliegenden Studie weitgehend aus der einschlägigen Literatur zu erarbeiten. Das Ziel dieser Abschnitte lautet, die einzelnen Untersuchungen und ihre Erzählstränge – wie ein Puzzle – zu einem Gesamtbild zusammensetzen und in einer kohärenten Interpretation zusammenzuführen. Die Analyse der Institute in Kapitel 3 beruht, neben einzelnen publizierten Institutsgeschichten, in erster Linie auf den Beiträgen in der 1949 für Otto Hahn erarbeiteten Festschrift, in denen die Institutsdirektoren die Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit bilanzierten.¹²

Was dagegen Finanzen und Governance der MPG betrifft, wurde in der vorliegenden Literatur noch kein befriedigender Forschungsstand erreicht.¹³ Daher sind diese Abschnitte zum Großteil aus den Akten erarbeitet, die im *Archiv der Max-Planck-Gesellschaft* in Berlin-Dahlem lagern. Konkret beschränkte sich die Quellenrecherche weitgehend auf die Protokolle der Leitungsgremien der MPG: vor allem auf ihren Senat und Verwaltungsrat, aber auch auf den Wissenschaftlichen Rat und seine Sektionen. Die Protokollserien umfassen nicht nur die Niederschriften selbst, sondern auch deren Entwürfe (darunter teilweise Wortprotokolle), den Vor- und Nachlauf, die teilweise sehr umfangreiche Korrespondenz zu den einzelnen Sitzungen und sämtliche Tischvorlagen. Damit ist die Quellengrundlage gut, aber noch nicht umfassend. Die Sachakten der Verwaltung, die Vor- und Nachlässe der Mitglieder von KWG und MPG sowie das in der Registratur der Generalverwaltung in München lagernde Schriftgut – all das, was momentan im Rahmen des *Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft* umfassend

9 Einen Überblick geben die Beiträge Wolfgang Benz: *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999. — Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München: Beck 2014, 549–617.

10 Eine Übersicht und Gesamtbewertung gibt die Sammelrezension von Mitchell G. Ash: Rezension: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118. doi:<https://doi.org/10.1007/s00048-009-0011-8>. — Für diese Studie von besonderer Bedeutung ist die Untersuchung von Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein 2007.

11 Siehe beispielsweise die verdienstvolle, von der Generalverwaltung der MPG herausgegebene Edition *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft 1961.

12 Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949 vom 8. 3. 1949, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186 (im Folgenden zitiert als „FS Hahn“).

13 Wertvolle Einblicke in die Finanzgeschichte der MPG bieten Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus 1990. — Einen knappen Überblick über beide Bereiche gibt Rüdiger Hachtmann: Strukturen, Finanzen und das Verhältnis zur Politik. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 60–69.

digitalisiert wird¹⁴ – sollen zu einem späteren Zeitpunkt herangezogen und in dieses Manuskript eingearbeitet werden. Dabei sind nicht nur empirische Ergänzungen, sondern möglicherweise auch inhaltliche Korrekturen und Modifikationen der Interpretation zu erwarten. Insofern handelt es sich bei dem vorliegenden Text um einen Preprint im echten Sinne des Wortes.

14 Zum Digitalisierungskonzept siehe Schmaltz et al., *Research Program History of the Max Planck Society*, 2017, 69–78.

2. Die KWG in Krieg und Nachkrieg

2.1 Die „West-Verschiebung“ der KWG

Die MPG ist ein Kind des Zweiten Weltkriegs, wenngleich ein illegitimes. Wichtige Weichenstellungen für ihre spätere Ausgestaltung erfolgten bereits, bevor der Krieg im Mai 1945 mit der totalen Niederlage Deutschlands endete. Eine Entwicklung, die sich mittel- und langfristig als besonders folgenreich erweisen sollte, war die „West-Verschiebung“ der KWG: Im Zuge des Bombenkriegs, der Deutschland seit 1940 mit aller Gewalt traf,¹⁵ wurde eine Reihe von Kaiser-Wilhelm-Instituten, die vor allem in Berlin-Dahlem konzentriert waren, ab 1943 in vermeintlich sichere Gegenden verlegt, und zwar hauptsächlich in ländliche Regionen im Süden und Südwesten Deutschlands.¹⁶ Dies führte zu einem regelrechten Exodus der Forscher aus der zerstörten Reichshauptstadt: Rund drei Viertel des wissenschaftlichen Personals, das in diesen Einrichtungen tätig war, verließ Berlin bis Kriegsende.¹⁷ Die verlagerten Institute und ihre Belegschaften bildeten ihrerseits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs „die Keimzelle für den Wiederaufbau der Gesellschaft“ im entstehenden Weststaat.¹⁸ Die „West-Verschiebung“ der KWG, ohne die ihre Wiedergründung als MPG gar nicht möglich gewesen wäre, stellte eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Weichenstellung dar, die langfristige Folgen zeitigte. Erst durch ihre Drift nach Westen konnte die KWG unter ihrem neuen Firmenschild zu einer der maßgeblichen Wissenschaftsinstitutionen der Bundesrepublik aufsteigen, als die wir sie heute kennen. Wer die Geschichte der MPG erzählt, darf daher nicht erst mit ihrer formellen Gründung im September 1946 bzw. im Februar 1948 einsetzen, sondern muss diese Vorgeschichte mitberücksichtigen.

Als besonders wichtig für die weitere Entwicklung sollte sich die Verlegung der Generalverwaltung von Berlin nach Göttingen erweisen.¹⁹ Als im Januar 1945 das Berliner Stadtschloss, seit 1922 Verwaltungssitz der KWG, durch einen Bombenangriff schwer beschädigt wurde, wich

15 Siehe dazu allgemein Dietmar Süß: *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*. München: Siedler 2011.

16 Zum Begriff „West-Verschiebung“ und der Bedeutung dieses Phänomens siehe Helmuth Albrecht und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 356–406, hier 401. — Siehe ausführlich zu den Verlagerungen der KWG während des Kriegs Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1022–1034. — Zum Standort Dahlem siehe Michael Engel: Dahlem als Wissenschaftszentrum. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 552–578. — Zu den gravierenden territorialen Verschiebungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft um 1945 siehe Rüdiger vom Bruch: Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 15–36, hier 15–17.

17 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 17.

18 Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 62.

19 Siehe dazu und im Folgenden Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1034–1036.

die Generalverwaltung – trotz des expliziten Verbots einer Verlagerung – ins kaum vom Krieg beschädigte Göttingen aus. Göttingen bot sich aus mehreren Gründen als Ausweichquartier an: Erstens war die Stadt kaum zerstört und lag im Westen, man würde also im Angesicht der sich abzeichnenden deutschen Niederlage nicht von der Roten Armee besetzt werden. Zweitens war Göttingen, als Sitz einer Akademie der Wissenschaften und einer der ältesten deutschen Universitäten, für Wissenschaftler ein vertrautes Pflaster.²⁰ Drittens war die KWG mit der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* (AVA) und dem *KWI für Strömungsforschung* bereits vor Ort vertreten.²¹ Vor allem aber standen dort, viertens, mit dem Gelände der ihrerseits verlagerten AVA mehr als ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung, um nicht nur die Generalverwaltung, sondern auch weitere Kaiser-Wilhelm-Institute aufzunehmen.²² Auf diese Weise verschob sich der Schwerpunkt der KWG sukzessive von Berlin nach Göttingen. Deswegen erfolgte die Gründung der MPG im Februar 1948 denn auch in der Stadt an der Leine, die bis in die 1960er Jahre hinein das administrative Zentrum der MPG blieb.²³

Die Entscheidung zur Übersiedelung nach Göttingen war eine Koproduktion der beiden Männer, die die Geschicke der KWG bis Kriegsende maßgeblich bestimmten: des Präsidenten Albert Vögler und seiner rechten Hand Ernst Telschow, des seinerzeit beinahe allmächtigen Leiters der Generalverwaltung, den der Historiker Michael Schüring sogar als „Schattenpräsident der Kaiser- Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft“ bezeichnet.²⁴ Um die Verbindung zu den verlagerten Instituten halten zu können, entschied Vögler, auch die Generalverwaltung in den Westen zu verlegen. Daraufhin brachte Telschow Göttingen als Standort ins Spiel, weil die KWG dort über geeignete Räumlichkeiten verfügte. Da jedoch die Behörden – allen voran das Rüstungsministerium unter Albert Speer – die Verlegung der Generalverwaltung untersagten, eröffnete man in Göttingen offiziell lediglich eine „Zweigstelle“. Auf diese Weise wurden „die notwendi-

20 Dietrich Denecke und Helga-Maria Kühn (Hg.): *Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt*. Bd. 3 Bände. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002.

21 Die AVA war 1915 in Göttingen gegründet und 1919 in die alleinige Trägerschaft der MPG überführt worden. Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Duncker & Humblot 2016, 28. — Die Gründung des *KWI für Strömungsforschung* war 1924 aus der AVA heraus erfolgt, um deren Direktor, Ludwig Prandtl, der einen Ruf von der TH München erhalten hatte, in Göttingen halten zu können. Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 2. Berlin: Duncker & Humblot 2016, 1536–1537. — Zur Situation der AVA nach Kriegsende siehe Michael Eckert: *Ludwig Prandtl. Strömungsforscher und Wissenschaftsmanager. Ein unverstellter Blick auf sein Leben*. Berlin: Springer 2017, 307–311.

22 Diesen Aspekt betonte Ernst Telschow im Rückblick vor dem Senat der MPG. Niederschrift über die 13. Sitzung des Senats der MPG am 18. I. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 13.SP, Mappe 3, S. 4–5. — Unerwähnt ließ er, dass das Überangebot an Raum durch die Entlassung hunderter AVA-Mitarbeiter entstanden war. Moritz Epple und Florian Schmalz: *Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation Göttingen*. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein 2010, 150–163, 161.

23 Die Verwaltungsgeschichte der MPG stellt immer noch ein Desiderat der Forschung dar. Siehe den knappen Überblick bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 933–936. — Die Verwaltungsgeschichte der KWG ist hingegen aufgearbeitet in der umfassenden Darstellung von Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007.

24 Michael Schüring: *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein 2006, 255.

gen büromässigen Vorbereitungen für die Aufnahme der Arbeit der Generalverwaltung für die Westzonen“ geschaffen.²⁵ Dabei agierte Telschow umsichtig und vorausschauend: Ausgestattet mit einer Generalvollmacht von KWG-Präsident Albert Vögler, transferierte er nicht nur Personal und einen Teil der Akten in den Westen, sondern auch beträchtliche Geldsummen, die der MPG nach Kriegsende als Startkapital dienten. Mit seinem beherzten Handeln begründete Telschow seinen Ruf als „Retter“ der KWG/MPG.²⁶ Doch soweit war es einstweilen noch lange nicht. So unsicher die Zukunft Deutschlands im Moment der totalen Niederlage war, so unsicher blieb einstweilen auch die Zukunft der KWG.

Die bedingungslose Kapitulation im Mai 1945 ging mit der Besetzung Deutschlands und seiner Aufteilung in vier Besatzungszonen einher.²⁷ Damit übernahmen die Alliierten sowohl in ihrer jeweiligen Besatzungszone als auch für Deutschland als Ganzes die Verantwortung. Sie legten nicht nur die Spielregeln fest, die die verbliebenen deutschen Spieler befolgen mussten, sondern sie bestimmten im folgenden Jahrzehnt auch, welche Spiele überhaupt gespielt werden durften. Zwar gab es von Anfang an kaum zu übersehende Spannungen zwischen den Siegermächten. Dennoch galt das Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland – sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets einigen konnten – zunächst als oberste Maxime der Besatzungspolitik. Daraus resultierte eine Deutschlandpolitik mit überwiegend negativen Vorgaben und Maßnahmen, die indes keine kohärenten Vorstellungen von der Zukunft des besetzten Feindstaates entwickelte. Deswegen sprach der Zeithistoriker Hermann Graml von einer „seltsamen Haltung der konzeptionslosen Entschlossenheit“.²⁸ Die Wissenschaft bzw. die Wissenschaftspolitik ist dafür ein gutes Beispiel.

Um Deutschland nachhaltig zu demilitarisieren, sollte auch seine Forschung einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Es war kein Geringerer als der US-Finanzminister Henry Morgenthau, der 1945 die enge Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und Rüstungsproduktion betonte:

Germany has made a great many notable contributions to science, and especially in the war-like discoveries. It must be one of the aims of Allied policy to circumvent the plans of German leaders to organize hidden laboratories for war under the guise of studying peaceful sciences whether pure or applied.²⁹

25 Ernst Telschow: Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: FS Hahn, 3–4, Zitat 4. — Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Göttingen oder Rheinland? *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft. Heft 1*. Göttingen 1952, 13–15. — So auch, allerdings ohne Beleg, Maria Osietzki: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau ausseruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates*. Köln: Böhlau 1984, 77.

26 Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 230.

27 Wolfgang Benz: Potsdam 1945. *Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1986.

28 Hermann Graml: Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 21–32, hier 21–26, Zitat 25.

29 Zitiert nach Kristie Macrakis: *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany*. New York, NY: Oxford University Press 1993, 187.

Diese Leitlinie setzte sich durch. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 formulierte bereits in der Präambel unmissverständlich das Ziel, die „naturwissenschaftliche Forschung für militärische Zwecke und ihre praktische Anwendung für solche Zwecke zu verhindern [...] und sie in friedliche Bahnen zu lenken“.³⁰ Das galt explizit nicht nur für die „angewandte naturwissenschaftliche Forschung“, sondern auch für die „grundlegende naturwissenschaftliche Forschung“, so sie „rein oder wesentlich militärischer Natur“ war – beides war den Deutschen nunmehr gleichermaßen verboten. Das zog für einzelne Forschungsstätten gravierende Konsequenzen nach sich: Dem von Walther Bothe geleiteten Institut für Physik des *Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung* in Heidelberg blieb rund zwei Jahre lang jegliche Forschungsarbeit untersagt, ja den Deutschen war bis auf weiteres sogar das Betreten der Institutsgebäude verboten; erst am 1. Juni 1947 erteilte ihm die Militärregierung die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Forschung.³¹ Die Einschränkungen betrafen indes nicht nur einzelne Institute, sondern auch ganze Forschungsfelder. Unter die Verbote des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 fielen mit der angewandten Kernphysik, also auch Kernspaltung und Uranaufbereitung, Forschungsbereiche, die in Physik und Chemie auch in Deutschland seit den 1930er Jahren stark ausgebaut worden waren – und deren zerstörerisches Potential spätestens mit dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki offensichtlich geworden war.³² In Zeiten hochtechnisierter Kriege sollte den „unruhigen Deutschen“, um mit Charles Thayer zu sprechen,³³ die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei Weltkriege ausgelöst hatten, durch das Verbot militärisch relevanter Forschung die Möglichkeit genommen werden, Europa und die Welt ein weiteres Mal ins Chaos zu stürzen. Deswegen sorgten die Alliierten zumindest in den ersten Jahren der Besatzungsherrschaft mit engmaschigen Kontrollen dafür, dass die ausgesprochenen Forschungsverbote nicht bloß auf dem Papier standen, sondern auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wurden.³⁴ Jede deutsche Einrichtung, die die Genehmigung zur Wiederaufnahme von Forschungsarbeiten erhalten hatte, musste alle vier Monate einen detaillierten „technischen Bericht“ vorlegen, der nicht nur Angaben zu den aktuellen Forschungen und Forschungs-

30 Kontrollrat: *Kontrollratsgesetz Nr. 25. Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29. April 1946*, in Kraft getreten am 7. 5. 1946, 138. <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-gesetz25.htm>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019 Die folgenden Zitate nach ebenda — Siehe dazu auch Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 86–87.

31 Richard Kuhn: MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 158. — Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: ebenda, S. 164–165. Da selbst den Technikern der Zutritt verwehrt blieb, konnte für den Erhalt der wertvollen Akkumulatorenbatterien „nichts getan werden.“ Ebenda, S. 165.

32 Zum Verbot der Kernforschung in Nachkriegsdeutschland siehe Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 1/93. Max-Planck-Institut für Physik München*. München 1993, 23–24.

33 Charles W. Thayer: *Die unruhigen Deutschen*. Bern: Scherz 1958. Thayer wirkte als guter Kenner Deutschlands nach 1945 u. a. als amerikanischer Generalkonsul in München. — Dazu auch Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik, 1999, 21–32, 21–22. — Hermann-Josef Rupieper: Amerikanische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 33–47, 33.

34 Zur Nachkriegsplanung der Alliierten und ihrer Umsetzung siehe David Cassidy: Controlling German Science, I. U. S. and Allied Forces in Germany, 1945–1947. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 24/2 (1994), 197–235. doi:10.2307/27757723.

ergebnissen enthalten musste, sondern auch zur apparativen und personellen Ausstattung.³⁵ Durch die engmaschige Überwachung der Forschung im besetzten Deutschland entstand eine Doppelstruktur aus amerikanischen und deutschen Kontrollinstanzen und Kontrollen, die zwar einerseits ihren Zweck erfüllte, andererseits aber einen großen bürokratischen Aufwand bedeutete, wie der Historiker David Cassidy urteilt:

In the main, the promulgation of ACC Law 25 and its implementation in the U.S. zone achieved its intended purpose: greater autonomy for ‚peaceful‘, economically oriented German science and technology from the top to the bottom. At the same time, the new law fostered bureaucratic overkill: two German zonal science control committees, operating under numerous levels of U.S. and German control and, naturally, infused with divergent conceptions of research policy at every level.³⁶

Dementsprechend laut schwollen zunächst die Klagen der betroffenen deutschen Wissenschaftler an, die die alliierten Forschungsbeschränkungen und -kontrollen nicht nur als bürokratisch und überzogen empfanden, sondern auch als Eingriff in die Forschung und ihrer Autonomie.³⁷ Jedoch mussten auch die KWI-Direktoren die Auflagen der Besatzungsmächte zähneknirschend akzeptieren, da sie anderenfalls keine Forschungsmittel erhalten hätten – und um den Fortbestand der KWG als Institution und Forschungsverbund zu wahren. Der Historiker Manfred Heinemann brachte diese Geschäftsgrundlage auf die griffige Formel „Existenzsicherung durch Entmilitarisierung“.³⁸ Für viele Wissenschaftler, die im „Dritten Reich“ an Kaiser-Wilhelm-Instituten geforscht hatten, dürfte das zunächst nur eine äußerliche Abwendung vom Staat gewesen sein – und damit zugleich eine Distanzierung von ihrer eigenen Beteiligung an der Rüstungsforschung in der NS-Zeit.³⁹ Wie die Grundlagenforschung, so akzeptierten die Wissenschaftler der MPG im Lauf der Zeit auch die staatsferne zivile Forschung als Wesenskern der MPG. Die Erklärungen von Mainau (1955) und Göttingen (1957) – die bekanntesten Manifestationen dieser Haltung, in denen sich führende (west-)deutsche Wissenschaftler (auch aus der MPG) in den 1950er Jahren vehement gegen jede Form der militärischen Nutzung der Kernenergie aussprachen – waren jedenfalls mehr als bloße Lippenbekenntnisse.⁴⁰ Für Forscher wie Otto Hahn oder Werner Heisenberg, die sich schon einmal von einem

35 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 21. — Zur Forschungskontrolle in der KWG/MPG siehe Manfred Heinemann: Überwachung und „Inventur“ der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG). In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 167–200.

36 Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 229.

37 Siehe beispielsweise das Lamento Ludwig Prandtls bei Eckert, *Ludwig Prandtl*, 2017, 312.

38 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 412.

39 Zur Rüstungsforschung, die in der KWG eine wichtige Rolle gespielt hatte, siehe Maier, *Forschung als Waffe*, 2007. — Maier, *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus*, 2002.

40 Siehe Horst Kant und Jürgen Renn: *Eine utopische Episode. Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft*. Preprint / Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 441. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2013, hier 225–230.

verbrecherischen Regime hatten in Dienst nehmen lassen, dürfte diese konsequente Haltung der Ausfluss einer wichtigen Lernerfahrung gewesen sein.⁴¹

2.2 Besatzer und Besetzte

Die MPG ist freilich nicht allein ein Kind des Zweiten Weltkriegs, sondern mindestens ebenso sehr des Kalten Kriegs. Zwar einte die Maxime „Sicherheit vor Deutschland“ die Besatzungsmächte zunächst, doch betrieben die Alliierten von Anfang an keine einheitliche Wissenschaftspolitik, sondern verfolgten in ihren Besatzungszonen ganz unterschiedliche Ziele. Wissenschaft und Forschung in Deutschland hatten für alle Besatzungsmächte zwar ein – jeweils unterschiedliches – Eigengewicht, doch war ihre jeweilige Wissenschaftspolitik in erster Linie die Funktion übergeordneter politischer Ziele. Hinzu kam, dass sie alle ein eminentes Interesse an den bemerkenswerten Forschungsergebnissen an den Tag legten, die im „Dritten Reich“ erzielt worden waren – sei es, um sie selbst zu nutzen, sei es, um zu verhindern, dass sie anderen Mächten in die Hände fielen.⁴² Hinter dieser Zielsetzung musste vieles zurückstehen, auch die Abrechnung mit den NS-Verbrechern. Der Wissenschaftshistoriker Robert N. Proctor betont völlig zurecht,

daß die Besatzungsmächte die Zusammenhänge nicht immer bis in die letzten Einzelheiten aufdecken wollten. Die Alliierten kümmerten sich mehr um die Wunder der deutschen Technik – um Raketenforschung und dergleichen – als etwa um die Frage, wie wer was über den Judenmord und zu welchem Zeitpunkt wußte?⁴³

Die Deutschen als Besetzte hatten also durchaus *agency* im Verhältnis zu den Besatzern, denn sie hatten den Besatzern etwas zu bieten. Aus diesem Grund wurde „viel mehr Energie [...] darauf verwandt, sich das Wissen deutscher Wissenschaftler nutzbar zu machen, als deutsche Wissenschaftler vor Gericht zu bringen.“⁴⁴

41 So die Interpretation von Mark Walker: Die drei von der Uranstelle. Rezension von Elisabeth Kraus. „Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung“. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27 (1. 2. 2002), 52. — Zur Göttinger Erklärung und ihren Hintergründen siehe ausführlich Elisabeth Kraus: *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*. Würzburg: Königshausen und Neumann 2001. — Horst Kant: Otto Hahn und die Erklärungen von Mainau (1955) und Göttingen (1957). In: Günter Flach und Klaus Fuchs-Kittowski (Hg.): *Vom atomaren Patt zu einer von Atomwaffen freien Welt. Zum Gedenken an Klaus Fuchs*. 1. Aufl. Berlin: Trafo 2012, 183–197. — Robert Lorenz: *Protest der Physiker. Die „Göttinger Erklärung“ von 1957*. Bielefeld: transcript 2011.

42 Dazu beispielsweise Norman M. Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*. Berlin: Propyläen 1997, 243–246.

43 Robert N. Proctor: *Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2000, 31.

44 Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 31.

Ja mehr noch: Die offensichtliche Uneinigkeit der Sieger im Zeichen von heraufziehender Systemkonkurrenz und Blockbildung eröffnete den Besiegten die Möglichkeit, im Wege von Allianzen mit der einen oder anderen Besatzungsmacht auch eigene Interessen durchzusetzen – und davon machten sie regen Gebrauch. Die Interaktion von Besatzern und Besetzten bringt nicht zuletzt die Ambitionen verschiedener deutscher Akteure ans Licht, die Leitung der KWG zu übernehmen und deren Wiederaufbau zu organisieren. Daraus resultierte ein auf unterschiedlichen Ebenen ausgetragener Machtkampf entlang komplizierter Frontverläufe, der vom Sommer 1945 bis in den Herbst 1949 andauerte. Sein Ausgang sollte die künftige Gestalt der MPG maßgeblich mitprägen.

Die Amerikaner und Friedrich Glum

Den Vereinigten Staaten von Amerika kam nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unangefochten die Führungsrolle in der westlichen Welt zu. Die bitteren Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Amerikaner gelehrt, dass sie die Entwicklungen in Europa und in Deutschland nicht noch ein weiteres Mal sich selbst überlassen durften. Stattdessen sollte auf die militärische Besetzung Deutschlands seine tiefgreifende Umgestaltung folgen. Das amerikanische Reformprogramm, das auf eine Umerziehung und Umorientierung der deutschen Bevölkerung abhob, verfolgte weitgesteckte Ziele, die sich in den plakativ formulierten „vier großen D“ niederschlugen: *Denazification* (Entnazifizierung), *Democratization* (Demokratisierung), *Demilitarization* (Entmilitarisierung) und *Decartelization* (Dekartellierung).⁴⁵ Allerdings herrschte innerhalb der US-Regierung selbst nach Kriegsende noch Uneinigkeit darüber, ob dabei eher die Bestrafung von NS-Verbrechern und die Wiedergutmachung von NS-Unrecht oder der Wiederaufbau der wirtschaftlichen und politischen Strukturen Deutschlands im Vordergrund stehen sollte. Den Kurs der Bestrafung vertrat am vehementesten Finanzminister Henry Morgenthau jun., der zu diesem Zweck für eine Föderalisierung, eine drastische Reduzierung des Industrieniveaus und eine teilweise Re-Agrarisierung Deutschlands eintrat, um die Deutschen sozusagen industriell zu entwaffnen.⁴⁶ Morgenthau's Gegenspieler, die hauptsächlich im *War Department* und im *State Department* saßen, arbeiteten mittel- und langfristig auf die Wiedereingliederung Deutschlands in das internationale System hin. Zunächst behielten die Hardliner die Oberhand. Die berühmt-berüchtigte Direktive der *Joint Chiefs of Staff* Nummer 1067, die kurz vor Kriegsende die Grundzüge der US-Besatzungspolitik festlegte, fiel zwar nicht ganz so hart aus, wie es sich Morgenthau gewünscht hatte; dennoch atmete sie ganz den Geist, „die deutsche Bevölkerung für den Krieg büßen zu lassen und die Erholung Deutschlands jedenfalls nicht zu erleichtern“.⁴⁷

45 Zur US-Besatzungspolitik siehe die monumentale Studie von Klaus-Dietmar Henke: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*. 2. Aufl. München: Oldenbourg 1996. — Siehe auch den knappen Überblick bei Rupieper, *Amerikanische Besatzungspolitik*, 1999, 33–47.

46 Siehe dazu die Neubewertung des fälschlicherweise so bezeichneten „Morgenthau-Plans“ bei Bernd Greiner: Morgenthau-Plan. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 358–360. — Ausführlich Bernd Greiner: *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*. Hamburg: Hamburger Edition 1995.

47 Graml, *Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik*, 1999, 21–32, 23. — Siehe dazu auch Carina Baganz: JCS

Die Praxis sah indes anders aus. Der Eindruck des völlig zerstörten und ausgebluteten Landes und seiner geschundenen Bevölkerung, die Not gerade der Kinder und der Vertriebenen, die mittel- und heimatlos umhertirrten, aber auch die unterwürfige Kleinmütigkeit der ehemaligen Nazis, die so gar nicht den Erwartungen an die selbsternannten „Herrenmenschen“ entsprach, schockierte zahlreiche US-Besatzungsoffiziere, kaum dass sie ihre Posten im besetzten Feindesland bezogen hatten. Die großartigen Reportagen von John Dos Passos, die unter dem bezeichnenden Titel „Das Land des Fragebogens“ erschienen, legen davon beredtes Zeugnis ab.⁴⁸ Die unerwartete Begegnung mit der Realität führte via facti zu einer Veränderung der Besatzungspolitik wie auch schrittweise zu einer Modifizierung ihrer Zielsetzungen. Anstelle des ursprünglich vorgesehenen Strafprogramms rückte bald die Entlastung der heimischen Steuerzahler ins Zentrum der amerikanischen Besatzungspolitik, denn die dauerhafte Alimentierung der US-Zone war teuer und zuhause unbeliebt. Zu diesem Zweck ging man dazu über, den Deutschen Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Aus amerikanischer Perspektive lag das auch im Interesse der deutschen Nachbarn, da eine wirtschaftliche Erholung des vom Krieg gezeichneten Kontinents ohne den Motor Deutschland nicht gelingen konnte – darin bestand der Grundgedanke des *European Recovery Program*, das als Marshall-Plan in die Geschichte einging. Nicht zuletzt sollte die Hilfe zum materiellen Wiederaufbau und zur Schaffung eines demokratischen Deutschland – wie man es in den USA sah – auch zur „Immunisierung der deutschen Bevölkerung gegen kommunistische und sowjetische Einflüsse“ beitragen.⁴⁹ Als sich nach dem Ende des Fraternisierungsverbots Besatzer und Besetzte rasch näherkamen, bekamen die Deutschen zunehmend das Gefühl, dass sie es bei den Amerikanern – gerade im Vergleich zu den Horrormeldungen über Demontagen und den Umgang mit der deutschen Bevölkerung aus der SBZ, aber auch aus dem französisch besetzten Südwesten – mit einem „freundlichen Feind“ (Klaus-Dietmar Henke) zu tun hatten.

Auch in der US-Wissenschaftspolitik, in der die Amerikaner ebenfalls die Führungsrolle beanspruchten,⁵⁰ dominierte anfänglich der Aspekt der Bestrafung und der dauerhaften Ausschaltung Deutschlands als potentiellern Kriegstreiber. Angesichts der enormen Bedeutung, die der Forschung für die NS-Kriegsmaschinerie im Zweiten Weltkrieg zugekommen war, lautete eine der Forderungen Morgenthau, dieses Potential zu zerstören und das, was an deutscher Forschung noch gestattet sein sollte, streng zu überwachen. Dies schlug sich, wenn auch in abgeschwächter Form,⁵¹ in der Direktive JCS 1067 nieder, die den Besatzungsoffizieren mit Blick auf die deutsche Forschung drei Aufgaben zuwies:

1067. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 349–351, 349–351.

48 John Dos Passos: *Das Land des Fragebogens*. Frankfurt am Main: Neue Kritik 1997. Die Originalausgabe erschien 1946 unter dem Titel *In the Year of Our Defeat* als dritter Teil der Reportagensammlung *Tour of Duty*.

49 Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik, 1999, 21–32, 28.

50 Siehe dazu ausführlich John Krige: *American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe*. Cambridge, MA: MIT Press 2006.

51 Zu den Vorstellungen Morgenthau über die Wissenschaftspolitik im besetzten Deutschland und dem Maß, wie diese

- a) prohibit initially all research activities and close all laboratories, research institutions and similar technical organizations except those considered necessary to the protection of public health;
- b) abolish all those laboratories and related institutions whose work has been connected with the building of the German war machine, safeguard initially such laboratories and detain such personnel as are of interest to your technological investigations, and thereafter remove or destroy their equipment;
- c) permit the resumption of specific research in specific cases, only after careful investigation has established that the contemplated research will in no way contribute to Germany's future war potential and only under appropriate regulations [...].⁵²

Jedoch stießen auch diese Vorgaben bei den US-Offizieren vor Ort auf Unverständnis, denn die von den *Joint Chiefs of Staff* entworfene Politik schien gerade im Bereich der Ökonomie mit den Realitäten in Deutschland nichts zu tun zu haben. Deswegen nutzten der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay und seine Untergebenen die Spielräume, die ihnen die Direktive aufgrund zahlreicher Schlupflöcher bot, weidlich aus. Ihre Maßnahmen zielten in erster Linie darauf ab, die Wirtschaft in der US-Zone möglichst schnell wieder in Gang zu setzen.⁵³ Das lag ganz auf der Linie von Roger Adams, dem Leiter der *Foreign Economic Administration im State Department*. In dem von ihm konzipierten und nach ihm benannten Plan sollte die Forschung einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft leisten.⁵⁴ Dieser Maxime folgten die Vertreter der Wirtschaftsverwaltung in der US-Zone und später auch in der Bizone, die angesichts der großen Bedeutung der Industrieforschung und der noch größeren Bedeutung der Forschung für den Wiederaufbau die Verantwortung für die Kontrolle der deutschen Forschung übernahmen – und zwar auch auf deutscher Seite, denn die Forschungsüberwachungsstellen unterstanden nicht den Ländern, sondern dem Wirtschaftskomitee des Stuttgarter Länderrats.⁵⁵ Dieses komplexe System der Forschungskontrolle widersprach allerdings vollkommen den deutschen Traditionen, war Forschung hier doch stets Teil der Kulturpolitik und damit – aufgrund der Kultushoheit der Länder – Ländersache gewesen. Auf diese Tradition pochten die Länder auch jetzt. Daher verliefen Forschungspolitik und Forschungskontrolle in der US-Zone zweigleisig, was – so der amerikanische Wissenschaftshistoriker David C. Cassidy – gravierende langfristige Folgen zeitigte. Cassidys zentrale These lautet, dass die Amerikaner über die Zuordnung der Forschungskontrolle sowohl an die Wirtschafts- als auch an die Kultusverwal-

in die Direktive JCS 1067 Eingang fanden, siehe Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 208–212.

52 Zitiert nach Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 188.

53 Siehe dazu Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 210. — Zur Rolle Clays siehe ausführlich Wolfgang Krieger: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik, 1945–1949*. Bd. 10. Stuttgart: Klett-Cotta 1987.

54 Zum Adams-Plan siehe Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 212–215.

55 In diesem Gremium stimmten die Länderregierungen der US-Zone Gesetzentwürfe untereinander ab. Dabei ging es in erster Linie um Fragen der Finanz- und Sozialpolitik sowie um Ernährungs- und Flüchtlingspolitik. Der Stuttgarter Länderrat gilt als Vorläufer des Frankfurter Wirtschaftsrats und des Bundesrats. Antje Mohr: *Hessen und der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperation in den Jahren 1945 bis 1949*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1999.

tung eine Unterscheidung zwischen einer *Science as Economics* und einer *Science as Culture* vornahmen. Cassidy erblickt darin eine wesentliche Weichenstellung, da dieser Gegensatz nicht nur der Besatzungszeit ihren Stempel aufgedrückt, sondern später auch die gesamte Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik geprägt habe – und zwar bis in die 1970er Jahre hinein. „Diese Ambiguität“, fasst der Wissenschaftshistoriker Heiko Stoff Cassidys These zusammen,

sei in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik, im Grundgesetz, im Widerspruch Bund gegen Länder, in der institutionalisierten Auseinandersetzung zwischen (wirtschaftspolitischem) Zentralismus und (kulturpolitischem) Föderalismus eingeschrieben.⁵⁶

Von diesem Dualismus abgesehen, der zu zahlreichen Konflikten führte und dadurch knappe Ressourcen verschlang, war die Wissenschaftspolitik der Amerikaner durchaus konstruktiv. Die KWG – und damit auch die MPG – hatten jedoch in der US-Zone einen schweren Stand. Einflussreichen Kräften in Reihen der Amerikaner galt nämlich die Zerschlagung der KWG, die sie als „Gehirntrutz‘ des Dritten Reichs“ ansahen,⁵⁷ als eine Voraussetzung für die Demokratisierung der Forschung in Deutschland, die sie als Teil der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft von der gesellschaftlichen Basis – den *Grassroots* – aus begriffen.⁵⁸ Dem Ziel der Demokratisierung Deutschlands sollte auch eine umfassende Entnazifizierung der Deutschen dienen, die die Amerikaner wesentlich energischer und radikaler in Angriff nahmen als die Briten und Franzosen.⁵⁹ Den Richtlinien des *Automatic Arrest* folgend, wurden im Zuge des Vormarschs der US-Truppen zunächst auch eine Reihe von Direktoren der KWG verhaftet oder unter Arrest gestellt bzw. auf unbestimmte Zeit inhaftiert,⁶⁰ wobei deren tatsächliche NS-Belastung offenbar allenfalls eine untergeordnete Rolle spielte.

Forschungskontrolle, Entnazifizierung und Wiederaufbau der deutschen Forschung stellten indes nur die eine Seite der US-Wissenschaftspolitik dar. Auf der anderen Seite verfolgten die

56 Die Formulierung stammt von Heiko Stoff: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Achim Trunk und Wolfgang Schieder (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 369–402, hier 398–399. — Siehe dazu ausführlich Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235. — David Cassidy: *Controlling German Science*, II. Bizonal Occupation and the Struggle over West German Science Policy, 1946–1949. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 26/2 (1996), 197–239. doi:10.2307/27757762.

57 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 414.

58 Zum amerikanischen Demokratisierungskonzept siehe Jaromír Balcar: *Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972*. München: Oldenbourg 2004, 39–51.

59 Siehe den Überblick bei Cornelia Rauh-Kühne: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. *Archiv für Sozialgeschichte (online)* 35 (1995), 35–70. — Clemens Vollnhals (Hg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1048–1150. — Klaus-Dietmar Henke: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung. In: Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hg.): *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991, 21–83.

60 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1095 Anm. 147. — Zu den Folgen von *Automatic Arrest* und Entnazifizierung für die KWG/MPG und ihre Direktoren siehe Kapitel 3.2 dieser Studie.

Amerikaner massive Eigeninteressen, und zwar zum einen im Wege des Transfers von Material und Informationen aus Deutschland in die USA, zum anderen durch die Abwerbung von deutschen Spitzenwissenschaftlern und Technikern. Um „den Entwicklungsstand der deutschen Forschung und Technologie zu dokumentieren“, hatten die Amerikaner gemeinsam mit den Briten bereits 1944 das *Combined Intelligence Committee* (CIC) eingerichtet, die Durchführung der Untersuchungen und die Auswertung der Ergebnisse übernahm der Unterausschuss *Combined Intelligence Objectives Sub-Committee* (CIOS). Bis zu seiner Auflösung im Juli 1945 hatten die Mitarbeiter von CIOS „mehr als 3.000 nachrichtendienstlich relevante Ziele“ verzeichnet. „Britten wie Amerikaner setzten anschließend Informationssammlung, -auswertung und -austausch ohne übergeordnete Koordinierungsstelle, jedoch mit wachsendem Akzent auf zivile Technologietransfer fort.“⁶¹ Diesem Zweck dienten, neben der ALSOS Mission,⁶² die *Joint Intelligence Objectives Agency* (JIOA) und vor allem die *Field Information Agency, Technical* (FIAT), die unter der Leitung von Carl Nordstrom stand und für deren „field teams“ über 600 Deutsche arbeiteten. Das Unternehmen galt und gilt als „the greatest transfer of mass intelligence ever made from one country to another“.⁶³

FIAT verfolgte eine doppelte Stoßrichtung: Zum einen ging es darum, die Forschungsergebnisse zu nutzen, die die deutsche Wissenschaft in der NS-Zeit (und ggf. auch davor) erarbeitet hatte. Sie sollten sowohl dem US-Militär, das anfangs noch im Krieg gegen Japan stand, zugutekommen, als auch der amerikanischen Industrie, wobei sich der Schwerpunkt nach der Kapitulation Japans auf die zivile Ausnutzung deutscher Forschungsergebnisse und deutschen Know-hows verschob. Die Teams von FIAT hatten nicht nur praktisch unbeschränkten Zugang zu Forschungseinrichtungen, sondern auch zu Industriebetrieben. Auch dort blieb ihren Augen nichts verborgen: Forschungsergebnisse, Patente, Herstellungs- und Verfahrensweisen, Liefer- und Absatzbeziehungen – kurzum all die kleineren und größeren Geheimnisse, die den kommerziellen Erfolg eines Unternehmens ausmachen. Die Mitarbeiter von FIAT fertigten umfangreiche Berichte an und kopierten Unterlagen in gigantischem Umfang, die später interessierten US-Firmen zur Auswertung überlassen wurden. Zeitgenössische Schätzungen geben den Gesamtwert der Beute, die Amerikaner und Briten auf diese Art machten, mit ca. zehn Milliarden US-Dollar an.⁶⁴ Hinter diesem Vorgehen stand die Überlegung, dass derartige „intellectual reparations“ die einzige Form von Reparationen sein würden, die man realistischerweise vom besiegten und zerstörten Deutschland erwarten konnte. Zum anderen wollten die Amerikaner

61 Martina Werth-Mühl: CIOS, BIOS, FIAT, JIOA. Berichte alliierter Nachrichtendienste über den Entwicklungsstand der deutschen Industrie und Forschung (1944–1947). *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 9/3 (2001), 39–44, hier 39–40. — Zu CIOS siehe auch John Gimbel: *Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*. Stanford, CA: Stanford University Press 1990, 3–20.

62 Leo J Mahoney: *A History of the War Department Scientific Intelligence Mission (ALSOS) 1943–1945*. Dissertation/PhD Thesis. Ann Arbor, MI: UMI 1981.

63 Zitiert nach Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 68.

64 Zitiert nach Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 152, 170. — Zum Vorgehen von FIAT und anderer Organisationen im besetzten Deutschland sowie zur Verwertung der auf diese Weise gemachten Beute siehe ausführlich und mit zahlreichen Beispielen ebenda, Kapitel IV, V und VI.

unbedingt verhindern, dass die Früchte der deutschen Forschung anderen Mächten – vor allem natürlich der Sowjetunion – in die Hände fielen. Hier ging es um die Bewahrung des US-Atomwaffenmonopols, aber auch um die Nutzung der deutschen Raketentechnologie und anderer „Wunderwaffen“. Damit all dies nicht in die falschen Hände geriet, nahmen die Amerikaner deutsche Wissenschaftler, darunter vor allem die Atomphysiker, gleichsam in „Schutzhaft“, sobald die amerikanischen und britischen Spezialkommandos ihrer habhaft werden konnten.⁶⁵

Dass die „schleichenden“ oder auch „verdeckten Reparationen“ nicht nur innerhalb von OMGUS heftig umstritten waren,⁶⁶ sondern auch im Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten ein heißes Eisen darstellten, musste unter anderem Johannes Semler (CSU) erfahren, der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Frankfurter Wirtschaftsrats der Bizone. Semler, der Material über den Transfer deutscher Forschungsergebnisse in die USA zusammentragen ließ, stieß die gängige Darstellung sauer auf, dass Deutschland auf Kosten der Besatzungsmächte lebe bzw. von ihnen durchgefüttert werden müsse. Auf der Sitzung des Landesausschusses der CSU, die am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen stattfand, platzte dem Wirtschaftsdirektor der Kragen: In harschen Worten kritisierte er die Wirtschafts- und Ernährungspolitik der Alliierten und vertrat den Standpunkt, dass sich Deutschland ohne diesen Hemmschuh leicht selbst versorgen könne. Seine Suade gipfelte in dem Ausruf, die Amerikaner hätten „den Mais geschickt und das Hühnerfutter, und wir zahlen es teuer“, womit er auf die US-Hilfslieferungen anspielte.⁶⁷ Die „Hühnerfutterrede“ schlug so hohe Wellen, dass die Militärgouverneure Semler am 24. Januar 1948 seines Amtes enthoben. Völlig Unrecht hatte Semler mit seiner Kritik indes nicht, denn die Ausbeutung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit deutscher Unternehmen durch FIAT und andere eigens zu diesem Zweck geschaffene Organisationen konterkarierte die Bestrebungen, die deutsche Wirtschaft rasch auf Friedensproduktion umzustellen und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Denn nur der Export von Industriegütern würde Deutschland wieder in die Lage versetzen, die notwendigen Lebensmittelimporte aus eigener Kraft bezahlen zu können.⁶⁸

Für die deutschen Forscherinnen und Forscher wie auch für die KWG und andere Forschungsorganisationen waren die Folgen dieses erzwungenen Wissenstransfers hingegen keineswegs so negativ. Vielmehr eröffneten die *FIAT Reports* die willkommene Möglichkeit, die eigenen

65 Von „Schutzhaft“ spricht in diesem Zusammenhang Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 245.

66 Siehe dazu, mit konkreten Beispielen, Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 92–93, 123–125, 176–178.

67 Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3./4. 1. 1948 in Erlangen, abgedruckt in: Barbara Fait, Alf Mintzel und Thomas Schlemmer (Hg.): *Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*. Bd. 2. München: Oldenbourg 1993, 1229–1378, Dokument 29, Zitat 1339. — Wolfgang Benz: *Alliierte Deutschlandpolitik. Historisches Lexikon Bayerns*, 2018. http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alliierte_Deutschlandpolitik. Zuletzt aufgerufen am 12. 3. 2019. — Siehe dazu auch Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, ix. — Thomas Schlemmer: *Semler, Johannes Ferdinand. Neue deutsche Biographie*. Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 237–238, 238. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz121186.html>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.

68 In diese Richtung deutet Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 176. — Siehe dazu auch Werner Abelshäuser: *Immaterial Reparations and the Reintegration of West Germany into the World Market*. In: Matthias Judt und Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers 1996, 107–118.

Forschungsergebnisse, die zuvor als kriegswichtige Staatsgeheimnisse behandelt worden waren, zu veröffentlichen – und damit das eigene Renommee zu mehren. Zudem winkten im Falle der Mitwirkung an dieser Berichtsserie Honorare, die umso lukrativer erschienen, als die Finanzierung der Institute und damit auch die Bezahlung ihres Personals in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf große Probleme stieß.⁶⁹ Eine zusätzliche Einnahmequelle konnte da nicht schaden. Die Serie *FIAT Review of German Science* erschien in über 80 Bänden. Einige führende KWG-Wissenschaftler fungierten als Herausgeber einzelner Bände, darunter so illustre Persönlichkeiten wie Albert Betz für Hydro- und Aerodynamik, Walther Bothe für Kernphysik, Boris Rajewsky für Biophysik und Richard Kuhn für Biochemie.⁷⁰ Unterhalb der Ebene der Herausgeber wirkten zahlreiche Forscherinnen und Forscher aus Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Instituten an der Erstellung dieser Reports mit. Allein in der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* und am *KWI für Strömungsforschung* waren 182 Personen an der Abfassung der Berichte für die Briten und Amerikaner beteiligt, sie legten insgesamt 5.000 Schreibmaschinenseiten Text und 200 weitere Seiten mit Abbildungen vor.⁷¹ Auch das sehr viel kleinere *KWI für Eisenforschung* musste bis zum Juli 1945 „insgesamt 77 mehr oder weniger umfangreiche Berichte“ an verschiedene alliierte Kommissionen und Institutionen abliefern. Institutsleiter Franz Wever sah „die gute Seite“ der Berichtspflicht darin, „dass damit der Anstoss zur Sicherstellung des wissenschaftlichen Materials aus der Kriegszeit gegeben war, eine Aufgabe, die den wissenschaftlichen Stab des Instituts noch lange, bis zur Wiederaufnahme der Tätigkeit in Düsseldorf beschäftigt hat.“⁷² Insofern deckten sich, was die Sicherstellung der Ergebnisse der deutschen Forschungsinstitutionen aus der NS-Zeit betrifft, die Interessen der Amerikaner durchaus mit denen der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Freilich beschränkten sich die Amerikaner (wie übrigens auch die anderen Besatzungsmächte) nicht darauf, Wissenschaftler zu interviewen, Berichte zu verfassen und Unterlagen zu kopieren, um in Deutschland entwickelte Spitzentechnologien in die USA zu importieren. Darüber hinaus rekrutierten sie deutsche Forscher und Techniker, die ihre Entwicklungen in den USA weitertreiben sollten. Diesem Zweck dienten „Project Overcast“ und mehr noch „Project Paperclip“, die von der US-Regierung aufgelegt wurden, um gezielt deutsche Experten anzuwerben.⁷³

69 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.3 dieser Studie.

70 Armin Betz: *Interorganisationaler Technologietransfer in Baden-Württemberg. Systemanalyse und Systemkapazitäten unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierung*. Tübingen [u. a.]: Francke 1997. — Boris Rajewsky und Michael Schön: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biophysics. Part I*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1948. — Richard Kuhn: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biochemistry. Part I*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1947. — Richard Kuhn: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biochemistry. Part II*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1948. — Zur Mitwirkung Kuhns an den FIAT-Berichten siehe auch Florian Schmaltz: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein 2005, 382.

71 Eckert, *Ludwig Prandtl*, 2017, 313.

72 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 47. — Henning und Kazemi, *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, 2016, Bd. 1, 406.

73 Siehe die neueste Darstellung von Annie Jacobsen: *Operation Paperclip. The Secret Intelligence Program to Bring Nazi*

Auf diese Weise kamen mehr als 1.000 deutsche Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten, wo sie – teilweise mit ihren Familienangehörigen – für kürzere oder längere Zeit lebten und forschten; manche blieben auch für den Rest ihres Lebens. Das bekannteste Beispiel verkörpert Werner von Braun, der *Rocket Man*, der – zusammen mit seinem Mitarbeiterstab – bis 1945 beträchtliches Know-how bei der Entwicklung und dem Bau von Raketentriebwerken angesammelt hatte und damit seinerzeit sozusagen Weltmarktführer geworden war.⁷⁴ Abgeworben wurde aber auch eine Reihe von Wissenschaftlern aus der KWG. Unter ihnen befand sich Wilhelm Eitel, Direktor am *KWI für Silikatforschung*, der schon vor der Machtübernahme Hitlers ein Antisemit und eifriger Nazi gewesen war. 1933 hatte Eitel die Zeit für gekommen gehalten, um die KWG im „deutsch-nationalen Sinne“ umzuorganisieren und auf Rüstungsforschung auszurichten.⁷⁵ Diese beiden Beispiele verdeutlichen, dass die Abwerbung von deutschen Wissenschaftlern die juristische Bestrafung von Nazis und Kriegsverbrechern, die sich gerade die Amerikaner auf die Fahnen geschrieben hatten, ein Stück weit konterkarierte. Zugleich stellte „Paperclip“ für die Deutschen eine eminente Bedrohung dar: Sie liefen Gefahr, ihre fähigsten Wissenschaftler in einem gewaltigen *Brain Drain* zu verlieren. Das konnte mittel- und langfristig den Wiederaufbau gefährden. Um dem vorzubeugen, bot sich ab 1946 unter anderem „die Stabilisierung der MPG“ an.⁷⁶ Doch deren Zukunft blieb, zumal in der US-Zone, einstweilen ungewiss, da die Amerikaner die KWG aufzulösen gedachten und zahlreiche ihrer Direktoren verhaftet hatten. Dies wiederum eröffnete anderen Akteuren die Möglichkeit, eigene Ziele zu verfolgen.

Sozusagen im Windschatten der Amerikaner versuchte Friedrich Glum, bis 1937 Amtsvorgänger Telschows als Generaldirektor der KWG, wieder Fuß in der MPG zu fassen und die Leitung ihrer Generalverwaltung an sich zu bringen.⁷⁷ Zunächst war Glum in Berlin für die Amerikaner

Scientists to America. New York, NY: Little, Brown and Company 2014. — Grundlegend nach wie vor Clarence G. Lasby: *Project Paperclip. German Scientists and the Cold War*. New York, NY: Atheneum 1971. — Siehe dazu auch Tom Bower und Volkhard Matyssek: *Verschwörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte*. München: List 1988. — Burghard Ciesla: Das „Project Paperclip“. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952). In: Jürgen Kocka (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin: Akademie Verlag 1993, 287–301. — Zu Project Overcast siehe Michael J. Neufeld: Overcast, Paperclip, Osoaviakhim: Plünderung und Transfer deutscher Militärtechnologie. In: Detlef Junker (Hg.): *Die USA und Deutschland Im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, 306–316.

74 Siehe dazu allgemein Wayne Biddle: *Dark Side of the Moon. Werner von Braun, the Third Reich, and the Space Race*. New York, NY: W.W. Norton 2009. — Mitchell G. Ash: Wandlungen der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg. In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 29–65, 32–33.

75 Heiko Stoff: *Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung 1926–1945*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2006 passim; das Zitat findet sich auf 4 und 24. — Dennoch ehrte ihn die FU Berlin 1966 mit der Verleihung einer Ehrenpromotion. Thomas Steinhauser et al.: *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter 2011, 142. — Siehe dazu auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 197.

76 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 440.

77 Siehe dazu Alexandra Przyrembel: *Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2004. — Zu Glum siehe Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungs-

als Rechtsberater tätig, bevor er 1946 im Rang eines Ministerialdirigenten in die Bayerische Staatskanzlei unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) eintrat, die sich, in den Worten des Wissenschafts- und Technikhistorikers Helmuth Trischler, als „Gralshüterin des Föderalismus“ verstand.⁷⁸ Von München aus bemühte sich Glum um eine „süddeutsche Lösung“ der Neustrukturierung der Forschungslandschaft.⁷⁹ Wegen der „besonders nachdrücklich vom Freistaat formulierten, aber auch von den anderen süd- und westdeutschen Ländern mitgetragenen föderalistischen Ansprüchen hinsichtlich des Wiederaufbaus des deutschen Wissenschafts-systems“ war, wie der Historiker Stephan Deutinger festhält, das „Verhältnis zwischen Bayern und der KWG/MPG [...] in deren Rekonstruktionsphase nach dem Zusammenbruch zunächst belastet“.⁸⁰ Glum setzte sich gewissermaßen an die Spitze der föderalistischen Bewegung, indem er sich für eine eindeutig föderale Struktur einer neu zu schaffenden deutschen Wissenschaftsorganisation starkmachte: Ein Sonderausschuss der Kultus- und Finanzministerien der Länder der US-Zone sollte die bestehenden Institute prüfen und über deren Erhalt oder Schließung entscheiden. Weiterzuführende Institute sollten einem Kuratorium unter Führung des jeweiligen Kultusministeriums unterstellt werden, das auch die Institutsleiter bestimmen sollte. Die Finanzierung sollte zur einen Hälfte durch die Länder, zur anderen Hälfte durch eine deutsche Zentralregierung und europäische Institutionen erfolgen. Eine solche Lösung, die in Teilen fraglos visionär war,⁸¹ wäre auf die Zerschlagung der KWG/MPG in ihrer bisherigen Form hinausgelaufen.

Der Sonderausschuss Wissenschaftliche Forschung des Länderrats der US-Zone, der aus Fachleuten der Wissenschaftsförderung bestand, folgte diesem Konzept jedoch nicht, sondern „unterstützte von Anfang an die Bemühungen der [Göttinger] Generalverwaltung, die Institute der US-Zone in die MPG aufzunehmen.“⁸² Telschow wusste zudem Max Planck auf seiner Seite, der gegen einen Aufbau der KWG/MPG „vom Süden her“ eintrat.⁸³ Mit der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln, die Glum im Frühjahr 1933 verfasst und in denen er die Hitler-Regierung eilfertig begrüßt hatte, gelang es Telschow, seinen Rivalen nachhaltig zu diskreditieren und

organisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355, hier 251–266.

78 Helmuth Trischler: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. München: Oldenbourg 2004, 117–194, hier 125.

79 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 426. — Siehe dazu und im Folgenden auch ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1134–1143.

80 Stephan Deutinger: *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980*. München: Oldenbourg 2001, 46.

81 Eine paritätische Finanzierung wurde erst 1964 in einem Staatsabkommen festgelegt; seither finanzieren Bund und Ländergemeinschaft die MPG (und auch die DFG) zu gleichen Teilen. Siehe dazu Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 115–120.

82 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 438.

83 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 411.

schließlich zur Aufgabe zu bewegen.⁸⁴ Dass Telschow selbst bereits 1933 in die NSDAP eingetreten war und seinen Aufstieg in der KWG nicht zuletzt seinem exzellenten Draht zur Partei verdankte,⁸⁵ blieb dabei wohlweislich unerwähnt. In der Forschung wird dieser Konflikt vor allem als konzeptionelle Auseinandersetzung zwischen einem föderativen Konzept, vertreten von Friedrich Glum, und dem von Ernst Telschow verkörperten Zentralismus gedeutet.⁸⁶ Das trifft fraglos zu, doch verbarg sich dahinter auch ein persönlicher Machtkampf zwischen den beiden Männern, die sich wechselseitig in tiefer Abneigung verbunden waren. Der nicht eben uneitle Glum hätte den Posten des Generalsekretärs sicher auch unter ganz anderen Rahmenbedingungen akzeptiert – etwa dann, wenn es der Kultusministerkonferenz 1949 gelungen wäre, Telschow durch ihn zu ersetzen.⁸⁷

Die Sowjets und Robert Havemann

Auch wenn ihre Besatzungspolitik im Rückblick konsequent und folgerichtig erscheinen mag, verfolgten auch die Sowjets nach Ende des Zweiten Weltkriegs keinen Masterplan. Bei genauem Hinsehen blieb ihre Deutschlandpolitik sogar erstaunlich unklar – und manches ist angesichts einer nach wie vor unbefriedigenden Quellenlage bis heute nebulös bzw. in der Historiographie umstritten geblieben. Soweit bislang bekannt, wusste man in Moskau längere Zeit vor allem auf eine Frage keine Antwort: Sollte man sich mit dem Spatz der eigenen Zone, die man bereits fest in der Hand hielt, zufriedengeben, oder nicht doch nach der Taube auf dem Dach – dem ganzen Deutschland – greifen? Letztlich versuchten die Sowjets, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Das galt hauptsächlich für das Politikfeld der Reparationen, die die Sowjetunion – angesichts der gigantischen Kriegszerstörungen in Weißrussland, der Ukraine und dem westlichen und südwestlichen Russland bis fast an den Ural, wo weite Landstriche von der Wehrmacht völlig verwüstet worden waren – weit mehr als die westlichen Siegermächte benötigte.⁸⁸ Zwar hatte das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 festgehalten, dass die Besatzungsmächte ihre Reparationsforderungen aus der eigenen Zone befriedigen sollten,⁸⁹ doch versuchte Moskau, möglichst auch Zugriff auf den wirtschaftlich hochentwickelten Westen

84 Zu den Details dieser Intrige, in der sich der braune Bock zum entnazifizierenden Gärtner machte, siehe Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, 1990, 197–355, 263–266.

85 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 633–648.

86 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 410–411. — Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 153–155. — Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 125.

87 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 47. — Zu Glums Persönlichkeit siehe die Autobiographie Friedrich Glum: *Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen*. Bonn: Bouvier 1964.

88 Die Sowjetunion hatte nicht nur rund 20 Mio. Kriegstote zu beklagen; hinzu kam die Zerstörung von 32.000 Industriebetrieben und 100.000 landwirtschaftlichen Großbetrieben, 1.710 Städten und 70.000 Dörfern bzw. sechs Mio. Gebäuden, wodurch über 25 Mio. Menschen obdachlos geworden waren. Diese Angaben nach Elke Scherstjanoi: *Sowjetische Besatzungspolitik*. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 73–89, hier 73.

89 Der Sowjetunion wurde dabei jedoch ein bestimmtes Kontingent an Reparationen aus den anderen Besatzungszonen konzidiert. Alliiertes Sekretariat (Hg.): *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin*, Ergänzungsblatt Nr. 1. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1946, hier 16–17. https://www.100dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf. Zuletzt aufgerufen am 14. 3. 2019. — Scherstjanoi, *Sowjetische Besatzungspolitik*, 1999, 73–89, 75.

Deutschlands zu erhalten, insbesondere auf das Ruhrgebiet als industrielle Herzkammer des vormaligen Kriegsgegners. Das gelang jedoch ebenso wenig wie die völkerrechtliche Festlegung der sowjetischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar.⁹⁰ In der eigenen Zone begannen die Sowjets frühzeitig damit, ein radikales sozioökonomisches und politisches Transformationsprogramm zu implementieren. Die Politik der Sowjetisierung brachte tiefe Eingriffe in das Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge der SBZ, allen voran durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform, in deren Zuge der landwirtschaftliche Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet wurde; im Rückblick erwies sich dieser Schritt als Vorstufe der Kollektivierung der Landwirtschaft. Auch politisch wurden die Weichen in der SBZ völlig neu gestellt: Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED legte – gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung – das Fundament für die sozialistische Einparteiendiktatur.⁹¹

In ihrer Wissenschaftspolitik verfolgten die Sowjets ähnliche Interessen wie die Amerikaner.⁹² Auch ihnen ging es darum, in den Besitz des Know-how zu gelangen, das die Deutschen im Zuge der NS-Rüstungsforschung angesammelt hatten – insbesondere auf dem Gebiet der Atomforschung und des Raketenbaus. Nach der Einnahme Berlins bemühten sie sich zunächst darum, noch vorhandene wissenschaftliche Einrichtungen zu demontieren und in die Sowjetunion zu transportieren. Davon waren vor allem das *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie* und das *KWI für Physik* betroffen.⁹³ Die Abteilung für Tieftemperaturphysik des *KWI für Physik* wurde samt ihrem Leiter, Ludwig Bewilogua, „in die Sowjetunion gebracht, zusammen mit seiner kompletten Abteilung, deren technischer Ausrüstung und allem Inventar einschließlich Wasserhähnen, Waschbecken und Türklinken.“⁹⁴ Später ging auch Moskau dazu über, gezielt deutsche Spitzenforscher abzuwerben – bisweilen mit verlockenden Angeboten, häufiger aber unter Anwendung von Zwang. So wurden in einer einzigen Nacht im Oktober 1946 mehrere Tausend deutsche „Spezialisten“, die zuvor in der Rüstungsindustrie gearbeitet hatten, in die Sowjetunion gebracht.⁹⁵ Norman Naimark schreibt, „daß die Sowjets ganz bestimmte Ziele im Auge hatten, als sie an deutsche Wissenschaftler herantraten, von denen

90 Schätzungen gehen davon aus, dass die UdSSR Reparationen „über Trophäenaktion, Demontagen, Warenlieferungen, Zahlungen und anderes Werte in Höhe von mindestens vierzehn Milliarden Dollar (nach 1938-Weltmarktpreisen)“ erhielt, die Leistungen der Kriegsgefangenen und der zwangsdeportierten deutschen Wissenschaftler und Ingenieure in der Sowjetunion nicht mitgerechnet. Scherstjanoi, *Sowjetische Besatzungspolitik*, 1999, 73–89, 81.

91 Siehe den Überblick bei Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997. — Scherstjanoi, *Sowjetische Besatzungspolitik*, 1999, 73–89.

92 Zur Ausnutzung der deutschen Wissenschaften durch die Sowjets siehe ausführlich Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 242–294.

93 Siehe dazu Thomas Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln: Wissenschaft und Politik 1981, 43. — Albrecht und Hermann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 1990, 356–406, 401. — Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 246.

94 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 246–247.

95 Ash, *Wandlungen*, 2018, 29–65, 33. — Näheres zu dieser Operation, die am 22. 10. 1946 stattfand und den Codenamen „Osowajachim“ trug, bei Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 259–269.

sie meinten, daß sie ihnen bei ihrem Atombombenprojekt behilflich sein könnten.“⁹⁶ Was das Humankapital der KWG betrifft, gelang den Sowjets u. a. die Anwerbung von Peter Adolf Thießen, bis 1945 Direktor des *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie* und übergangsweise Leiter der KWG⁹⁷ – übrigens mit der gleichen unerfreulichen Nebenwirkung, was die Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft betrifft, denn Thießen hatte als einer der ganz wenigen KWI-Direktoren zu den „alten Kämpfern“ gezählt, die der NSDAP bereits vor 1933 beigetreten waren.⁹⁸ Unter den deutschen Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren sprach sich schnell herum, wie zuvorkommend deutsche „Spezialisten“ in der SBZ behandelt wurden und welche hervorragenden Arbeitsbedingungen sie dort vorfanden. Dies führte in Verbindung mit der Reparations- und Entnazifizierungspolitik der Westalliierten dazu, dass eine ganze Reihe deutscher Forscher der Sowjetunion ihre Dienste freiwillig anboten.⁹⁹ Von solchen Erfolgen abgesehen – wissenschaftlich und organisatorisch stellten Männer wie Thießen für sie fraglos einen großen Gewinn dar –, mussten die Sowjets feststellen, dass die KWG auf dem Gebiet der SBZ kaum mehr nennenswert vertreten war.¹⁰⁰ Zunächst befand sich einzig das *KWI für Hirnforschung* in Berlin-Buch im sowjetischen Machtbereich, wogegen das *KWI für Lederforschung* aus Dresden während des Kriegs nach Süddeutschland und das *KWI für Tierzucht-forschung* von Dummerstorf bei Rostock auf das Remontegut Mariensee in die Nähe von Hannover verlagert worden waren.¹⁰¹

So musste die Einflussnahme auf die KWG als Ganzes in erster Linie über Berlin bzw. über die noch in Berlin verbliebenen Institute erfolgen. Damit wurde das weitere Schicksal der KWG/MPG mit der von der Roten Armee besetzten und ab Juli 1945 in vier Sektoren aufgeteilten ehemaligen Reichshauptstadt verknüpft, in der sich die Wirren und Probleme Nachkriegsdeutschlands wie in einem Brennglas bündelten. „Die Überlegung, über Berlin Zugriff auf die gesamte

96 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 248.

97 Thießen war nicht zur Arbeit in der Sowjetunion genötigt worden, sondern hatte den Sowjets seine Dienste (und die seines Mitarbeiterstabes) freiwillig angeboten. Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 113, 136–139. — Zur Biographie Thießens siehe Christina Eibl: *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator. (1899–1990). Eine biographische Studie*. Dissertation/ PhD Thesis. Stuttgart: Historisches Institut der Universität Stuttgart, Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik 1999. — Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 246–247. — Zu Thießens Rolle als kurzzeitiger Leiter der KWG siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 24–26.

98 Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 195, 197. Thießen, der zusammen mit zehn seiner Mitarbeiter in die Sowjetunion ging, kehrte nach dem Ende seines auf zehn Jahre befristeten Vertrags in die DDR zurück, wo er als einer der führenden Wissenschaftler galt und – u. a. durch die Gründung des ostdeutschen Forschungsrats – aktiv am Aufbau einer „sozialistischen Wissenschaft“ mitwirkte. — Zur eilig betriebenen Entnazifizierung Thießens, die die Sowjets noch in Berlin besorgten, siehe Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 246–247.

99 Siehe Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 258–259.

100 Hubert Laitko: Die Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Akademiehistorische Weichenstellungen in der Frühphase des Kalten Krieges. In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 291–364, 322.

101 Später kam allerdings noch das *KWI für Kulturpflanzenforschung*, das erst 1943 in Wien gegründet worden war, nach Gatersleben und damit in die SBZ. Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 70.

KWG zu erlangen“, urteilt Hubert Laitko, „war im Frühjahr 1945 nicht abwegig.“¹⁰² Als Hebel diente der Viermächte-Status der Stadt, der eine einheitliche Verwaltung Berlins durch den Magistrat vorsah. Der Magistrat wiederum hatte Anordnungen der Alliierten Kommandantur umzusetzen – allerdings nur, wenn diese Anordnungen einstimmig von den vier Stadtkommandanten der Siegermächte beschlossen worden waren.¹⁰³ Die Gelegenheit, Einfluss auf die Dahlemer Institute zu nehmen, ergab sich Anfang Juli 1945, als mit Otto Winzer ein Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ zum Leiter des Amtes für Volksbildung des Berliner Magistrats avancierte. Winzer, der damit auch die Zuständigkeit für Universitäten und Wissenschaft erlangte, nutzte die Gunst der Stunde, um gezielte Kaderpolitik zu betreiben: Umgehend beauftragte er Robert Havemann mit der kommissarischen Leitung der KWG – gerade noch rechtzeitig, bevor die Westalliierten in Berlin Einzug hielten, wodurch sich Dahlem fortan im amerikanischen Sektor befand.¹⁰⁴ Havemann, der sein neues Amt am 5. Juli 1945 antrat, hegte keinerlei Zweifel, wem er seine Ernennung zu verdanken hatte. Er schrieb später selbst, „von den Russen in diese Stellung eingesetzt“ worden zu sein.¹⁰⁵

Die neuere Forschung bezeichnet Havemann aus Sicht der Sowjets und ihrer deutschen Verbündeten als den „ideale[n] Mann“ für diesen Posten,¹⁰⁶ weil er für seine Aufgabe nicht nur wissenschaftlich geeignet, sondern auch politisch ganz auf ihrer Linie gewesen sei. Ersteres traf fraglos zu, Havemanns fachliche Eignung als habilitierter Kolloidchemiker stand außer Zweifel; Letzteres muss hingegen – jedenfalls aus der Sicht der Parteiperspektive der KPD/SED – mit einem Fragezeichen versehen werden. Havemann war zwar ein überzeugter Kommunist, der in der NS-Zeit sein Leben für diese Überzeugung eingesetzt hatte,¹⁰⁷ doch er war zunächst alles andere als ein linientreuer stalinistischer Parteisoldat. Seine politische Heimat war nicht die KPD, der er in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch gar nicht angehörte, sondern die Gruppe

102 Laitko, Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 2018, 291–364, 323.

103 Dazu ausführlich Jörg Rengel: *Berlin nach 1945. Politisch-rechtliche Untersuchungen zur Lage der Stadt im geteilten Deutschland*. Frankfurt am Main: P. Lang 1993. — Jürgen Wetzel: Berlin. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*. Ein Handbuch. Berlin: Akademie Verlag 1999, 385–391, 385–388.

104 Das Ernennungsschreiben vom, 5. 7. 1945, das von Bürgermeister Dr. Werner und Otto Winzer gezeichnet ist, ist abgedruckt bei Robert Havemann. *Dokumente eines Lebens*. Berlin: Christoph Links Verlag 1991, 101 Dokument 2–4. — Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1056–1057. — Gerhard Keiderling (Hg.): *„Gruppe Ulbricht“ in Berlin, April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*. Bd. 13. Berlin: A. Spitz 1993, 64, 67–68 sowie Dokument 50 (312–317), Dokument 56 (329–331), Dokument 60 (341–342) und Dokument 67 (357–358). — Den Aspekt der Kaderpolitik betont Dieter Hoffmann: *Physikochemiker und Stalinist (1945–1955)*. Robert Havemann. *Dokumente eines Lebens*. Berlin: Christoph Links Verlag 1991, 64–115, 65–66.

105 Zitiert nach Laitko, Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 2018, 291–364, 324.

106 Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 64–115, 66. — Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 139–140. — Ähnlich auch Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 26.

107 Havemann war 1944 wegen antifaschistischen Widerstands zum Tode verurteilt und nur deswegen nicht hingerichtet worden, weil er mit angeblich kriegswichtigen Experimenten betraut war – er hatte im Auftrag des Heereswaffenamtes in einer Gefängniszelle im Zuchthaus Brandenburg Experimente auf dem Gebiet der Chemiewaffenforschung durchgeführt.

„Neu Beginnen“, die durchaus andere Vorstellungen artikulierte als die Moskau-hörige KPD.¹⁰⁸ Zudem trug Havemann einen eigenwilligen Kopf auf den Schultern, seine Denk- und Handlungsoptionen endeten nicht an den von der Parteilinie vorgegebenen Grenzen. Damit war nicht nur der Konflikt mit dem Göttinger Gründerzirkel vorprogrammiert, sondern auch mit denjenigen Kräften aus der SBZ/DDR, die ihn in diese Position gebracht hatten.

Der frischgebackene Leiter, der als äußeres Zeichen seiner neuen Amtswürde die repräsentative Haber-Villa in Dahlem bezog, machte sich mit großem Elan ans Werk. Selbstbewusst unterstrich Havemann seinen Leitungsanspruch sowohl gegenüber den Mitarbeitern in Dahlem als auch gegenüber der Göttinger Generalverwaltung und den Banken. Zudem hob er unter Verweis auf den Eintrag seines Namens in das Berliner Vereinsregister sämtliche früheren Vollmachten Ernst Telschows auf und setzte ein Personalrevirement in der Berliner Verwaltung in Gang, in dessen Zuge Telschow-Vertraute wie Walther Forstmann und Herbert Müller beurlaubt wurden.¹⁰⁹ Havemanns Möglichkeiten – und damit auch der Einfluss der Sowjetunion auf die KWG als Ganzes – blieben jedoch begrenzt.¹¹⁰ Zwar verfügte er formal über die Liegenschaften und weitgehend unzerstörten Institutsgebäude der KWG in Berlin-Dahlem, doch waren deren Einrichtungen von der Roten Armee demontiert worden, was die Forschungsmöglichkeiten stark einschränkte. Havemann selbst schilderte die trostlose Lage im Sommer 1947 folgendermaßen:

Ich kam nach Dahlem als die kurze, für die Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute sehr schmerzliche Periode der russischen Besetzung dieses Stadtteils gerade endete. Vor mir war der Nazi-direktor Prof. Thiessen von den Russen mit der Verwaltung der Institute beauftragt worden. Thiessen, der sich verpflichtet hatte, mit seinem Institut nach Russland zu gehen, leitete den gründlichen und planmässigen Abtransport aller wertvollen Einrichtungen der Institute nach Russland. So bot sich mir beim Beginn meiner Tätigkeit ein trostloses Bild. Die Institute waren vollkommen ausgeplündert, selbst die Schalttafeln und Leitungen waren grösstenteils entfernt. Nur wenige Wissenschaftler waren in Berlin verblieben.¹¹¹

Schwerer noch als die widrigen materiellen Umstände wog, dass Havemann bei den in Berlin verbliebenen KWG-Direktoren auf Ablehnung stieß. Sie begründeten dies damit, dass seine

108 Bernd Florath: Orientierungsprobleme in den Nachkriegsjahren. In: Bernd Florath (Hg.): *Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 73–100, 85. Auf Floraths Untersuchung beruhen, soweit nicht anders gekennzeichnet, diese und die folgenden Ausführungen zu Havemann. — In West-Berlin zählten die Mitglieder der Gruppe „Neu Beginnen“, die gleichzeitig Mitglieder in der SPD waren, fast durchwegs zum rechten Parteiflügel. Siehe Tobias Kühne: *Das Netzwerk „Neu Beginnen“ und die Berliner SPD nach 1945*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2018.

109 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 26–27.

110 Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist, 1991, 64–115, 66–68. — Siehe im Folgenden Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 43–60. — Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 67–68. — Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 409, 425–428, 435, 441–442.

111 Robert Havemann: Bericht über meine Tätigkeit als Leiter der Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem vom 16. 8. 1947, zitiert nach Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 139.

Bestellung nicht satzungsgemäß erfolgt sei. Zehn Berliner Abteilungsleiter protestierten deswegen schriftlich bei den Amerikanern gegen die Ernennung Havemanns und gegen die von ihm verfügbaren Maßnahmen, insbesondere die Entlassung vormaliger Parteigenossen.¹¹² Gut möglich, dass gerade dies die in Dahlem ansässigen KWG-Mitglieder gegen Havemann aufgebracht hatte. Andere, wie beispielsweise Reinhold von Sengbusch, der Leiter einer Forschungsstelle für Pflanzenzüchtung, die erst 1945 in die KWG eingegliedert worden war, brachen kurzerhand den Kontakt zur Berliner Generalverwaltung der KWG ab.¹¹³ Der schwere Stand, den Havemann bei den Direktoren und Abteilungsleitern der KWG hatte, erleichterte der Generalverwaltung in Göttingen den Kampf gegen diesen Rivalen: Mit der Begründung, dass er „nicht nach den Satzungen zum Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ernannt worden“ sei, erklärte die Göttinger Generalverwaltung gegenüber der *Deutschen Bank*, dass Havemann „keine Verfügungsberechtigung über die Konten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Institute in der Britischen Zone“ habe.¹¹⁴ Ins gleiche Horn stieß Max Planck, der in einem Rundschreiben an die Institutsleiter vom 15. September 1945 auf das Schreiben der „in Dahlem noch anwesenden Wissenschaftler“ Bezug nahm und seinerseits betonte, „daß die Ernennung des Herrn Dr. Havemann nicht der Satzung entspricht und von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht anerkannt wird.“¹¹⁵ Im Oktober 1945 unternahm Telschow eine Rundreise durch die Westzonen, um die Direktoren der dortigen Institute gegen die Berliner Leitung einzuschwören und von ihnen wiederum einen „klaren Auftrag zur Eindämmung der Ansprüche Havemanns“ zu erhalten.¹¹⁶

Daraus resultierte ein Konflikt, den der Wissenschaftshistoriker Dieter Hoffmann als „zermürbenden Macht- und Prestigekampf zwischen der Göttinger Generalverwaltung einerseits und der ‚Gegen-Regierung Havemann‘ andererseits“ charakterisiert.¹¹⁷ Doch auch wenn die Berliner ihre Göttinger Rivalen ihrerseits als „die angeblich jenseits der Elbe tagende andere sogenannte Verwaltung der KWG“ bezeichneten, die „nur als private Einrichtung ohne autoritativen Charakter gegenüber der hiesigen Verwaltung“ anzusehen sei,¹¹⁸ blieb Havemanns Einfluss faktisch auf Berlin und die SBZ beschränkt. Zudem sah er sich mit großen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Berliner Institute konfrontiert, deren Haushalt für 1946 nicht einmal zur Hälfte

112 Schreiben leitender Direktoren und Mitarbeiter vom 7. 7. 1945 an die Generalverwaltung der KWG, abgedruckt in: *Robert Havemann*, 1991, 101–102, Dokument 2–5. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1057–1059. — Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 189. — Zur Entnazifizierungspolitik Havemanns in Dahlem siehe Steinhäuser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 140–142.

113 Reinhold von Sengbusch: Forschungsstelle von Sengbusch in der Verwaltung der MPG, in: FS Hahn, S. 244.

114 Sommer 1945, Schreiben der KWG-Generalverwaltung in Göttingen an die Deutsche Bank, abgedruckt in: *Robert Havemann*, 1991, 102, Dokument 2–6.

115 Rundschreiben vom 15. 9. 1945 an die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute, abgedruckt in: *Robert Havemann*, 1991, 103, Dokument 2–7. — Siehe auch Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 27. — Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 190.

116 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 428.

117 Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 64–115, 67.

118 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 27.

gedeckt werden konnte. Der Etat des traditionsreichen *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie*, an dem einst Fritz Haber gewirkt hatte, wurde daraufhin „auf ein Drittel zusammengestrichen, was nicht nur die laufenden Forschungsarbeiten, sondern die Existenz des Instituts selbst infrage stellte.“¹¹⁹ In dieser Situation gestatteten die Sowjets im Juli 1946 die Wiedereröffnung der *Preußischen Akademie der Wissenschaften* als *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Zwar konterkarierte der erwähnte massive Transfer von Wissenschaftlern und wissenschaftlichem Gerät aus der SBZ in die Sowjetunion dieses Vorhaben,¹²⁰ doch eröffnete die Zulassung der Berliner Akademie den Instituten in Dahlem eine neue Finanzierungsmöglichkeit. Dieser Schritt stellte nämlich keine Wiederherstellung der alten Akademie unter neuem Namen dar, sondern lief auf die Schaffung eines völlig neuen Typs von Akademie hinaus: einer Forschungsakademie, die überregional und mit gesamtdeutschem Anspruch tätig sein, multifunktional aufgestellt und mit eigenen Forschungsinstituten ausgestattet werden sollte.¹²¹ Was die der Akademie anzugliedernden Institute betrifft, richtete sich das Augenmerk hauptsächlich auf die in Berlin verbliebenen Forschungseinrichtungen der KWG. Im Sommer unterbreitete ein Vertreter der *Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung*, die die Finanzierung der Berliner Akademie übernommen hatte, Havemann den Vorschlag, „Mittel für die Finanzierung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute bereitzustellen“.¹²² Havemann, der damit zwischen die Fronten der Besatzungsmächte zu geraten drohte, machte seine Zustimmung von der Genehmigung der US-Militärregierung abhängig. Die Amerikaner standen einer Finanzierung durch die Deutsche Akademie der Wissenschaften jedoch – wie übrigens auch die Dahlemer Direktoren und Abteilungsleiter – „sehr distanziert“ gegenüber. Die Akademie befand sich nämlich unter dem direkten Einfluss der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), in deren Abhängigkeit man die Institute aus dem Berliner Südwesten nicht manövrieren wollte. „Niemals in ihrer Geschichte“, urteilt der Wissenschaftshistoriker Hubert Laitko,

war die Akademie einer möglichen Verbindung mit den Dahlemer Instituten näher als in dieser Situation. Aber das gegenseitige Misstrauen, in dem sich die wachsende Ost-West-Spannung lange vor dem Inkrafttreten definitiver Abschottungsmaßnahmen äußerte, war schon weit genug gediehen, um eine Realisierung dieser Möglichkeit zuverlässig zu verhindern.¹²³

119 Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 148.

120 Ash, *Wandlungen*, 2018, 29–65, 50.

121 Siehe dazu Peter Nötzoldt: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zwischen Tradition und Anpassung (1946–1972). In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 365–397, 365, 380–382. — Hinter diesem Schritt steckte allerdings keine gezielte Sowjetisierungsstrategie der Besatzungsmacht, er ging vielmehr „aus einer Mixtur von zielstrebigen Bemühungen und Zufallskonstellationen“ hervor. Laitko, *Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften*, 2018, 291–364, 337 und passim. — Zur Haltung der Sowjets gegenüber der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin siehe auch Naimark, *Die Russen in Deutschland*, 1997, 274–277.

122 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 34–35. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

123 Laitko, *Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften*, 2018, 291–364, 352.

Nachdem sich diese Option zerschlagen hatte, verfiel Havemann auf die Idee, zur Finanzierung der Dahlemer Institute Geldquellen aus den drei übrigen Zonen anzuzapfen. Diesem Ziel diene ein Plan, den Havemann im August 1946 zu Papier brachte: Die technisch hochwertig ausgestatteten Forschungseinrichtungen in Dahlem sollten nicht nur möglichst rasch ihre Forschungsarbeiten wiederaufnehmen; die „ehemaligen Kaiser Wilhelm-Institute“ sollten darüber hinaus „zu einer Hochschule der wissenschaftlichen Forschung“ umfunktioniert werden, um dort „die stets nur geringe Zahl der hervorragend begabten jungen Wissenschaftler in ihren Instituten zu unterrichten.“ Damit würden die Möglichkeiten genutzt, „durch welche die ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute zum Wiederaufbau des deutschen Lebens und zur Entwicklung eines freiheitlichen Geistes beizutragen imstande sind.“¹²⁴ Das Problem der Forschungskontrolle, die das bereits erwähnte Kontrollratsgesetz Nr. 25 vorsah, löste Havemann elegant, indem er die Einbindung junger ausländischer Wissenschaftler in die zu gründende „Elitehochschule“ vorschlug,¹²⁵ die deren Tätigkeit sozusagen von innen heraus überwachen sollten. Der Clou des Plans bestand darin, dass er ein Modell entwarf, das gerade den Amerikanern nur allzu vertraut war: Das Konzept der *Deutschen Forschungshochschule* ähnelte nämlich frappant den in den USA üblichen *Schools of Advanced Studies*. Kein Wunder, dass ihre Reaktionen überaus positiv ausfielen, als Havemann ihnen sein Konzept Anfang September 1946 vorstellte. Die Initiative kam zur rechten Zeit, denn die Amerikaner hatten damals bereits ihren Einfluss auf die Berliner Universität verloren, nachdem diese im Januar 1946 – wie auch die Berliner Akademie der Wissenschaften – der *Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung* und damit der SMAD unterstellt worden war; daher suchten sie für ihren Sektor nach einer eigenen Lösung als Gegengewicht gegen die Universität im Ostsektor der Stadt. Auf Zustimmung stieß Havemanns Vorschlag besonders bei Fritz Karsen, der als *Chief Higher Education and Teacher Training* in der Hauptabteilung *Education and Cultural Relations* von OMGUS für sämtliche Fragen der Hochschulbildung zuständig war.¹²⁶ Der deutschstämmige Reformpädagoge, der als Schulleiter in Berlin-Neukölln gewirkt hatte, ehe er von den Nationalsozialisten 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden war, übernahm es in der Folgezeit, den Aufbau dieser Einrichtung voranzutreiben, der er den Namen *Deutsche Forschungshochschule* gab. Karsen war es auch, der den Umfang der geplanten Einrichtung zur Ausbildung des Spitzennachwuchses bedeutend erweiterte und zugleich deren Rolle als Instrument zur *Reeducation* der Deutschen hervorhob – womit er durchaus auf der Linie Havemanns lag.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen gelang es Karsen, die in der US-Zone gelegenen Länder Bayern, Württemberg-Baden und Hessen zum Abschluss eines Staatsabkommens zu

124 Plan Robert Havemanns für die ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute vom 21. August 1946, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 183–185 Zitate 184 und 183. — Zum Gründungsprozess der DFH siehe im Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, die minutiöse Aufarbeitung von Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 32–76. — Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 64–115, 69. — Siehe dazu auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193 die die Initiative zur Gründung der DFH allerdings fälschlicherweise Fritz Karsen zuschreibt.

125 Von der DFH als „Elitehochschule“ nach US-Vorbild spricht Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 126, Anm. 24.

126 Zur Biographie von Fritz Karsen siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 163.

bewegen, das die Errichtung einer selbständigen öffentlichen Stiftung *Deutsche Forschungshochschule* vorsah. Das Abkommen, dem später auch Bremen und Berlin beitraten, sah die Finanzierung der in der Forschungshochschule zusammengeschlossenen Berliner Einrichtungen sowie weiterer in der US-Zone gelegener Forschungsinstitute nach einem festgelegten Schlüssel vor.¹²⁷ Die Forschungshochschule diene einem doppelten Ziel: Zum einen sollte sie die Finanzierung der in Dahlem gelegenen Institute sicherstellen, zum anderen zur Demokratisierung der deutschen Wissenschafts- und Hochschullandschaft beitragen.¹²⁸ Havemann spielte die amerikanische Karte also nicht allein aus Geldnot, sondern auch aus der Überzeugung heraus, dass die Forschungshochschule mittels der Ausbildung der künftigen Forschungselite zur dringend gebotenen Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung in Deutschland beitragen würde.¹²⁹ Dieses Ziel vor Augen, ließ Havemann sich bereitwillig auf eine Zusammenarbeit mit den Amerikanern ein, die in dieser Frage aufgeschlossener agierten als die Sowjets – und setzte sich durch diese „Balanceversuche zwischen Ost und West“ zwischen alle Stühle.¹³⁰

Letztlich war es der sich bereits abzeichnende Kalte Krieg, der Havemann einen Strich durch die Rechnung machte. Die Schaffung des Amerikanischen Sektors und die zunehmende Abschottung der Sektoren schränkten Havemanns Möglichkeiten, Einfluss auf die Institute in Dahlem zu nehmen, weiter ein, auch wenn der Viermächte-Status Berlins offiziell bis 1948 galt. Unmittelbar nach Erlass des bereits erwähnten Forschungskontrollgesetzes entzogen die Amerikaner der Kommandantur die Zuständigkeit für die in Dahlem gelegenen Forschungsinstitute und unterstellten sie direkt dem Stadtkommandanten ihres Sektors. Als die für die SBZ zuständige *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung* dazu überging, die in Ost-Berlin ansässige Akademie der Wissenschaften mit außeruniversitären Forschungsinstituten auszustatten und zu diesem Zweck auch die in der SBZ gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute in die *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* zu integrieren, war der Kampf um die KWG für Havemann endgültig verloren.¹³¹

Im Juli 1949 betrieben die Amerikaner seine Ablösung als Verwaltungsdirektor der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute, weil Havemann angeblich „widerrechtlich wissenschaftliche For-

127 Bayern sollte 50 Prozent der Kosten tragen, Württemberg-Baden und Hessen jeweils 25 Prozent. Staatsabkommen zwischen Bayern, Hessen und Württemberg-Baden und Stiftungsurkunde über die Errichtung der Forschungshochschule vom 3. Juni 1947, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 192–196.

128 Siehe Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 148–149.

129 Siehe Florath, *Orientierungsprobleme*, 2016, 73–100, 82–83.

130 So lautet der Untertitel von Florath, *Orientierungsprobleme*, 2016, 73–100.

131 Zum Versuch Havemanns, die KWG von Berlin aus wieder zu errichten, wie auch zum Scheitern dieses Versuchs siehe ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1059–1077. — Zur Integration von Kaiser-Wilhelm-Instituten in die Deutsche Akademie der Wissenschaften Jürgen Nötzold: Die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 778–800, 792.

schung ermöglicht, gestattet und dazu ermutigt“ habe.¹³² Tatsächlich ging es in erster Linie darum, einen politisch missliebigen Wissenschaftler, der die politischen Initiativen der SBZ/DDR auch in West-Berlin lautstark propagierte, mundtot zu machen. Im Frühjahr 1950 nahmen die West-Berliner Behörden einen Artikel Havemanns in der Ost-Berliner Zeitung *Neues Deutschland* zum Anlass,¹³³ um ihn auch aus seiner letzten Dahlemer Bastion, der des Abteilungsleiters am *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie*, zu entlassen und ihm das Betreten des Instituts zu verbieten.¹³⁴ Havemann, seit 1949 Abgeordneter der DDR-Volkskammer, übersiedelte daraufhin nach Ost-Berlin, wo er einen Lehrstuhl für angewandte physikalische Chemie an der Humboldt-Universität übernahm.¹³⁵ Fortan wirkte er, wie sein Freund Wolf Biermann es formuliert, „für die DDR als antifaschistische Mehrzweckwaffe im Kalten Krieg.“¹³⁶ In den 1960er Jahren sollte er sich von einem treuen Parteigänger der SED, was bis zur Tätigkeit als geheimer Informant des *Ministeriums für Staatssicherheit* reichte, zu einem der prominentesten Dissidenten der DDR wandeln.¹³⁷ Seine im Wintersemester 1963/64 gehaltene Vorlesung „Naturwissenschaftliche Aspekte der Philosophie“ bezeichnet Biermann als „geistige Waffe gegen die Parteinomenklatura – ein innovatives Fach: subversive Polit-Chemie.“¹³⁸

Die Franzosen und die „Tübinger Herren“

Während die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer der beiden Supermächte in der entstehenden bipolaren Weltordnung aufgestiegen war, musste Frankreich nach Niederlage, Besetzung und Befreiung sich und seine Rolle in Europa und der Welt von neuem finden. Die *Grande Nation* befand sich am Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Sonderrolle: Man galt zwar offiziell als eine der vier Siegermächte, fühlte sich jedoch als Siegermacht zweiter Klasse behandelt. Wie in Teheran und Jalta, saßen die Franzosen auch in Potsdam nicht mit am Tisch, als die „großen Drei“ – Churchill, Roosevelt und Stalin – über die Nachkriegsordnung Europas und die Zukunft Deutschlands verhandelten. Aus diesem Grund fühlten sich die Franzosen denn auch allenfalls eingeschränkt an die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gebunden. Stattdessen avancierten die eigenen Sicherheitsinteressen, die nach den drei großen Kriegen von

132 Zitiert nach Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 150. — Siehe auch Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist, 1991, 64–115, 73–74, der Havemanns Entlassung auf den Januar 1948 datiert und den angegebenen Entlassungsgrund für vorgeschoben hält.

133 In diesem Artikel kritisierte Havemann die US-Atomwaffenpolitik und deren „Wasserstoff-Superbombe“ scharf. Prof. Dr. Robert Havemann: Greifen und Begreifen. In: *Neues Deutschland* vom 5. 2. 1950, auszugsweise abgedruckt in: *Robert Havemann*, 1991, 104–106, Dokument 2–8. — Dazu auch Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist, 1991, 64–115, 77.

134 Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Volksbildung (gez. Stadtrat May) an Prof. Dr. Havemann vom 27. 2. 1950 betr. Ihre Tätigkeit in der Forschungsgruppe Dahlem, abgedruckt in: *Robert Havemann*, 1991, 106, Dokument 2–9. — Siehe dazu auch Florath, Orientierungsprobleme, 2016, 73–100, 97–99.

135 Ein Faksimile der Ernennungsurkunde vom 19. 9. 1952 in: *Robert Havemann*, 1991, 109, Dokument 2–12.

136 Wolf Biermann: *Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie*. Berlin: Propyläen 2016, 126.

137 Siehe Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 150–151. — Zu Havemanns Tätigkeit für die sowjetische Aufklärung und die Stasi siehe Arno Polzin: Robert Havemanns Zusammenarbeit mit Geheimdiensten. In: Bernd Florath (Hg.): *Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 101–113.

138 Biermann, *Warte nicht auf bessere Zeiten*, 2016, 127.

1870/71, 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 weitaus stärker ausgeprägt waren als bei Amerikanern und Briten, zur Leitlinie der französischen Deutschlandpolitik; solange diese nicht ausreichend befriedigt schienen, torpedierte Paris jedes gemeinsame Vorgehen der vier Siegermächte. Zu diesem Zweck nutzten die Franzosen ihr faktisches Vetorecht im Alliierten Kontrollrat wie auch in der Berliner Kommandantur, um offene Obstruktionspolitik zu betreiben. Vor allem ging es ihnen darum, eine wirtschaftliche Erholung und einen politischen Neubeginn in Deutschland – und das hieß in erster Linie: die abermalige Formierung eines deutschen Nationalstaates – zu blockieren. In diesem Kontext sind ebenfalls die französischen Reparationsforderungen wie auch die Ansprüche auf das Saargebiet und andere linksrheinische deutsche Territorien sowie die Forderung nach einer Internationalisierung des Ruhrgebiets zu sehen. Die Lähmung des Kontrollrats – zu der Paris weit mehr beitrug als Moskau – führte in letzter Konsequenz zu einer „Regionalisierung der Politik in Deutschland“, die wiederum zwangsläufig in eine „Sonderentwicklung jeder Zone“ mündete.¹³⁹ Zugleich hat die neuere Forschung jedoch auch herausgearbeitet, dass die Franzosen in ihrer Zone eine durchaus konstruktive Besatzungspolitik betrieben, eine „Politik der Erneuerung, der Reformen und der Demokratisierung“, die von deutscher Seite – von den Zeitgenossen wie auch von der älteren zeithistorischen Forschung – lange zu Unrecht als „düstere Franzosenzeit“ abgewertet worden ist; Kurt Schumachers berühmt-berüchtigtes Diktum von den „Westrussen“ gehört in diesen Kontext, wie auch Theodor Eschenburgs wenig schmeichelhafte Charakterisierung des deutschen Südwestens als französische „Ausbeutungskolonie“.¹⁴⁰

Edgar Wolfrum, einer der besten Kenner der Materie, spricht von einer „doppelte[n] Deutschlandpolitik“ der Franzosen: „Inoffiziell steckten sich die gemäßigten Politiker nach 1945 realistische Ziele; offiziell wurden trotz der Einsicht in deren Chancenlosigkeit weiterhin Maximalziele propagiert, womit man dem Druckpotential einer germanophoben französischen Öffentlichkeit begegnete.“¹⁴¹ Dem Primat der sicherheitspolitischen Interessen ordneten die Franzosen allerdings alle anderen Zielsetzungen unter. Das galt auch für die Wissenschaftspolitik. Ihnen ging es in erster Linie darum, die in den Südwesten Deutschlands verlagerten Institute in der eigenen Zone zu halten, um direkten Einfluss auf die deutsche Forschung nehmen und diese so unter Kontrolle halten zu können.¹⁴² Die Möglichkeiten dafür waren gar nicht einmal so schlecht. Während die französische Zone von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und strategischen Lage nicht an die übrigen drei Besatzungszonen heranreichte, hatte die kriegsbedingte Verlagerung eine Reihe bedeutender Forschungsinstitute in den Südwesten gespült;

139 Nach Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik, 1999, 21–32, 25–28, die Zitate finden sich auf 28.

140 Siehe dazu den Überblick bei Edgar Wolfrum: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*. Ein Handbuch. Berlin: Akademie Verlag 1999, 60–72, Zitate 60–61. — Zur Neuerschätzung der französischen Besatzungspolitik siehe auch Edgar Wolfrum, Peter Fäßler und Reinhard Grohnert (Hg.): *Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949*. München: Oldenbourg 1996.

141 Wolfrum, Französische Besatzungspolitik, 1999, 60–72, 65.

142 Zur Wissenschaftspolitik in der französischen Zone siehe Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 165–183.

unter ihnen befanden sich mit dem *KWI für Biologie*, dem *KWI für Biochemie*, dem *KWI für Chemie* und dem *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht* vier besonders renommierte Institute der KWG.

Den Franzosen schwebte eine Integration dieser Forschungsinstitute in die Universitäten vor, zumindest aber sollten sie nicht mehr zentral über die KWG bzw. die MPG finanziert, sondern von den Ländern finanziell alimentiert werden. Um der Sammlung der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute unter der Flagge der MPG einen Riegel vorzuschieben, stellten sich die Franzosen auf den Standpunkt, dass die KWG gar nicht aufgelöst worden sei.¹⁴³ Dem Zweck der Länderfinanzierung diene die Schaffung eines Forschungsrats als Dachorganisation für die Institute auf Länderebene. Nach langen Verhandlungen zwischen den Landesregierungen, der Besatzungsmacht und den Instituten kam es im März 1949 zu einer Reform der Forschungsorganisation in der französischen Zone, die den deutschen Wissenschaftlern mehr Mitsprache einräumte. In dem neu geschaffenen Forschungsausschuss für Württemberg-Hohenzollern, der „die Haushaltsvoranschläge der Institute zu prüfen und dem Kultusministerium zuzuleiten, Vorschläge zur Berufung und Entlassung der Direktoren und Abteilungsleiter zu machen und das Kultusministerium in allen Forschungsfragen zu beraten“ hatte,¹⁴⁴ dominierten die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute: So gehörten unter anderem Adolf Butenandt (Direktor des *KWI für Biochemie*), Hans Dölle (Direktor des *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht*), Hans Friedrich-Freksa (Abteilungsleiter am *KWI für Biochemie*), Alfred Kühn (Direktor des *KWI für Biologie*), Georg Melchers (Abteilungsleiter am *KWI für Biologie*), Josef Mattauch (Direktor des *KWI für Chemie*), Erich Regener (Leiter der *Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in der KWG*) und Hermann Schüler (Leiter der Arbeitsgruppe Hechingen des *KWI für Physik*) diesem Gremium an. Jede Form der Zentralisierung wollten die Franzosen dagegen unbedingt vermeiden. Deswegen verhinderten sie zunächst den Beitritt dieser Kaiser-Wilhelm-Institute zur MPG als einer übergeordneten, später auch zonenübergreifenden Forschungsorganisation.¹⁴⁵

In diesem Punkt deckten sich die Interessen der Franzosen durchaus mit denen der Direktoren dieser Institute. Im Unterschied zu Glum in München und Havemann in Berlin entwickelten die Tübinger KWI-Direktoren keine Initiative, um die (Wieder-)Gründung der KWG voranzutreiben bzw. die Führung der MPG an sich zu bringen. Das lag nicht zuletzt daran, dass diese Wissenschaftler, wie Michael Schüring schreibt, „nach Kriegsende ein eigenes, recht bequemes

143 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 18. 7. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 1.VP.

144 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SF, Mappe 3, S. 14. — Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18./19. 3. 1949, in: 50 Jahre KWG und MPG 1911–1961, Dokument 70, S. 223–227, hier S. 226–227. Die folgenden Angaben zur personellen Besetzung des Forschungsausschusses nach ebenda.

145 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 18. 7. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 1.VP. — Josef Mattauch: *KWI für Chemie*, in: FS Hahn, S. 277. — Siehe dazu und im Folgenden auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1098–1099. — Wolfgang Fassnacht: *Universitäten am Wendepunkt? Die Hochschulpolitik in der französischen Besatzungszone (1945–1949)*. Bd. 43. Freiburg im Breisgau: Karl Alber 2000.

Arrangement mit den französischen Besatzern ausgehandelt“ hatten.¹⁴⁶ Als besonders hilfreich sollte sich erweisen, dass die deutschen Wissenschaftler nicht mit ihnen unbekanntem Besatzungsoffizieren konfrontiert waren, sondern auf französische Kollegen trafen, die sie seit langem persönlich kannten. Für die in Tübingen ansässigen Institute war der Chef der *Mission Scientifique*, Lieutenant Colonel André Lwoff, zuständig, im zivilen Leben *Chef de Service de Physiologie Microbienne* am Institut Pasteur in Paris; Alfred Kühn charakterisierte ihn als einen „Forscher von Rang“, der „uns durch seine Arbeiten wohlbekannt“ sei und dem Institut für Biologie „mit grosser Sympathie“ gegenübergestanden habe.¹⁴⁷ Diesem Urteil schließt sich der Historiker Jeffrey Lewis an, der Lwoff als „einen starken Fürsprecher“ der Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und Biochemie bezeichnet, der „Entscheidendes zur Entspannung im Verhältnis zwischen den deutschen Wissenschaftlern und der französischen Militärregierung“ beigesteuert habe.¹⁴⁸ Auch Josef Mattauch, der Ende April 1945 anstelle von Otto Hahn die Leitung des *KWI für Chemie* übernommen hatte, meinte rückblickend, „dass insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten des Instituts die französische Besatzung der amerikanischen weit vorzuziehen war.“¹⁴⁹

Ein Grund für diese Bewertung bestand darin, dass die Franzosen als erste Besatzungsmacht einer Finanzierung der in ihrer Besatzungszone gelegenen Forschungseinrichtungen durch die Länder zustimmten. Die *Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg* übernahm schon am 10. Juli 1945 die Betreuung der Kaiser-Wilhelm-Institute, zugleich wurde deren Finanzierung „aus Staatsmitteln vorgesehen“.¹⁵⁰ Daher konnten die Institute in der französischen Zone zunächst auf eine für die damaligen Verhältnisse üppige Finanzierung durch das jeweilige Sitzland vertrauen. Das galt insbesondere für diejenigen Institute, die in und um Tübingen untergekommen waren. Carlo Schmid (SPD) und Hans Rupp (SPD) hatten dafür gesorgt, dass Württemberg-Hohenzollern bereits 1946 eine Million RM für die verlagerten Institute im Staatshaushalt einplante. Sie waren damit die Ersten, die die Ansiedlung von Forschungsinstituten als regionale Strukturpolitik betrieben.

Insbesondere der außergewöhnliche Politiker Carlo Schmid (SPD) begrüßte die Konzentration wissenschaftlicher Talente in der kleinen Stadt Tübingen als eine willkommene Entwicklung. Er setzte sich sowohl bei den Verantwortlichen der Stadt als auch bei den Angehörigen der französischen Militärregierung dafür ein, daß die notwendigen Mittel beschafft

146 Siehe Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 249–250, Zitat 249. — Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1047–1048.

147 Alfred Kühn: *KWI für Biologie*, in: FS Hahn, S. 287.

148 Jeffrey Lewis: *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen und Tübingen – eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949*. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 403–443, Zitat 416.

149 Josef Mattauch: *KWI für Chemie*, in: FS Hahn, S. 271.

150 Alfred Kühn: *KWI für Biologie*, in: FS Hahn, S. 286–287.

wurden, um die verlagerten biologischen Forschungseinrichtungen auf Dauer in Tübingen zu halten.¹⁵¹

Einige Direktoren wurden auf Planstellen übernommen, andere wie Adolf Butenandt auf Tübinger Ordinariate berufen und dadurch finanziell abgesichert.¹⁵² Ein Beitritt zur MPG erschien ihnen daher bis Mitte 1948 wenig attraktiv, zumal sich gerade die Direktoren der in Tübingen ansässigen Institute nicht nach der Bevormundung durch die Generalverwaltung unter Ernst Telschow zurücksehnten.

Diese Perspektive änderte sich erst, als sich die Weststaatsgründung abzeichnete und die Finanzierung der MPG im Wege des Königsteiner Abkommens gesichert erschien. Dennoch sollte sich der Weg zum Beitritt der Institute in der französischen Zone zur MPG aufgrund persönlicher Ambitionen und Animositäten als steinig erweisen – davon wird noch die Rede sein. Am Beitritt selbst führte indes kein Weg mehr vorbei, da die im Zuge der Währungsreform entstandenen finanziellen Probleme die Franzosen zum Handeln zwangen, um einen „Exodus der Forscher“ aus ihrer Zone zu verhindern.¹⁵³ Den Göttingern war schon im Herbst 1948 klar, dass die Franzosen ihren Widerstand gegen den Beitritt der im Südwesten gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute zur MPG nicht durchhalten konnten, da die kleinen und finanzschwachen Länder Südwürttemberg und Südbaden „niemals in der Lage sein werden, die in diesem Raum konzentrierten hochwertigen Forschungsinstitute mit ausreichenden Mitteln zu versehen“.¹⁵⁴ In der Tat berichtete Adolf Butenandt dem Senat der MPG im März 1949, dass der Notetat des Landes Württemberg-Hohenzollern nur eine Auszahlung von 70 Prozent der Löhne und Gehälter zulasse und der Sachetat der Institute „mässig“ sei.¹⁵⁵ Den Ausschlag für die Zustimmung der Franzosen zur Ausdehnung der MPG auch auf ihre Besatzungszone gab schließlich das Argument, dass die Tübinger Institute von einer gemeinsamen Finanzierung durch elf westdeutsche Länder profitieren würden. So stellten sie im Herbst 1949 schweren Herzens ihren Widerstand gegen die Eingliederung der Kaiser-Wilhelm-Institute aus dem Südwesten Deutschlands in die MPG ein.

151 Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, 407.

152 Adolf Butenandt: KWI für Biochemie, in: FS Hahn, S. 264. — Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 410. — Zur Berufung Butenandts siehe Stefan Zauner: *Die Universität Tübingen 1945 bis 1949. Aspekte der französischen Hochschulpolitik im besetzten Nachkriegsdeutschland*. Herausgegeben von Michael Wischnath. *Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte* 9 (1999), 101–144, 107. — Stoff, *Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit*, 2004, 369–402, 369, 374–375.

153 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 453. — Zu den finanziellen Problemen der Institute in der französischen Zone auch Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18./19. 3. 1949, in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 225–227, Dokument 70.

154 Niederschrift über die 3. Sitzung des Senats der MPG am 29. 10. 1948, TOP 2: Finanzlage, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 3.

155 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 14. — Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18./19. 3. 1949, in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 223–229, Dokument 70, hier 225.

Die Briten und die Göttinger Generalverwaltung

Von allen Besatzungsmächten agierten die Briten am pragmatischsten und weitsichtigsten.¹⁵⁶ Angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage und des bedeutenden Machtzugewinns der Sowjetunion erteilte der britische Premier Winston Churchill einer allzu nachhaltigen Schwächung des bisherigen Kriegsgegners – etwa in Form einer zuvor diskutierten dauerhaften Zerschlagung Deutschlands – eine Absage; stattdessen begann hier bereits früh das britische Interesse an einem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet durchzuschimmern.¹⁵⁷ Der Eindruck des vom Krieg weitgehend verheerten Landes bewirkte auch bei den britischen Besatzungsoffizieren eine rasche Abkehr von einer Politik der Bestrafung, an deren Stelle die wirtschaftliche Erholung der eigenen Besatzungszone als wichtigste Zielsetzung trat. Aufgrund langer Erfahrungen mit einer *Indirect Rule* in den Kolonien gingen die Briten schon frühzeitig dazu über, deutsche Regionalverwaltungen einzusetzen. Zunächst trafen die Angehörigen der Militärregierung Sofortmaßnahmen, um Wirtschaft und Alltagsleben in Gang zu halten bzw. wieder in Gang zu setzen. Langfristig ging es den Briten um die Erneuerung des Landes und den Aufbau demokratischer Strukturen, wobei ihnen nicht eine simple Kopie des britischen Modells vorschwebte, sondern deutsche Traditionen und Eigenheiten berücksichtigt werden sollten. „Das neu zu schaffende Gemeinwesen sollte in seiner politischen Werteordnung im Einklang stehen mit den westlichen Demokratien und weniger in seinen politischen Institutionen.“¹⁵⁸ Früher als in Paris und Washington erkannte man in London, dass es künftig weniger um eine Sicherheit vor Deutschland gehen würde, sondern im Angesicht des sich abzeichnenden Kalten Kriegs um „Sicherheit mit Deutschland“,¹⁵⁹ also um die Integration Deutschlands oder eines Teils von Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft. Deswegen fanden sich die Briten denn auch früher als Amerikaner und Franzosen bereit, die Gründung eines deutschen Weststaates ins Auge zu fassen. Die Leitbegriffe der britischen Deutschlandpolitik lauteten *Reeducation*, Umerziehung – auch im Sinne einer Rückbesinnung auf ältere deutsche Traditionen vor der NS-Zeit – als Voraussetzung für eine dauerhafte Demokratisierung Deutschlands, *Responsible Government*, was auf eine neue und demokratische Länderordnung abzielte, und *Federation of Germany*, also die Schaffung eines westdeutschen Bundesstaats.¹⁶⁰ Vor diesem Hintergrund wird der Beitrag, den die Briten zur Gründung eines funktionsfähigen demokratischen Staatswesens in Deutschland und seiner Integration in die (west-)europäische Staatengemeinschaft leisteten, oft zu gering veranschlagt.

156 Einen Überblick geben die Beiträge in Josef Foschepoth und Rolf Steininger (Hg.): *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik, 1945–1949. Eine Veröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts London*. Paderborn: Schöningh 1985. — Kurt Jürgensen: Britische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 48–59. — Ulrich Reusch: Briten und Deutsche in der Besatzungszeit. *Geschichte im Westen* Heft 2 (1987), 145–158.

157 Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik, 1999, 21–32, 22.

158 Jürgensen, Britische Besatzungspolitik, 1999, 48–59, 53.

159 Jürgensen, Britische Besatzungspolitik, 1999, 48–59, 54.

160 Siehe dazu Jürgensen, Britische Besatzungspolitik, 1999, 48–59, 54.

Auch in der Wissenschaftspolitik vertraten die Briten in ihrer Zone „eine ausgesprochen liberale Position“.¹⁶¹ Im Zuge der Besetzung Süddeutschlands war der amerikanisch-britischen ALSOS Mission, die den Stand des deutschen Atombombenprojekts erkunden sollte, relativ schnell klar geworden, dass die Deutschen nicht im Entferntesten in der Lage gewesen waren, eine derartige Waffe zu entwickeln.¹⁶² Vor diesem Hintergrund setzten sich im Herbst und Winter 1945 englische Wissenschaftler gegen militärische Hardliner durch, was die Planung der Wissenschaftspolitik für die britische Besatzungszone betraf. Diesem Kurswechsel lag die Erkenntnis zugrunde, dass man den Deutschen im Rahmen eines näher zusammenrückenden West-Europa eher über kurz als über lang wieder Spitzenforschung erlauben müsse. Dabei nahmen die Briten freilich eine wichtige Differenzierung vor: Grundlagenforschung, die ohnehin auch mit größtem Aufwand kaum lückenlos zu kontrollieren sein würde, sollte den Deutschen ohne Beschränkungen erlaubt werden – allerdings nur, solange sie auf nicht-militärische Bereiche gerichtet war. Verboten bleiben sollte dagegen anwendungsorientierte (vor allem natürlich militärische) Forschung, was man – so die Überzeugung der Briten – viel einfacher überwachen könne.¹⁶³

In dieser Unterscheidung liegt *ein* Nukleus für die Transformation der MPG in eine Einrichtung der Grundlagenforschung, die die KWG so ja nie gewesen ist. Es bleibt festzuhalten, dass es die Briten waren, die diese Unterscheidung vorweggenommen haben, auf deren Grundlage sie die Wiedergründung der KWG als MPG gestatteten, zunächst freilich beschränkt auf die eigene Besatzungszone. Die aus der KWG stammenden Wissenschaftler nahmen diese Steilvorlage dankbar auf: Die Differenzierung zwischen scheinbar unpolitischer Grundlagenforschung und angewandter militärischer Forschung sowie die Rückprojektion der Ausrichtung auf anwendungsferne Grundlagenforschung auf die KWG ermöglichte es ihnen, sich von der Unterstützung für Hitlers Krieg und der Mitwirkung an den Verbrechen des NS-Regimes zu distanzieren.¹⁶⁴ Auf diese Weise entwickelte sich die nach 1945 in der KWG/MPG ubiquitäre Bezugnahme auf die Grundlagenforschung zu einem Instrument des *White Washing* belasteter deutscher Wissenschaftler. Damit trugen die Briten – wenn auch ungewollt – ihr Scherflein dazu bei, die angestrebte gründliche Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft im Wege der Spruchkammerverfahren zu konterkarieren. Nicht zuletzt deshalb fiel die personelle Kontinuität in der deutschen Wissenschaft über die Zäsur von 1945 wesentlich größer aus, als notwendig gewe-

161 Peter Alter: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 726–746, 744.

162 Siehe Samuel A. Goudsmit: *Alsos*. Woodbury, NY: AIP Press 1996. — Mahoney, *A History of the War Department Scientific Intelligence Mission*, 1981.

163 Siehe Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 744.

164 Siehe dazu ausführlich Carola Sachse: Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Jürgen Renn, Dieter Hoffmann und Birgit Kolboske (Hg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Berlin: epubli 2014, 243–268, 251–255. — Helmut Maier: Aus der Verantwortung gestohlen? „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945. In: Werner Lorenz und Torsten Meyer (Hg.): *Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus*. Münster: Waxmann 2004, 47–77.

sen wäre, um den Wissenschaftsbetrieb in den beiden entstehenden deutschen Staaten wieder in Gang zu setzen.¹⁶⁵

Davon abgesehen, waren die Briten keineswegs blind für die NS-Belastung deutscher Wissenschaftler – und zwar selbst dann nicht, wenn es sich um ausgesprochene Spitzenforscher handelte. Darin unterschieden sie sich nicht unwesentlich von den Amerikanern und Franzosen, wie das Beispiel Adolf Butenandts zeigt. Während der angesehene Biochemiker seit 1948 regelmäßig Vorträge in Frankreich und den USA hielt – was, um mit Heiko Stoff zu sprechen, als Zeichen einer erfolgreichen „Reinigung und Assoziierung“ Butenandts gelten kann¹⁶⁶ –, musste er bis 1951 warten, ehe ihn entsprechende Einladungen auch aus Großbritannien erreichten – und zwar nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die deutschen Emigranten auf der Insel.¹⁶⁷ Dabei scherten die Briten nicht alle deutschen Wissenschaftler über einen Kamm, sondern beurteilten sie nach ihrem jeweiligen Verhalten in der NS-Zeit.

Zwar waren die Briten insgesamt weitsichtig in der Wissenschaftspolitik, die sie in ihrer Besatzungszone betrieben, allerdings waren auch ihre Motive „nicht uneigennützig“, denn sie wollten die deutsche Grundlagenforschung unter anderem deswegen unter ihrer Kontrolle halten, „um an den Ergebnissen partizipieren zu können.“¹⁶⁸ Der Gedanke der Kontrolle trat so bald in den Hintergrund. Beim Eintreiben der „intellektuellen Reparationen“ operierten die Briten über weite Strecken gemeinsam mit den Amerikanern. CIOS und FIAT stellten britisch-amerikanische Gemeinschaftsunternehmen dar;¹⁶⁹ die einzige rein britische Organisation, um deutsches Know-how nutzbar zu machen, war das *British Intelligence Objectives Sub-Committee* (BIOS).¹⁷⁰ Auch was die Abwerbung deutscher Spitzenforscher betrifft, blieben die Briten nicht untätig – wenn auch ihre Aktivitäten im Rahmen des „Darwin Panel Scheme“ nicht das Ausmaß der amerikanischen „Operation Paperclip“ erreichten. Der Historiker John Gimbel betont in diesem Zusammenhang,

daß die Briten früher als die Amerikaner Überlegungen anstellten und Pläne entwarfen, wie sie sich die Wissenschaft und die Technologie des geschlagenen Deutschland nutzbar machen könnten, ja daß die Entwicklung des amerikanischen Programms auf allen Stufen von vorhergegangenen britischen Initiativen beeinflusst worden ist.¹⁷¹

165 Zu den personellen Kontinuitäten im Übergang von der KWG zur MPG bereitet Florian Schmaltz eine eingehende Untersuchung vor.

166 So der Untertitel von Stoff, Butenandt in der Nachkriegszeit.

167 Paul J. Weindling: Verdacht, Kontrolle, Aussöhnung. Adolf Butenands Platz in der Wissenschaftspolitik der Westalliierten (1942–1969). In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 320–345, 342–344.

168 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 423.

169 Zur Ausbeute der Briten siehe British Intelligence Objectives Sub-Committee: *Allied Intelligence Reports on War Time Germany Compiled 1944 to 1947*. (BIOS|CIOS|FIAT). Surrey: Dorking 1990.

170 Werth-Mühl, CIOS, BIOS, FIAT, JIOA, 2001, 39–44, 40.

171 John Gimbel: Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), 459–483, hier 463.

Aufs Ganze gesehen, überwog jedoch die Unterstützung der Wiedereingangssetzung der deutschen Forschung ihre Verwertung als „intellektuelle Reparation“. Die hilfreiche Haltung, die die Briten gegenüber der deutschen Forschung an den Tag legten, zeitigte auch Folgen, was die Verteilung der Forschungsinstitute auf die Besatzungszonen betrifft: Die britische Zone war mit 17 Kaiser-Wilhelm-Instituten weitaus besser ausgestattet als die US-Zone, in der nur acht Kaiser-Wilhelm-Institute ansässig waren.¹⁷²

Die Aufgeschlossenheit der Briten resultierte nicht zuletzt daraus, dass sie einige deutsche Spitzenwissenschaftler schon frühzeitig sehr genau unter die Lupe genommen hatten. Im April 1945 hatten britische und amerikanische Truppen zehn Forscher, die am deutschen Uranprojekt beteiligt gewesen waren – darunter Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker –, im Auftrag der ALSOS-Mission verhaftet und auf den englischen Landsitz Farm Hall verbracht, wo sie bis Anfang 1946 interniert blieben.¹⁷³ In langen und vertraulichen Gesprächen zwischen ihnen und britischen Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftspolitikern konnten sich die „Gastgeber“ von der Kooperationsbereitschaft ihrer deutschen Gesprächspartner überzeugen, was fraglos zur positiven Haltung der Briten gegenüber der deutschen (Grundlagen-)Forschung beitrug. Auf diese Weise wurden im Herbst und Winter 1945 in Farm Hall die „Grundlagen für die Wissenschaftspolitik in Nachkriegsdeutschland geschaffen.“¹⁷⁴ Der Kernphysiker Erich Bagge, einer der in Farm Hall Internierten, notierte bereits Anfang Oktober in sein Tagebuch, dass den deutschen Wissenschaftlern von ihren britischen Kollegen eröffnet worden sei, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland „wieder ein deutsches wissenschaftliches Zentrum zu errichten, einen Kristallisationskern für die künftige wissenschaftliche Betätigung, von dem aus ein Neubau in die Wege geleitet werden könne“.¹⁷⁵ Insbesondere Otto Hahn wurde während seiner Zeit in Farm Hall auf Herz und Nieren geprüft, genau instruiert und auf seine künftige Rolle als MPG-Präsident vorbereitet – und zwar nicht zuletzt gegenüber der britischen Öffentlichkeit.¹⁷⁶ Die Briten hatten sich nicht nur entschieden, für den Fortbestand der KWG einzutreten; sie wussten auch, wer der richtige Mann sein würde, um sie künftig zu leiten.

172 Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 203.

173 Die Gespräche, die die internierten Wissenschaftler untereinander führten, wurden ohne deren Wissen abgehört. Die Protokolle wurden in den 1990er Jahren veröffentlicht. Charles Frank (Hg.): *Operation Epsilon. The Farm Hall Transcripts*. London: Institute of Physics Publishing 1993. — Dieter Hoffmann (Hg.): *Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe*. Berlin: Rowohlt 1993.

174 Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 69.

175 Tagebucheintragung von Erich Bagge vom 9. 10. 1945, zitiert nach Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 745.

176 Oexle, Wie in Göttingen, 1994, 43–60, 50–51. — Zur Internierung der deutschen Wissenschaftler in Farm Hall, die Oexle als „Experimentalanordnung mit Folgen“ gedeutet hat, siehe ausführlich Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003, 27–38.

3. Westverschiebung und Wiederaufbau: Die Institute in der Zusammenbruchsgesellschaft

Auch die Max-Planck-Institute, von denen die meisten zuvor bereits der KWG angehört hatten, sahen sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit „bedeutenden Schwierigkeiten gegenüber“.¹⁷⁷ Einen Überblick über den mühsamen Neubeginn nach Niederlage und Besetzung gibt die Festschrift, die am 8. März 1949 anlässlich des 70. Geburtstags von Otto Hahn in maschinenschriftlicher Form vorgelegt wurde. Unter dem Titel „Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949“ bilanzierten die Institutsdirektoren in ihren Beiträgen den steinigten Weg des Wiederaufbaus von den letzten Kriegstagen bis zum Jahreswechsel 1948/49.¹⁷⁸ Die einzelnen Darstellungen reflektieren nicht zuletzt die Einstellungen der Direktoren zu Nationalsozialismus, Krieg und Kriegsende, das einige wenige als Befreiung, die große Mehrheit aber doch als Niederlage und Besetzung empfanden. Das Genre der Festschrift und die Zeitumstände trugen das ihre dazu bei, dass nicht wenige Direktoren die krisenhafte Übergangsphase von der KWG zur MPG mit apologetischen Tendenzen schilderten.¹⁷⁹ Dabei vermischten sich die Klagen über die von den Alliierten verhängten Zwangsmaßnahmen mit der mangelnden Einsicht in die eigene – persönliche und institutionelle – Mitverantwortung für die verbrecherische NS-Politik und die deutsche Kriegsführung. Umgekehrt war auch die Einsicht in den politischen Ursachenzusammenhang zwischen dem von Deutschland begonnenen Weltkrieg, der mit der totalen Niederlage des Deutschen Reichs endete, und den Folgen dieser Niederlage für Deutschland und die Deutschen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das heißt jedoch nicht, dass die Festschrift als historische Quelle wertlos ist. Immerhin war zwischen den Ereignissen selbst und ihrer – wenn auch in einer Reihe von Fällen erstaunlich unkritischen – Reflexion noch nicht viel Zeit vergangen,¹⁸⁰ die Erinnerung der Akteure war daher noch nicht von anderen Darstellungen oder Deutungen überschrieben. Hinzu kommt, dass Ernst Telschow, der die Festschrift organisierte, den Autoren versicherte, dass die Texte „nicht zur Veröffentlichung bestimmt“ seien. „Sofern sie später für eine Darstellung in einem herausgegebenen Jahrbuch verwendet werden sollen“, schrieb Telschow weiter, „wird mit den Herren Institutsleitern noch einmal Fühlung genommen werden.“¹⁸¹ Die Autoren mussten insofern keinerlei Rücksicht nehmen, sondern konnten ihre Eindrücke von der in vielen Fällen schwie-

177 Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 60.

178 Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949 vom 8. 3. 1949, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186 (zitiert als „FS Hahn“).

179 Siehe beispielsweise die geradezu grotesk verzerrte Darstellung der angeblich unbeschwerten Tage in der NS-Zeit, bevor die alliierten Bomben zu fallen begannen, bei Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 41. — Sie wird lediglich überboten durch Wever selbst, der an anderer Stelle „die ständigen Beraubungen durch verschleppte Ausländer und andere dunkle Elemente“ beklagte. Ebenda, S. 46.

180 Die Aufforderung, einen Beitrag zur Festschrift für Otto Hahn zu liefern, erging mit Schreiben Ernst Telschows, das von Mitte November 1948 datiert. Die Direktoren sollten ihre Texte bis zum 15. 1. 1949 bei der Generalverwaltung in Göttingen einreichen. Daraus folgt, dass die Beiträge zwischen Mitte November 1948 und Mitte Januar 1949 verfasst wurden. Ernst Telschow an Werner Köster vom 13. 11. 1948, AMPG, III. Abt., ZA 35, Nr. 1. — Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Thomas Steinhauser.

181 Ernst Telschow an Werner Köster vom 13. 11. 1948, AMPG, III. Abt., ZA 35, Nr. 1.

rigen Nachkriegszeit ungeschminkt schildern. Daher ist der Quellenwert dieser Festschrift, was die Probleme beim Wiederaufbau und ihre Überwindung betrifft, nicht zu gering zu veranschlagen. Es wird im Folgenden darauf ankommen, die „Wahrheitstopographie“ (Bernd-A. Rusinek) dieser Quelle richtig einzuschätzen.¹⁸²

Im Wissen, dass seinerzeit das Schwerste bereits überstanden war, dürfte die Lektüre der Festschrift dem Jubilar so manch angenehmen Schauer über den Rücken gejagt haben. Tatsächlich standen die Institutsleiter und ihre Mitarbeiter bei Kriegsende nicht nur buchstäblich vor einem Scherbenhaufen; völlig unklar war auch, wie es weitergehen würde – und ob es für die Forschung im besetzten Deutschland überhaupt eine Zukunft gab.

Niemand wusste, ob für die Weiterarbeit des Instituts Mittel zur Verfügung stehen würden, ob es mit einem Arbeitsverbot belegt würde, ob nicht ein Teil der Wissenschaftler, ähnlich wie die Professoren Hahn, Heisenberg, von Laue, von Weizsäcker, Dr. Wirtz, Korsching und Bagge nun auch seitens der Franzosen zum Verlassen des Instituts gezwungen werden würden.¹⁸³

In diese Worte kleidete Josef Mattauch, seines Zeichens Nachfolger von Otto Hahn als Direktor des *KWI für Chemie*, die Unsicherheit der ersten Nachkriegsphase, die keineswegs ein Spezifikum der französischen Besatzungszone darstellte – und verschwieg auch nicht deren Folgen für sich selbst: „Professor Mattauch sah elender aus als je zuvor. Verantwortung und Ungewissheit zehrten an seinen Nerven.“¹⁸⁴ Das war kein Einzelfall. „Wer diese Zeit nicht miterlebt hat“, schrieb Werner Köster, der Direktor des Instituts für Metallforschung, „kann sich keine Vorstellung machen von den nervenaufreibenden Schwierigkeiten, die täglich zu meistern waren.“¹⁸⁵ Karl Ziegler, der am 1. Oktober 1943 die Nachfolge von Franz Fischer als Direktor des *KWI für Kohlenforschung* in Mülheim an der Ruhr angetreten hatte,¹⁸⁶ beschrieb in seinem Beitrag einige dieser Probleme im Stakkato-Stil:

Der Direktor des Instituts neu und mit den Verhältnissen im Revier noch wenig vertraut, der Verwaltungsrat aktionsunfähig, die das Institut früher lange Zeit finanziell allein tragenden Säulen des Rhein.-Westf. Kohlensyndikats und des Braunkohlensyndikats in Liquidation, die

182 Bernd-A. Rusinek: Einleitung. In: Bernd-A. Rusinek (Hg.): *Die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*. Paderborn: Schöningh 1992, 7–11, 10.

183 Josef Mattauch: KWI für Chemie, in: FS Hahn, S. 272.

184 Josef Mattauch: KWI für Chemie, in: FS Hahn, S. 278. Die ständige Überlastung bei unzureichender Ernährung führte dazu, dass Mattauch Anfang 1946 schwer an Tuberkulose erkrankte. Die Unterstützung ausländischer Kollegen, eine Spende der in Basel ansässigen Chemieindustrie und die Hilfe caritativer Verbände ermöglichten ihm einen längeren Kuraufenthalt in der Schweiz, der Mattauchs Gesundheit wiederherstellte. Ebenda, S. 280–281.

185 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 74.

186 Zur nicht ganz einfachen Berufung Zieglers siehe Manfred Rasch: Universitätslehrstuhl oder Forschungsinstitut? Karl Zieglers Berufung zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung im Jahr 1943. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip*. Berlin: Walter De Gruyter 1996, 469–504.

Fischer-Synthese-Werke ausser Betrieb und mehr oder weniger stark beschädigt und damit jede Möglichkeit von Lizenzeinnahmen abgeschnitten, die Lage der KWG gänzlich unklar, niemand in diesen Tagen der schnell sich wandelnden Obrigkeiten für das Institut recht eigentlich ‚zuständig‘. Dazu empfindliche Versorgungslücken und die sich bald mehr und mehr zuspitzende Ernährungslage im Revier und vieles andere mehr.¹⁸⁷

Dabei waren die Startbedingungen des Mülheimer Instituts, im Vergleich zu anderen Kaiser-Wilhelm-Instituten, noch günstig, weil es weder größere Kriegsschäden erlitten hatte, noch an einen anderen Ort verlagert worden war. Stattdessen hatte man, dank bester Kontakte zum Ruhrbergbau, einen Stollen unter dem Institut gegraben, um dessen wertvolle Einrichtung vor Bombenschäden zu schützen – „ein für die weitere Entwicklung sehr glücklicher Entschluss“, wie Ziegler zugab.¹⁸⁸

Aufs Ganze gesehen, hatten die Institute in der unmittelbaren Nachkriegszeit fünf Hauptschwierigkeiten zu bewältigen: Erstens führte die teilweise oder vollständige Verlagerung der Forschungsstätten zu großen logistischen Problemen, doch auch ihre Rückführung – die zumindest bei denjenigen Instituten angestrebt wurde, die ihren Stammsitz in den drei Westzonen hatten – erwies sich als extrem mühsam. Zweitens brachten Krieg und Nachkrieg tiefe personelle Einschnitte mit sich, die die Institute ebenfalls vor große Herausforderungen stellten. Drittens verfügten die Institute, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, auch nicht ansatzweise über die finanziellen Mittel, die für einen raschen Wiederaufbau notwendig waren. Da die in der Gründung begriffene MPG und ihre Generalverwaltung nicht über das nötige Geld gebot, mussten die Institute anderweitig Partner finden und auf eigene Faust Mittel einwerben. Viertens hatten Kriegszerstörungen und Verlagerungen dazu geführt, dass den Instituten geeignete Gebäude fehlten, um ihre Forschungen durchzuführen. Die Wiederaufnahme der Forschungsarbeit wurde, fünftens, durch kriegsbedingte Schäden an Forschungsmitteln wie Laboratorien und Bibliotheken behindert. Im Folgenden werden diese fünf Problemkreise anhand konkreter Beispiele dargelegt, um anschließend diejenigen Faktoren herauszuarbeiten, die zu ihrer Überwindung beitrugen.

3.1 Die kriegsbedingte Verlagerung von Forschungsstätten und ihre Folgen

Große Schwierigkeiten verursachte die Verlagerung von Instituten, die ab 1943 erfolgt war, um die Folgen des Bombenkriegs abzumildern. Dahinter verbarg sich keine vorausschauende Planung, die eine deutsche Niederlage antizipiert und bereits für eine künftige Nachkriegszeit geplant hätte, wie Rüdiger Hachtmann zurecht betont,¹⁸⁹ sondern Verzweiflung angesichts des immer totaler werdenden Krieges – die meisten Verlagerungsmaßnahmen dienten schlicht

¹⁸⁷ Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 60.

¹⁸⁸ Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 57.

¹⁸⁹ Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1025.

dazu, das an Forschungsinfrastruktur zu retten, was noch zu retten war. So war etwa das *KWI für Eisenforschung* nach mehreren Bombentreffern von Düsseldorf nach Clausthal verlegt worden,¹⁹⁰ was sich extrem negativ auswirkte. „Der durch die Verlagerung verursachte Einbruch in die wissenschaftliche Arbeit des Instituts kann überhaupt nicht abgeschätzt werden“, klagte Institutsdirektor Franz Wever, „er ist in seinen tragischen Folgen für die Zusammenarbeit der einzelnen Laboratorien bis heute noch nicht überwunden.“¹⁹¹ Das Düsseldorfer Institut stellte weder einen Einzel- noch einen Extremfall dar. Die Verlagerung von Forschungseinrichtungen schuf allorts vielschichtige Probleme, etwa am *KWI für Hirnforschung*.¹⁹² So sollte man am Institut für Biologie, das im August 1943 zum Großteil nach Hechingen versetzt worden war,¹⁹³ noch lange dem alten Institutsgelände in Dahlem nachtrauern, denn damit sei „sehr wertvoller und in jahrelanger Arbeit vorbereiteter Boden für Züchtungsversuche des Instituts verloren“ gegangen, was „eine starke Beeinträchtigung der Arbeitsmöglichkeiten des Instituts“ bedeute.¹⁹⁴

Besonders dramatische Folgen zeitigte die Verlagerung beim Stuttgarter *KWI für Metallforschung*. Da das Institut als kriegswichtig galt, hatte man einen solchen Schritt bereits 1938 im Zuge der Kriegsvorbereitungen ins Auge gefasst; seinerzeit waren Braunschweig und Berlin-Gatow im Gespräch gewesen, doch hatte der Kriegsverlauf im Westen derartige Überlegungen obsolet gemacht.¹⁹⁵ Erst als Stuttgart zunehmend ins Fadenkreuz alliierter Bomber geriet und ein Luftangriff Teile des Instituts schwer beschädigt hatte, wurden dessen Laboratorien um die Jahreswende 1943/44 in ländliche Regionen verlagert. Dies sollte „das Institut auf das tiefste erschüttern und seinen Mitarbeiterstab vollkommen auseinanderreißen.“¹⁹⁶ Die von Werner Köster geleitete Abteilung für angewandte Metallkunde kam in Urach und Ehingen bei Reutlingen unter, Richard Glockers Abteilung für Röntgenmetallkunde in Reutlingen, Mettringen und Wurzach im Allgäu, und die Abteilung für physikalische Chemie der Metalle, der Georg Grube vorstand, in Schwäbisch Gmünd, wo sie in Räumen der Staatlichen Höheren Fachschule für das Edelmetallgewerbe Unterschlupf fand.¹⁹⁷ Von Schwäbisch Gmünd abgesehen, waren alle diese Orte zunächst von französischen Truppen besetzt worden. Da die Grenzziehung zwischen

190 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 251.

191 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 43.

192 Siehe dazu Sascha Topp und Jürgen Peiffer: Das MPI für Hirnforschung in Gießen. Institutskrise nach 1945, die Hypothek der NS-„Euthanasie“ und das Schweigen der Fakultät. In: Volker Roelcke (Hg.): *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten*. Stuttgart: Steiner 2007, 539–607.

193 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 252 mit weiteren Details.

194 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12.9.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 14.

195 Siehe Maier, *Forschung als Waffe*, 2007, 855–856.

196 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 71. Das Folgende nach ebenda. — Eine genaue Analyse der Planung und Umsetzung der Verlagerung von Forschungsstätten allgemein sowie vom *KWI für Metallforschung* im Besonderen findet sich bei Maier, *Forschung als Waffe*, 2007, 858–877.

197 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 253–254.

der amerikanischen und der französischen Besatzungszone jedoch noch nicht geklärt war, gab die französische Militärregierung Mitte Juni 1945 den Befehl, die gesamte Einrichtung des Instituts nach Konstanz zu überführen. Der bereits angelaufene Abtransport wurde erst gestoppt, nachdem die endgültige Grenzziehung erfolgt war, derzufolge der Kreis Reutlingen in der französischen Besatzungszone verblieb. Doch der Schaden war zu diesem Zeitpunkt bereits eingetreten: Was vom Institut für Metallkunde übrig geblieben war, war in alle Winde zerstreut.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten stand das Institut für Arbeitsphysiologie, das ursprünglich in Dortmund beheimatet war, 1943 jedoch aus Sicherheitsgründen nach Bad Ems evakuiert wurde. Da „eine Entwicklung und ein Wiederaufbau des Instituts nur im Industriezentrum des Ruhrgebietes sinnvoll“ erschien, plante die Leitung bereits frühzeitig die Rückführung nach Dortmund.

Diesem Plan stellten sich naturgemäss allergrösste Schwierigkeiten entgegen, ja, seine Durchführung erschien zunächst fast unmöglich; war doch in diesen Tagen selbst die Reise eines einzelnen Menschen von Bad Ems nach Dortmund ein Abenteuer von mehreren Tagen. Ausserdem war das Dortmunder Institut eine Ruine und die Stadt Dortmund eine der am meisten zerstörten Städte ganz Deutschlands, die zunächst ganz andere Interessen und Aufgaben haben musste als die Rückführung eines wissenschaftlichen Instituts in ihre Mauern.¹⁹⁸

Noch schwerer wog, behauptete zumindest Institutsdirektor Gunther Lehmann in seinem Beitrag für die Festschrift für Otto Hahn, dass die französische Militärregierung den Abtransport der Einrichtungen des Instituts aus ihrer Zone untersagt und ihrerseits den Plan entwickelt habe, die Forschungsstätte in das Saargebiet zu verlegen. Erst als diese Überlegungen im Sande verlaufen seien, habe man den Wiederaufbau des Instituts in Dortmund in Angriff nehmen können.¹⁹⁹ Dies habe jedoch zu einem weiteren Problem geführt: Während das Institut seine Finanzierung in Dortmund, also in der britischen Zone, erhalten habe, habe es einstweilen die meisten Forschungsarbeiten noch im in der französischen Zone gelegenen Bad Ems durchgeführt – und die Bestimmungen der Besatzungsbehörden hätten es verboten, bewilligte Gelder über die Zonengrenzen zu verschieben. Deswegen seien „entweder illegal Geld von Dortmund nach Ems oder ebenso illegal Mitarbeiter und Geräte von Ems nach Dortmund gebracht“ worden.²⁰⁰ Auch wenn der Umstand, dass Stammsitz und Verlagerungsort sich in unterschiedlichen Besatzungszonen befanden, die Transport-, Kommunikations- und Finanzierungsschwierigkeiten fraglos vergrößerten, dürfte Lehmann hier die Schwierigkeiten übertrieben dargestellt haben, um die eigene Leistung beim Wiederaufbau des Instituts in umso hellerem Licht erscheinen zu lassen. Seinem Direktorenkollegen Heinrich Kraut jedenfalls gelang es bereits 1945, Mittel vom *Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone* einzu-

198 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 91.

199 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 91–92.

200 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 94.

werben, um seine in der NS-Zeit begonnenen Untersuchungen über den Zusammenhang von Ernährung und Leistungsfähigkeit fortsetzen zu können. Im April 1947 übernahm dann die KWG die Finanzierung der Forschungen, die Kraut bereits wieder in Dortmund durchführte. Dabei spielte weder eine Rolle, dass Krauts Arbeiten im Dienst der NS-Kriegswirtschaft und im Zusammenhang der Ausbeutung der besetzten Ostgebiete gestanden hatten, noch, dass Kraut seine Forschungen an KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen durchgeführt hatte. Ausschlaggebend war allein das Interesse der Alliierten, aber auch der Deutschen, an Kraut und seinen Forschungen, der sich als Experte des Ernährungsmanagements in Zeiten knapper Ressourcen einen Namen gemacht hatte. Als solcher galt er gerade in der Nachkriegszeit als unverzichtbar, weshalb die Alliierten denn auch großzügig über Krauts massive NS-Belastungen hinwegsahen.²⁰¹

In einer besonders kritischen Lage befanden sich die landwirtschaftlichen Institute, die zuvor in den deutschen Ostgebieten ansässig gewesen waren, die mit dem Potsdamer Abkommen an Polen abgetreten werden mussten.²⁰² Auf diese Weise büßte das Institut für Bastfaserforschung seine beiden Standorte in der Lausitz ein und auch seine wichtigste Forschungsstätte in Mährisch-Schönberg ging mit dem Kriegsende verloren.²⁰³ Bei diesem wie auch bei den anderen landwirtschaftlichen Instituten erwies sich die Beschaffung von Ersatz als besonders schwierig, da es hier nicht allein um Gebäude, sondern um größere landwirtschaftliche Versuchsgüter ging.²⁰⁴ Dies galt auch für das Institut für Züchtungsforschung, das seinen Hauptsitz in Müncheberg in der Mark, rund 50 km östlich von Berlin, gehabt und zwei Außenstellen – im ostpreußischen Laukischken und in der Nähe von Heidelberg – betrieben hatte. Die Außenstelle in Ostpreußen musste bereits im Herbst 1944 geräumt werden, und mit dem weiteren Vorrücken der Roten Armee wurde bald klar, dass auch die Forschungsstelle in Müncheberg verloren gehen würde. Zu den Überlegungen, ein Ausweichquartier für das Institut zu finden, schrieb Direktor Wilhelm Rudolf:

Die bevorstehenden Ereignisse zeichneten sich langsam ab, die Beschlüsse von Jalta wurden wenigstens in Umrissen bekannt. Die Erkenntnis, dass im ganzen nordwestdeutschen Raum kein Forschungsinstitut für Pflanzenzucht vorhanden war, wurde für die weiteren Massnahmen entscheidend.²⁰⁵

201 Siehe dazu Ulrike Thoms: Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: Theo Plessner und Hans-Ulrich Thamer (Hg.): *Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Stuttgart: Steiner 2012, 295–356, 303–311.

202 Siehe dazu den Überblick bei Benz, *Potsdam* 1945, 1986, 97–103.

203 Ernst Schilling: MPI für Bastfaserforschung, in: FS Hahn, S. 83.

204 Ernst Schilling: MPI für Bastfaserforschung, in: FS Hahn, S. 85.

205 Wilhelm Rudolf: MPI für Züchtungsforschung (Erwin-Baur-Institut), in: FS Hahn, S. 209.

Rudorf nahm noch vor Kriegsende Verhandlungen mit der Landesbauernschaft Hannover auf und erreichte, dass das Institut das Gut Heitlingen pachten konnte. Da es gelang, einiges an Arbeitsmaterialien und Saatgut rechtzeitig nach Niedersachsen zu bringen, blieb das Institut arbeitsfähig, wenn auch in bescheidenem Maße. Das Gut Heitlingen stellte indes nur eine Übergangslösung dar. Die Briten, die sich einmal mehr als „Freund und Beschützer“ erwiesen, wiesen dem Institut das im Kreis Hameln gelegene Gut Voldagsen zu, das von der Militärregierung beschlagnahmt worden war. Später wurde „ein Pachtvertrag mit der Grossdeutschen Umsiedlungs-Gesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Reichswerke Salzgitter, abgeschlossen, der eine Pachtdauer von 20 Jahren“ vorsah.²⁰⁶ Im Frühjahr 1946 kam das Remonte-Depot Mecklenhorst hinzu, das im Januar 1948 offiziell in eine Zweigstelle des Instituts umgewandelt wurde.

Die Verlagerung und die damit vielfach einhergehende Zersplitterung ihrer Forschungsstätten stellten die Institute vor enorme Probleme, weil sich die Verkehrs- und Kommunikationswege aufgrund kriegsbedingter Zerstörungen in einem desolaten Zustand befanden. Vielerorts waren die Schienen, Straßen und Telefonverbindungen unterbrochen, hinzu kam ein eklatanter Mangel an Transportmitteln wie Lokomotiven, Waggons, Lkws und Autos – nicht nur als Folge von Kampfhandlungen, sondern auch wegen der radikalen Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Kriegsproduktion, die ab 1941 eingesetzt hatte, wodurch die Produktion für den zivilen Markt praktisch zum Erliegen gekommen war.²⁰⁷ Erschwerend kam hinzu, dass sich auch die Besatzungszonen gegeneinander abschotteten. Aus diesen Gründen waren die Kontakte der Institute zur Generalverwaltung der KWG seit der Endphase des Krieges immer schwieriger und spärlicher geworden. Zwar bemühte sich Ernst Telschow nach Kräften, durch seine nimmermüde Reisediplomatie den Kontakt zu den Instituten nicht abreißen zu lassen.²⁰⁸ Dennoch hielt Gunther Lehmann, der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie, fest: „Eine Verbindung des Institutes mit der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bestand nicht mehr.“²⁰⁹ Ähnlich äußerte sich auch Adolf Butenandt Mitte Mai 1945 in einem Brief an Alfred Kühn.²¹⁰ Daher waren die einzelnen Forschungsstätten in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf sich selbst zurückgeworfen; sie mussten den Wiederaufbau der Wissenschaft und den Neubeginn der Forschung weitgehend ohne Unterstützung einer Zentralinstitution bewerkstelligen²¹¹ – und teilweise auch ohne ihre wichtigsten Stammkräfte.

206 Wilhelm Rudorf: MPI für Züchtungsforschung (Erwin-Baur-Institut), in: FS Hahn, S. 213.

207 Dazu nach wie vor grundlegend Dietrich Eichholtz: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. München: K. G. Saur 2003.

208 Ernst Telschow: Generalverwaltung der KWG, in: FS Hahn, S. 7–8. — Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1078–1081.

209 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 89.

210 Adolf Butenandt an Alfred Kühn vom 16. 5. 1945, abgedruckt in: Peter Karlson: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990, 145–146.

211 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 23.

3.2 Tiefe Einschnitte beim Personal der Institute

Erschwerend kam nämlich hinzu, dass die meisten Institute – zumindest temporär – den Verlust eines Teils ihrer Belegschaft verkraften mussten, darunter nicht wenige Direktoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Techniker. Bereits der Bombenkrieg hatte erste Opfer gefordert. So kam etwa der Leiter der bergbaulichen Abteilung des Instituts für Arbeitsphysiologie, Heinrich Vennewald, im Spätherbst 1944 bei einem Fliegerangriff auf Dortmund ums Leben.²¹² Weitere Kriegstote kamen hinzu, als die Alliierten auf deutsches Territorium vordrangen. Einige Institutsangehörige, die zum Volkssturm eingezogen worden waren, fielen noch in den letzten Kriegstagen, wie beispielsweise der „langjährige und treusorgende Hausmeister“ des *KWI für Silikatforschung*, der „in den Kämpfen um Berlin“ getötet wurde.²¹³

Weitaus gravierender wirkte sich die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus aus, die im „Land des Fragebogens“ (John Dos Passos) unmittelbar nach der Befreiung einsetzte.²¹⁴ Von den Verhaftungen waren auch und gerade die Direktoren der Institute betroffen, weil sie dem *Automatic Arrest* unterlagen,²¹⁵ so dass die meisten Institute für kürzere oder manchmal auch längere Zeit führungslos waren. Die drei Direktoren des Instituts für Metallforschung – Werner Köster, Richard Glocker und Georg Grube – wurden als KWI-Direktoren am 12. September 1945 verhaftet. Nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt blieben sie zwischen acht und neun Monaten in Ludwigsburg interniert, so dass das Institut in dieser kritischen Phase unter kommissarischer Leitung stand – nämlich von Professoren der Technischen Hochschule Stuttgart.²¹⁶ Nicht anders sah es am Institut für Arbeitsphysiologie aus, wo Direktor Gunther Lehmann unmittelbar nach dem Einmarsch von US-Truppen in Bad Ems verhaftet, in ein Lager nach Frankreich verbracht und erst im September 1946 wieder entlassen wurde.²¹⁷

Die Maßnahmen zur Entnazifizierung, die zunächst von den Alliierten und später auch von deutschen Stellen ergriffen wurden, betrafen freilich nicht allein die Leitungsebene der Institute, sondern wirkten sich auf alle Hierarchieebenen aus.²¹⁸ Das zeigt das Beispiel des Instituts

212 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 88.

213 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 78.

214 Dos Passos, *Land des Fragebogens*, 1997.

215 Der *Automatic Arrest* war, neben der Entnazifizierung, der Leitgedanke der berühmt-berüchtigten Direktive JCS 1067, die zunächst als temporäre Leitlinie für die US-Besatzungspolitik unmittelbar nach der Eroberung Deutschlands ausgearbeitet worden war; die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz folgten diesen Vorstellungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ziemlich genau. Siehe Conrad Franchot Latour und Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, 1944–1947*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973, 9–27; Baganz, JCS 1067, 1999, 349–351.

216 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 73.

217 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 89.

218 Zur Entnazifizierung in der KWG/MPG siehe Richard H. Beyler: „Reine“ Wissenschaft und personelle „Säuberung“. *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2004, 16–43. — Mitchell G. Ash: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinu-

für Eisenforschung: Als Erster wurde Direktor Franz Wever unmittelbar nach dem Einmarsch von US-Truppen festgenommen und in ein Lager nach Frankreich verbracht, aus dem er im September 1945 entlassen wurde. Im August 1945 verhafteten die Amerikaner zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts, ehe eine „innerbetriebliche Reinigung“, die auf Initiative der Handels- und Gewerbekammer Hannover erfolgte, zur Entlassung von drei weiteren Mitarbeitern führte. Nach Auswertung der Fragebögen wurden schließlich auf Druck der Militärregierung abermals neun Personen entlassen.²¹⁹ Besonders hart traf es diejenigen, die östlich der Oder-Neiße-Linie oder in der Tschechoslowakei verhaftet wurden. Zwar galten sie als „unersetzliche Spezialisten“ und blieben als solche zunächst von der Vertreibung verschont, doch gierten sie – wenn sie die Übersiedlung in die Sowjetunion verweigerten – in die Mühlen der polnischen oder tschechoslowakischen Retributionspolitik. Für die Mitarbeiter des im Sudetenland gelegenen Hauptstandorts des Instituts für Bastfaserforschung und ihre Familienangehörigen bedeutete dies eine längere Irrfahrt, die sie in den Jahren 1945 und 1946 durch vier verschiedene Lager führte, bevor sie schließlich in die US-Zone abgeschoben wurden.²²⁰

Die von den Alliierten ins Werk gesetzte Säuberungspolitik führte indes nicht zu einem dauerhaften Personalrevirement, da das Gros der zunächst Entlassenen wieder eingestellt wurde, nachdem sie ihre Entnazifizierungsverfahren durchlaufen hatten, in denen die meisten Beschuldigten aus den Reihen der ehemaligen KWG in die Gruppen IV (minderbelastet) oder V (nicht betroffen) eingeteilt wurden, „so daß [...] nur relativ wenige Mitarbeiter der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute tatsächlich aufgrund von Urteilen der alliierten Schiedsgerichte ihre Stelle verloren.“²²¹ Was das Institut für Eisenforschung betrifft, wurden fünf der zunächst entlassenen wissenschaftlichen Mitarbeiter abermals angeheuert und nur drei Wissenschaftler neu eingestellt.²²² Dementsprechend stark ausgeprägt war, aufs Ganze gesehen und trotz aller Entnazifizierungsbemühungen, die personelle Kontinuität in den vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituten über den Epochenwechsel von 1945 hinweg.

Zu den kriegsbedingten Verlusten und entnazifizierungsbedingten Verhaftungen gesellten sich Abgänge im Zuge der gezielten Abwerbepolitik der Alliierten. Von den Bemühungen der Amerikaner und der Sowjets, deutsche Spitzenwissenschaftler anzuwerben, war bereits die Rede,²²³

itäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43/10 (1995), 903–924. — Mitchell G. Ash: Denazifying Scientists—and Science. In: Matthias Judt und Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers 1996, 61–80.

219 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 46–47. Das Folgende nach ebenda, S. 47.

220 Ernst Schilling: Institut für Bastfaserforschung, in: FS Hahn, S. 84. — Siehe dazu allgemein Tomáš Staněk: *Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948*. Oldenbourg, München 2007.

221 Beyler, „Reine“ Wissenschaft und personelle „Säuberung“, 2004, 21. — Siehe dazu auch Mitchell G. Ash: Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–342, 322–323 und 325.

222 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 46–47. Das Folgende nach ebenda, S. 51.

223 Siehe dazu die Ausführungen über das Vorgehen der amerikanischen und sowjetischen Besatzungsmacht in Kapitel 2.2 dieser Studie.

doch auch Briten und Franzosen beschritten diesen Weg. Letztere gingen dabei wenig zimperlich vor, etwa bei der Rekrutierung von Dr. Hans Nowotny, eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des Instituts für Metallforschung, der die Leitung einer neuen Forschungseinrichtung in Friedrichshafen am Bodensee übernehmen sollte. Und mehr noch, sah sich auch der „Leiter der physikalischen Abteilung des Instituts für Metallkunde, F. Förster, [...] um die Jahreswende 1945/46 genötigt, dem französischen Marineministerium seine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.“²²⁴ Einen weiteren personellen Aderlass bedeuteten die zahlreichen Berufungen von Institutsdirektoren und Mitarbeitern auf Lehrstühle und Professuren, zu der es im Zuge des Wiederaufbaus der Universitäten kam. Hier wirkte der hervorragende Ruf, den die Kaiser-Wilhelm-Institute und ihre Wissenschaftler genossen, als Bumerang. Das *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht* erlitt einen regelrechten Aderlass, weil eine Reihe von Referenten abberufen wurden. Der neue Direktor, Hans Dölle, bilanzierte diese Entwicklung folgendermaßen:

Von den früheren Referenten, die mit dem Institut nach Tübingen gekommen waren, sind [zwei] mittlerweile Ordinarien an der Universität geworden (Erbe, Zweigert) und einer als Ministerialrat in der württ[embergischen] Kultverwaltung tätig (Rupp, wiss. Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht).²²⁵

Der Weggang des bereits mehrfach erwähnten Hans Rupp mag dabei noch zu verschmerzen gewesen sein, denn mit ihm gewann das Institut einen wertvollen Freund und Förderer in der württembergischen Kultuspolitik. Das war jedoch ein Einzelfall, in der Regel bedeuteten Abberufungen von Mitarbeitern für die Institute herbe Verluste. So nahm etwa Jonas Schmidt zum 1. November 1946 den Ruf auf einen Lehrstuhl für Tierzucht in Hohenheim an und schied damit aus dem *KWI für Tierzucht und Tierernährung* aus.²²⁶ Das *KWI für Chemie* verlor auf diese Weise zwei Wissenschaftler, von denen einer nach Schweden, der andere nach Wien ging.²²⁷ Diese Liste ließe sich unschwer verlängern, denn es gab kaum ein Institut, das nicht einen derartigen Abgang zu beklagen gehabt hätte – und das in Zeiten, in denen den Instituten die Rekrutierung von wissenschaftlichem Nachwuchs nicht zuletzt aus finanziellen Gründen schwerfiel.

3.3 Finanzielle Probleme als Hindernis für den Wiederaufbau

Nur die wenigsten Forschungsstätten waren – wie das Institut für Kohlenforschung – in der glücklichen Lage, „die kritische Übergangszeit 1945–1946 ohne jeden fremden Beitrag finanziell durchstehen“ zu können.²²⁸ Die Mülheimer konnten von den Einnahmen aus der Vergabe von

224 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 72.

225 Hans Dölle: KWI für Ausländisches und Internationales Privatrecht, in: FS Hahn, S. 314.

226 Max Witt: MPI für Tierzucht und Tierernährung, in: FS Hahn, S. 203.

227 Josef Mattauch: KWI für Chemie, in: FS Hahn, S. 282–283.

228 Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 61. Das Folgende nach ebenda, S. 60–61.

Lizenzen für das Fischer-Tropsch-Verfahren zehren,²²⁹ die dem Institut bis 1945 reichlich zugeflossen waren. Fast alle anderen Institute hatten dagegen ihre bisherigen Einnahmequellen eingebüßt. So klagte man im Institut für Eisenforschung darüber, dass die finanzielle Lage „völlig ungeklärt“ sei. Forderungen an das Reich in sechsstelliger Höhe erwiesen sich als uneinbringlich, und zum *Verein Deutscher Eisenhüttenleute* (VDEh), „in dessen Händen bis zum Kriegsende allein die Finanzierung des Instituts gelegen hatte“, war die Verbindung abgerissen.²³⁰ Zwar übertrieb Wever in zweierlei Hinsicht: Zum einen hatte das *KWI für Eisenforschung* in der Endphase des Krieges „den anhaltend großen Mehrbedarf [...] aus eigenen Mitteln“ bestritten,²³¹ war also vor Kriegsende nicht ausschließlich auf die Finanzierung des VDEh angewiesen. Zum anderen schreibt Wever wenig später selbst, „dass der Verein Deutscher Eisenhüttenleute zu dieser Zeit ohne Rücksicht auf seine eigene ungewisse Zukunft seine letzten Reserven opferte, um das Institut zu erhalten.“²³² Allerdings waren „fast alle Einnahmequellen“ des VDEh „erheblich gesunken oder ganz ausgefallen“, so dass er das Institut für Eisenforschung in den Jahren 1945 und 1946 nur in sehr bescheidenem Umfang bezuschussen konnte.²³³ Noch schlechter sah es beim Institut für Silikatforschung aus, das größtenteils nach Unterfranken verlagert worden war. „Nach der Besetzung wurde die finanzielle Lage des Instituts sehr ernst“, schrieb Direktor Adolf Dietzel.

Der gesamte Rechnungsverkehr der Zweigstellen war über die Institutsverwaltung in Dahlem abgewickelt worden, und die Zweigstellen verfügten deshalb nur über geringfügige Mittel. Zudem stellte sich jetzt heraus, dass zahlreiche Rechnungen – z. T. noch aus der Verlagerungszeit herrührend – in einer Gesamthöhe von nahezu 70.000 RM nicht bezahlt worden waren, für die aber nun die Zweigstellen haftbar gemacht wurden.²³⁴

Damit fehlte dem Institut nicht nur das Geld, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten,²³⁵ es musste sogar noch bedeutende Rückzahlungen stemmen.

229 Die Fischer-Tropsch-Synthese, die 1925 von Franz Fischer und Hans Tropsch am *KWI für Kohlenforschung* entwickelt worden war, ermöglichte es, Kohle durch Hydrierung zu verflüssigen. Während des Zweiten Weltkriegs war dieses Verfahren zur Gewinnung von Benzin von großer kriegswirtschaftlicher Bedeutung gewesen.

230 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 45–46.

231 Ralf Banken: „Der Haushalt ist nach dem Grundsatz der Sicherheit aufgestellt.“ Die Entwicklung des Haushalts des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute 1860–1980. In: Helmut Maier, Andreas Zilt und Manfred Rasch (Hg.): *150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860–2010*. Essen: Klartext Verlag 2010, 795–821.

232 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 48. — Davon abgesehen, bezog der VDEh im August 1946 mietfrei das obere Stockwerk des Institutsgebäudes, so dass keine Rede davon sein kann, dass der Kontakt zum VDEh „abgerissen“ sei. Ebenda, S. 50. — Banken, „Der Haushalt ist nach dem Grundsatz der Sicherheit aufgestellt.“ Die Entwicklung des Haushalts des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute 1860–1980, 2010, 795–821, 813.

233 Siehe dazu Banken, „Der Haushalt ist nach dem Grundsatz der Sicherheit aufgestellt.“ Die Entwicklung des Haushalts des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute 1860–1980, 2010, 795–821, 812–813, Zitat 812.

234 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 80.

235 Aus Geldmangel kam der Forschungsbetrieb mit dem Ende des Krieges in allen Zweigstellen des Instituts für Silikatforschung zum Erliegen. Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 51.

Angesichts knapper Kassen und weggefallener Einnahmequellen mussten viele Institute mit Notetats operieren. So war es beispielsweise am *KWI für Biologie*, wie Alfred Kühn schrieb:

Nach wiederholten Besprechungen mit den Referenten der Landesdirektion für Kultus wurde ein „Notetat“ für das Gesamtinstitut mit sechs Abteilungen aufgestellt und eingereicht, er sollte für die Zeit vom 1. 10. 45 bis 31. 3. 46 RM 120.000 betragen; doch konnten nur 82.200 RM bewilligt werden, sodass nur erheblich gekürzte Gehälter bezahlt werden konnten, – ein Übelstand, der auch noch in den folgenden Etatsjahren 1946–48 in Kauf genommen werden musste.²³⁶

Das war kein Einzelfall. Kaum anders sah die Lage an der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre aus. „Die Erhaltung des Personals war uns in der ganzen schwierigen Zeit ein Hauptproblem und ist es immer noch“, hielt ihr Leiter Erich Regener fest.

Wir sparen, wo wir können. So bezieht Professor Regener, der seit 1946 auch wieder das Physikalische Institut der T. H. Stuttgart leitet, von der Forschungsstelle z. Zt. kein Gehalt, Dr. Schopper hospitiert nur und erhält seine Bezüge als Assistent der T. H. Stuttgart, und die andern [sic!] Gehälter und Löhne wurden bei der Festlegung der Zuschüsse vonseiten des Landes Süd-Württemberg auf [zwei Drittel] der üblichen Mindesttarife herabgesetzt. Auch nach der Währungsreform wurde dieser Zustand aufrecht erhalten.²³⁷

Kein Wunder, dass an den Forschungsstätten die Angst umging, das unersetzliche Stammpersonal zu verlieren, das angesichts teils drastischer Gehaltskürzungen mit deutlich reduzierten Bezügen ausharren musste. Am Teilinstitut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das in Berlin-Dahlem verblieben war, reichten die Finanzen „nur für die Zahlung von kärglichen Gehältern“.²³⁸ Am Institut für Eisenforschung kam es wegen der „Erschöpfung der Mittel“ sogar zur „Entlassung eines grossen Teiles der Belegschaft“ und gleichzeitig zur „vorsorgliche[n] Kündigung der übrigen Belegschaft“.²³⁹ Auch Walther Bothe sah sich um die Jahreswende 1945/46 genötigt, aus Geldmangel immer größere Teile der Belegschaft seines Teilinstituts für Physik zu entlassen.²⁴⁰

236 Alfred Kühn: *KWI für Biologie*, in: FS Hahn, S. 288.

237 Erich Regener: *Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in der KWG*, in: FS Hahn, S. 308–309.

238 Felix Lange: *Carl Bilfingers Entnazifizierung und die Entscheidung für Heidelberg. Die Gründungsgeschichte des völkerrechtlichen Max-Planck-Instituts nach dem Zweiten Weltkrieg*. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 74 (2014), 697–731, 703.

239 Franz Wever: *MPI für Eisenforschung*, in: FS Hahn, S. 46.

240 Walther Bothe: *Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung*, in: FS Hahn, S. 166.

Die Währungsumstellung, die im Juni 1948 erfolgte,²⁴¹ verschärfte die Finanznot der Institute kurzfristig nochmals, denn sie führte zu drastischen Kürzungen der Zuschüsse von Staat und Wirtschaft. Das zeigt das Beispiel des Instituts für Silikatforschung: „Die Währungsreform brachte dem Institut erneut ernste Schwierigkeiten“, bilanzierte Adolf Dietzel.

Der Zuschuss des Bayerischen Staates unterlag einer starken Kürzung, sodass das Institut für die Zeit von Juli bis Dezember 1948 einen monatlichen Betrag von nur 1.730 DM erhielt. Nachdem die Industriezuwendungen zuerst ganz ausgeblieben waren, stellte im Herbst 1948 die Glasindustrie 6.000 DM zur Verfügung. Diese geringen Beträge zwangen zu einer formellen radikalen Personaleinsparung, und das Schwergewicht der Arbeiten musste vorübergehend auf die Durchführung von Zweckforschungsarbeiten für die Industrie verlegt werden, um zusätzlich Mittel hereinzubekommen.²⁴²

Deswegen kam der Historiker Stephan Deutinger zu dem Urteil, dass die Währungsreform „[z]ur eigentlichen Katastrophe des Instituts wurde“.²⁴³ Einen Einzelfall stellte die Silikatforschung indes nicht dar. Auch am *Institut für Instrumentenkunde*, das auf Wunsch der *Research Branch* der britischen Militärregierung die Kapazitäten der AVA für den Bau wissenschaftlicher Geräte übernahm und später in der Verwaltung der MPG weiter betrieb, erzwang

die nach der Währungsreform eingetretene Beschränkung des Etats [...] einen sofortigen starken Personalabbau. [...] Dies hatte die bedauerliche Folge, dass mehrere wissenschaftlich bedeutsame Geräte, für die bereits umfangreiche Konstruktionsarbeiten geleistet worden waren, nicht mehr zur Ausführung kommen konnten.²⁴⁴

Gunther Lehmann, der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie, klagte, dass „die Währungsreform den Wiederaufbau des Instituts zum Stillstand gebracht“ habe, so dass es „noch bis zum Frühsommer 1949 dauern [werde], bis soviel vom Dortmunder Institut wieder hergestellt ist, um wenigstens notdürftig alles Inventar und alle Mitarbeiter wieder aufnehmen zu können.“²⁴⁵ Die allorts herrschende Geldknappheit führte zu starken Verzögerungen im Wiederaufbau und bedingte damit auch, dass ein weiteres Problem der Forschungseinrichtungen nicht so schnell aus der Welt geschaffen werden konnte: der eklatante Raummangel.

241 Zur westdeutschen Währungsreform und ihren kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen siehe Christoph Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), 189–231. — Siehe dazu auch den kurzen Überblick bei Anne Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68/27 (2018), 11–16.

242 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 81.

243 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 60.

244 Konrad Beyerle: Institut für Instrumentenkunde in der Verwaltung der MPG, in: FS Hahn, S. 217.

245 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 94.

3.4 Raummangel

Der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten markierte ein weiteres gravierendes Problem der ersten Nachkriegsjahre. Diejenigen Institute oder Institutsteile, die im Krieg verlagert worden waren, mussten an ihrem Verlagerungsort oft mit Notlösungen vorliebnehmen. Das verdeutlicht einmal mehr das Beispiel des Instituts für Silikatforschung: Die Abteilung Röntgen- und Strukturforschung kam im Rhön-Museum in Fladungen unter, die glastechnische, keramische und emailtechnische Abteilung mit dem chemisch-analytischen Laboratorium teils in einer Gastwirtschaft, teils im Amtsgericht Ostheim und die Abteilung für Elektrokeramik und Isolierstoffe in einer Gastwirtschaft im abgelegenen Königshofen im Grabfeld.²⁴⁶ Andere Institute, die nicht verlagert worden waren, litten unter den kriegsbedingten Zerstörungen. Das Stammgebäude des *KWI für Eisenforschung* in Düsseldorf befand sich „in einem trostlosen Zustand, sämtliche Dächer auf dem Hauptgebäude und den Hallen, soweit überhaupt noch vorhanden, auf das schwerste beschädigt, Glasdächer und Fensterscheiben restlos zerstört und nur zu einem kleinen Teil durch Blech oder andere Behelfe ersetzt“, erinnerte sich Institutsdirektor Franz Wever in seinem Beitrag für die Festschrift für Otto Hahn.²⁴⁷

Für weitere Erschwernis sorgten die Beschlagnahme durch die Siegermächte und die zahlreichen Einquartierungen. Die durchaus repräsentativen Gebäude der Kaiser-Wilhelm-Institute weckten, zumal wenn sie weitgehend unbeschädigt geblieben waren, Begehrlichkeiten bei den Besatzern. So sah man sich am *William G. Kerckhoff-Institut* in Bad Nauheim, das 1947 in die Verwaltung der MPG übergang, vor die Notwendigkeit gestellt,

„den stolzen Palast (von Freunden scherzend ‚Palazzo Prozzo‘ genannt) gegen die beschlagnahmefreudige Besatzung zu verteidigen. Wir liessen Komfort und Ordnung etwas sinken, unsere Bemühungen um Kontakt mit unserem amerikanischen Präsidenten steigen und erreichten Anfang 1946 den Befehl des State Department Washington, dass wir wie ‚blocked property‘ amerikanischer Bürger zu behandeln und von Beschlagnahme freizustellen seien.“²⁴⁸

Weniger Glück hatte das *KWI für medizinische Forschung*, es wurde am 30. März 1945 – einem Karfreitag – von amerikanischen Truppen besetzt.²⁴⁹ Am 14. September 1945 wurde das gesamte Institut für Physik des *KWI für medizinische Forschung* „militärisch requiriert“, wenig später zog das amerikanische *Aero Medical Center* in seine Gebäude ein.²⁵⁰ Das Physikinstitut übersiedelte vorübergehend an die Universität Heidelberg, die Walther Bothe zum 31. Mai 1945 zum Leiter

246 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 77. — Siehe dazu auch Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 49–50.

247 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 44.

248 Hans Schaefer: William G. Kerckhoff-Institut in der Verwaltung der MPG, in: FS Hahn, S. 179.

249 Richard Kuhn: MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 158. — Siehe dazu auch Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005, 566.

250 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 165.

des Universitätsinstituts berief – eine Position, die er bereits von 1932 bis 1934 innegehabt hatte. Auf diese Weise blieb die Forschungsstätte zumindest erhalten, wenngleich von den Apparaten, die ihr zuvor zur Verfügung gestanden hatten, nur noch ein Bruchteil übrig geblieben war.²⁵¹

Bisweilen waren die Institutsgebäude, so sie nicht stark vom Krieg beschädigt waren, an andere Institutionen vermietet. Dies war beispielsweise beim Dortmunder Institut für Arbeitsphysiologie der Fall, wie Gunther Lehmann schildert:

Das Institut hatte in seinem eigenen Gebäude nur einige wenige Räume inne, die mit einigen zufällig mit dem ersten Transport zurückgebrachten Forschungseinrichtungen ausgestattet waren. Alles, was sonst in dem Gebäude an Räumen verwendungsbereit war, war vermietet an die mit Unterstützung der Stadt Dortmund neu entstandene Sozialforschungsstelle der Universität Münster, an die neugegründete Sozialakademie, an zwei berufsgenossenschaftliche Sektionen und an eine Firma, die Laboratoriumsgeräte lieferte.²⁵²

Aus diesen Gründen galt der überall anzutreffende Raummangel den Instituten mancherorts als das größte in einer an Problemen wahrlich nicht armen Zeit. „Die Hauptschwierigkeit, mit der das Institut immer noch zu kämpfen hat“, klagte Walther Bothe, „ist der Raummangel im KWI-Gebäude.“²⁵³ Es fehlte dem Teilinstitut insbesondere ein Gebäude, in dem das Zyklotron untergebracht werden konnte, die wichtigste wissenschaftliche Apparatur der gesamten Einrichtung. Dabei konnten sich Bothe und sein verbliebenes Team noch glücklich schätzen, dass das Zyklotron überhaupt im Institut verblieben war, denn die Amerikaner hatten mit dem Gedanken gespielt, es abzutransportieren; dazu kam es vor allem deswegen nicht, weil „die Zerstörung der japanischen Zyklotrone in der amerikanischen Öffentlichkeit [Widerspruch] erregt hatte.“²⁵⁴

3.5 Schäden am wissenschaftlichen Inventar

Überhaupt war wissenschaftliches Inventar in der unmittelbaren Nachkriegszeit Mangelware und damit ein weiterer Faktor, der die Wiederaufnahme der Forschungstätigkeit nach Kriegsende behinderte. Das lag zum einen an den massiven Kriegsschäden, zum anderen an den nicht minder folgenreichen Demontagen. Letztere waren in der russischen und französischen Zone

251 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 166–167.

252 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 93.

253 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 169. — Das hing allerdings auch mit der Konkurrenz zwischen den beiden Institutsdirektoren Walther Bothe und Richard Kuhn zusammen. Kuhn, der seine Abteilung im Krieg schrittweise ausgeweitet hatte, erhielt bereits im Juli 1945 die Erlaubnis, im Auftrag der Alliierten Senfgas-Versuche durchzuführen, womit er an die Chemiewaffenforschung in seiner Abteilung anknüpfen konnte. Bothe hingegen war wegen der militärischen Nutzbarkeit der Kernforschung am härtesten von den alliierten Forschungsverböten betroffen. Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005, 576.

254 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 167.

besonders stark ausgeprägt, kamen jedoch auch unter amerikanischer und britischer Besatzung vor. Nicht selten wirkten Kriegsschäden und Abtransport durch die Alliierten zusammen. So ging beispielsweise das wissenschaftliche Inventar des Instituts für Silikatforschung, das noch in Berlin verblieben war, unmittelbar nach Kriegsende durch Zerstörung oder Beschlagnahme verloren.²⁵⁵ Mitunter bedienten sich auch die Amerikaner an den wertvollen, im Grunde unersetzlichen Forschungseinrichtungen. So mussten die Mitarbeiter des Instituts für Physik des *KWI für medizinische Forschung* tatenlos zusehen, wie eine amerikanische Spezialeinheit am 1. Mai 1945 die optischen Geräte und wichtiges Zubehör des Zyklotrons auf Lkws verlud und abtransportierte.²⁵⁶ Auch was die Beschädigung von Maschinen und Labors betrifft, zählte das Institut für Physik des *KWI für medizinische Forschung* zu den besonders stark betroffenen Forschungseinrichtungen. Die meisten Apparate waren in den Nachkriegswirren zerstört oder weggeschafft worden, wieder andere befanden sich im Zustand starker Beschädigung. Zu den beschädigten Geräten zählten das Zyklotron und der Megaelektronenvolt-Bandgenerator. Die Reparatur gestaltete sich äußerst mühsam, weil es an Ersatzteilen mangelte. „Heute stösst ja selbst die Beschaffung kleinster Ersatzteile immer noch auf sehr grosse Schwierigkeiten“, stöhnte Walther Bothe. „Für den Bandgenerator z. B. konnte erst nach vielem zeitraubendem Probieren ein geeignetes Material für das neue Band gefunden werden.“²⁵⁷

Hinzu kam der Verlust von Büchern und ganzen Bibliotheken, die als unersetzlich galten. So bezeichnete Adolf Dietzel, der Direktor des Instituts für Silikatforschung, den „Verlust der gesamten Institutsbibliothek“ als „besonders schmerzlich“. Zwar waren die Bücher

mit anderen Geräten erst im Frühjahr 1945 nach Unterfranken verladen [worden]. Unglücklicherweise lief der Waggon nach Lübeck fehl und musste von Dipl. Chem. W. Rau nach Berlin zurückdirigiert werden. Herr Rau erhielt auf dieser Fahrt einen Kopfschuss durch Tief- flieger, an dessen Folgen er wochenlang darniederlag, sodass der Waggon mit der kostbaren Bibliothek schliesslich doch noch der Beschlagnahme der russischen Militärbehörde verfiel.²⁵⁸

Mehr Glück hatte zunächst das *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht* gehabt, das

im Zuge seiner Verlegung aus Berlin im Jahre 1944, die mit einer grosszügigen Hilfe der deutschen Industrie durchgeführt werden konnte, seinen gesamten Bücherbestand (etwa 80.000 Bände) nach Tübingen in Sicherheit bringen [konnte], bevor seine alte Arbeitsstätte im Berliner Stadtschloss ein Raub der Flammen wurde.²⁵⁹

255 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 78.

256 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 164.

257 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 169.

258 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 78.

259 Hans Dölle: KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, in: FS Hahn, S. 312.

Gravierende Probleme entstanden allerdings später dadurch, dass das „Schwesterinstitut“, das *KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, zunächst an verschiedene Standorte in Norddeutschland verlagert worden war, ehe es für kurze Zeit nach Berlin-Dahlem zurückkehrte. Diese Entwicklung machte

die Trennung von Bücherbeständen empfindlich spürbar, die in der Zeit der auch räumlich engen Zusammenarbeit beider Institute von 1927–1944 zu einem wesentlichen und kaum entbehrlichen Arbeitsfaktor geworden waren. Vor allem die englische Entscheidungs-Sammlung und die einzigartige Amerika-Abteilung des Berliner Schwesterinstituts fehlen unserem Institut sehr.²⁶⁰

Da auch die Beschaffung von Arbeitsmitteln und Verbrauchsmaterial, ja selbst „der wichtigsten und primitivsten Chemikalien und Geräte“ große Schwierigkeiten bereitete,²⁶¹ blieben die Arbeitsbedingungen an den Instituten zunächst im Allgemeinen schlecht. Das Institut für Bastfaserforschung etwa sollte den Verlust seiner Einrichtungen, Apparaturen, Bücher und Aufzeichnungen noch lange beklagen.²⁶² Auf diese Weise war die Wiederaufnahme der Forschungsarbeiten allerorts stark behindert.

3.6 Faktoren der Krisenbewältigung

Die Schwierigkeiten, die durch die Verlagerung hervorgerufen wurden, die personellen Einschnitte, die ständigen Finanzprobleme sowie der Mangel an Gebäuden und wissenschaftlichem Inventar führten in der Summe dazu, dass die Forschung in den Kaiser-Wilhelm-Instituten praktisch zum Erliegen kam. So standen, um nur ein Beispiel zu nennen, die Forschungsarbeit am Institut für Eisenforschung aufgrund des desolaten Zustands der Institutsgebäude und der Laboreinrichtungen fast völlig still.²⁶³ Statt neue Experimente durchzuführen, war das Gros der verbliebenen Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler in der unmittelbaren Nachkriegszeit in erster Linie damit beschäftigt, die in der Kriegszeit erzielten Forschungsergebnisse zu Papier zu bringen – und zwar hauptsächlich im Rahmen der bereits erwähnten *FIAT Review of German Science*, da diese den Autorinnen und Autoren Geld einbrachten, das sie angesichts stark gekürzter oder ganz ausbleibender Gehaltszahlungen dringend benötigten. So bilanzierte etwa Werner Köster: „In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch waren die Mitglieder des Instituts vorwiegend mit literarischen Arbeiten beschäftigt. So waren viele von ihnen an der Abfassung der *Fiat Review of German Science* 1939–1946 beteiligt.“²⁶⁴

260 Hans Dölle: *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht*, in: FS Hahn, S. 313.

261 Josef Mattauch: *KWI für Chemie*, in: FS Hahn, S. 275.

262 Ernst Schilling: *MPI für Bastfaserforschung*, in: FS Hahn, S. 85–86.

263 Franz Wever: *MPI für Eisenforschung*, in: FS Hahn, S. 45.

264 Werner Köster: *MPI für Metallforschung*, in: FS Hahn, S. 75.

Die Institute mussten nicht nur mit deutlich weniger Personal, in behelfsmäßiger Unterbringung und mit unzureichender Ausstattung auskommen. Hinzu kam, dass der Wiederaufbau nur schleppend voranging und durch die Währungsreform eine weitere Verzögerung erfuhr. Der durch Krieg und Nachkrieg bedingte Einschnitt war zu tief, um rasch zu heilen. Es brauchte einfach seine Zeit, um neues Personal zu rekrutieren und zu einem gut eingespielten Team zusammenzuschweißen, wie Walther Bothe erkannte:

Ein Institut, das so nahe vor dem Untergang stand, braucht Zeit, um wieder zu einem lebendigen Organismus heranzuwachsen. Die geeigneten Fachkräfte müssen neu zusammengesucht werden und zu einer fruchtbaren Arbeitsgemeinschaft verschmelzen.²⁶⁵

Dass der Wiederaufbau aus den Trümmern der totalen Niederlage dennoch gelang, lag an einer Reihe von Faktoren: der Treue des Stammpersonals, der Unterstützung von Wirtschaft, Politik und Besatzungsmächten, aber auch der KWG/MPG, dem Verhandlungsgeschick der Institutsdirektoren und nicht zuletzt an dem Umstand, dass Verwaltung und Politik auf wissenschaftliche Unterstützung angewiesen waren, um die Nachkriegskrise zu überwinden.

Angesichts der drastischen Einschnitte bei den Gehältern, zu denen sich die Institute gezwungen sahen, darf die Treue des Personals nicht als bare Selbstverständlichkeit abgetan werden, schließlich mussten ja auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich selbst und ihre Angehörigen durch die harten Nachkriegsjahre bringen. Dessen ungeachtet arbeitete das Gros der alten Belegschaft teils ohne Bezahlung, teils mit stark reduzierten Bezügen in den Forschungseinrichtungen weiter. So schrieb der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie,

dass die Mehrzahl der Angestellten des Instituts ihre Arbeit zunächst ohne Bezahlung und vorläufig auch ohne eine begründete Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse fortsetzte. Dadurch, dass die Institutsangestellten sich auch später noch freiwillig mit einer Reduktion ihrer Bezüge einverstanden erklärten, konnte die Zahl der Kündigungen auf ein Minimum reduziert werden und der gut eingearbeitete Bestand des Instituts an Hilfskräften in eine bessere Zeit hinüber gerettet werden.²⁶⁶

Allen Widrigkeiten zum Trotz, spuckten die Stammkräfte in die Hände und nahmen die Wiederinstandsetzung der beschädigten Institutsgebäude beherzt selbst in Angriff. So packte beispielsweise die Belegschaft des Instituts für Eisenforschung bei der Rückverlagerung des Instituts aus Clausthal nach Düsseldorf „immer wieder tatkräftig zu.“²⁶⁷ Ähnlich verlief der Wiederaufbau des Stuttgarter Instituts für Metallforschung: „Alle Bauarbeiten“, erinnerte sich Werner Köster,

265 Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, in: FS Hahn, S. 170.

266 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 90.

267 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 49.

wurden von Studenten, die vor Beginn ihres Studiums zu mehrmonatiger Aufbauarbeit verpflichtet waren, unter Anleitung und Aufsicht eines Poliers ausgeführt. Nur für Arbeiten, zu deren Ausführung es besonderer Fachkenntnisse bedarf, konnten gelernte Handwerker herangezogen werden. Unsäglich mühsam war die Beschaffung als solche, sowie die rechtzeitige Heranführung der Bauwerkstoffe. Alles und jedes musste in zähem Kampf erworben werden.²⁶⁸

Dass die eigentlich fachfremde Arbeit trotzdem gelang, spricht für die Motivation der Institutsbelegschaften wie auch für die enge Bindung des Einzelnen an „sein“ jeweiliges Institut. Völlig zurecht schrieb daher Adolf Dietzel, dass die „Treue der Mitarbeiter zum Institut in dieser schweren Zeit [...] besonders hervorgehoben zu werden“ verdiene.²⁶⁹

Als besonders wichtig für die Überwindung der Nachkriegskrise sollte sich die Unterstützung von Wirtschaft, Politik und Besatzungsmächten erweisen. Solange zentrale Institutionen auch auf der Länderebene fehlten, war diese zunächst weitgehend auf die lokale Ebene beschränkt, weswegen Stephan Deutinger in diesem Zusammenhang von „kommunale[r] Wissenschaftspolitik im Zeichen des Wiederaufbaus“ spricht.²⁷⁰ Auch auf Institutsebene erwiesen sich die Briten als besonders große Hilfe und verlässlicher Partner, wie das Beispiel des *KWI für Kohlenforschung* verdeutlicht. Karl Ziegler berichtete rückblickend:

Bereits im Herbst 1945 wurde das Institut im Zuge einer zunächst vorläufig gedachten Massnahme von der North German Coal Control in Obhut genommen. Eine Kontrolle oder Bevormundung hat dies nicht bedeutet. Das Institut blieb in der Wahl seiner Forschungsthemen völlig frei und unbeeinflusst, und die Britische, später Britisch-Amerikanische Dienststelle [...] haben uns nachhaltig unterstützt und geholfen. Einen besonders warmen Freund besass das Institut, wie überhaupt die deutsche wissenschaftliche Forschung, weiter in Oberst Blount von der Research Branch Göttingen. Seine Sorge um die deutsche Wissenschaft und ihre Vertreter begann noch während der Kampfhandlungen. Sein vom Geiste reiner Menschlichkeit getragener Besuch in Halle bereits am 2. Tage nach der Besetzung wird mir immer unvergesslich bleiben. Die Britischen Herren haben vom Institut manche Gefahr abgewandt, und insbesondere auch dafür gesorgt, wertvolle Institutseinrichtungen vor Beschlagnahme und Abtransport zu schützen.²⁷¹

268 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 73–74.

269 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 81.

270 Stephan Deutinger: Kommunale Wissenschaftspolitik im Zeichen des Wiederaufbaus. Würzburg und das Max-Planck-Institut für Silikatforschung 1945–1952. *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 59 (1999), 389–426.

271 Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 61.

Auch die Franzosen erwiesen sich bisweilen als überaus hilfsbereit. Von den engen Kontakten der Tübinger Forscher zu André Lwoff, dem Chef der *Mission Scientifique*, war bereits die Rede. Davon profitierten vor allem die Institute für Biologie und Biochemie.²⁷²

Die lokale Wirtschaft trug ebenfalls ihren Teil dazu bei, dass die Institute die schwierige Nachkriegszeit überstanden, auch wenn Handel und Industrie zunächst selbst am Boden lagen. Als das Institut für Metallforschung wegen ausgebliebener Zahlungen der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie in die Bredouille geriet, bedeuteten einzelne Forschungsaufträge mittelständischer schwäbischer Industriebetriebe die Rettung, denn: „Damit war die Möglichkeit zu einer zwar äusserst bescheidenen, aber zur Abwendung letzter Not ausreichenden Gehaltszahlung gegeben.“²⁷³ Auf diese Weise hat die schwäbische Wirtschaft dem Institut „über die erste, schliesslich eineinhalb Jahre währende Übergangszeit hinweggeholfen“.²⁷⁴ Besonderes Glück hatte einmal mehr das *KWI für Kohlenforschung*, das 1946 „in die Betreuung durch die Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus aufgenommen wurde.“ Die Großzügigkeit dieses Großsponsors sicherte einen Teil der Finanzierung des Mülheimer Instituts, nachdem die eigenen Ersparnisse aufgebraucht waren. „[O]hne die Versorgungszentrale“, stellte Direktor Ziegler 1949 rückblickend fest, hätte man „diese letzten Jahre ohne schwere Schäden für unsere Arbeitsfähigkeit sicher nicht überstanden.“²⁷⁵ Den Löwenanteil an der Finanzierung des Instituts übernahm indes das Land Nordrhein-Westfalen. Ähnlich entwickelten sich die Dinge am Institut für Metallforschung, wie Werner Köster zu berichten wusste. „Im Herbst 1946 wurde dem Institut vom Kultministerium ein Notetat bewilligt, der nach eineinhalbjähriger Pause wieder die geregelte Besoldung der Mitarbeiter gestattete.“²⁷⁶ Das Institut für Arbeitsphysiologie erhielt Finanzmittel zur Aufrechterhaltung des Institutsbetriebs „zunächst durch den Regierungspräsidenten, später durch die Provinz Westfalen und schliesslich durch das neu entstandene Land Nordrhein-Westfalen“.²⁷⁷ Dem Institut für Silikatforschung, das durch Altschulden in eine ernste Finanzkrise geraten war, half der Freistaat Bayern 1947 mit einem Zuschuss von 60.000 RM aus, und da auch die bayerische keramische Industrie sowie die in der Bizone ansässige Glasindustrie jeweils 25.000 RM zur Verfügung stellten, konnte das Institut den Großteil seiner Verbindlichkeiten zurückzahlen.²⁷⁸

Zur Überwindung der ärgsten Finanznot trugen, gerade in der allerersten Nachkriegszeit, auch Zahlungen der KWG/MPG bei. Die Zuschüsse der Generalverwaltung, die aus jenen Spenden

272 Siehe Alfred Kühn: KWI für Biologie, in: FS Hahn, S. 287. — Siehe dazu auch die Ausführungen über die französische Besatzungspolitik in Kapitel 2.2 dieser Studie.

273 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 70.

274 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 71.

275 Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 62.

276 Werner Köster: MPI für Metallforschung, in: FS Hahn, S. 74.

277 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 93.

278 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 80.

stammten, die Telschow noch kurz vor Kriegsende von der Industrie erhalten hatte,²⁷⁹ waren zwar nicht hoch. Der Betrag allein gab allerdings nicht den Ausschlag, zumal es seinerzeit buchstäblich auf jeden Pfennig ankam. Wichtig war vielmehr, dass die Zahlungen der Generalverwaltung den zentrifugalen Kräften entgegenwirkten und die KWG/MPG als Dachorganisation stabilisierten; schon das wenige Geld half, den Zusammenhalt der KWG bzw. ihrer Institute zu sichern. Immerhin ermöglichten es die Zahlungen der Generalverwaltung dem Institut für Eisenforschung, „die Gehalts- und Lohnzahlungen sicherzustellen, bis die Verbindung zum *Verein Deutscher Eisenhüttenleute* in Düsseldorf wieder aufgenommen war.“²⁸⁰ Bisweilen betrat man damit Neuland. Dass sich die KWG/MPG nun auch an der Finanzierung des Kohlenforschungsinstituts beteiligte, bedeutete für die Mülheimer „etwas völlig Neues und noch nie Dagewesenes“, weil „bei der Gründung des Instituts die Verpflichtung zur Finanzierung ausdrücklich vom Kohlenbergbau übernommen worden“ war.²⁸¹ Die Zahlungen der Generalverwaltung verringerten die Abhängigkeit der besonders industrienahen Kaiser-Wilhelm-Institute von der Wirtschaft und stellten damit zugleich einen – wenn auch kleinen – Schritt in Richtung Grundlagenforschung dar.

Gemessen am Finanzbedarf der Institute war das Geld der Generalverwaltung kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Deswegen beschritten einige Institute den Weg der Selbsthilfe, um sich gleichsam am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Finanzmisere zu ziehen. Sie gingen dazu über, in den noch vorhandenen Werkstätten Reparaturen durchzuführen oder selbst in bescheidenem Umfang Geräte herzustellen und zu verkaufen, um sich finanziell über Wasser zu halten. So erhielt beispielsweise die Abteilung für Elektrokeramik und Isolierstoffe des Instituts für Silikatforschung, die mehr schlecht als recht im unterfränkischen Königshofen untergekommen war,

von der örtlichen Militärregierung eine Lizenz für die Reparatur von beschädigten Nachrichtengeräten für Telephonie und Telegraphie. Dieses Gebiet war durch die Isolierstoffforschung für die Nachrichtentechnik dem Institut verwandt, sodass auf diese Weise die Institutsarbeit in beschränktem Umfange weitergeführt werden konnte.²⁸²

Einen nicht unwichtigen Faktor zur Überwindung der ärgsten Nachkriegsnot stellte das Verhandlungsgeschick der Direktoren dar. Berufungen auf Lehrstühle von Universitäten aus Deutschland und aus dem Ausland verschafften ihnen die Möglichkeit, an alter Wirkungsstätte nachzuverhandeln – und davon machten die Institutsdirektoren reichlichen Gebrauch. So erhielt beispielsweise Alfred Kühn im August 1945 das Angebot, das Ordinariat für Zoologie der Universität Heidelberg zu übernehmen, bevor ihm die Universität Freiburg im Frühjahr

279 Siehe dazu Kapitel 5.1 dieser Studie.

280 Franz Wever: MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, S. 46–47.

281 Karl Ziegler: MPI für Kohlenforschung, in: FS Hahn, S. 63. Das Folgende nach ebenda.

282 Adolf Dietzel: MPI für Silikatforschung, in: FS Hahn, S. 79.

1946 den gleichen Posten offerierte. Kühn lehnte jedoch beides ab und akzeptierte stattdessen den Ruf auf den Lehrstuhl für Zoologie an der Universität Tübingen, obwohl er grundsätzlich den Standpunkt vertrat, „dass die Forschungsinstitute selbständig und nicht mit Universitäts-Instituten verknüpft, die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute nicht mit den Unterrichtspflichten eines Ordinarius belastet sein sollen.“ Er akzeptierte dennoch, weil er nicht erwarten konnte, „dass die württembergische Regierung die Finanzierung der kostspieligen Forschungsinstitute mit ihren Direktorengehältern als reine ‚Luxusunternehmen‘ dauernd ohne Gegenleistung erhalten und in Tübingen neu aufbauen könnte.“²⁸³

Besonders begehrt war Adolf Butenandt, in dessen Nachkriegskarriere sich forschungspolitische Interessen aus dem In- und Ausland, NS-Vergangenheit und ungebrochene wissenschaftliche Reputation in eigentümlicher Weise verschränkten. Butenandt wirkte seit dem 15. Dezember offiziell als Ordinarius für physiologische Chemie an der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultät der Universität Tübingen – Staatsrat Carlo Schmid hatte die Ernennungsurkunde persönlich unterzeichnet.²⁸⁴ Dadurch erhielt sein 1943/44 nach Tübingen verlegtes *KWI für Biochemie* Gastrecht in den Räumlichkeiten des Physiologisch-Chemischen Instituts der Universität. Der Lehrstuhl war Butenandt zunächst jedoch nur auf Widerruf übertragen worden, da er – so die französische *Mission Scientifique* – „umfassend vom nationalsozialistischen Regime profitiert habe und unstreitig ein Nazi sei.“²⁸⁵ Diese Vorwürfe beeinträchtigten auch Butenandts Karrierechancen im Ausland, obwohl er auch dort – insbesondere in der Schweiz – wegen seines Renommées als Spitzenforscher im Gespräch war. Im März 1946 trat der schweizerische Chemiekonzern *Hoffmann-La Roche* an Butenandt heran, um ihn als Forschungsleiter zu gewinnen. Folgt man seinem Schüler Peter Karlson, so lehnte Butenandt dieses Angebot ab, „obwohl das Schicksal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft damals noch keineswegs geklärt war und er an einem Forschungsinstitut der Industrie auf kurze Sicht viel größere Möglichkeiten gehabt hätte, seine Ideen zu verwirklichen.“²⁸⁶ Diese Sichtweise blendet völlig aus, dass Butenandts Berufung seinerzeit in der eidgenössischen Öffentlichkeit und Politik hohe Wellen schlug, weil „Butenandt seit einer Vortragsreise durch die Schweiz im Jahr 1943 als Nationalsozialist galt.“²⁸⁷ Aus diesem Grund zerschlug sich auch der Plan von Emil Aberhalden, der Butenandt im Jahr darauf als seinen Nachfolger auf dem Lehrstuhl für physiologische Chemie an der Universität Zürich installieren wollte. Der dritte Versuch fand im September 1948 statt: Das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt berief Butenandt zum Nachfolger von Professor Siegfried Edlbacher und, damit verbunden, zum Leiter des Universitätslaboratoriums und des Schweizerischen Vitamininstituts – obwohl sich das Parlament in

283 Alfred Kühn: KWI für Biologie, in: FS Hahn, S. 289. — Zur Berufung Kühns an die Universität Tübingen und den damit verbundenen finanziellen Zusagen siehe auch Lewis, Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft, 2004, 403–443, 408–409.

284 Karlson, *Adolf Butenandt*, 1990, 154.

285 Stoff, Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 2004, 369–402, 369.

286 Karlson, *Adolf Butenandt*, 1990, 149.

287 Stoff, Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 2004, 369–402, 377. Das Folgende nach ebenda.

einer Resolution gegen Butenandt aussprach. Doch diesmal zerschlug sich die Berufung des umstrittenen Biochemikers nicht an der Kritik an seiner Person, vielmehr lehnte Butenandt selbst Anfang 1949 den Ruf ab. Eine „Kooperation von Universität, Industrie, Land und Staat“ hatte dafür gesorgt, dass ihm in Tübingen mindestens ebenso gute Forschungsbedingungen zur Verfügung stehen würden wie in Basel. „Entscheidend war dabei“, so der Historiker Heiko Stoff, „die Kooperation mit den drei führenden Industrieunternehmen – der Bayer AG, Hoffmann-La Roche und Schering –, die ein Konsortium bildeten, um Butenandt die finanziellen Möglichkeiten für seine Forschungen bereitzustellen.“²⁸⁸ Die Absage an Basel trug Butenandt indes nicht nur die dauerhafte finanzielle Förderung durch die Chemieindustrie, sondern auch den Ruf eines selbstlosen Wissenschaftlers in der deutschen Öffentlichkeit ein, denn seine Entscheidung erschien einer durch die totale Niederlage nicht nur physisch, sondern auch psychisch gezeichneten Nation „auch als eine politische Tat“.²⁸⁹ Hymnisches Lob der Presse, Dankadressen von Politikern und aus dem Kollegenkreis, ein Fackelzug, mit dem die Studierenden in Tübingen Butenandts Verbleiben in der Heimat feierten – der frischgebackene Nobelpreisträger war zu einem Symbol für die geistig-wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und zugleich zur Hoffnung für und auf die kommende Generation avanciert, ja „zu einer populären Integrationsfigur Westdeutschlands“.

Butenandt stellte in dieser Hinsicht fraglos eine Ausnahmeerscheinung dar. Dessen ungeachtet verschafften attraktive Alternativen in Form eines Rufs auf Lehrstühle angesehener Universitäten im In- und Ausland auch anderen Direktoren eine gute Verhandlungsposition gegenüber den Geldgebern. Sie nutzten diese starke Stellung, um bei Besitzern und Landesbehörden mehr für sich und ihre Institute herauszuschlagen – denn sowohl die jeweilige Besatzungsmacht als auch das betroffene Land hatten ein massives Interesse daran, die begehrten Spitzenforscher zu halten, damit sie zur Reputation ihrer Universitäten und Forschungseinrichtungen beitrugen. Auf diese Weise gelang es, Geld für Forschung und Wissenschaft einzuwerben, das die Länder – angesichts zahlreicher anderer drängender Probleme der Zusammenbruchsgesellschaft – eigentlich für diesen Zweck gar nicht hatten. In besonderer Weise profitierte davon Georg Melchers, der bereits während der Kriegszeit eine tragende Rolle am *KWI für Biologie* gespielt hatte, allerdings bis dahin nur im Rang eines wissenschaftlichen Mitarbeiters. Als er jedoch im Herbst 1946 auf den Lehrstuhl für Botanik der Universität zu Köln berufen wurde, erhielt er eine von drei Planstellen, die das Kultusministerium für die Direktoren des *KWI für Biologie* im Württembergischen Haushaltsplan vorgesehen hatte. Nach anfänglichem Zögern gab auch Otto Hahn als Präsident der KWG/MPG sein Plazet, so dass Melchers 1947 zum wissenschaftlichen Mitglied, Direktor und Leiter einer eigenen Abteilung am Institut avancierte.²⁹⁰

288 Stoff, Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 2004, 369–402, 393.

289 Stoff, Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 2004, 369–402, 401. Das Folgende wie auch das folgende Zitat nach ebenda.

290 Im Mai 1947 wurde Melchers dann auch noch zum Honorarprofessor an der Universität Tübingen ernannt. Alfred Kühn: *KWI für Biologie*, in: FS Hahn, S. 291–292. — Siehe dazu und zu der Rolle Kühns bei der Ernennung von Melchers zum wissenschaftlichen Mitglied der KWG/MPG Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, 409–410.

Die Geldgeber wussten freilich auch, dass so manche Forschungen einen Beitrag zur Lösung damals akuter Problemlagen zu leisten versprochen, weshalb sie von staatlicher Seite wie auch von der Privatwirtschaft besonders gefördert wurden. Angesichts der Ernährungskrise, die Deutschland vom Kriegsende bis zum Sommer 1948 im Würgegriff hielt,²⁹¹ galt das vor allem für die landwirtschaftlichen Institute, aber auch für das Institut für Arbeitsphysiologie. Der Institutsleiter führte die „Tatsache, dass ein verhältnismässig schneller äusserer Aufbau, aber auch ein Aufbau des inneren Gefüges des Instituts möglich war“, darauf zurück,

dass die Bedeutung der Mitwirkung physiologischen Urteils an den Folgen der Ernährungslenkung und der Bekämpfung der durch die Unterernährung geschaffenen Schwierigkeiten offenbar war. So kam es, dass es verhältnismässig leicht war, enge Beziehungen zu mittleren und oberen Verwaltungsstellen, sehr bald aber auch wieder zu der allmählich sich wieder entwickelnden Industrie des Ruhrgebietes herzustellen.²⁹²

Die Nachkriegskrise trug denn auch direkt zur Erweiterung des Instituts bei: „Der Bedeutung der Ernährungsfragen Rechnung tragend“, so Gunther Lehmann weiter, „wurde dem Institut 1948 eine ernährungswirtschaftliche Abteilung [...] angegliedert, die ihre Aufgabe darin sieht, eine Synthese zwischen den physiologischen, den wirtschaftlichen und agrarwissenschaftlichen Gesichtspunkten herbeizuführen.“²⁹³ Freilich konnten nicht nur die landwirtschaftlichen und ernährungswissenschaftlichen Institute mit Expertise aufwarten, die seinerzeit gefragt war. Die Niederwerfung, Befreiung und Besetzung Deutschlands warf zahlreiche völlig neue juristische Fragen auf. Dementsprechend entfaltete das *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht* eine rege Gutachtertätigkeit, die sich mit den spezifischen Rechtsproblemen der Nachkriegszeit befasste. Dazu schrieb Hans Dölle:

Neben Rechtsauskünften an Gerichte und Parteien, namentlich in den zahlreichen internationalrechtlich gelagerten Ehe-, Personenstands- und Staatsangehörigkeitssachen der Ostvertriebenen, displaced persons und Besatzungsangehörigen, hat sich das Institut auch in grundsätzlichen und umfassenden Behörden-Gutachten zu augenblicklichen völkerrechtlichen und besatzungsrechtlichen Problemen geäussert.²⁹⁴

291 Siehe dazu Günter J. Trittel: *Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949)*. Frankfurt am Main: Campus 1990. — Paul Erker: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit. In: Manfred Gailus und Heinrich Volkmann (Hg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest, 1770–1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, 392–408. — Paul Erker: *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*. Bd. 50. Stuttgart: Klett-Cotta 1998.

292 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 96.

293 Gunther Lehmann: MPI für Arbeitsphysiologie, in: FS Hahn, S. 96.

294 Hans Dölle: KWI für Ausländisches und Internationales Privatrecht, in: FS Hahn, S. 315.

So viele Probleme die Nachkriegszeit den Instituten einerseits bereitete, sorgte sie andererseits zugleich dafür, dass Verwaltung, Politik und Wirtschaft nicht auf wissenschaftlich fundierte Beratung verzichten konnten – und trug damit indirekt zur Existenzsicherung der Institute bei.

4. *Translatio Imperii*: Die Wiedergründung der KWG als MPG

Das heißt jedoch nicht, dass damit auch die Existenz der KWG/MPG gesichert war. Über der KWG schwebte immer noch das Damoklesschwert der Auflösung, und dass sich der Göttinger Gründerzirkel der MPG gegen seine Nebenbuhler im Osten und Südwesten durchsetzen würde, stand bis zum Sommer 1948 noch keineswegs fest. Dass es schließlich so kam, lag in erster Linie an der britischen Besatzungsmacht, die eine zentrale Rolle im Gründungsprozess der MPG spielte. Dem langjährigen Direktor am Göttinger *MPI für Geschichte*, Otto Gerhard Oexle, kommt das Verdienst zu, die überragende Bedeutung der Briten bei der (Wieder-)Gründung der KWG als MPG in die Geschichtsschreibung über die MPG hineingeholt zu haben. Oexle, der die aus der MPG selbst stammende Meistererzählung der Gründungsgeschichte leicht ironisch – in Anlehnung an die Nipperdey'sche Eröffnung seiner *Deutschen Geschichte* („Am Anfang war Napoleon“) – auf die knappe Formel „am Anfang war Telschow“ brachte, betont völlig zurecht, „daß ohne diese Unterstützung der Briten es heute keine Max-Planck-Gesellschaft gäbe“.²⁹⁵

4.1 Der Weg nach Bad Driburg

Ein frühes und starkes institutionelles Band zwischen den Briten und ihren künftigen deutschen Partnern stellte der *Deutsche Wissenschaftliche Rat (German Scientific Advisory Council)* dar, der am 1. Januar 1946 in den Räumen der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* in Göttingen gegründet wurde und der die britische Militärregierung „in allen wissenschaftlichen Fragen beraten und von sich aus Wünsche und Anregungen an die Militär-Regierung weiterleiten“ sollte.²⁹⁶ Den Vorsitz hatte Bertie K. Blount von der *Research Branch* der *Control Commission for Germany* inne. Diesem Gremium gehörten Ernst Telschow und – nach ihrer Rückkehr nach Deutschland – auch Otto Hahn und Werner Heisenberg an. Kein Zufall, dass die KWG und spätere MPG in diesem Gremium bereits überaus prominent vertreten war. Am 16. November 1945 hatte der Kabinettsausschuss in London unter dem Vorsitz von Außenminister Ernest Bevin eine Direktive verabschiedet, die den Deutschen zwar jede Form der militärischen Forschung untersagte, der Grundlagenforschung aber keine Beschränkungen auferlegte.²⁹⁷ Auf dieser Grundlage beorderte der britische Brigadegeneral Frank Spedding, der später zum Wissenschaftsattaché an der britischen Botschaft in Bonn aufsteigen sollte, Hahn am 3. Januar 1946 zur „Wiedereingangsetzung der deutschen Wissenschaft, vor allem auch der Kaiser-Wilhelm-Institute, soweit sie sich auf englisch besetztem Gebiet befinden“.²⁹⁸ Die Briten gaben damit nicht nur grünes Licht zur Fortführung der KWG, sie drängten Hahn nachgerade dazu, die Initiative zu ergreifen.

295 Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 44, 45–46. — Ältere Darstellungen waren entweder stark der deutschen Perspektive – das heißt der Perspektive der MPG und ihren Quellen – verhaftet, oder basierten vor allem auf Memoirenliteratur.

296 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 278.

297 Siehe dazu Alter, *KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen*, 1990, 726–746, 744.

298 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 279. — Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 58. — Die Angabe zum späteren Karriereweg Speddings findet sich bei Alter, *KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen*, 1990, 726–746, 746, Anm. 62.

Besonders hervorgehoben werden muss in diesem Kontext der bereits erwähnte Bertie K. Blount, der als Beauftragter für Wissenschaft der britischen Militärregierung für den Wiederaufbau der deutschen Forschung zuständig war.²⁹⁹ Blount verkörperte das personalisierte Bindeglied zwischen britischer Besatzungsmacht und dem Göttinger Gründerzirkel der MPG. Er hatte 1931 in Frankfurt am Main bei Walter Borsche im Fach Chemie promoviert und fühlte sich der deutschen Wissenschaft eng verbunden. „Die Deutschen hatten das Glück“, urteilt der Historiker Peter Alter, „daß Oberst Blount [...] die vage umrissenen Freiräume der Londoner Direktive vom November 1945 im Sinne der deutschen Wünsche und Vorstellungen voll ausschöpfte.“³⁰⁰ Dass neben Borsche auch Karl Friedrich Bonhoeffer als Gutachter an Blounts Frankfurter Promotionsverfahren mitgewirkt hatte, ließ „bereits frühzeitig eine Verbundenheit Blounts mit der KWG“ entstehen – „ein Aspekt, der sein späteres starkes Engagement für die KWG bzw. MPG wesentlich erklärt.“³⁰¹ Als britischer Besatzungsoffizier residierte Blount praktischerweise ebenfalls auf dem Gelände der AVA und damit in unmittelbarer Nachbarschaft der Generalverwaltung der im Entstehen begriffenen MPG.³⁰² So entstand insbesondere zu Ernst Telschow rasch eine enge persönliche Beziehung. Man kannte sich, man schätzte sich und kam nicht nur dienstlich, sondern auch privat häufig zusammen. Die Göttinger konnten sich stets auf die Hilfe von Blount verlassen. Als der britische Physiker Edward Neville da Costa Andrade in einem Artikel, der im Mai 1948 in der Zeitschrift *Nature* erschien, die internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit von der Gründung der MPG in Kenntnis setzte, unterstrich er die Rolle von Blount, „who has carried out a difficult task with equal tact and efficiency.“³⁰³ Angesichts seiner nimmermüden Unterstützung, die MPG aus der Taufe zu heben, bezeichnet Rüdiger Hachtmann Blount mit Fug und Recht als „Geburtshelfer der MPG“.³⁰⁴ Die MPG würdigte seine Verdienste, indem sie ihm 1984 die Ehrenmitgliedschaft verlieh.³⁰⁵

Zwar wollten die Briten die KWG als Forschungsinstitution erhalten wissen, doch den Namen des auf der Insel so verhassten Kaisers durfte sie nicht behalten. Dies stieß auf deutscher Seite zunächst auf völliges Unverständnis; alle in Deutschland verbliebenen Spitzenwissenschaftler der KWG, darunter selbst Otto Hahn, wollten an dem traditionsreichen Namen festhalten.³⁰⁶ Allerdings blieben die Briten in diesem Punkt hart. Glaubt man einem Bericht von Bertie K.

299 Siehe die knappe biographische Würdigung von Otto Gerhard Oexle: Bertie Blount. 1. 4. 1907–18. 7. 1999. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1999. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 905–906. — Zur Rolle Blounts siehe im Folgenden auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 191–193.

300 Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 745.

301 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1088, Anm. 126.

302 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 419. — Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 95. — Ausführlich zur Rolle Blounts siehe Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1087–1089, 1199.

303 Zitiert nach Oexle, Bertie Blount, 1999, 905–906, 906.

304 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1088.

305 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 578.

306 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1091–1095.

Blount, war es kein Geringerer als der britische Biochemiker und Nobelpreisträger Henry H. Dale, Präsident der *Royal Society* und Berater der britischen Militärregierung in Wissenschaftsfragen, der den Vorschlag machte, die KWG in „Max-Planck-Gesellschaft“ umzubenennen. „It is only the name which they have something against“, soll Dale argumentiert haben, „just the words ‚Kaiser Wilhelm‘ conjures up a picture of rattling sabres and maritime expansion. Name it the Max Planck Gesellschaft and everyone will be happy.“³⁰⁷ Bei der offiziellen Newton-Feier der *Royal Society*, die 1946 in London stattfand, informierten britische Kollegen sowie Lise Meitner und Niels Bohr ihren Kollegen Max Planck – der als einziger Deutscher zu dieser Feier eingeladen worden war – von dem Vorschlag, „die KWG als Max-Planck-Gesellschaft fortzuführen“.³⁰⁸ Nachdem dieser Name erst einmal im Raum stand, wurden keine Alternativvorschläge mehr unterbreitet. Im Rückblick erwies sich die Umbenennung als richtige Entscheidung: Der wissenschaftliche Rang Max Plancks stand außer Diskussion, zudem galt der allseits hochgeschätzte Physiker im In- und Ausland als Gegner des Nationalsozialismus und als „integrity Mann“.³⁰⁹ So trug Max Planck als Namenspatron der Gesellschaft symbolisches Kapital ein. Dieses Kapital brauchten die deutschen Wissenschaftler in der Gründungsphase der MPG nötiger denn je, um nach Weltkrieg und Zivilisationsbruch, an dem nicht wenige dieser Wissenschaftler durchaus ihren Anteil gehabt hatten, von neuem Kontakte zu Kollegen im Ausland knüpfen zu können. Unter der Fahne Max Plancks ließ sich die Rolle des Parias in der *Scientific Community* jedenfalls erheblich leichter überwinden als unter dem Namen eines Kaisers, der im Ausland vollständig diskreditiert war.³¹⁰

Im Sommer 1946 wurde die Umgründung ohnehin unausweichlich. Die Zukunft der KWG war im Grunde seit Kriegsende unsicher gewesen. Gerüchte, dass die Amerikaner ihre Auflösung betrieben, hatte Roger Adams, Professor für Chemie und wissenschaftspolitischer Berater Clays, bereits am 10. Dezember 1945 bestätigt. Seit dieser Zeit hing das Damoklesschwert der Auflösung über der KWG. Acht Monate später schien plötzlich Eile geboten. Wie Hahn von Blount erfuhr, hatte nämlich der Alliierte Kontrollrat auf amerikanische Initiative hin – gegen

307 Zitiert nach Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193. — Die deutsche Übersetzung des Zitats findet sich bei Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 102. — Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1088–1089.

308 Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 746.

309 Reinhard Rürup: Spitzenforschung und „Selbstgleichschaltung“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933–1945. In: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): *Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Göttingen: Wallstein 2014, 108–126, Zitat 112. — Kritisch zur angeblich anti-nationalsozialistischen Haltung Plancks im „Dritten Reich“ Helmuth Albrecht: „Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler“. Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*. Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1993, 41–63. — Allerdings kam es nach 1945 weniger darauf an, wie sich Planck im „Dritten Reich“ verhalten hatte; weitaus wichtiger war, wie sein Verhalten in der NS-Zeit nach 1945 im In- und Ausland wahrgenommen wurde.

310 „You will understand“, hatte Dale am 16. 7. 1946 in bemerkenswerter diplomatischer Zurückhaltung an Hahn geschrieben, „that an attempt to continue, for the sake of its acquired scientific prestige, what is in form a commemoration of Kaiser Wilhelm II., might arouse different kinds of reaction in countries which have been allied in war against Germany, on account of a policy for the initiation of which the world outside Germany would not hold Kaiser Wilhelm blameless.“ Zitiert nach Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 745.

den vergeblichen Widerstand der Briten – am 2. August 1946 die Auflösung der KWG formell beschlossen.³¹¹ Das *Draft Law for the Dissolution of the Kaiser Wilhelm Society for the Promotion of Sciences*, das seit dem Herbst 1946 von den Vertretern der vier Besatzungsmächte intensiv diskutiert wurde,³¹² formulierte unmissverständlich, die KWG sei „hereby dissolved and any further activity of this society is prohibited“.³¹³ Zur Begründung hieß es, dass die KWG „von der Generalverwaltung gelenkte Kriegsforschung betrieben“ habe.³¹⁴ Zwar brach die Viermächte-Regierung während der Arbeit an einem entsprechenden Kontrollratsgesetz auseinander, so dass die Auflösung der KWG nie formal beschlossen und vollzogen wurde. Noch wichtiger war allerdings, wie Rüdiger Hachtmann betont, dass die vier Besatzungsmächte den Auflösungsbeschluss unterschiedlich auslegten: Auf sowjetischer Seite ging man davon aus, dass er sich auf die KWG insgesamt, aber auch auf ihre Institute und etwaige Rechtsnachfolger der KWG bezog. Für Amerikaner und Briten betraf der Beschluss lediglich die KWG als Dachverband, das heißt ihre zentralen Organe und die Generalverwaltung, nicht jedoch die einzelnen Kaiser-Wilhelm-Institute; die Franzosen, die ursprünglich der sowjetischen Position zugeneigt gewesen waren, schwenkten später ebenfalls auf diese Linie ein. Die Amerikaner akzeptierten im Sommer 1947 schließlich den britischen Standpunkt, dass es den Instituten der KWG freistehe, sich unter einem anderen Namen abermals zu einer Wissenschaftsgesellschaft zusammenzuschließen.³¹⁵ Da der Kontrollrat in dieser Frage zu keiner Einigung gelangte, verwies er sie Ende Juni 1947 an die Ausschüsse für Wirtschaft, Finanzen und Rechtsfragen,³¹⁶ wo sie schließlich allem Anschein nach versandete. Von diesen Entwicklungen, die sich auf der höchsten Ebene der Besatzungspolitik abspielten, erhielten die deutschen Akteure jedoch nicht, nur teilweise oder verspätet Kenntnis. Daher erschien ihnen der Handlungsdruck unverändert hoch, weshalb die Generalverwaltung in Göttingen mit Unterstützung der Briten seit dem Sommer 1946 fieberhaft die Schaffung einer „Auffanggesellschaft für den Notfall“ vorbereitete.³¹⁷

311 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 408. — Zur Auflösung der KWG durch den Alliierten Kontrollrat siehe auch Hachtmann, Strukturen, 2010, 60–69, 1085–1086. — Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 191–193.

312 Die Details zu diesen komplizierten Verhandlungen finden sich in The National Archives London (TNA), FO 1012/359 (zur britischen Perspektive). — Bundesarchiv (BArch), Z 45-F, 2/84/4 (zur amerikanischen Perspektive). — Für den Hinweis auf diese beiden Akten danke ich Florian Schmaltz.

313 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 30. — Meiser zitiert den Gesetzentwurf in der Fassung vom 5. 5. 1947, offenbar die letzte Fassung des Entwurfs. — Hachtmann zitiert einen Entwurf, der vom 27. 3. 1947 stammt. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1085.

314 Zitiert nach Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 133–134.

315 Siehe dazu Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1085–1090. — Hachtmanns Analyse basiert wesentlich auf den Akten aus TNA, FO 1012/359. — BArch, Z 45-F, 2-84-4.

316 Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications, an Economics Directorate, Finance Directorate, Legal Directorate, 30. 6. 1947, TNA, FO 371/65254. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich abermals Florian Schmaltz.

317 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 432. — Der Begriff „Auffang-Gesellschaft“ stammt von den Gründern der MPG. Auszug aus dem Protokoll über die Gründungssitzung der MPG in der Britischen Zone am 11. 9. 1946 im Theologischen Konvikt zu Bad Driburg, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 202–205, Dokument 64, Zitat 204.

Die Gründung der „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in der Britischen Zone“ fand schließlich am 11. September 1946 im Clementinum, dem Theologischen Konvikt zu Bad Driburg, statt. Das war die (erste) offizielle Geburtsstunde der MPG, der zu diesem Zeitpunkt 13 Institute angehörten. Zu den Gründungseinrichtungen gehörten die Institute für Arbeitsphysiologie in Dortmund, für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik auf Gut Imbshausen, für Bastfaserforschung, das zunächst in Stammbach und später in Bielefeld ansässig war, für Eisenforschung in Düsseldorf, für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, für Tierzucht und Tierernährung auf dem Remontegut Mariensee und für Züchtungsforschung auf dem Gut Voldagsen. Hinzu kamen die in Göttingen ansässigen Institute für Hirnforschung, Instrumentenkunde, Physik und Strömungsforschung sowie die *Hydrobiologische Anstalt* in Plön und das *Deutsche Spracharchiv* (Institut für Phonometrie) in Braunschweig.³¹⁸

Neben der Unterstützung der Briten hatten weitere Faktoren dazu beigetragen, dass sich der Göttinger Gründerkreis im Machtkampf gegen seine Rivalen in Berlin und München durchsetzen konnte. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, dass die Göttinger zwei Galionsfiguren von großer Strahlkraft aufbieten konnten: Max Planck und Otto Hahn. Die Forschung bezeichnet es als „Glücksfall“, dass ein Mitarbeiter des *Office of Strategic Services* (OSS), des Nachrichtendienstes des US-Kriegsministeriums, den greisen und nach der Hinrichtung seines Sohnes Erwin gebrochenen Max Planck Mitte Mai 1945 nach Göttingen holen konnte, denn: „So war die KWG nach dem Freitod ihres Präsidenten Albert Vögler nicht führungslos.“³¹⁹ Dieser „Coup“ brachte die Göttinger gegenüber den Konkurrenten „bald uneinholbar in Vorhand“, denn damit war die „strategische Absicht [der Sowjets, J. B.], über Havemann Einfluss auf die gesamte KWG zu nehmen, [...] de facto gescheitert“.³²⁰ Mehr noch, trug die Person des weltweit angesehenen Nobelpreisträgers der MPG Prestige ein und versinnbildlichte die Kontinuität zur KWG.

Die wichtigste Persönlichkeit auf deutscher Seite war indes weder Max Planck noch der vornehmlich hinter den Kulissen agierende Ernst Telschow, sondern Otto Hahn – hätte er das Präsidentenamt abgelehnt, wäre die Gründung der MPG höchstwahrscheinlich gescheitert. Kaum ein anderer deutscher Gelehrter jener Tage – abgesehen von Max Planck und Albert Einstein – verfügte national und international über ein vergleichbares Renommee, das es ihm gestattet hätte, eigene Vorstellungen einer außeruniversitären deutschen Wissenschaftsgesellschaft gegen die Alliierten durchzusetzen, wenn es sein musste. Max Planck sah sich freilich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht in der Lage, diesen Posten abermals zu übernehmen. Deswegen hob er Hahn im Juli 1945 auf den Schild und fand sich lediglich dazu bereit, ihn „bis

318 Eine Aufstellung der 13 Gründungsinstitute findet sich bei Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 75.

319 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 410. — Ähnlich auch Albrecht und Hermann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 1990, 356–406, 402.

320 Laitko, *Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften*, 2018, 291–364, 325–326.

zur Übernahme seines Amtes“ zu „vertreten“. ³²¹ Zwar war die an mittelalterliche Königserhebungen gemahnende Designation Otto Hahns durch Max Planck im Grunde ebenso wenig satzungskonform wie die Ernennung von Robert Havemann zum kommissarischen „Leiter“ der KWG. Daran änderte auch der Umstand wenig, dass die angeschriebenen Institutsdirektoren Plancks Vorschlag im Umlaufverfahren zugestimmt hatten. ³²² Von diesem formalistischen Einwand abgesehen, erwies sich die Wahl Otto Hahns jedoch als kluge Entscheidung, denn sie befestigte die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Göttinger mit der britischen Besatzungsmacht. Hahn war für viele Entscheidungsträger auf britischer Seite ein guter alter Bekannter, denn er gehörte zur sogenannten Rutherford-Familie. Damit ist die „Verbundenheit der Freunde, Mitarbeiter und Schüler Ernest Rutherfords“ gemeint, ³²³ des großen Experimentalphysikers und Nobelpreisträgers. Zu diesem Kreis gehörten neben Otto Hahn eine Reihe renommierter Wissenschaftler, die die Wissenschaftspolitik in der britischen Besatzungszone maßgeblich mitgestalteten. Darüber hinaus hatte Hahn die Briten durch sein offenes Wesen und sein taktvolles und konziliantes Auftreten in Farm Hall für sich eingenommen. ³²⁴ Formell übernahm Hahn die Amtsgeschäfte des Präsidenten der KWG am 1. April 1946, faktisch bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Hahns wichtigstes Ziel lautete, von Göttingen aus die KWG wieder aufzubauen und als eine zusammenhängende Organisation der Grundlagenforschung in allen drei westlichen Besatzungszonen zu etablieren – und das lag ganz auf der Linie der Briten. ³²⁵

Freilich war Hahn zunächst „sozusagen Papst in Avignon“, wie Josef Mattauch ihm im September 1945 schrieb. Mattauch, der Nachfolger Lise Meitners als Leiter der physikalischen Abteilung des *KWI für Chemie* und als solcher Hahn eng verbunden, betonte jedoch zugleich: „In Berlin“ – dem Rom der KWG, um im Bild zu bleiben – „ist ja praktisch nichts mehr verblieben.“ ³²⁶ Das war zwar einerseits richtig, denn die wissenschaftliche Substanz der Berliner Institute war durch Verlagerungen, Demontage und Abwerbungen von Wissenschaftlern empfindlich geschmälert. Andererseits stand Hahn mit der Generalverwaltung in Göttingen in Konkurrenz zu Havemann in Berlin und Glum in München, die ebenfalls die Reorganisation der KWG unter ihrer Leitung erstrebten. Deren Ambitionen scheiterten auch an dem Umstand, dass der Göttinger Gründerzirkel von den herausragenden deutschen Naturwissenschaftlern ihrer Zeit –

321 Rundschreiben Max Plancks an die Direktoren aller Kaiser-Wilhelm-Institute und den Wissenschaftlichen Rat z. Hd. der drei Sektionsvorsitzenden, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 198, Dokument 60.

322 Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 69 mit Anm. 233.

323 Dies und das Folgende nach Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 49–52, 59 mit dem Zitat. — Dazu auch Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003, 34.

324 Zur überaus positiven Einschätzung Hahns durch die Briten siehe Mark Walker: *Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2003, 33.

325 Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 58.

326 Zitiert nach Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 428.

Dieter Hoffmann spricht von der „Creme der damaligen deutschen Gelehrtenschaft“³²⁷ – repräsentiert wurde. Das gilt nicht alleine für Max Planck und Otto Hahn. Hinzu kam eine ganze Riege höchstangesehener Forscher und Nobelpreisträger, darunter Werner Heisenberg, Richard Kuhn, Max von Laue und Adolf Windaus, von deren Renommee die MPG in ihrem Gründungsstadium profitierte. Dass die MPG das Prestige ihrer angesehensten Forscher bewusst zu diesem Zweck einsetzte, verdeutlicht das ikonographische Foto der Gründung der Gesellschaft am 26. Februar 1948 in Göttingen: In der Mitte stehen Otto Hahn (rechts) und der niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme, ein Sozialdemokrat und bekannter Gegner der Nazis. Links von ihnen sitzen Schatzmeister Wilhelm Bötzkes und der Physiker Erich Regener, der sich mit Forschungen zur Stratosphäre einen Namen gemacht hatte; rechts sekundieren die Nobelpreisträger Max von Laue, Richard Kuhn und Adolf Windaus der Gründung. Nur Heisenberg fehlt auf diesem „Klassenfoto“ der prominentesten KWG-Wissenschaftler, die in Deutschland verblieben bzw. nicht in der NS-Zeit vertrieben worden waren.

Last but not least hatte auch die Generalverwaltung unter Ernst Telschow ihren Anteil daran, dass sich der Göttinger Gründerzirkel im Machtkampf gegen die Konkurrenz in Berlin, München und Tübingen durchsetzen konnte, auch wenn man ihn nicht überbewerten sollte. Der erfahrene und mit allen administrativen Wassern gewaschene Telschow nutzte instinktsicher alle Möglichkeiten, um die Stellung der MPG als Nachfolgeorganisation der KWG zu sichern bzw. zu verbessern. Eine solche Gelegenheit ergab sich im Juli 1949, als die Amerikaner Robert Havemann seines Amts als Verwaltungsdirektor der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute enthoben. Die Göttinger Generalverwaltung betrieb daraufhin – in einer Nacht- und Nebelaktion auf fragwürdiger rechtlicher Grundlage, aber taktisch überaus geschickt – die Löschung Havemanns als vorläufiger Leiter der KWG aus dem Vereinsregister in Berlin-Charlottenburg und setzte einen Notvorstand unter Franz Arndt ein. „Damit waren die Rechtsansprüche auf das Vermögen der KWG in Berlin in den Händen der Generalverwaltung in Göttingen“,³²⁸ die auch deswegen den Sieg im Ringen um die künftige Leitung der KWG/MPG davontrug.

327 Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 64–115, 67.

328 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 442. — Siehe dazu auch Florath, *Orientierungsprobleme*, 2016, 73–100, 94–97. — Dazu auch die geschönte Darstellung aus der Perspektive der Göttinger Generalverwaltung in: Bericht der Generalverwaltung der MPG (König) über die Verhandlungen wegen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem vom 14. 7. 1951, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 219–225, hier 220.

4.2 Die Ausdehnung der MPG auf die drei Westzonen und auf West-Berlin

Nachdem damit die MPG an die Stelle der KWG getreten war, lag es nahe, nun auch alle anderen Kaiser-Wilhelm-Institute unter dem Banner der MPG zu vereinigen. Hahn und Telschow verloren denn auch keine Zeit, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten. Doch gestaltete sich die von Göttingen aus betriebene Ausdehnung der MPG auf die amerikanische und französische Zone zunächst schwierig. Nicht nur die Amerikaner sträubten sich, auch bei einigen Länderregierungen stieß der Plan zur Expansion der KWG/MPG auf wenig Gegenliebe. Zur Begründung verwies etwa die Bayerische Staatsregierung darauf, dass führende Repräsentanten des NS-Staates und der Rüstungsindustrie Spitzenpositionen in der KWG innegehabt hatten. Das galt etwa für den vormaligen Landwirtschaftsminister Herbert Backe, den SS-Brigadeführer und Bankier Kurt Freiherr von Schroeder und für Albert Vögler, den letzten Präsidenten der KWG, der zugleich der starke Mann bei den Vereinigten Stahlwerken gewesen war, einem der größten Rüstungskonzerne des „Dritten Reiches“.³²⁹ Inwiefern dieses Argument von den Ländern vorgeschoben wurde, um die Forschungsinstitute unter der eigenen Kontrolle halten zu können, ist heute kaum mehr zu sagen. Jedenfalls verhallte selbst ein Appell an den Militärgouverneur der US-Zone ungehört; darin hatten sich, auf eine Bitte Otto Hahns hin, am 5. April 1947 alle zehn deutschen Nobelpreisträger bei Lucius D. Clay für den Erhalt der KWG eingesetzt.³³⁰

Mittelfristig verbesserte indes die Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bizone, die zum 1. Januar 1947 aus primär ökonomischen und versorgungstechnischen Motiven heraus erfolgt war,³³¹ die Realisierungschancen für die Ausdehnungsbestrebungen der MPG. Im Sommer 1947 gelang es Hahn in schwierigen Verhandlungen, in denen „die Aktivitäten und Intentionen der Angehörigen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während des ‚Dritten Reiches‘ verzerrt dargestellt wurden“,³³² den Amerikanern die Zustimmung zur Ausdehnung der MPG auf die US-Zone abzurufen. Die Bedingung lautete allerdings, dass die neue MPG weder vom Staat noch von der Wirtschaft abhängig sein dürfe und für die Aufnahme weiterer Institute offen sein müsse. Daraufhin wurde die ursprüngliche MPG am 24. Februar 1948 von einer außerordentlichen Hauptversammlung aufgelöst und an ihrer Stelle zwei Tage später in Göttingen eine neue MPG gegründet, und zwar als „Vereinigung freier Forschungsinstitute, die nicht dem Staat und nicht der Wirtschaft angehören“.³³³ Hier wird deutlich, wie die

329 Siehe dazu Walker, *Otto Hahn*, 2003, 45–46. — Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 160–161.

330 Dazu Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 161. — Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 436–437.

331 Wolfgang Benz: *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*. 5. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1999, 49–78.

332 Walker, *Otto Hahn*, 2003, 43. Details dieser „Verzerrungen“ finden sich ebenda, S. 43–48.

333 So lautet die Formulierung in § 1, Satz 2 der Ersten Satzung der MPG aus dem Jahr 1948, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 211–221, Dokument 67, Zitat S. 211. — Zum Zeitpunkt ihrer (zweiten) Gründung gehörten der MPG 23 Institute und Forschungsstellen an. Siehe die Aufstellung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 297–299.

Vorgaben der Alliierten „sich auch langfristig auf die Gestaltung und das Selbstverständnis der MPG als einer staats- und wirtschaftsfernen Forschungsinstitution“ auswirkten.³³⁴

Klärungsbedürftig bleibt die Frage, warum sich die Briten mit ihrer Konzeption der Wissenschaftspolitik, die auf eine Kontinuität der KWG unter dem Namen MPG setzte, schließlich gegen die Amerikaner durchsetzen konnten. Sie ist umso dringlicher, als die Forschung allgemein von einer dominierenden Rolle der Amerikaner in der Wissenschaftspolitik ausgeht, die die Verhältnisse in Westdeutschland langfristig geprägt habe. So schreibt der Historiker David Cassidy, „the U.S. position on science predominated in the Allied Control Council. ACC directives generally prevailed in the U.S. occupation zone and developments there shaped the formulation of the West German policy after 1949.“³³⁵ Das Festhalten an der KWG/MPG markiert also eine bemerkenswerte Ausnahme, für die drei Faktoren den Ausschlag geben. Erstens konnten es sich die Briten – zugespitzt formuliert – gar nicht leisten, in dieser Frage nachzugeben. Da die Versorgungslage im Vereinigten Königreich kaum besser war als auf dem Kontinent bzw. im besiegten und besetzten Deutschland, ging die Unterstützung der deutschen Bevölkerung in der eigenen Besatzungszone direkt zu Lasten der Heimat, wo die Menschen ebenfalls hungerten und froren. Aus diesem Grund räumte Außenminister Ernest Bevin deutschen Exportleistungen Vorrang ein vor Reparationsleistungen, da Erstere die Bezahlung von Lebensmittelimporten nach Deutschland ermöglichten und damit die britischen Steuerzahler entlasteten.³³⁶ Wie verzweifelt die Lage im Krisenwinter 1946/47 war, zeigte sich im Februar 1947, als sich London gezwungen sah, den Abzug der britischen Truppen aus Griechenland anzukündigen.³³⁷ Unter diesen Vorzeichen musste es die oberste Priorität sein, die Selbstversorgung der eigenen Besatzungszone so schnell wie möglich sicherzustellen. Deswegen kam der ökonomischen Erholung enorme Bedeutung zu, und deswegen stellten die Briten ihre Wissenschafts- und Forschungspolitik für Deutschland ganz in den Dienst der Wirtschaft. Auf Experimente wie die Gründung einer Forschungshochschule oder einer Forschungsakademie, wie sie Amerikaner und Sowjets wagten, wollte man sich in London nicht verlassen. Das bewährte Modell der KWG/MPG, das die Briten in ihrer Zone bereits nach Kräften gefördert hatten, versprach in dieser Perspektive, auch für die Bizone bzw. ganz Westdeutschland am erfolgversprechendsten zu sein.

Zweitens veränderte sich die politische Großwetterlage, was bei den Amerikanern einen Meinungsumschwung und einen Politikwechsel herbeiführte. Der heraufziehende Kalte Krieg bewirkte eine Verschiebung des Frontverlaufs: Je mehr die Sowjetunion für die Amerikaner zum Hauptgegner in Europa (und anderswo auf der Welt) aufstieg, desto positiver blickten Politik, Militär und Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten auf (West-)Deutschland: Der vorma-

334 Kolboske et al., *Forschungsriese*, 2018, 10–13, 11. — Ähnlich auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193.

335 Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 202. — Siehe dazu ausführlich Krige, *American Hegemony*, 2006.

336 Jürgensen, *Britische Besatzungspolitik*, 1999, 48–59, 57.

337 Krige, *American Hegemony*, 2006, 17–18.

lige Kriegsgegner mauserte sich im Angesicht der kommunistischen Bedrohung zum potentiellen Verbündeten im Kampf der Systeme. Damit gewannen diejenigen Kräfte in der US-Politik – konkret: im *State Department* und in der Wirtschaftsverwaltung von OMGUS – Oberwasser, die sich schon länger für eine konstruktive Besatzungspolitik starkgemacht hatten.³³⁸ Hinzu kam der Marshall-Plan, mit dem die Amerikaner in großem Umfang Waren nach Europa pumpen. Das gigantische Hilfspaket sollte im Rahmen der Truman-Doktrin dazu beitragen, die Wirtschaft in Westeuropa – und auch in Westdeutschland – wieder in Gang zu bringen, damit die Europäer nicht dauerhaft auf US-Unterstützung angewiesen sein würden oder gar dem Sowjetsystem anheimfielen.³³⁹ Um den Wiederaufbau voranzutreiben, war die US-Militärregierung auf die Mitwirkung der deutschen Verwaltung angewiesen, so dass sich ein „Zusammenspiel von US-Einflussnahme und deutschen Beharrungskräften“ entwickelte.³⁴⁰ Durch die Verschiebung der Prioritäten in der Besatzungspolitik avancierte auch in der Perspektive Washingtons die Forschung in Deutschland immer mehr zu einem Instrument, das einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Erholung leisten konnte. Unter diesem Blickwinkel machte es wenig Sinn, auf der Auflösung einer Institution zu beharren, die in der Vergangenheit der Garant für Spitzenenergebnisse in diversen Forschungsfeldern gewesen war.

Drittens sprach aus der Sicht der Amerikaner für die MPG auch, dass sie sich die Grundlagenforschung auf die Fahne geschrieben hatte. Denn Washington wollte den Deutschen – wie überhaupt den (West-)Europäern – zwar beim Wiederaufbau der Forschungslandschaft unter die Arme greifen, dabei aber nicht deren Fähigkeit zur Wiederaufrüstung fördern, vor allem nicht mit Blick auf die Entwicklung einer eigenen Atombombe.³⁴¹ Deshalb machten sich Politiker und Wissenschaftler in den USA besonders für die Förderung der Grundlagenforschung in Europa stark – und in diesem Bereich führte in Westdeutschland schon sehr früh kein Weg an der MPG und ihren Spitzenforschern vorbei, zumal sich auch die in den USA einflussreiche *Rockefeller Foundation* für eine Unterstützung der MPG einsetzte.³⁴²

Vor diesem Hintergrund war es nach Gründung der MPG für die Bizone und deren Ausweitung zur Trizone, zu der seit dem März 1948 auch das französische Besatzungsgebiet gehörte, nur noch eine Frage der Zeit, wann auch die Kaiser-Wilhelm-Institute der französischen Zone der MPG beitreten würden. Vertreter aus dem Südwesten nahmen bereits seit Ende 1948 an den Senatssitzungen der MPG teil, und bei der Gründung des *Forschungsausschusses für Württemberg-Hohenzollern* im März 1949 bestand „allseitiges Einverständnis darüber, dass die Beschlüsse des

338 Siehe dazu die detaillierte Analyse von Genese und Entwicklung der US-Forschungspolitik in Deutschland von Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235. — Cassidy, *Controlling German Science*, II, 1996, 197–239.

339 Siehe dazu Werner Abelshauser: Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), 85–113.

340 Rupieper, *Amerikanische Besatzungspolitik*, 1999, 33–47, 44.

341 Dies nach Krige, *American Hegemony*, 2006, 9–11. — Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235, 235.

342 Siehe dazu Carola Sachse: What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Gesellschaft in the Early Cold War. *Central European History* 42 (2009), 97–141. doi:10.1017/S0008938909000041.

Ausschusses nur im Einvernehmen mit der MPG gefasst werden sollen, damit diese bei einer erhofften baldigen Ueberleitung der französischen Institute in die MPG alsdann bereits von der MPG anerkannt sind.“³⁴³ Über die Beschlüsse dieses Forschungsrats wurden, auf ausdrücklichen Wunsch Butenandts, auch in Göttingen Aktenvermerke angelegt. Doch noch verzögerte sich der formelle Beitritt, was an zwei Hindernissen lag: Zum einen mussten zunächst die heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen der Göttinger Generalverwaltung und den Tübinger Direktoren, in denen es vor allem um die Person Ernst Telschows ging, ausgestanden werden.³⁴⁴ Zum anderen leisteten die Franzosen einstweilen noch hinhaltenden Widerstand gegen eine Ausweitung der MPG auf den Südwesten. Erst am 8. Juli 1949 gelang es schließlich, die Anerkennung der MPG durch alle drei Westmächte zu erwirken.³⁴⁵ Auf dieser Grundlage wurde die Aufnahme auch der in der französischen Besatzungszone gelegenen Institute in die MPG möglich, die schließlich am 18. November 1949 erfolgte.³⁴⁶ Mit dem Beitritt des *KWI für Biochemie*, des *KWI für Biologie* und des *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht*, die alle drei in Tübingen ansässig waren, sowie des gerade nach Mainz umgezogenen *KWI für Chemie*, der *Vogelwarte Radolfzell*, der Arbeitsgruppe des *KWI für Physik* in Hechingen und der *Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre* waren, wie Präsident Hahn befriedigt feststellte, „nunmehr sämtliche Kaiser-Wilhelm-Institute in den drei Westzonen in der Max-Planck-Gesellschaft zusammengeschlossen“.³⁴⁷

Deutlich länger dauerte es mit der „Heimholung“ der in Berlin verbliebenen Institute und Abteilungen, die in die *Deutsche Forschungshochschule* eingegliedert worden waren. Das lag vor allem daran, dass das Verhältnis der MPG zu Berlin durch die Verlagerung eines Großteils der Forschungsstätten und der Generalverwaltung belastet war. Um es wieder zu entkrampfen, galt es, zwei Problemkreise zu lösen: Erstens herrschte über die künftige Finanzierung der in Dahlem gelegenen Institute noch keine Klarheit, zweitens mussten MPG und Berliner Senat ihren Konflikt um die Immobilien in Berlin-Dahlem beilegen, die früher von der KWG genutzt worden waren. Im Kern berührten beide Themen die Zukunft der *Deutschen Forschungshochschule*, die 1947 auch mit dem Ziel gegründet worden war, die Finanzierung der in Dahlem verbliebe-

343 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 15. Das Folgende nach ebenda.

344 Zu den heftigen internen Streitigkeiten, die dem Beitritt der in der französischen Zone gelegenen Institute vorangegangen waren, siehe Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443. — Siehe dazu ausführlich Kapitel 6.3 dieser Studie.

345 Schreiben von Carl H. Nordstrom, Bertie K. Blount und Adolphe Lutz vom 8. 7. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 5, fot. 20. — Anerkennung der MPG durch die drei Besatzungsmächte vom 8. 7. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 231–232, Dokument Nr. 72.

346 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 314–316. — Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18. 11. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 233, Dokument 74.

347 Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 3, S. 12. — Die Aufstellung der in die MPG aufgenommenen Institute aus der französischen Zone nach Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 78, Anm. 268.

nen Forschungseinrichtungen der KWG sicherzustellen. Deren Schicksal schien jedoch seit der Gründung der *Freien Universität Berlin* mit einem Fragezeichen versehen zu sein, denn die FU war nicht nur eine Gegenründung zur Berliner Universität im sowjetischen Sektor, sondern verstand sich ebenfalls explizit als Reformuniversität.³⁴⁸ Hinzu kamen weitere Faktoren, die zum Niedergang der DFH beitrugen. Erstens besaß sie mächtige Gegenspieler in Gestalt der Universitäten, die eine Degradierung zu reinen Lehrbetrieben fürchteten, und der MPG, die Anspruch auf Eingliederung der in Dahlem verbliebenen ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute erhob. Zweitens verlor die DFH mit Fritz Karsen, der in die USA zurückkehrte, ihren wichtigsten Mentor und Motor – mit der Abreise des deutschstämmigen Reformpädagogen zog die US-Militärregierung gleichsam ihre schützende Hand, die sie zuvor über die junge Forschungseinrichtung gehalten hatte, zurück. Drittens begriffen die in ihren Instituten tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die DFH vor allem als Forschungseinrichtung und dachten gar nicht daran, die von Karsen und Havemann angedachte Ausbildungsfunktion für eine künftige deutsche Wissenschaftselite zu übernehmen. Zudem verstanden sie sich nach wie vor als Teil der KWG und strebten daher eine Eingliederung in die MPG an.³⁴⁹

Den zentralen Streitpunkt zwischen Berlin und der MPG stellten die Immobilien in Dahlem dar, die von der KWG genutzt worden waren, nun jedoch vom Berliner Magistrat beansprucht wurden – und zwar zur Errichtung der Freien Universität. Der Finanzausschuss des MPG-Senats wie auch der MPG-Senat selbst hielten es für nicht hinnehmbar, „daß die betreffenden früheren Grundstücke Preussens ohne Anerkennung des Benutzungsrechts der MPG vom Magistrat Berlin vereinnahmt werden.“³⁵⁰ Die Liegenschaften, um die es vor allem ging, waren der KWG vom preußischen Fiskus teils übereignet, teils zur Verfügung gestellt und bis 1945 von verschiedenen Kaiser-Wilhelm-Instituten genutzt worden. Gesetz Nr. 19 der US-Militärregierung hatte sie der Stadt Berlin als Rechtsnachfolgerin des aufgelösten Staates Preußen übertragen,³⁵¹ und nun plante der Magistrat dort – ausgestattet mit einer Spende der *Ford Foundation* in Höhe von 5,5 Millionen DM – die Errichtung eines Auditorium Maximum, einer Bibliothek und einer Mensa für die FU. Die MPG opponierte vehement gegen diese Pläne und unterbreitete ihrerseits Gegenvorschläge, doch da die Stadt Berlin grundbuchamtlich als Eigentümerin des Großteils der umstrittenen Grundstücke eingetragen war, hatten Hahn und Telschow schlechte Karten.³⁵² Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigten sich die beiden Kontrahenten schließlich gütlich auf eine Aufteilung der umstrittenen Liegenschaften,

348 Siehe dazu ausführlich Siegwald Lönnendonker: *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*. Berlin: Duncker & Humblot 1988.

349 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 72–74, 152–154. — Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 64–115, 69–70.

350 Niederschrift über die 10. Sitzung des Senats der MPG am 19. 12. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 10.SP, Mappe 3, S. 9–10.

351 Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 26. 2. 1947 hatte die Auflösung des Staates Preußen verfügt. In der britischen Zone hatte eine neue Länderordnung an seiner Stelle die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg treten lassen. Jürgensen, *Britische Besatzungspolitik*, 1999, 48–59, 54, 56.

352 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12. 9. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 14–15.

die – grob gesprochen – folgendermaßen aussah: Das Gelände der vormaligen *Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie, Biochemie und Anthropologie* sollten an die FU fallen, die Grundstücke des Instituts für Chemie und des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie der KWG/MPG überlassen werden, entweder als Eigentum oder im Erbbaurecht; darüber hinaus sollte die Stadt Berlin der KWG/MPG geeignete Ersatzgrundstücke zur Verfügung stellen.³⁵³ Endgültig beigelegt wurde der Streit um die Grundstücke in Dahlem erst durch einen Vertrag, den KWG und MPG am 5. Juli 1957 mit dem Land Berlin abschlossen.³⁵⁴

Eine Lösung im Grundstücksstreit zu finden, fiel nicht zuletzt deswegen so schwer, weil gleichzeitig die Finanzierung der Berliner Institute geklärt werden musste, was seit jeher das Hauptproblem der DFH gewesen war. Wie wir gehört haben, wurde sie nach einem festen Verteilungsschlüssel von den Ländern der US-Zone finanziert, doch unterstützten diese die DFH „stets nur soweit, wie es unbedingt notwendig und ihren eigenen Interessen dienlich war.“³⁵⁵ Gerade die süddeutschen Länder ergingen sich in einem „erbitterten Feilschen“, um ihre Beiträge für die Berliner Einrichtung möglichst gering zu halten, während Berlin und Bremen nicht die Finanzkraft besaßen, den Haushalt der DFH ohne die Partner aus dem Süden zu stemmen. Dem chronisch klammen Berliner Magistrat lag daran, eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der in Dahlem gelegenen Institute sicherzustellen – nicht zuletzt, um damit den Exodus der Wissenschaft aus Berlin zu beenden. Als der Kalte Krieg mit der Berlinblockade 1948/49 in seine heiße Phase eintrat, gerieten die Westberliner Sektoren in eine Art Insellage. Vor diesem Hintergrund erschien die „Wahrung des kulturellen Besitzstandes“ umso dringlicher.³⁵⁶ In einem Bericht der Generalverwaltung über die Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat vom Juli 1951 liest man: „Es wäre für die Stadt eine Prestigefrage, die Institute als wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen der Stadt zu fördern und im Kampf gegen Ostberlin ins Gewicht fallen zu lassen.“³⁵⁷ Aus Angst, die Forschungseinrichtungen könnten aus Dahlem abgezogen werden, wenn sie erst einmal in die MPG überführt wären, widersetzte sich der Berliner Magistrat diesem Schritt hartnäckig. Dass mit Karl Friedrich Bonhoeffer vom Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie und Carl Bilfinger vom Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht zwei Dahlemer Direktoren ihre Stellung in Berlin gekündigt hatten, um die Leitung gleichnamiger Max-Planck-Institute in Göttingen bzw. Heidelberg zu übernehmen, bestärkte ihn in seiner ablehnenden Haltung. Nach Gründung der Bundesrepublik versuchte die Berliner Politik, die in der DFH zusammengeschlossenen Institute in das Königsteiner Abkommen zu integrieren, das die Länder im April 1949 geschlossen hatten, um die Finanzie-

353 Niederschrift über die 14. Sitzung des Senats der MPG am 17. 7. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 14.SP, Mappe 3, S. 17–18.

354 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 376.

355 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 153. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

356 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 128.

357 Bericht der Generalverwaltung der MPG (König) über die Verhandlungen wegen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem vom 14. 7. 1951, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 219–225, Zitat 222. — Das Folgende nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 128–129.

rung überregional bedeutender Forschungseinrichtungen gemeinsamen zu stemmen.³⁵⁸ „Sobald die Finanzierung im Rahmen des grossen Länderabkommens vorgenommen wird“, führte Ernst Reuter im Dezember 1950 vor dem Senat der MPG aus, „entsteht eine neue Sachlage, die dann das Weiterbestehen der Deutschen Forschungshochschule nicht mehr erforderlich macht.“³⁵⁹ Das lief auf einen Beitritt der Institute der DFH zur MPG hinaus. Die Sache hatte nur einen Haken: Berlin und die MPG vertraten ganz unterschiedliche Vorstellungen, unter welchen Bedingungen ein solcher Schritt stattfinden sollte.

Was die Aufnahme von Forschungseinrichtungen aus Dahlem betraf, lagen die Positionen weit auseinander.³⁶⁰ Die Kontrahenten standen sich insbesondere in zwei Punkten unnachgiebig gegenüber: Erstens wollte die MPG die DFH nicht in toto übernehmen, sondern war lediglich an der Eingliederung einzelner Institute interessiert, konkret des *Fritz-Haber-Instituts* und des *Instituts für Zellphysiologie* von Otto Warburg und allenfalls noch der zum Institut für angewandte Anthropologie aufgewerteten Arbeitsgruppe von Hermann Muckermann. An den übrigen in Berlin verbliebenen Arbeitsgruppen zeigte sich die MPG dagegen „nicht wesentlich interessiert“.³⁶¹ Der Berliner Magistrat lehnte diese Art des Rosinenpickens jedoch strikt ab: „Es wird die Übernahme der Institute im Gesamtverband der Deutschen Forschungshochschule zur Bedingung gemacht“, hieß es im Senatsprotokoll vom 28. April 1950. „Der Magistrat legt hierauf besonderen Wert, weil die Deutsche Forschungshochschule noch nicht aufgelöst ist.“³⁶² Um den Bestand in Dahlem zu sichern, schlug der Berliner Magistrat vor, sämtliche Forschungseinrichtungen zu einer eigenständigen Einheit zusammenzuschließen, die dann korporativ in die MPG aufgenommen werden sollte. Der Senat der MPG lehnte dies jedoch ab, weil er es nicht riskieren wollte, „den Aufbau der MPG durch die Aufnahme eines komplizierten Gebildes zu gefährden.“³⁶³ Den zweiten Streitpunkt, der einer raschen Überführung im Wege stand, markierte die Frage, welchen Einfluss Berlin künftig auf die Dahlemer Forschungseinrichtungen haben sollte, nachdem diese zu Max-Planck-Instituten geworden waren. Der Berliner Magistrat bestand darauf, auch nach Eingliederung der Institute in die MPG ein weitgehendes Mitspracherecht in Etatfragen und bei der Besetzung der leitenden Positionen zu haben. Die Forderung, dass

bei der Berufung der leitenden Wissenschaftler für die Institute, die nach dem Abkommen den Namen eines Max-Planck-Instituts tragen sollen, das Schwergewicht auf Verwaltungs-

358 Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1. 4. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 227–231, Dokument 71. — Ausführlich zum Königsteiner Abkommen siehe Kapitel 5.2 dieser Studie.

359 Niederschrift über die 10. Sitzung des Senats der MPG am 19. 12. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 10.SP, Mappe 3, S. 7.

360 Siehe zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 130–137.

361 Niederschrift über die 7. Sitzung des Senats der MPG am 28. 4. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 3, S. 17.

362 Niederschrift über die 7. Sitzung des Senats der MPG am 28. 4. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 3, S. 17–18.

363 Niederschrift über die 7. Sitzung des Senats der MPG am 28. 4. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 3, S. 18.

stellen außerhalb der Gesellschaft und nicht, wie in der Satzung der MPG vorgesehen, beim Wissenschaftlichen Rat und dem Senat liegt,

stieß im Senat der MPG jedoch auf einhellige Ablehnung.³⁶⁴ Für die MPG kam es darauf an, wie Ernst Telschow im Dezember 1950 formulierte, „auf jeden Fall die Verwaltungshoheit der Max-Planck-Gesellschaft sicherzustellen, insbesondere auch die Berufung der Wissenschaftler. Es dürfe nicht zu einer Unterstellung unter den Berliner Magistrat kommen.“³⁶⁵

Was eine Einigung zusätzlich erschwerte, war der Umstand, dass die Berliner Seite immer wieder neue Forderungen erhob und dabei sehr hoch pokerte. Im März 1950 machte der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter seine Bereitschaft,

die gesamten Dahlemer Institute der MPG anzuschliessen, [...] von zwei Voraussetzungen abhängig [...]. Einmal müsste sichergestellt werden, dass alle diese Institute mit ihren Einrichtungen und Aufgaben in Berlin verbleiben, weil wir jede irgendwie geartete Verlagerung von Instituten von Berlin nach dem Westen als eine unerwünschte Schwächung der Berliner kulturellen Position ansehen müssen. Zum anderen scheint es uns dringend angebracht, dass die Hauptverwaltung der MPG möglichst umgehend ihren Sitz nach Berlin verlegt.³⁶⁶

Wenig später erneuerte Reuter seinen Wunsch, die Generalverwaltung der MPG an die Spree zu verlegen, um Berlin als Wissenschaftsstandort zu fördern.³⁶⁷ Da dies für die MPG nicht in Frage kam, stockten die Verhandlungen.³⁶⁸ Senat und Wissenschaftlicher Rat der MPG weigerten sich im Dezember 1950, den ersten Entwurf eines Abkommens zu unterschreiben. Indes blieben beide Seiten weiter um eine Einigung bemüht, weil sie die Voraussetzung für die Integration der Dahlemer Einrichtungen in die MPG darstellte, an der beide Seiten gleichermaßen interessiert waren. Einen ersten Schritt zur Beilegung des Konflikts markierte die Entsendung von Vertretern in die jeweiligen Leitungsgremien der anderen Wissenschaftsorganisation: Ernst Reuter und Erwin Stein, der hessische Kultus- und Justizminister, wurden als Repräsentanten der DFH in den Senat der MPG aufgenommen, Ernst Telschow sowie später auch Max von Laue und Otto Warburg als Vertreter der MPG in den Stiftungsrat der DFH.³⁶⁹ Danach kam eine Einigung in der Sache relativ rasch zustande: Die MPG verpflichtete sich, „keines der in Berlin arbeitenden Institute zu verlegen“, und sicherte der Stadt Berlin in den Kuratorien der in

364 Niederschrift über die 10. Sitzung des Senats der MPG am 19. 12. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 10.SP, Mappe 3, S. 6.

365 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 133.

366 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 134.

367 Ernst Reuter an Otto Hahn vom 21. 3. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 5, fot. 48–49.

368 Bericht der Generalverwaltung der MPG (König) über die Verhandlungen wegen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem vom 14. 7. 1951, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, hier 224. Das Folgende nach ebenda.

369 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 133, 140.

Dahlem gelegenen Max-Planck-Institute jeweils zwei Sitze zu.³⁷⁰ Im Gegenzug konzidierte der Stiftungsrat der DFH, dass die Berliner Institutsdirektoren zwar „von den zuständigen Organen der Volkshochschule“ bestellt werden sollten, jedoch „nur mit Zustimmung des Wissenschaftlichen Rates und des Senats der MPG“.³⁷¹ Auf dieser Grundlage kam schließlich eine Einigung zustande: Die MPG willigte ein, alle Institute der DFH aufzunehmen, diese nicht ohne Erlaubnis des Berliner Senats in eine andere Stadt zu verlegen und der Stadt Berlin jeweils zwei Sitze in den Kuratorien dieser Einrichtungen einzuräumen. Während die MPG „alle Verpflichtungen der DFH übernehmen“ sollte, verzichtete Berlin im Gegenzug „auf die Erstattung aller Leistungen aus früheren Jahren“.³⁷² Daraufhin gab Ernst Reuter die Auflösung der Stiftung zum 30. Juni 1953 bekannt, und zum 1. Juli 1953 übernahm die MPG die Einrichtungen der DFH. Ihre Betreuung erfolgte durch das Berliner Büro der MPG, das nun als *Verwaltungsstelle Berlin der Max-Planck-Gesellschaft* firmierte und wie bisher unter der Leitung des altgedienten KWG-Kämpen Walther Forstmann stand.³⁷³

Mit der Abwicklung der *Deutschen Forschungshochschule* fielen die in Berlin verbliebenen Institute und Abteilungen der KWG an die MPG. Darunter befand sich mit dem ehemaligen *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie*, das nach der Gründung eines Parallelinstituts in Göttingen und der Übersiedlung seines Direktors Karl Friedrich Bonhoeffer in *Fritz-Haber-Institut der MPG* umbenannt worden war, eine der ältesten und renommiertesten Forschungseinrichtungen der KWG.³⁷⁴ Mit Otto Warburg konnte die MPG zudem einen weiteren Nobelpreisträger in ihren Reihen begrüßen.³⁷⁵ Formell zu Ende ging die Geschichte der KWG erst am 21. Juni 1960. An diesem Tag rang sich eine außerordentliche Hauptversammlung dazu durch, die Auflösung der KWG in einem „schmerzlichen Schlußakt“ förmlich zu beschließen.³⁷⁶ Damit war die *Translatio imperii*, der Übergang von der KWG zur MPG, endgültig abgeschlossen. Um jedoch dauerhaft überlebensfähig zu sein, benötigte die MPG eine feste und verlässliche Finanzierungsgrundlage. Diese zu sichern, sollte sich als beinahe ebenso schwieriges, wenn auch nicht ganz so langwieriges Unterfangen erweisen.

370 Niederschrift über die 15. Sitzung des Senats der MPG am 11. 11. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 15.SP, Mappe 3, S. 29.

371 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 140.

372 Protokoll der Besprechung zwischen Vertretern des Landes Berlin, der Deutschen Forschungshochschule und der Max-Planck-Gesellschaft am 4. 2. 1953, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 226–227, Zitate 227.

373 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 347.

374 Zur Wiedereingliederung des FHI in die MPG siehe Henning und Kazemi, *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, 2016, Bd. 1, 617–623. — Steinhauser et al., *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik*, 2011, 151–155.

375 Siehe Sir Hans Krebs: Otto Warburg. Biochemiker, Zellphysiologe, Mediziner. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1978*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1978, 79–96.

376 Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V. i. L durch die Außerordentliche Hauptversammlung am 21. 6. 1960, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 249–250, Dokument 84, Zitat S. 250.

5. Die Länder übernehmen – Zur Finanzgeschichte in der Gründungsphase der MPG

Das Ende des Zweiten Weltkriegs, mit dem der Untergang der KWG und ihre Neugründung als MPG einherging, markiert den tiefsten Einschnitt in der Finanzgeschichte der Gesellschaft: Die 1911 gegründete KWG hatte sich etwa zur Hälfte aus Spenden der Wirtschaft und Industrie finanziert und nur knapp 50 Prozent ihrer Mittel von der öffentlichen Hand bezogen.³⁷⁷ Zwar fällt der Anteil des Staates an der Finanzierung der KWG höher aus, wenn man etwa die zur Verfügung gestellten Grundstücke in Dahlem miteinrechnet; wenn man bedenkt, dass dieser Anteil in manchen Jahren tatsächlich größer war als offiziell ausgewiesen; und wenn man berücksichtigt, dass die staatlichen Zuschüsse, die die KWG im Zuge der forcierten Rüstungsforschung während des Zweiten Weltkriegs erhielt, tendenziell deutlich zunahm. Dennoch hatte die KWG Zeit ihrer Existenz stets einen signifikanten Teil ihrer Einnahmen von der Wirtschaft bezogen. Die MPG hing dagegen schon unmittelbar nach ihrer Gründung am Tropf öffentlicher Finanzspritzen.³⁷⁸ Wie zu zeigen sein wird, bedeutete dies eine dauerhafte, bis heute nachwirkende Weichenstellung.

5.1 Von der Hand in den Mund: Forschungsfinanzierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Im Moment der Niederlage war dies jedoch noch ferne Zukunftsmusik. Zunächst zehrte die in Göttingen untergekommene Generalverwaltung von Mitteln der KWG, die Ernst Telschow in weiser Voraussicht im Frühjahr 1945 von Berlin nach Göttingen transferiert hatte. Die Gelder stammten aus zwei Spenden in Höhe von jeweils einer Million RM. Die erste hatte die *Fördergemeinschaft der deutschen Industrie* der KWG 1944 zur Verfügung gestellt, die zweite hatte Telschow auf Vermittlung von Hermann von Siemens erhalten, und zwar explizit „zur Verwendung nach meinem Ermessen für den Betrieb der Institute und der Generalverwaltung“.³⁷⁹ Um den Zugriff auf diese Mittel entbrannte allerdings nach Kriegsende zwischen Berlin und Göttingen ein heftiger Streit. Einmal mehr war es vor allem der Unterstützung der Briten zu verdanken, dass Telschow sich im Sommer 1945 in dem mit harten Bandagen geführten Kampf um die Konten der KWG in den westlichen Besatzungszonen gegen den umtriebigen Robert

377 Allerdings war die Staatsquote starken Schwankungen unterworfen und variierte von KWI zu KWI, weil der Anteil an Spenden und Zuschüsse aus der Wirtschaft sehr unterschiedlich war. Nach Berechnungen von Rüdiger Hachtmann lag die Staatsquote der KWG insgesamt 1924 bei 34,4 Prozent, 1936 bei 84 Prozent und 1938 noch bei 70 Prozent, bevor sie 1944 wieder auf 59,3 Prozent absank. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1264 (Tabelle 2.1).

378 So schon die zeitgenössische Feststellung in: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG über die bei der MPG durchgeführte Prüfung der Übernahmebilanz zum 21. 6. 1948 und des Rechnungsabschlusses (Generalverwaltung „Öffentliche Mittel“) zum 31. 3. 1949 (gez. Dr. Bösselmann, gez. Dr. Jacobs), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 65. — Ein knapper Überblick über die Finanzgeschichte von KWG und MPG bei Hachtmann, *Strukturen*, 2010, 60–69. — Siehe dazu auch Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 86–92.

379 Ernst Telschow: Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: FS Hahn, S. 3. — In der Chronik der KWG/MPG liest man eine etwas andere Darstellung: Danach habe die „Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie“ der KWG im Februar 1945 zwei Mio. RM gespendet, und zwar „mit Rücksicht auf die großen Aufgaben – insbesondere auch für die Notwendigkeiten, die sich nach dem Kriege ergeben.“ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 264.

Havemann durchsetzte.³⁸⁰ Große Sprünge konnte die MPG mit diesem bescheidenen Vermögen indes nicht machen. Telschow selbst schrieb Ende Juli 1945: „Die zur Verfügung stehenden Geldmittel reichen jetzt noch bei größter Sparsamkeit ein halbes bis ein Jahr.“³⁸¹ Immerhin sicherte dieser Notgroschen das finanzielle Überleben der Kaiser-Wilhelm-Institute in der unmittelbaren Nachkriegszeit – wie übrigens auch deren Anhänglichkeit an die MPG-Zentrale, auf deren Zahlungen die Institute in Ermangelung anderer Geldquellen angewiesen waren. Telschows eiserne Reserve stellte eine finanzielle Klammer dar, die ein weiteres Auseinanderdriften der bei Kriegsende vor allem über Süddeutschland verteilten Forschungsstätten verhinderte und deren provisorischen Weiterbetrieb ermöglichte.³⁸² Auf dieser Basis gelang es schließlich, das Überleben der KWG in Gestalt der MPG zu sichern. Wenn Telschow zur „Rettung“ der KWG beigetragen hat, dann aufgrund seiner Rolle als Zahlmeister in der Übergangszeit.

Die spärlichen Rücklagen aus der NS-Zeit, die Telschow zur Verfügung standen, reichten jedoch nicht aus, um die Institute in der britischen und amerikanischen Zone finanziell tragen zu können – in der französischen Zone lehnte die Besatzungsmacht bekanntlich zunächst eine zentrale Finanzierung der Forschungsinstitute durch die Generalverwaltung der KWG/MPG runderaus ab.³⁸³ Wie wir bei der Analyse der Entwicklung der Institute in der Nachkriegszeit bereits gesehen haben, versuchten die einzelnen Forschungseinrichtungen zum einen, ihre Kassen durch den Verkauf oder die Reparatur von technischen Geräten aufzubessern. Zum anderen traten sie an lokale und regionale staatliche Stellen – Kommunen und Länder bzw. deren Vorläufer – mit der Bitte um finanzielle Unterstützung heran. Große Summen trug beides nicht ein, so dass die einzelnen Forschungsstätten in den ersten Nachkriegsjahren buchstäblich von der Hand in den Mund lebten. Erschwerend kam hinzu, dass die Währungsreform vom Juni 1948 schlagartig sämtliche noch verbliebenen Rücklagen der KWG entwertete. Das vergrößerte die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Institute, die seinerzeit über Notetats erfolgte, zusätzlich. Erst im Februar 1949 gelang es, den Haushalt der MPG einigermaßen zu konsolidieren.³⁸⁴ Die durch die Währungsreform ausgelöste Finanzkrise wurde noch dadurch verschärft, dass die vormaligen Geldgeber aus der Industrie nach dem Kriegsende selbst finanziell am Boden lagen; der Wiederaufbau der eigenen Produktionsanlagen, der vielerorts anstand, hatte natürlich absoluten Vorrang. Da Spenden aus der Privatwirtschaft aus diesem Grund ausblieben bzw. nur in Ausnahmefällen in Frage kamen, war die MPG schon frühzeitig auf großzügige staatliche Zuschüsse angewiesen, um den Betrieb der Institute aufrechterhalten zu können.

380 Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 46.

381 Zitiert nach Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 422.

382 Siehe dazu auch Kapitel 3.3 und 3.6 dieser Studie.

383 Siehe dazu den Abschnitt über die Institute in der französischen Besatzungszone in Kapitel 2.2 dieser Studie.

384 Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 451.

Da zum Zeitpunkt der Währungsreform noch kein (west-)deutscher Staat existierte, kamen als Zuschussgeber der öffentlichen Hand nur die Länder bzw. die Ländergemeinschaft in Frage, die nun in die Rolle des Geldgebers der KWG/MPG schlüpfen mussten – und dies taten sie schließlich auch. Allerdings gab es zunächst große Unterschiede zwischen den drei westlichen Besatzungszonen, was den Modus der Forschungsfinanzierung betrifft: In der französischen wie auch in der US-Zone erfolgte die Finanzierung der Institute durch die jeweiligen Länder, also dezentral, in der britischen Zone dagegen ab April 1947 zentral durch das Zentralhaushaltsamt.³⁸⁵ Auch die Bildung der Bizone änderte nichts an den unterschiedlichen Finanzierungsmodi, obwohl die MPG deren Gründung zum Anlass nahm, eine Ausweitung ihrer finanziellen Grundlage anzustreben und zu diesem Zweck – überhaupt erstmals! – einen Stellenplan vorlegte; Adressat war die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.³⁸⁶ Daraufhin wurde am 29. April 1948 eine Kommission für die einheitliche Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute beim Finanzausschuss des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets geschaffen.

Trotzdem erfolgt[e] die Finanzierung [der Forschungsinstitute, J. B.] im Haushaltsjahr 1948/49 noch uneinheitlich, nämlich in der Britischen Zone zentral, in der Amerikanischen dezentral durch die Länder (direkte Institutsfinanzierung) und in der Französischen durch einen Globalbetrag, den ein Ausschuß von Institutsdirektoren verteilt[e].³⁸⁷

In der britischen Zone sah der Haushaltsplan der MPG 1947 3,9 Millionen RM für laufende und 3,0 Millionen RM für einmalige Ausgaben vor, während die Institute in der US-Zone 1,3 Millionen RM von den Ländern erhielten. Der Haushaltsplan für das Jahr 1948 belief sich in der Bizone auf insgesamt 2,5 Millionen RM für laufende Kosten und 6,98 Millionen RM für einmalige Kosten, wovon rund 5,0 Millionen RM auf die britische Zone und 1,9 Millionen RM auf die US-Zone entfielen.³⁸⁸

Auf diese Weise entwickelten sich in der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone zwei unterschiedliche Modelle zur Finanzierung außeruniversitärer Forschungsinstitute. Während die Briten der Generalverwaltung in Göttingen die Haushaltsmittel zentral zuwiesen, die diese dann ihrerseits an die einzelnen Institute weiterleitete, erhielten die Forschungseinrichtungen in der US-Zone ihre Mittel direkt vom jeweiligen Sitzland, ohne eine Dachorganisation einzuschalten, so dass die MPG keine Rolle bei der Institutsfinanzierung spielte. Die beiden Finanzierungsmodelle prallten im Februar 1948 aufeinander, als in Göttingen die bizo-

385 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 97. — Henning und Kazemi, *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, 2016, Bd. 1, 292.

386 Siehe dazu die Niederschrift über die Sitzung des Senats der MPG am 18. 7. 1948, Bericht Ernst Telschows über die Finanzlage, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 2.SP, Mappe 1.

387 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 302.

388 Diese Angaben nach Niederschrift über die Sitzung des Senats der MPG am 18. 7. 1948, Bericht Ernst Telschows über die Finanzlage, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 2.SP, Mappe 1.

nale MPG aus der Taufe gehoben wurde, was Druck zur Vereinheitlichung erzeugte. Immerhin wiesen beide Modelle bei aller Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen Nenner auf: Beide wälzten die Hauptlast der Finanzierung der außeruniversitären Forschung auf die öffentliche Hand ab. Hinzu kam, dass das dezentrale Finanzierungsmodell, das in der US-Zone praktiziert wurde, zwei Nachteile aufwies: Erstens bedeuteten – aus der Sicht der Institute – die jährlich wiederkehrenden Haushaltsverhandlungen mit dem zuständigen Landesfinanzministerium eine nicht geringe Belastung; das widersprach dem KWG-Modell, denn die Kaiser-Wilhelm-Institute waren ja gerade zu dem Zweck eingerichtet worden, ihre Direktoren von Lehrverpflichtungen und Verwaltungstätigkeit zu entlasten, um ihnen reichlich Gelegenheit zur eigenen Forschung zu geben.³⁸⁹ Zweitens warf dieses Modell – aus der Perspektive der Geldgeber – die Frage auf, wie überregional relevante Forschungseinrichtungen finanziert werden sollten, die infolge ihrer kriegsbedingten Verlagerung mehr oder weniger zufällig über die Länder verstreut worden waren. Die „begrenzte Finanzkraft“, erkannte rückblickend Kurt Pfuhl, ein Mitarbeiter der MPG-Generalverwaltung, zwang „die nach 1945 überwiegend neu geschaffenen Gebietskörperschaften zu einer Koordinierung, ja Kombination ihrer Förderungsmaßnahmen.“³⁹⁰ Das galt freilich nicht nur für die neugeschaffenen Länder, sondern auch für solche mit jahrhundertelanger Tradition. So konnte beispielsweise Bayern, das eine Reihe derartiger Institute beherbergte – darunter das *Deutschen Museum* in München, die ebenfalls in München ansässige *Monumenta Germaniae Historica* und das *Germanische Nationalmuseum* in Nürnberg³⁹¹ –, diese Last aufgrund seiner damals eklatanten Finanzschwäche nicht allein stemmen.³⁹²

Kein Zufall also, dass es der in der Bayerischen Staatskanzlei tätige Friedrich Glum war, der im März 1947 auf eine Lösung verfiel, wie die überregional bedeutsamen Forschungsinstitute von den Ländern gemeinsam finanziert werden könnten – zunächst allerdings begrenzt auf die US-Zone. Die Gelegenheit bot sich anlässlich der Verhandlungen über ein Staatsabkommen zwischen den Ländern der US-Zone, mit dem die Finanzierung der *Deutschen Forschungshochschule* in Berlin-Dahlem geregelt werden sollte. Ohne Wissen der Amerikaner verknüpfte Glum dabei die Finanzierung der DFH mit der Finanzierung der Forschungsinstitute in den Ländern der US-Zone.³⁹³ Nach intensiven Verhandlungen, die unter der Leitung von Fritz Karsen standen,

389 Zu den Gründungsprinzipien der KWG siehe Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 8–11. — Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank konstatieren, dass sich die „einzelnen Akteure innerhalb der MPG [...] kollektiv rational“ verhielten, die Institutsdirektoren sich von den Ländern also nicht gegen die Generalverwaltung der MPG ausspielen ließen. Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 107. Die wesentliche Erklärung für dieses rationale Verhalten lautet, dass die Institutsdirektoren die alljährlichen Finanzverhandlungen mit den Geldgebern eher als Belastung denn als Gestaltungsspielraum begriffen haben dürften, weshalb sie diese Aufgabe klaglos an die Generalverwaltung abtraten.

390 Kurt Pfuhl: Das Königsteiner Staatsabkommen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* 5 (1959), 285–294, 285–303, Zitat 285.

391 Siehe die Aufstellung in Anlage II zum Staatsabkommen zwischen Bayern, Hessen und Württemberg-Baden vom 3. 6. 1947 über die Errichtung der Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute, abgedruckt bei Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, hier 196.

392 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001. — Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 125.

393 Siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 56–58. Eine Aufstellung der Institute, die mittels des Staatsvertrags

unterzeichneten die Länder Bayern, Hessen und Württemberg-Baden am 3. Juni 1947 zwei Dokumente, in denen Helmuth Trischler völlig zurecht einen „Vorläufer“ des Königsteiner Abkommens erkennt:³⁹⁴ Zum einen schlossen sie ein Staatsabkommen, mit dem sie die *Deutsche Forschungshochschule* in Form einer selbständigen Stiftung des öffentlichen Rechts ins Leben riefen. Die DFH erreichte jedoch ihr erklärtes Ziel, als eine Art Eliteuniversität Spitzenforschung mit der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbinden, bekanntlich nicht. Daher reduzierte sich die Bedeutung der Stiftung auf die Finanzierung der Institute in Dahlem, bevor sie – analog zur DFH – in der Versenkung verschwand. Zum anderen einigten sich die drei Länder auf einen Staatsvertrag, der die Finanzierung von Forschungsinstituten mit überregionaler Bedeutung in der US-Zone regelte.³⁹⁵ Sie begründeten diesen Schritt damit, dass nach Kriegsende „eine Reihe von wissenschaftlichen Forschungsinstituten, die ganz oder teilweise vom Reich verwaltet und finanziert wurden, herrenlos geworden und ohne Mittel“ seien, darunter „eine Reihe von hervorragenden Instituten, an deren Erhaltung jedoch nicht nur die einzelnen Länder interessiert sind, sondern denen gegenüber eine gesamtdeutsche Verantwortung besteht.“ Der Kernsatz der Länder-Erklärung lautete, dass diese Verantwortung „in Zukunft nicht mehr durch ein Reichskultusministerium getragen werden [kann], sondern ihre Verwaltung und Finanzierung [...] von den deutschen Staaten gemeinsam geregelt werden müssen.“³⁹⁶ Die Zuständigkeit für die überregional bedeutsamen Forschungseinrichtungen sollte nicht mehr, wie noch im Nationalsozialismus, bei einer Reichsbehörde liegen, sondern bei den Ländern. Damit stellten die Länder der US-Zone die Weichen für die künftige Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Deutschland, darunter auch die der MPG.

Einfach war dieser Weg indes nicht. Erst im Februar 1948 gab der bayerische Kultusminister Alois Hundhammer seine lange Zeit gehegten Vorbehalte gegen die in seinen Augen „preußische“ MPG auf, die er nunmehr „auch von dem besonderen Standpunkt einer christlichen und föderativen Denkweise“ aus akzeptierte, und zwar mit der bemerkenswerten Begründung, dass gerade Max Planck „den christlichen Gedanken betont und der Naturwissenschaft den Weg zur Religion gewiesen“ habe.³⁹⁷ Am 10. März 1948 stellte Otto Hahn einen Antrag an die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, in dem er eine einheitliche Finanzierung der MPG forderte. Daraufhin wurde am 29. April 1948 eine *Kommission für die Finanzierung*

von den drei Ländern gemeinsam finanziert werden sollten, findet sich ebenda, 59–60. Zum Folgenden siehe ebenda, 61–74.

394 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 126. — Bremen und Berlin traten beiden Vereinbarungen zwischen den Ländern der US-Zone am 25. 2. 1948 ebenfalls bei.

395 Auch hier galt der Verteilungsschlüssel, der zur Finanzierung der DFH festgelegt worden war: Bayern bestritt 50 Prozent der Kosten, Hessen und Württemberg-Baden je 25 Prozent. Begründung zum Staatsabkommen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute, undatiert, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, hier 200.

396 Begründung zum Staatsabkommen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute, undatiert, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, Zitate 197.

397 Zitiert nach Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 127.

der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft, gebildet, die Wege ausloten sollte, um eine einheitliche Finanzierung der Forschungsstätten in der Bizone zu gewährleisten.³⁹⁸ Sie verwarf den ursprünglichen Plan, die MPG bizonal zu finanzieren, weil die Kultusminister einmal mehr auf die Zuständigkeit der Länder in Kultusangelegenheiten pochten. Stattdessen schlug die Kommission vor, den in der US-Zone 1947 geschlossenen Staatsvertrag für den Beitritt der Länder aus der britischen und der französischen Zone zu öffnen. Bei der künftigen Finanzierung außeruniversitärer Forschungsinstitute sollten drei Grundzüge der Forschungsförderung gelten:

1. Es sind die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, daß Wissenschaft und Forschung befähigt werden, einen wirksamen Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Deutschlands zu leisten.
2. Es sind die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, daß die für Forschungszwecke verfügbaren Mittel so ökonomisch wie möglich verwendet werden.
3. Es ist die bevorstehende staatsrechtliche Neuordnung in Rechnung zu stellen, also zu berücksichtigen, daß im künftigen Bundesstaat Kultur- und Wissenschaftspflege grundsätzlich Aufgabe der Länder sein werden.³⁹⁹

Das war der Startschuss für die Verhandlungen zwischen den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, die im April 1949 in den Abschluss des Königsteiner Abkommens mündeten, dem „forschungspolitischen ‚Grundgesetz‘ der jungen Bundesrepublik“.⁴⁰⁰

5.2 Das Königsteiner Abkommen vom 1. April 1949 und die MPG

Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch sehr schwierig, weil es zwei heiß umkämpfte Kernprobleme zu lösen galt: Erstens musste ein Finanzierungsschlüssel gefunden, zweitens festgelegt werden, welche Institute überhaupt als förderungswürdig anzuerkennen waren.⁴⁰¹ Die Generalverwaltung der MPG in Göttingen opponierte zunächst vehement gegen die Ausweitung des 1947 von den Ländern der US-Zone geschlossenen Staatsvertrags. Telschow wettete, dass dieser von Ländern wie Bayern ausgehe, die bis dato „niemals etwas für die Forschung getan hätten“.⁴⁰² Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Konen, sprang der MPG bei und blockierte die Initiative zunächst. Die schwierige Haushaltsslage der Länder infolge der Währungsreform im Juni 1948 und die Einsetzung des Parlamentarischen Rates im September 1948, mit der sich die Gründung eines westdeutschen Bundesstaates abzeichnete,

398 Siehe dazu und im Folgenden Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 285–294, 286–287.

399 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 289. — Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 285–294, 289.

400 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 125.

401 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 53. — Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 285–294, 288.

402 Zitiert nach Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 126.

brachten jedoch wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zwischen den Ländern. Bereits im Juni 1948 begannen die Beratungen der „Flurbereinigungskommission“ des Länderrats, die – argwöhnisch beäugt von der MPG, die Eingriffe in ihren Besitzstand fürchtete – klären sollte, welche Forschungsinstitute als überregional relevant anzusehen waren und wie diese künftig finanziert werden sollten.⁴⁰³ Jedoch zogen sich die Verhandlungen aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Länder in die Länge, und einige der Beteiligten glaubten schon nicht mehr an ihren erfolgreichen Abschluss. Erst am 24. März 1949 gelang es den Kultusministern der Länder, eine Einigung zu finden – buchstäblich in letzter Minute, weil bereits am 1. April das neue Haushaltsjahr begann.⁴⁰⁴

Das Königsteiner Abkommen – offiziell „Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen“ –, das am 1. April 1949 in Kraft trat, regelte nicht nur die Finanzierung der MPG und ihrer Institute sowie der *Deutschen Forschungsgemeinschaft*. Es enthielt darüber hinaus eine Liste von 53 Instituten, die künftig ebenfalls durch die Ländergemeinschaft finanziert werden sollten.⁴⁰⁵ Um die Einigung nicht zu gefährden, hatten sich die Kultusminister in Königstein darauf verständigt, „nicht in ‚sachliche Debatten‘ einzutreten“, sondern die Institute rein schematisch „nach der Höhe ihres Jahresetats in regionale, überregionale und zentrale Forschungseinrichtungen“ einzuteilen.⁴⁰⁶ Der beschlossene Umlageschlüssel sah vor, dass die Länder zwei Drittel der jeweils notwendigen Gesamtsumme im Verhältnis ihrer Steuereinnahmen, ein Drittel nach ihrem Bevölkerungsanteil beisteuern mussten. Hinzu kam die „Interessenquote“ der jeweiligen Sitzländer, die bei Max-Planck-Instituten 12,5 Prozent, bei den übrigen Forschungsinstituten 25 Prozent und bei Museen 30 Prozent betrug.⁴⁰⁷ Damit stellte das Königsteiner Abkommen die Finanzierung der MPG und aller ihrer Institute auf eine einheitliche Basis, nämlich durch die Ländergemeinschaft der Trizone, die mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 zur Bundesrepublik wurde. „Gegenüber den Finanzierungsstrukturen der KWG war diese Zentralisierung der Finanzpolitik innerhalb der MPG“, wie Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank betonen, „ein organisationspolitisches Novum.“⁴⁰⁸

403 Dazu Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 99–100.

404 Siehe Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 126–127.

405 *Gesetz über das Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 12. September 1950*. GVBl. für das Land Hessen 37/1950, in Kraft getreten am 10. 10. 1950, 179–184. — Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1. 4. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 227–231, Dokument 71. — Eine ausführliche Analyse findet sich bei Kurt Pfuhl: *Die öffentliche Forschungsorganisation außerhalb des Hochschulbereichs. Unter besonderer Berücksichtigung verfassungs- und haushaltsrechtlicher Probleme*. Dissertation. Göttingen: Universität Göttingen. Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 1958, insbesondere 116–164.

406 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 259–260.

407 Pfuhl, *Königsteiner Staatsabkommen*, 1959, 285–294, 290.

408 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 97–98.

Das Zusammenspiel von zwei Faktoren hatte den Ausschlag gegeben, dass sich die Länder nach langen und schwierigen Verhandlungen doch noch auf diese Lösung einigen konnten. Erstens erleichterte sie es, den Widerstand der Franzosen gegen einen Zusammenschluss aller ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in den drei Westzonen zu überwinden. In der Tat bestand „in der föderativen Finanzierung diejenige Brücke, über die den Franzosen eine Zustimmung zur MPG eröffnet“ wurde.⁴⁰⁹ Eine gemeinsame Länderfinanzierung, wie sie den Franzosen vorschwebte, um dem entstehenden deutschen Bundesstaat den Zugriff auf die Forschungsinstitute zu erschweren, erschien zunächst auch der Göttinger Generalverwaltung vorteilhaft, weil sie den Haushalt der Gesellschaft zumindest für eine Übergangszeit sicherstellte. Aus der Perspektive der deutschen Politik gab, zweitens, den Ausschlag, dass die Länder angesichts der unmittelbar bevorstehenden Weststaatsgründung mit dem Königsteiner Abkommen ihre Kultushoheit untermauerten, indem sie auch die Finanzierung der Grundlagenforschung selbst besorgten.⁴¹⁰ Einer Bundesfinanzierung schoben sie bereits mit dem Eingangssatz des Königsteiner Abkommens einen Riegel vor, indem sie betonten: „Die Länder der drei Westzonen betrachten die Förderung der Wissenschaft grundsätzlich als eine Aufgabe der Länder.“⁴¹¹ Die Weichen waren, wie wir gesehen haben, schon frühzeitig in diese Richtung gestellt worden. Exponenten der Länder wie auch des Frankfurter Wirtschaftsrats hielten die MPG-Spitze über diese Entwicklung stets auf dem Laufenden. Bereits Mitte 1948 war man sich im Senat der MPG darüber im Klaren, dass die Bizone bald Geschichte sein würde, weshalb sich die Hoffnungen der Senatoren einstweilen auf die Länder richteten und nicht auf den Frankfurter Wirtschaftsrat.⁴¹² Es zahlte sich aus, dass Politiker wie Adolf Grimme, die in den Ländern über beträchtlichen Einfluss geboten, dem MPG-Senat angehörten. Sie setzten sich auf den Länderkonferenzen, die im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik stattfanden, auch für die Interessen der MPG ein, nicht zuletzt für ihre finanziellen Belange.

Unter dem Druck der politischen Strukturen und Ereignisse fanden die Länder die Kraft zu einem weitsichtigen Kompromiss. „Die im wesentlichen von Friedrich Glum vorbereitete Finanzierung nach dem Königsteiner Staatsabkommen“, urteilte Manfred Heinemann, „ergab den gewollten Ausgleich zwischen Kulturhoheit der Länder und länderübergreifenden Schwerpunktsetzungen in der Forschung, denen sich der Bund später als weitere Kraft anschließen konnte.“⁴¹³ Die Königsteiner Formel ermöglichte den Ländern eine gemeinsame Finanzierung von länderübergreifenden Forschungsinstitutionen und Forschungsvorhaben. Das stellte zum

409 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 453.

410 Siehe Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 102–104.

411 Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1. 4. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 227–231, Dokument Nr. 71, Zitat 227.

412 Niederschrift über die Sitzung des Senats der MPG am 18. 7. 1948, Bericht Ernst Telschows über die Finanzlage, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 2.SP, Mappe 1.

413 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 459.

einen die Voraussetzung dar, um überhaupt eine zeitgemäße Wissenschaftsförderung auf föderaler Grundlage leisten zu können, wovon nicht nur die MPG profitierte, sondern auch die DFG und eine Reihe weiterer Forschungsinstitute und Museen. Zum anderen trug diese Lösung dazu bei, das mit der Forschung verbundene deutsche Kriegspotential zu dezentralisieren, was im Ausland die damals noch weitverbreiteten und tiefsitzenden Ängste vor Deutschland minderte. Dies stellte wiederum eine Voraussetzung für die Einbindung der westdeutschen Wissenschaft in europäische Kontexte dar, die in den 1950er Jahren – parallel zu den gleichgearteten Bestrebungen auf der politischen Ebene – einsetzen sollte. Der Hauptprofiteur der Regelung, die die Länder in Königstein gefunden hatten, war indes die MPG. Sie blieb nämlich durch diese Art der Finanzierung frei vom Zugriff einer einzigen Exekutive – eine langfristig wirksame Weichenstellung, denn auch der Bund bzw. die Bundesministerien mussten sich später in diese Strukturen einfügen. Wer nach einer Erklärung für das erstaunliche Maß an Autonomie sucht, das die MPG gegenüber der Politik – bei gleichzeitiger weitgehender Abhängigkeit von staatlichen Finanzmitteln – besaß, wird hier fündig.⁴¹⁴

Die MPG war indes nicht nur Objekt des Königsteiner Abkommens, sie hatte in den Verhandlungen, die zu seiner Verabschiedung führten, durchaus *Agency*. Als die Vertreter der Kultus- und Finanzminister der elf Länder unter dem Vorsitz des Hauptreferenten für Finanzen des Länderrats am 15. März 1949 in Königstein zusammenkamen, um über die Gesamtfinanzierung der MPG und der Kaiser-Wilhelm-Institute in der französischen Zone zu beratschlagen, saß nicht nur MPG-Präsident Otto Hahn mit am Tisch, sondern mit Franz Arndt und Hans Seeliger auch zwei Mitarbeiter ihrer Generalverwaltung.⁴¹⁵ Während der Verhandlungen und auch danach nutzte die MPG ihre aufgrund alliierten Drucks in der Satzung verankerte Unabhängigkeit gegenüber Staat und Wirtschaft, um zum einen höhere Geldforderungen an die öffentliche Hand zu rechtfertigen und zum anderen jede Einflussnahme der Geldgeber auf ihre Wissenschaftspolitik abzublocken. Ein Senatsbeschluss vom 18. März 1949 stellte mit Verweis auf die Satzung fest, dass allein der MPG-Senat zu entscheiden befugt sei, welche Institute in die MPG aufgenommen würden und welche nicht.⁴¹⁶ Die Länder fügten sich: Noch in Königstein stellten sie der MPG für das Rechnungsjahr 1949 11,5 Millionen DM in Aussicht, während die MPG 13,89 Millionen DM gefordert hatte und ihr Senat auf einem Minimum von 12,45 Millionen DM bestand.⁴¹⁷ Diese Verhandlungen zeigten bereits, dass die Aufstellung des Haushalts einer von den Ländern finanzierten MPG nicht einfach sein würde – was sich später bestätigte. Die MPG nahm zwar das Geld der Länder, aber sie nahm es nicht gern. Dafür gaben drei Gründe den Ausschlag: Erstens sprachen grundsätzliche Überlegungen gegen eine Finanzierung durch die öffentliche Hand, zweitens warf die Finanzierung durch die Ländergemeinschaft spezifi-

414 Der Autor bereitet momentan im Rahmen des *Forschungsprogramms GMPG* eine Untersuchung über die Entwicklung der MPG zwischen 1955 und 1972 vor, in der sowohl die Einbindung der MPG in internationale – primär europäische – Forschungskontexte als auch der Einstieg des Bundes in ihre Grundfinanzierung thematisiert werden wird.

415 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 2.

416 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 6.

417 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 4–6.

sche Probleme auf und drittens schielten einige MPG-Vertreter bereits damals nach einer Finanzierung durch den Bund, von der sie sich eine einfachere Haushaltsaufstellung und höhere Zuschüsse versprochen.

Die fast vollständige Abhängigkeit von der öffentlichen Hand, die den Vertretern der MPG aus ihrer KWG-Vergangenheit unbekannt war, rief zunächst große Ängste hervor. So schien insbesondere fraglich, ob die MPG angesichts dieser Abhängigkeit überhaupt noch in der Lage sein würde, autonome wissenschaftspolitische Entscheidungen zu treffen. „Wenn es dazu käme, dass die Ausgaben der Gesellschaft im einzelnen im staatlichen Haushaltsplan etatisiert würden“, unkte Schatzmeister Bötzkes, „wäre eine eigene Finanzgebarung nicht mehr möglich.“⁴¹⁸ Dahinter stand die Befürchtung, dass die MPG künftig jeden einzelnen Posten ihres Haushalts separat beantragen müsste, so dass letztlich die Finanzbürokratie darüber beschließen würde, welche Projekte realisiert werden könnten und welche nicht. Auch Adolf Grimme stimmte in den Chor der Schwarzseher ein und verlangte, dass zunächst unbedingt die „staatsrechtliche Stellung“ der MPG geklärt werden müsse. Der Senat versuchte, eine „Etatisierung“ zu vermeiden, um „eine gewisse Beweglichkeit in der Verwendung der Mittel, wie [es nach] dem Wesen der MPG nötig wäre, zu erhalten.“⁴¹⁹ Zu diesem Zweck verfiel man auf den Ausweg, die staatliche Unterstützung von nun an unter dem Begriff des „Zuschusses“ zu fassen – zwar musste auch hier der Verwendungszweck angegeben werden, doch hofften die Senatoren, auf diese Weise um eine Beantragung jedes einzelnen Etatpostens für jedes einzelne Institut herumzukommen. In der Praxis funktionierte das allerdings nicht immer. Im Vorfeld der Aufstellung des Etats für 1952 kritisierte Ernst Telschow,

daß der Unterausschuss der Ländergemeinschaft und auch die Länderreferenten sich sehr eingehend und bis in alle Einzelheiten mit den einzelnen Haushaltsplänen der Institute beschäftigt haben, während früher die Haushaltspläne der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von den zuständigen staatlichen Stellen lediglich im grossen Rahmen nach übergeordneten Gesichtspunkten beurteilt wurden, was zweckmässiger sei.⁴²⁰

Telschow verband diese Kritik mit der Bitte, „daß die Vertreter der Länderministerien, die dem Senat angehören, [...] sich für ein entsprechendes Verfahren einsetzen.“⁴²¹ Dies gelang jedoch nicht, und so musste sich die MPG damit abfinden, dass die Geldgeber ihre Haushaltsentwürfe auch künftig gründlich unter die Lupe nahmen, bevor sie sie bewilligten.

418 Niederschrift über die Sitzung des Senats der MPG am 18. 7. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 2.SP, Mappe 1, S. 4. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

419 Niederschrift über die Sitzung des Senats der MPG am 18. 7. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 2.SP, Mappe 1, S. 5.

420 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Nachmittagssitzung), TOP 3: Bericht über die Finanzierung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3.

421 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Nachmittagssitzung), TOP 3: Bericht über die Finanzierung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3.

Schwerer wogen die strukturellen Bedenken, die gegen eine Finanzierung durch die Länder geäußert wurden, zumal diese nicht mit einem Griff in die begriffliche Trickkiste ausgeräumt werden konnten. Da die Ländergemeinschaft ihre Alimentierung übernommen hatte, stand die MPG nicht einer einzigen Exekutive gegenüber, sondern einer ganzen Phalanx von Finanz- und Kultusministern der Länder. Dieses Szenario rief schwerste Bedenken hervor. Schatzmeister Bötzkes zeigte sich „entsetzt“ angesichts der Vorstellung, „daß der ganze Haushaltsplan an [fünf] oder mehr Kultusminister eingereicht wird. Das zu erwartende Echo kann nur ‚Gemecker‘ sein.“⁴²² Ernst Telschow schlug in die gleiche Kerbe:

Größte Sorge macht mir zur Zeit die Tatsache, daß wir in der Hauptsache auf staatliche Hilfe angewiesen sind, was natürlich auch gewisse Rückwirkungen auf unsere Selbständigkeit hat. Wir haben wegen der Finanzierung unserer Gesellschaft mit acht Länderregierungen zu tun, und man kann nicht behaupten, daß dort in den zuständigen Gremien überall Persönlichkeiten vorhanden sind, die die Bedeutung einer unabhängigen Forschung [...] überhaupt richtig beurteilen.⁴²³

Tatsächlich konnte anfangs niemand vorhersagen, was sich aus dieser Ausgangslage künftig entwickeln würde. Würden die Länder überhaupt in der Lage sein, eine gemeinsame Position zu beziehen, oder würden die partikularen Interessen die Oberhand gewinnen und eine Einigung – und damit womöglich die Aufstellung des MPG-Haushalts – gefährden, verzögern oder gar unmöglich machen? Vor diesem Hintergrund schien eine Regionalisierung der MPG und, damit verbunden, ein Absinken „auf eine Ansammlung lokal beschränkter Zweckforschungseinrichtungen“ plötzlich „kein unrealistisches Szenario“ mehr zu sein.⁴²⁴ Im Senat der MPG verfiel man zunächst auf die Idee, einen Senatsausschuss zu gründen, der mit den Institutsleitern die Haushaltssituation wie auch die Verwendung der bewilligten Haushaltsmittel prüfen sollte, um auf diese Weise – so der Gedanke von Schatzmeister Bötzkes – die Autorität des MPG-Senats gegenüber den Ländern zu stärken.⁴²⁵ In Königstein fand sich jedoch eine bequemere Lösung des Problems. Hans Seeliger wusste im März 1949 zu berichten, dass die Kultus- und Finanzminister die Auffassung vertreten hatten, die MPG brauche nicht mit allen Ländern zu verhandeln, sondern nur mit Niedersachsen bzw. „einer kleinen Arbeitskommission“.⁴²⁶ Die MPG zeigte sich erleichtert, dass Niedersachsen – als Sitzland ihrer Generalverwaltung – die Finanzverhandlungen mit der MPG übernahm, was dieser das Geschäft deutlich erleichterte und mit der Horrorvorstellung ihres Schatzmeisters, mit elf Länderministern gleichzeitig verhandeln zu müssen, aufräumte. Noch mehr dürfte sie die Entscheidung der Länderfinanzminister

422 Protokollnotiz von Erika Bollmann über die Senatssitzung der MPG am 29. 10. 1948 in Göttingen vom 3. 11. 1948, Ausführungen des Schatzmeisters zum Haushaltsplan, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 4.

423 Ernst Telschow an Heinrich Hörlein vom 14. 9. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 5.

424 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 100.

425 Protokollnotiz von Erika Bollmann über die Senatssitzung der MPG am 29. 10. 1948 in Göttingen vom 3. 11. 1948, Ausführungen des Schatzmeisters zum Haushaltsplan, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 4.

426 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 4.

erleichtert haben, die im November 1949 – übrigens gegen den erklärten Widerstand ihrer Kollegen aus den Kultusministerien, denen es weniger um Sparsamkeit als um die Möglichkeit einer steuernden Einflussnahme auf die einzelnen Institute ging – eine Globalfinanzierung der MPG durchsetzten.⁴²⁷ Die Finanzminister der Länder kamen damit einer Kernforderung der Generalverwaltung der MPG nach, für die Globalzuschüsse „eine besonders sorgsame Aufsicht der Generalverwaltung über die Finanzgebarung und Verwaltung der Institute“ zu ermöglichen.⁴²⁸ Mit anderen Worten, die Form der globalen Zuweisung der staatlichen Mittel diente auch als Hebel, um die Institute in Botmäßigkeit und unter der Kontrolle der Generalverwaltung zu halten. Damit war die Gefahr der Regionalisierung der MPG endgültig gebannt.

Dies änderte freilich nichts daran, dass eine Finanzierung durch die Ländergemeinschaft für viele führende Repräsentanten der MPG nur die zweitbeste Lösung darstellte, die sie allenfalls übergangsweise akzeptieren wollten. Der Gegensatz zwischen zentraler und dezentraler Wissenschaftspolitik, der – wie wir gesehen haben – bereits in der Besatzungszeit angelegt gewesen war, setzte sich nun zwischen Bund und Ländern fort.⁴²⁹ Die MPG konnte, ja wollte sich dem nicht entziehen, denn ein alternativer Geldgeber eröffnete ganz neue Möglichkeiten. Zu denen, die schon mittel-, zumindest aber langfristig auf eine Finanzierung durch den im Entstehen begriffenen Bundesstaat setzten, zählte der Hamburger Schulsenator Heinrich Landahl (SPD).⁴³⁰ Er sah in den Weichenstellungen der Länder lediglich „Übergangsentscheidungen“, die früher oder später revidiert werden würden.

Wenn der Westdeutsche Staat entsteht, müssen wir versuchen, die Finanzierung durch den Westdeutschen Staat zu erreichen. Im Augenblick [sei] dies nicht möglich, weil alle gegenwärtigen Instanzen nicht mehr die Autorität haben, um eine solche Ausnahme gegenüber dem staatlichen Verfahren durchzusetzen. Später [werde es] durchaus möglich [sein,] die zentrale Finanzierung durch [den] Westdeutschen Staat [zu erreichen], wenn [die] Überzeugung dort [herrsche], daß der Senat nicht nur eine repräsentative Spitze ist.⁴³¹

Es mag erstaunen, dass gerade ein Landesminister diese zentralistische Haltung vertrat, doch Landahl hielt an dieser Linie auch später unverdrossen fest. In einer Besprechung im Juni 1949 erklärte er,

427 Siehe dazu Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 268. — Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 105.

428 Niederschrift über die 5. Sitzung des Senats der MPG am 22. 7. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 3, S. 4–5. — Dabei kam der Generalverwaltung auch die Prüfung durch den Rechnungshof zu Pass, den der hatte gefordert, „dass die Aufsichtsbefugnis der Generalverwaltung über die Geschäftsführung der Institute verstärkt und durch interne Vorprüfungen die Arbeit des Rechnungshofes erleichtert wird.“ Ebenda, S. 5.

429 Siehe dazu und auch im Folgenden Cassidy, *Controlling German Science*, II, 1996, 197–239.

430 Helmut Stubbe da Luz: Landahl, Heinrich. Herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke. *Hamburgische Biografie 5. Personenlexikon*. Bd. 5. Göttingen: Wallstein Verlag 2010, 224–226.

431 Protokollnotiz von Erika Bollmann über die Senatssitzung der MPG am 29. 10. 1948 in Göttingen vom 3. 11. 1948, Ausführungen des Schatzmeisters zum Haushaltsplan, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 4.

daß die anfängliche Stimmung der Kultusminister gegen die MPG sich zu Gunsten der MPG gewandelt habe. Seine Auffassung sei, daß die gegenwärtige Finanzierungsart durch Zuschüsse der Länder nicht befriedigend sei, und daß vielmehr vom nächsten Rechnungsjahr an der Weg der Finanzierung durch den Bund beschritten werden müsse. Er werde sich hierfür sehr intensiv einsetzen und glaube, daß auch die übrigen Kultusminister mitmachen. In Art. 74 der Bundesverfassung ist bestimmt, daß der Bund die konkurrierende Gesetzgebung auf dem Gebiet der Förderung der Wissenschaften besitzt. Hierdurch sei die gesetzliche Handhabe für ein Finanzierungsgesetz des Bundes zu Gunsten der MPG gegeben.⁴³²

Das war, was die Haltung der übrigen Kultusminister betrifft, reines Wunschenken. Indes stand der Hamburger Schulsenator mit seiner Meinung, dass eine Finanzierung durch den Bund der Alimentierung durch die Länder vorzuziehen sei, nicht allein. Ähnlich dachte auch Hermann Pünder (CDU), von dem man dies – als Vertreter des Frankfurter Wirtschaftsrats – auch erwarten konnte. Zur Begründung knüpfte Pünder einmal mehr an die richtungsweisende Unterscheidung der US-Besatzungsverwaltung zwischen einer *Science as Culture* und einer *Science as Economics* an, indem er ausführte,

dass nach Auffassung des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Frage der Forschungsfinanzierung nicht nur unter kulturpolitischem Gesichtspunkt zu betrachten ist, sondern eine eminent wirtschaftliche Bedeutung hat. Die entgegenkommende Haltung der Länder ist massgebend durch die Auffassung des Verwaltungsrats beeinflusst. Die deutsche Forschung ist eine deutsche Angelegenheit. Wenn die am 24. März tagenden Kultus- und Finanzminister der Länder zu keiner Einigung kommen, wird die Bizone die Finanzierung übernehmen.⁴³³

Das Wort des Oberdirektors des Wirtschaftsrats der Bizone hatte in Frankfurt durchaus Gewicht. Es ist bemerkenswert, dass der Bund – in Gestalt seiner Keimzelle, des Frankfurter Wirtschaftsrats – schon zu diesem frühen Zeitpunkt bereit gewesen zu sein scheint, die Finanzierung der MPG zu übernehmen.

Indes teilten nicht alle Vertreter der Politik im Senat der MPG die Positionen Landahls und Pünders. Landahls Kollege, der niedersächsische Finanzminister Georg Strickrodt (CDU), sah die Sache leidenschaftsloser:

Wir sind also von Jahr zu Jahr darauf angewiesen, daß uns öffentliche Mittel zufließen. Es kann der MPG gleichgültig sein, woher die Mittel kommen. Man kann der Auffassung sein, diese Mittel möchten aus einer Hand, nämlich der Hand der Bundesregierung kommen. Es mag der Wunsch sein, aber es ist müßig, über dieses Thema zu sprechen. Das, was dort ange-

432 Vermerk Hans Seeligers vom 13.6.1949 betr. Finanzierung, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 5, fot. 18.

433 Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19.3.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 3.

rührt würde, hat weittragende Bedeutung. Es geht um das Verhältnis des Bundesetats auf der einen Seite und der Länderfinanzierungsmasse auf der anderen Seite. Die Einnahmen des Bundes sind, solange die endgültige Regelung über die Einnahmequellen (Steuerquellen) nicht getroffen ist, durchaus begrenzt. Der Bund kann seine Ausgaben aus diesen Quellen nicht bestreiten. Man hat den Fehlbetrag, der sich im Bundesetat ergab durch Matrikularbeiträge der Länder ausgeglichen. Es kann nicht übersehen werden, wie sich solche Auseinandersetzungen für diejenigen auswirken, die von der einen oder anderen Seite abhängig sind. Ich möchte deswegen meinen, daß diese Sphäre der Politik uns fernliegen soll, damit wir nicht zwischen die Mühlsteine kommen.⁴³⁴

Weitsichtig sah Strickrodt voraus, dass die MPG zwangsläufig in den Konflikt zwischen Bund und Ländern hineingezogen würde, wenn sie von sich aus eine Bundesfinanzierung anstreben sollte. Die unabsehbaren Risiken, die ein solcher Schritt bedeuten konnte, wollte er nicht eingehen und plädierte deswegen dafür, sich mit dem Status quo abzufinden und alles weitere den Verhandlungen der staatlichen Stellen zu überlassen. „Wir sollten davon ausgehen“, führte Strickrodt weiter aus,

daß die Ländergemeinschaft, die die Finanzierung der MPG übernommen hat, uns gegenübersteht und wir mit ihr zu rechnen haben. Wenn die Ländergemeinschaft von sich aus meint, sich auf seiten des Bundes entlasten zu müssen, mag sie das tun, es sei denn, daß die Ländergemeinschaft versagt in dem, was uns das ‚Königsteiner Abkommen‘ in Aussicht gestellt hat.⁴³⁵

Der komplizierte Modus, nach dem die Länder anfangs sogar monatlich ihre jeweiligen Raten an die MPG transferierten, sorgte jedoch dafür, dass diese Frage immer wieder auf die Tagesordnung von Senat und Verwaltungsrat kam. Ernst Telschow, der ohnehin dafür plädierte, die „Tradition der Förderung durch die Reichsregierung“ auch bei der MPG weiterzuführen,⁴³⁶ berichtete im September 1951 dem Senat,

dass die Finanzierung der Gesellschaft durch die [elf] Länder jetzt zwar reibungsloser vor sich geht als im Vorjahre, dass aber bei einzelnen Ländern noch ein sehr schleppender Eingang der Etatzuschüsse festzustellen ist. Er gibt Kenntnis von dem Schreiben des Landes Rheinland-Pfalz, das sich darauf beruft, seine Zahlungen an die Gesellschaft nur in steuerstarken Monaten leisten zu können. Da die Gesellschaft gezwungen ist, ihren Instituten allmonatlich die planmässigen Zuschüsse zu überweisen, und nicht ständig für einzelne Länder in

434 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 11–12.

435 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 12.

436 Zitiert nach Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, 1981, 105. — Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 101.

Vorlage treten kann, betont Herr Telschow, dass sich die Leitung der Gesellschaft mit der Handhabung des Landes Rheinland-Pfalz nicht einverstanden erklären könne. In Berücksichtigung dieser Tatsache und anderer Fälle hat der Verwaltungsrat daher in seiner Sitzung am 1. [Juni] 1951 der Auffassung Ausdruck gegeben, dass die Vielheit der Stellen, mit der die Generalverwaltung zu arbeiten hat, eine sehr grosse Belastung bedeutet. Der Verwaltungsrat hält es daher für notwendig, eine Teilfinanzierung durch den Bund zu erreichen.⁴³⁷

Es war also auch die bisweilen nachlässige Zahlungsmoral der Länder, die die MPG nach dem Bund als potentiellen Geldgeber schielen ließ. Als einen ersten Schritt in diese Richtung versuchte die MPG, ihre auf landwirtschaftliche Forschung ausgerichteten Institute, die einen starken Anwendungsbezug aufwiesen, in die Finanzierung durch den Bund bzw. das Bundeslandwirtschaftsministerium zu überführen.⁴³⁸ Von diesem Schritt versprach man sich mehr Geld für diese Institute, die aus der Sicht des Senats unterfinanziert waren. Die Verhandlungen darüber liefen seit 1950, kamen jedoch nicht recht vom Fleck. Im April 1951 berichtete Telschow, „daß die Finanzierung der landwirtschaftlichen Institute durch den Bundesernährungsminister noch nicht erreicht worden ist.“ Das sei „sehr zu bedauern, zumal auch nach Auffassung der Gesellschaft die Etats der landwirtschaftlichen Institute nicht ausreichend sind.“ Daher hege die MPG weiterhin den „Wunsch, die Institute durch das Bundesernährungsministerium finanzieren zu lassen, wobei der Einfluss der Kultus- und Finanzminister der Länder durch Zuwahl in die Kuratorien der Institute ländergemäss gesichert werden soll.“⁴³⁹ In einem förmlichen Beschluss bedauerte der Senat die Etat Kürzungen bei den landwirtschaftlichen Instituten, verbunden mit der Forderung an Bund und Länder, umgehend eine Lösung zu finden, „die den finanziellen Erfordernissen der MPG gerecht wird.“⁴⁴⁰ Die dabei abermals erhobene Forderung nach Übernahme der landwirtschaftlichen Institute in die Finanzierung des Bundes war seinerzeit besonders dringlich, weil die Finanzierungsgrundlage des *Instituts für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik* in der MPG, das unter der Leitung von Gerhardt Preuschen stand, Mitte 1951 auslief – wenn keine Lösung gefunden würde, drohte die baldige Entlassung der rund 50 Angestellten. Während sich die Länder zugeknöpft zeigten und an den Max-Planck-Instituten „erhebliche Etatsabstriche“ [sic!] vornahmen, erfuhren Bötzkes und Telschow aus dem Bundesinnenministerium, „dass den landwirtschaftlichen Instituten des Bundes die gesamten Etats ohne den geringsten Abstrich von sämtlichen Parteien des Bundestags bewilligt worden sind“ und die Parteien „sogar einstimmig die Auffassung vertreten“ hätten, „dass im nächsten Jahr noch höhere Aufwendungen für die landwirtschaftlichen Institute des Bundes erwünscht seien.“⁴⁴¹

437 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12.9.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 6.

438 Siehe dazu Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 111.

439 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6.4.1951 (Nachmittagssitzung), TOP 3: Bericht über die Finanzierung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3, S. 4–5.

440 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6.4.1951 (Nachmittagssitzung), TOP 3: Bericht über die Finanzierung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3, S. 5.

441 Vermerk von Ernst Telschow vom 21.3.1951 über einen Besuch bei Herrn Bötzkes am 20.3.1951, AMPG, II. Abt. Rep.

Umso größer fiel die Enttäuschung aus, als der Bundeslandwirtschaftsminister im Herbst 1951 mitteilte, „von einer Übernahme der landwirtschaftlichen Institute auf den Bundeshaushalt vorläufig absehen“ zu müssen. „Der Bundesfinanzminister führt als Begründung hierfür den Beschluss der Länder und des Bundes über die Neuorganisation der Forschungsinstitute und die Verteilung der Forschungsaufgaben und deren Finanzierung an.“⁴⁴² Der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG scheiterte letztlich am Widerstand der Länder, wie dem Protokoll der Sitzung des MPG-Senats am 11. November 1952 zu entnehmen ist. Dort liest man:

Dem vom Bundesinnenministerium vorgelegten Gesetzentwurf für Wissenschaftspflege, wonach außer der Bereitstellung eines grossen Fonds für Wissenschaftspflege die Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft je zur Hälfte durch den Bund und durch die Länder vorgesehen sei, habe der Finanzausschuss des Bundesrats nicht zugestimmt, so dass es voraussichtlich für das Haushaltsjahr 1953/54 bei der Finanzierung der Gesellschaft durch die Ländergemeinschaft auf Grund des Staatsabkommens verbliebe.⁴⁴³

Aufgrund des weiter anhaltenden Widerstandes der Länder blieb es sogar noch weitere zehn Jahre bei der Lösung, die die Länder 1949 in Königstein gefunden hatten.⁴⁴⁴ Bevor das auf fünf Jahre abgeschlossene Königsteiner Abkommen im Frühjahr 1954 auslief, fand im Juni 1953 eine Konferenz der Finanzminister von Bund und Ländern statt, an der auch der Präsident der MPG teilnahm. Hier zeigte sich, dass die MPG insgesamt sehr zufrieden war mit dem Modus ihrer Finanzierung durch die Ländergemeinschaft. Der Senat der MPG plädierte einmütig dafür, das Abkommen zu verlängern – und so kam es schließlich auch.⁴⁴⁵

Im Vorfeld der Verlängerung des Königsteiner Abkommens dachte man in der MPG über zwei Dinge nach: Erstens ging es darum, den Bund in irgendeiner Form an der Finanzierung der MPG zu beteiligen, und sei es im Wege von Sondermitteln für ganz bestimmte Aufgaben. Zum anderen erhoffte sich die MPG weitere Erleichterungen im Bewilligungsverfahren der Länder, das aufgrund seiner Umständlichkeit immer wieder Anlass zu Klagen geboten hatte. Das

60, 11.SP, Mappe 5, fot. 42–44, Zitate fot. 42. — Siehe dazu auch Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1. 6. 1951, TOP 4: Institutsangelegenheiten, d) Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP. — Zur Gegenüberstellung der Leistungen, die Bund und Ländergemeinschaft für die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute erbrachten, siehe auch Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 28. 5. 1952, TOP 1: Finanzierung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 8.VP.

442 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12. 9. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 6.

443 Niederschrift über die 15. Sitzung des Senats der MPG am 11. 11. 1952, TOP 2: Haushaltsvoranschlag 1953/54, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 15.SP, Mappe 3. — Siehe dazu auch Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 8. 2. 1952, TOP 1: Bericht über die Etatverhandlungen 1952/53 mit der Ländergemeinschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 7. VP.

444 Zu dem mühsamen Prozess, der erst 1964 in einem Staatsabkommen mündete, das die paritätische Finanzierung der MPG durch Bund und Ländergemeinschaft vorsah, siehe Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 111–120.

445 Niederschrift über die 16. Sitzung des Senats der MPG am 20. 5. 1953, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 16.SP, Mappe 3, S. 5–6. — Niederschrift über die 17. Sitzung des Senats der MPG am 29. 1. 1954, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 17.SP, Mappe 3, S. 3. Das Folgende nach ebenda.

Lamento über die mangelnde Unterstützung der Wissenschaft durch die Politik, das die MPG bisweilen auch öffentlich vortrug, gipfelte mit Blick auf die Aufstellung des Haushalts in der Kritik am „unnötige[n] Bürokratismus“ und dem „unangebrachte[n] Mißtrauen“ der staatlichen Stellen.⁴⁴⁶ Was das komplizierte Verfahren der Haushaltsaufstellung betrifft, kamen die Länder der MPG entgegen, wobei einmal mehr die Vertreter der Politik im MPG-Senat der Wissenschaftsinstitution zur Hilfe kamen. Die Initiative ergriff der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinrich Weitz (CDU), seines Zeichens nicht nur Vorsitzender der Finanzministerkonferenz der Länder, sondern auch Senator der MPG. Auf seine Vermittlung hin fand Ende 1951 im Rahmen einer Tagung der Kultus- und Finanzminister der Länder eine Aussprache über das Bewilligungsverfahren statt, an der für die MPG Präsident Hahn und die beiden Verwaltungsleiter Ernst Telschow und Otto Benecke teilnahmen. Aus Sicht der MPG geriet diese Besprechung zu einem vollen Erfolg, da sie eine deutliche Vereinfachung brachte: Die Kultus- und Finanzminister der Länder beschlossen, die den Max-Planck-Instituten im Rechnungsjahr 1951/52 bewilligten laufenden Mittel auch für das Rechnungsjahr 1952/53 ohne weitere Prüfung zur Verfügung zu stellen; näher begründen mussten die Institute nur noch die einmaligen Mittel sowie Forderungen nach laufenden Mitteln, die über die Bewilligung des Rechnungsjahres 1951/52 hinausgingen.⁴⁴⁷ Zudem gestattete die Ländergemeinschaft der MPG ab dem Haushaltsjahr 1952/53, Finanzmittel von einem Haushaltstitel zum anderen sowie von einem Rechnungsjahr auf das nächste zu übertragen. „Erstmalig ist auch eine gewisse Deckungsfähigkeit der Institutshaushalte untereinander genehmigt worden“, jubelte man auf der Senatssitzung am 20. Mai 1953, „insofern als die Gesellschaft die laufenden und einmaligen Länderzuschüsse eines Instituts kürzen und zur Verstärkung der einmaligen Länderzuschüsse bei anderen Instituten verwenden darf.“⁴⁴⁸ Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank sehen in dieser doppelten Erleichterung „einen Schritt in die Richtung einer autonomen Verwendung der Fördermittel“.⁴⁴⁹ Den Vorschlag, die Ländergemeinschaft um einen Globalzuschuss zu bitten, hatte Carlo Schmid dem Senat unterbreitet, nachdem es aufgrund des stockenden Eingangs der Länderbeiträge zu Schwierigkeiten in der Finanzierung der MPG gekommen war.⁴⁵⁰ Die Länder willigten nicht zuletzt deshalb ein, weil schon damals „die Frage eines etwaigen Bundeszuschusses“ auf der Tagesordnung der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern stand, die MPG also über ein entsprechendes Druckmittel verfügte.⁴⁵¹

446 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft im Rechnungsjahr 1952/53. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft. Heft 1*. Göttingen 1952, 9–13, Zitat 10.

447 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 12. 1951, TOP 1: Prüfung des Haushaltsvoranschlags für 1952/53 zur Vorlage beim Senat, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 6.VP. — Niederschrift über die 13. Sitzung des Senats der MPG am 18. 1. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 13.SP, S. 2–3. — Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Finanzierung MPG 1952/53, 1952, 9–13 hier 10–11.

448 Niederschrift über die 16. Sitzung des Senats der MPG am 20. 5. 1953, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 16.SP, Mappe 3, S. 4.

449 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 106.

450 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12. 9. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 6–9.

451 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Finanzierung MPG 1952/53, 1952, 9–13, hier 11.

Das Procedere für die Aufstellung des Haushalts der MPG sah zwischen 1951 und Mitte der 1960er Jahre folgendermaßen aus: In einem ersten Schritt reichten die Max-Planck-Institute ihre Haushaltsvoranschläge für das kommende Rechnungsjahr bei der Generalverwaltung ein, die sie bündelte und dann an den Verwaltungsrat sowie an den Haushaltsausschuss des Senats weiterleitete. Letzterer war im Juni 1951 eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um die einzelnen Institute bei der Aufstellung ihrer Haushaltsvoranschläge zu beraten und diese zu prüfen. Ihm gehörten zentrale Akteure des MPG-Verwaltungsrats, Vertreter der Wirtschaft und – bei diesem Thema unabdingbar – der Politik an.⁴⁵² Der Haushaltsausschuss des Senats stimmte seine Stellungnahme mit dem Verwaltungsrat ab, ehe er sie dem Senat vorlegte, der den Haushaltsvoranschlag der MPG formell beschloss und offiziell als Bedarfsmeldung der MPG beim Verwaltungsausschuss der Ländergemeinschaft einreichte. Dieser Verwaltungsausschuss wiederum war nach dem Königsteiner Abkommen eigens eingerichtet worden, um den jährlichen Gesamthaushaltsplan aufzustellen und die Rechnungen, die die Forschungseinrichtungen eingereicht hatten, zu prüfen.⁴⁵³ Haushaltsausschuss, Verwaltungsrat und Senat der MPG beschränkten sich nicht darauf, die Wünsche der Institute lediglich zu addieren; mit Rücksicht auf die Haushaltslage der Länder, die in den frühen 1950er Jahren noch überaus angespannt war, nahmen sie meist – bisweilen schmerzhaft – Abstriche vor, ehe sie die Bedarfsmeldung abgaben.⁴⁵⁴ Über diese entschied der Verwaltungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit, um sie anschließend der Konferenz der Kultus- und Finanzminister der Länder zur Genehmigung vorzulegen, die in der Regel weitere Kürzungen vornahm. Zwischen den einzelnen Verfahrensschritten hatte die MPG die Möglichkeit zu Nachverhandlungen mit den Ländern, um auf diesem Weg doch noch einen höheren Zuschuss zu erwirken. So mühsam und langwierig das Verfahren war, mit dem der Haushalt der MPG aufgestellt wurde,⁴⁵⁵ ermöglichte es dieses Procedere, die Interessen der MPG mit denen der Länder auszutarieren. Auf diese Weise konnte sich eine echte Partnerschaft entwickeln, die den Interessen beider Seiten Rechnung trug – denen der Förderer wie denen der Geförderten. Das bildete die Grundlage für eine dauerhafte und vertrauensvolle Kooperation zwischen der MPG und den Ländern, die bis zum heutigen Tag andauert.

452 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1. 6. 1951, TOP 5 a, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP. Der Verwaltungsrat benannte aus seinen Reihen als Mitglieder Schatzmeister Wilhelm Bötzkes, Alfred Petersen und Hermann Pünder vor, ferner schlug er Minister Weitz, Senator Landahl, Professor Schreiber „sowie einen Vertreter der Industrie“ vor.

453 Siehe dazu Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 285–294, 290. — Das Procedere zur Aufstellung des Haushalts der MPG nach Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 106.

454 Siehe beispielhaft Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 8. 2. 1952, TOP 1: Bericht über die Etatverhandlungen 1952/53 mit der Ländergemeinschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 7.VP. — Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Nachmittagssitzung), TOP 3: Bericht über die Finanzierung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3.

455 Dass die Aufstellung des Haushalts der MPG „langwierige Prüfungen und Verhandlungen beanspruche“, konstatierte der Senat wiederholt. Niederschrift über die 15. Sitzung des Senats der MPG am 11. 11. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 15.SP, Mappe 3, S. 6–7.

5.3 Der schwere Abschied von der KWG

Trotz der dauerhaften Finanzierungsgrundlage, die das Königsteiner Abkommen ihr bot, und obwohl es schließlich gelang, einen Modus für die Aufstellung des Haushalts der MPG zu entwickeln, der sowohl den Interessen der Geldgeber als auch denen der Wissenschaftsorganisation entsprach, dauerte es erstaunlich lange, bis man sich in der MPG mit der Tatsache abfand, weitgehend von Zuschüssen der öffentlichen Hand abhängig zu sein. Es war bereits die Rede davon, dass anfangs allein der Gedanke an diese Abhängigkeit, verbunden mit der Befürchtung, deswegen keine eigenständige Wissenschaftspolitik mehr betreiben zu können, führenden Köpfen der MPG Kopfzerbrechen bereitete. Die Tradition der KWG erwies sich als schwer zu überwindendes mentales Hindernis, da sie der Führungsriege der MPG in ihrer Gründungsphase – und teilweise sogar noch darüber hinaus – als Idealzustand erschien. Unter der Präsidentschaft Otto Hahns propagierten die Leitungsgremien der MPG immer wieder das Ziel, den finanziellen Förderungsproporz aus alten Zeiten, in denen Staat und Wirtschaft in etwa gleichen Teilen zur Finanzierung der KWG beigetragen hatten, wiederherzustellen – und verbanden diese Forderung mit der Klage über den eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum der MPG. „Herr Telschow betont in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Schaffung eines disponiblen und frei verfügbaren Vermögensfonds“, liest man etwa im Protokoll der Senatsitzung vom 17. Juli 1952.

Nur dadurch sei die Gesellschaft in der Lage, schnelle Entscheidungen zu treffen, wie Gewinnung von prominenten Forschern, Ankauf von Gebäuden und Grundstücken sowie Neueinrichtung von Instituten. Hierin hätte die Stärke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelegen. Bei der jetzigen Lage seien alle Einnahmen der Gesellschaft bereits etatmässig festgelegt. Die Bildung von Vermögen und Reserve aus staatlichen und privaten Mitteln sei nur deshalb nicht möglich, müsse aber unbedingt auf irgendeinem Wege erreicht werden.⁴⁵⁶

Um die finanzielle Unabhängigkeit der Gesellschaft zu stärken und, damit verbunden, ihre Handlungsspielräume zu vergrößern, beschloss der Senat daraufhin die Gründung einer „Gesellschaft von Freunden der MPG“.⁴⁵⁷

Die Realität sah jedoch bereits in der Gründungsphase der MPG ganz anders aus: Im Rechnungsjahr 1952/53 betrug der Anteil der „privaten Mittel“ selbst bei günstigster Berechnung – nämlich unter Einbeziehung der Zuschüsse, die die Wirtschaft an die rechtlich selbständigen Institute für Kohlenforschung und für Eisenforschung aufbrachte – kaum ein Viertel des Gesamthaushalts der MPG.⁴⁵⁸ Vor diesem Hintergrund führte Hahn in der Festversammlung der MPG im Mai 1953 aus:

456 Niederschrift über die 14. Sitzung des Senats der MPG am 17. 7. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 14.SP, Mappe 3, S. 3–4.

457 Niederschrift über die 15. Sitzung des Senats der MPG am 11. 11. 1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 15.SP, Mappe 3, S. 12.

458 Siehe die Angaben bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 343. — Das *MPI für Kohlenforschung* und das *MPI für Eisenforschung* waren beide eigenständige Rechtspersönlichkeiten und erzielten einen beträchtlichen Teil ihrer Ein-

Weitaus der größte Teil unseres Etats wird also aus staatlichen Mitteln getragen. So dankbar wir für den hohen Zuschuß der Ländergemeinschaft sind, so sehr müssen wir auch Wert darauf legen, daß die privaten Mittel, die uns zufließen und über die wir freier verfügen können, wieder auf dieselbe Höhe gebracht werden, wie es in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Fall war, in der der Anteil der privaten Mittel an der Gesamtfinanzierung ungefähr 50 [Prozent] betrug.⁴⁵⁹

Auch wenn die MPG noch länger an der Fiktion festhielt, dass es möglich sein könnte, die Uhr auf die Zeit vor dem Kriegsende zurückzustellen, sprach aus Hahns Worten reines Wunschenken. Im November 1952 teilte Otto Benecke dem Senat mit, dass die MPG „zu 80 [Prozent] auf die Zuschüsse der Länder angewiesen sei, während nur 20 [Prozent] der Mittel aus den Zuschüssen der Wirtschaft (einschliesslich der zweckgebundenen für einzelne Institute) und eigenen Einnahmen aus Gutachten, landwirtschaftlichen Betrieben usw. beständen.“⁴⁶⁰ Bei Licht besehen, sah die Lage bei den „eigenen Einnahmen“ und den „privaten Mitteln“ sogar noch düsterer aus, als es das von Hahn gezeichnete Bild erscheinen lässt. Unter „private Mittel“ verbuchte die MPG Spenden, die ihr vor allem aus Wirtschaft und Industrie zuzugingen, und Mitgliederbeiträge, die „eigenen Einnahmen“ bestanden aus Entgelten und Zahlungen, die die MPG Dritten für die von ihr bzw. ihren Instituten erbrachten Leistungen in Rechnung stellte. Einen signifikanten Teil dieser „eigenen Einnahmen“ – in den ersten Jahren sogar den Löwenanteil dieser Kategorie – stellten die Einnahmen dar, die die landwirtschaftlichen Institute der MPG erwirtschafteten, und zwar vor allem mit ihren Versuchsgütern. Die Jahresrechnung 1952/53 bezifferte den Anteil der „eigenen Einnahmen“ an den Gesamteinnahmen der MPG auf 18,6 Prozent, um zu ergänzen, „dass von den 18,6 [Prozent] rund 10,1 [Prozent] auf Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe entfallen.“⁴⁶¹ Ein Jahr später, im Rechnungsjahr 1953, machten die Einnahmen der Versuchsgüter knapp 2,7 Millionen DM von insgesamt 5,2 Millionen DM aus, die die MPG als „eigene Einnahmen“ verbuchte.⁴⁶² Allerdings handelte es sich bei den Einnahmen der landwirtschaftlichen Versuchsgüter um klassische Scheingewinne, denn die Versuchsgüter waren für die MPG ein Zuschussbetrieb. Wie der niedersächsische Landesrechnungshof nach einer Prüfung mitteilte, beliefen sich die Betriebseinnahmen der Versuchsgüter im Rechnungsjahr 1955 auf 2,9 Millionen DM, während ihre Unterhaltskosten mit 3,3 Millionen DM zu Buche schlugen – dass zur selben Zeit im MPI in Bad Kreuznach Weinbestände im Wert von 70.000 DM lagerten, war da allenfalls ein schwacher Trost.⁴⁶³ Zwar machte die MPG

nahmen aus der Verwertung eigener Patente und aus Zuschüssen der Industrie.

459 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 343.

460 Niederschrift über die 15. Sitzung des Senats der MPG am 11. 11. 1952, TOP 2: Haushaltsvoranschlag 1953/54, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 15.SP, Mappe 3.

461 Niederschrift über die 18. Sitzung des Senats der MPG am 10. 6. 1954, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 18.SP, Mappe 3, S. 3.

462 Diese Angaben nach Schatzmeisterbericht (Jahresrechnung 1953/54), gehalten auf der 6. Ordentlichen Hauptversammlung der MPG am 15. 6. 1955, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 109, S. 2.

463 Bericht des niedersächsischen Landesrechnungshofs über die Prüfung der Verwertung der Länderzuschüsse durch die MPG im RJ 1955 vom 11. 2. 1957 (gez. Dr. Härtig), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 127.

mit den landwirtschaftlichen Versuchsgütern ein Verlustgeschäft, doch war dieser Verlust für die MPG mit einem angenehmen Nebeneffekt verbunden: Über die Versuchsgüter gelang es der MPG, staatliche Zuschüsse, die sie in einem Jahr für ihre landwirtschaftlichen Institute erhielt, im kommenden Jahr als „eigene Einnahmen“ – nämlich die von den Versuchsgütern erzielten Erlöse – zu verbuchen. Die Versuchsgüter fungierten also als eine Art Tropa, der staatliche Zuschüsse in „eigene Einnahmen“ umwandelte. Der Vorteil für die MPG bestand darin, dass sie über die Verwendung ihrer „eigenen Einnahmen“ völlig frei entscheiden konnte, während die Zuschüsse von der öffentlichen Hand an Auflagen gebunden waren, etwa, dass sie nur zu einem bestimmten Zweck eingesetzt werden durften.

Aufs Ganze gesehen, führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass die MPG bereits in ihrer Gründungsphase finanziell weitgehend von der öffentlichen Hand – und hier vor allem von der Ländergemeinschaft – abhängig war. Dies war den Senatoren völlig klar, auch wenn man in der MPG diese Abhängigkeit in der Regel geschönt darstellte, wie das Protokoll der Senatssitzung vom 14. Dezember 1954 zeigt. Dort heißt es:

Die Zuschüsse für die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute werden mit zumindest 70 v. H. von den Ländern im Wege des Königsteiner Abkommens getragen. Die jeweiligen Finanzverhandlungen unserer Gesellschaft mit den Ausschüssen des Königsteiner Abkommens werden also bestimmt von der Lage der Länderfinanzen.⁴⁶⁴

Aus der sehr weitgehenden Abhängigkeit, die de facto noch größer war als hier dargestellt, ergaben sich mehrere Probleme: Schwer wog, dass sich die Länderregierungen in der „Gründungskrise“ der Bundesrepublik (Hans Günter Hockerts) im Zuge der Bewältigung der Kriegsfolgelasten um eine Reihe drängender Aufgaben kümmern mussten, die den Großteil ihrer Finanzmittel banden. Dazu gehörte unter anderem die Versorgung der *Displaced Persons* und der Kriegsbeschädigten, die Wiedereingliederung der Kriegsheimkehrer, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Bau von Wohnungen und der Wiederaufbau der weitgehend zerstörten Infrastruktur sowie die Wiedereingliederung der am Boden liegenden Wirtschaft. Angesichts derartiger Aufgaben musste der Wiederaufbau der Wissenschaft zurückstehen, weshalb für diesen Zweck zunächst nur sehr bescheidene Finanzmittel zur Verfügung standen. Knappe Kassen zählten daher zu den Signaturen der MPG in der Gründungsphase. In den Protokollen von Senat und Verwaltungsrat finden sich zahllose Klagen darüber, dass die Länder zwar die laufenden Betriebsmittel bereitstellten, die erforderlich waren, um beispielsweise die Gehälter der in der MPG Beschäftigten zu bezahlen, dass jedoch die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel völlig unzureichend seien, um die Institute wieder aufzubauen, das heißt die Schäden zu beseitigen, die Krieg und Nachkrieg an ihren Gebäuden und ihrer Forschungsinfrastruktur hinterlassen hatten.

464 Niederschrift über die 19. Sitzung des Senats der MPG am 14. 12. 1954, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 19.SP, Mappe 3, S. 2.

Eine der Reaktionen der MPG auf die knappen Mittel bestand in Selbstbeschränkung: Eine Reihe von Standorten, aber auch ganze Institute wurden aufgegeben bzw. nicht weitergeführt.⁴⁶⁵ Das galt für das in Berlin-Dahlem beheimatete *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik*, das wegen seiner unmittelbaren Verbindung mit dem Vernichtungslager Auschwitz zum Symbol für die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler an den NS-Verbrechen geworden war und von dem schließlich nur die Abteilung für experimentelle Erbpathologie unter Hans Nachtsheim weitergeführt wurde.⁴⁶⁶ Ebenfalls aufgegeben wurde das benachbarte *Deutsche Etymologische Institut in der KWG*, das später in der DDR in anderer Trägerschaft fortbestand. Hinzu kamen die im Ausland bzw. in der SBZ/DDR gelegenen Institute, auf die die MPG keinen Zugriff hatte und daher nicht in eigener Regie weiter betreiben konnte. Dazu zählten das in Piräus ansässige *Deutsch-Griechische Institut für Biologie*, die *Biologische Station Lunz*, das *Schlesische Kohlenforschungsinstitut* in Breslau, das *KWI für Kulturpflanzenforschung* in Wien mit dem ihm angeschlossenen Versuchsgut Tuttenhof in Niederösterreich, von dem später die in Dahlem ansässige Abteilung für Kulturpflanzen unter ihrer Leiterin Elisabeth Schiemann in die MPG zurückkehrte, das in der Nähe von Sofia gelegene Deutsch-Bulgarische Institut für landwirtschaftliche Forschung, das ab 1948 von seinem deutschen Direktor Arnold Scheibe als *Forschungsstelle für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung in der MPG* auf Gut Neuhof weiterbetrieben wurde, das *Deutsch-Italienische Institut für Meeresbiologie* in Rovigno, dessen deutscher Teil unter dem Direktor Joachim Hämmerling zunächst nach Langenargen verlagert und 1947 als *KWI für Meeresbiologie* in Wilhelmshaven neugegründet wurde, die Observatorien des Sonnenblick-Vereins in Österreich, die auf die Wiener Akademie der Wissenschaften übergingen sowie das in der Mark Brandenburg gelegene *KWI für Rebenzüchtungsforschung*. Weitere Einschnitte folgten, denn angesichts knapper Finanzmittel musste die MPG weitere Institute fallenlassen: So führte die Senatoren im März 1949 kein Weg mehr an der Erkenntnis vorbei, dass es aufgrund von unausweichlichen Haushaltskürzungen nicht mehr möglich war, das *Institut für Phonometrie* in der Verwaltung der MPG zu belassen und das am Bodensee gelegene *Institut für Seenforschung und Seenbewirtschaftung* weiter zu finanzieren. Bei Letzterem wurde zunächst die Beteiligung aufgegeben und ab 1950 in eine fördernde Mitgliedschaft umgewandelt.⁴⁶⁷

Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank interpretieren die Liste der nicht weitergeführten Forschungseinrichtungen als eine bewusste Entscheidung der MPG, ganz auf die Grundlagenforschung zu setzen.⁴⁶⁸ Das ist nicht falsch, auch wenn eine trennscharfe Unterscheidung zwischen angewandter und Grundlagenforschung stets und aus prinzipiellen Gründen

465 Die Angaben zu den geschlossenen bzw. von der MPG nicht weiterbetriebebenen Instituten nach der Aufstellung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 332–333.

466 Carola Sachse: Ein „als Neugründung zu deutender Beschluss...“: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. *Medizinhistorisches Journal* 46/1 (2011), 24–50, hier insbesondere 34–38.

467 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 309.

468 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 93–96.

problematisch erscheint, zumal sie in der Regel wissenschaftspolitischer Taktik entspringt.⁴⁶⁹ Hinzu kommt, dass die MPG bei einer Reihe von eher anwendungsorientierten Forschungsstätten keineswegs an Schließung oder Abgabe dachte. Das galt nicht nur für das *MPI für Eisenforschung* und das *MPI für Kohlenforschung*, die zum Tafelsilber der KWG gehört hatten und als selbständige Rechtssubjekte ohnehin einer gesonderten Finanzierung unterlagen, sondern auch für die landwirtschaftlichen Institute. Wie Hohn und Schimank selbst feststellen, strebte die MPG eine Finanzierung dieser Institute, denen im Zeichen der noch anhaltenden Ernährungskrise zweifellos überregionale Bedeutung zukam, durch den Bund an.⁴⁷⁰ Und mehr noch, gab sich die MPG – trotz knapper Kassen – die größte Mühe, Ersatz für die Versuchs- und Mustergüter zu beschaffen, die gemeinsam mit den deutschen Ostgebieten verloren gegangen waren.⁴⁷¹ Mit kaum einem anderen Thema war der Verwaltungsrat der MPG in der Phase des Wiederaufbaus so beschäftigt wie mit diesem.

Ein weiteres grundlegendes Problem der Finanzierung durch die Länder bestand darin, dass deren stets vorhandene föderative Konkurrenz der MPG Schwierigkeiten bei der Wiedererrichtung von Instituten bereitete. So klagte Präsident Hahn schon im Sommer 1949 vor dem Senat der MPG,

daß sich hierbei zwei Tendenzen erkennen lassen: diejenigen Länder, in denen bereits eine Massierung von Forschungs-Instituten z. T. durch die seinerzeit vorgenommene Verlagerungen aus Berlin zu verzeichnen ist, legen Wert darauf, diese Institute zu behalten und fordern demgemäß eine Zentralisation der Forschung. Auf der anderen Seite besteht naturgemäß bei denjenigen Ländern, die keine Institute haben, aber die Max-Planck-Gesellschaft finanziell unterstützen, der Wunsch, Max-Planck-Institute im Lande zu besitzen. Diesen Ländern ist darum an einer Dezentralisation der Max-Planck-Gesellschaft gelegen.⁴⁷²

In der Tat beendete das Königsteiner Abkommen die Konflikte zwischen den Ländern, welche Forschungseinrichtungen gefördert werden sollten, nicht. Diejenigen Bundesländer, die nach eigener Auffassung zu kurz gekommen waren, versuchten später, auf eigene Faust, Änderungen durchzusetzen, was für die MPG weitreichende Konsequenzen nach sich zog. So hatte beispielsweise Rheinland-Pfalz bis zuletzt auf die Aufnahme des *Instituts für Rebenzüchtung* in die gemeinsame Finanzierung durch die Ländergemeinschaft gedrängt. Bei diesem Institut handelte es sich um das vormalige *KWI für Rebenzüchtungsforschung*, dem die MPG keine überregionale Bedeutung beimaß und deshalb seine Aufnahme in die MPG ablehnte, jedoch Eigentums-

469 Siehe dazu jetzt die Beiträge in: David Kaldewey und Désirée Schauz (Hg.): *Basic and Applied Research. Language and the Politics of Science in the Twentieth Century*. New York, NY: Berghahn 2018. — Sachse, *Grundlagenforschung*, 2014, 243–268.

470 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 110–111.

471 Siehe dazu Kapitel 3.1 dieser Studie. — Zu den landwirtschaftlichen Instituten in der MPG bereitet Alexander von Schwerin momentan eine größere Untersuchung vor.

472 Auszug aus dem Bericht Otto Hahns im Senat der MPG am 22. 7. 1949, zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 307. Die folgenden Zitate ebenda.

rechte an seiner Bibliothek und dem Grundstück seiner Zweigstelle im Rheingau geltend machte.⁴⁷³ Dem Senat der MPG war durchaus bewusst, dadurch die „Gefahr“ heraufzubeschwören, „dass die Finanzierung der MPG von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz gefährdet werde.“⁴⁷⁴ So kam es denn auch: Rheinland-Pfalz als Sitzland kürzte eigenmächtig die Zuschüsse an die MPG, um mit dem eingesparten Geld das *Institut für Rebenzüchtung* zu finanzieren.⁴⁷⁵ Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank sehen darin einen Beleg für „die grundsätzliche Neigung der Kultusminister, die Entscheidungsgewalt über die Politik der Generalverwaltung gegenüber den einzelnen Instituten an sich zu ziehen.“⁴⁷⁶ Die MPG ließ sich dadurch jedoch nicht ins Bockshorn jagen und blieb bei ihrer Entscheidung, deren Hintergründe uns an anderer Stelle beschäftigen werden.

Wie sehr die MPG angesichts der kriegsbedingten Verlagerung des Großteils der Forschungseinrichtungen der KWG und infolge der Finanzierung durch die Ländergemeinschaft zum Spielball der Länderkonkurrenz geworden war, verdeutlicht das Hickhack um das *MPI für Silikatforschung*, in dem die MPG zwischen den Mühlsteinen divergierender Länderinteressen zerrieben zu werden drohte. Das ursprünglich in Dahlem ansässige *KWI für Silikatforschung* war, wie bereits dargelegt wurde,⁴⁷⁷ 1943 in ländliche Regionen Unterfrankens verlagert worden, während die Abteilung für Organosilikate und Silikoseforschung unter der Leitung von Luise Holzappel in Berlin verblieb. Nach Kriegsende zeigte sich der Freistaat Bayern zunächst nicht daran interessiert, das Institut auf Dauer aufzunehmen. Die Glas- und Keramikindustrie sowie deren Wirtschaftsverbände, für die das Institut eine wichtige Rolle als Innovationsmotor spielte, drängten ohnehin auf seine Verlegung nach Aachen. Als der Umzug bereits unter Dach und Fach zu sein schien, wurden plötzlich Stimmen aus Unterfranken laut, die aus regionalpolitischen Gründen eine Ansiedlung des Instituts in Würzburg verlangten. Dadurch geriet die CSU-geführte bayerische Staatsregierung im Vorfeld der im August 1949 anstehenden Wahlen zum ersten deutschen Bundestag unter Druck. Ende Juni 1949 fasste der Bayerische Landtag einen Beschluss, der die Annahme des Königsteiner Abkommens vom Verbleib des *MPI für Silikatforschung* in Würzburg abhängig machte, wo seit 1946 enge Verbindungen zwischen dem Institut und der Universität bestanden. Nachdem Nordrhein-Westfalen zähneknirsch dem Drängen Bayerns nachgegeben hatte, fügte sich auch der Senat der MPG ins Unvermeidliche und

473 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 1. 1950, TOP 5: Eigentumsrechte der KWG bzw. MPG am Institut für Rebenzüchtung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 3.VP. — Das Institut war 1942 aus dem *KWI für Züchtungsforschung* ausgegliedert und in ein eigenständiges KWI mit Sitz in Müncheberg umgewandelt worden. 1945 wurde das Institut zunächst nach Würzburg verlagert, 1947 in die *Forschungsgesellschaft für Rebenzüchtung GmbH* umgewandelt und in die Nähe von Landau in der Pfalz verlegt. Im November 1949 lehnte der Senat seine Aufnahme in die MPG ab. Henning und Kazemi, *Handbuch zur Institutsgeschichte*, 2016, Bd. 2, 1449–1450.

474 Niederschrift über die 5. Sitzung des Senats der MPG am 22. 7. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 3, S. 12.

475 Siehe dazu Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 265. — Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 104.

476 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 104–105.

477 Zur Verlagerung des *KWI für Silikatforschung* von Berlin-Dahlem ins ländliche Unterfranken siehe Kapitel 3.1 dieser Studie. — Siehe dazu und im Folgenden auch den Abriss der Institutsgeschichte in Henning und Kazemi, *Handbuch zur Institutsgeschichte*, 2016, Bd. 2, 1480–1483.

beschloss am 18. November 1949 – auf einen in scharfem Ton gehaltenen Brief des bayerischen Kultusministers Alois Hundhammer hin, der der MPG unverhohlen mit der Kürzung der bayerischen Zuschüsse gedroht hatte, sollte das Institut nicht nach Würzburg kommen –, das *MPI für Silikatforschung* in Würzburg wieder einzurichten. Die Verärgerung des Senats über das Vorgehen des Freistaats und den Brief seines Kultusministers verdeutlicht ein Vorschlag von Hans Dölle, „bei einer Entscheidung für Würzburg durch den Senat Bayern gegenüber zum Ausdruck zu bringen, dass diese Entscheidung nicht wegen, sondern trotz des Briefes von Herrn Minister *Hundhammer* getroffen worden ist.“⁴⁷⁸

Wie dieses Beispiel zeigt, behandelten die Länder Max-Planck-Institute bisweilen als eine Art Verfügungsmasse, die man beliebig hierhin oder dorthin verschieben konnte. Otto Hahn stöhnte, das *MPI für Silikatforschung* stelle einen Sonderfall dar, „der bereits zu zahlreichen Eingaben von Parteien, Ministern, Wissenschaftlern und Behörden bei der Leitung der Max-Planck-Gesellschaft geführt hat.“ Der Präsident betont, dass die MPG nur nach Sachgesichtspunkten entscheide und deswegen „die Angleichung solcher z. T. auch politischer Tendenzen den beteiligten Länderregierungen überlassen“ bleiben müsse.⁴⁷⁹ Auf diese Weise versuchte Hahn, der Politik den Schwarzen Peter zuzuschieben, allerdings ohne Erfolg. Standortkonkurrenz und Länderproporz sollten Probleme bleiben, die die MPG kontinuierlich beschäftigten, und zwar – anders als die nachkriegsbedingte Finanzschwäche der Länder – im Grunde bis heute. Das war der Preis, den die MPG für die Finanzierung durch die Ländergemeinschaft entrichten musste.

478 Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 3, S. 17, Hervorhebung im Original. — Eine eingehende Analyse der Gründungsgeschichte des *MPI für Silikatforschung* bei Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 49–83. — Siehe dazu auch Deutinger, *Kommunale Wissenschaftspolitik im Zeichen des Wiederaufbaus*, 1999, 389–426. — Adolf Dietzel: *MPI für Silikatforschung*, in: FS Hahn, S. 81–82.

479 Auszug aus dem Bericht Otto Hahns im Senat der MPG am 22. 7. 1949, zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 307. Die folgenden Zitate ebenda.

6. Kontinuität und Wandel: Zur Governance der MPG in der Frühphase

6.1 Die Satzung von 1948

Im Unterschied zur Finanzierung markierte die Wiedergründung der KWG als MPG keinen tiefen Bruch in der Governance, und zwar weder in den Strukturen noch bei den Personen. Neu war hauptsächlich, dass die MPG in ihrer Satzung vom Februar 1948 jeder Einflussnahme von außen eine klare Absage erteilte. Konkret erklärte sie sich sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft gegenüber explizit für unabhängig. In Paragraph 1, Absatz 2 der Satzung heißt es, nicht ohne ein gewisses Pathos:

Die Gesellschaft ist eine Vereinigung freier Forschungsinstitute, die nicht dem Staat und nicht der Wirtschaft angehören. Sie betreibt die wissenschaftliche Forschung in völliger Freiheit und Unabhängigkeit, ohne Bindung an Aufträge, nur dem Gesetz unterworfen.⁴⁸⁰

Damit gab die MPG, wie wir gesehen haben, auch dem Druck der Westmächte nach, die vor allem der militärischen Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen einen Riegel vorschieben wollten. Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit der KWG im Nationalsozialismus machten insbesondere die Amerikaner ihre Zustimmung zur Ausdehnung der MPG auf die Bizone von einer solchen Klausel abhängig.⁴⁸¹ Die MPG akzeptierte diese Bedingung, zumal man schnell erkannte, dass sie zugleich als Schutzwall gegen jeden Versuch der Einflussnahme staatlicher Stellen diene. Auf diese Weise hoffte die MPG, ihre Handlungsautonomie in der Wissenschaftspolitik zu wahren, obwohl sie nun weitgehend von den Zuschüssen der öffentlichen Hand abhängig wurde.⁴⁸²

Wie die KWG, wies auch die MPG die Rechtsform eines „eingetragenen Vereins“ auf, eine Eigentümlichkeit des deutschen Rechtswesens. Sie bezeichnet einen privatrechtlichen Zusammenschluss von natürlichen oder juristischen Personen, der keine ökonomischen Ziele verfolgt, also nicht der Erwirtschaftung eines Gewinns dient, und in das Vereinsregister des jeweils zuständigen Amtsgerichts eingetragen ist. Ein eingetragener Verein, kurz e. V., ist eine juristische Person, das heißt er kann Träger von Rechten und Pflichten sein und vor Gericht klagen oder verklagt werden. Wird seine Gemeinnützigkeit anerkannt, führt dies zu seiner Befreiung von

480 Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 211–220, Dokument 67, Zitat 211. — Der Passus wurde im Zuge der Satzungsreform von 1964 gestrichen, weil man seinerzeit der Meinung war, die Unabhängigkeit der MPG sei „selbstverständlich und daher der Hervorhebung nicht bedürftig.“ Hans Dölle: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1965, 14.

481 Dazu ausführlich Kapitel 4.2 dieser Studie. — Siehe dazu auch Ernst-Joachim Meusel: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Köln: Heymanns 1999, 78.

482 Siehe dazu ausführlich Kapitel 5 dieser Studie.

Ertrag- und Vermögensteuern.⁴⁸³ In dieser Verfasstheit findet die „wissenschaftliche Autonomie der Max-Planck-Gesellschaft“, so das Urteil von Wolfgang Schön, Direktor am *MPI für Steuerrecht und öffentliche Finanzen*, „sinnfälligen Ausdruck und zugleich rechtliche Kontur“, denn der „Verein als eine von Mitgliedern getragene Körperschaft des Privatrechts bietet in idealer Weise den Rahmen für ein institutionelles Konzept, das die Wissenschaftlichen Mitglieder und ihre Forschungsarbeit in das Zentrum des Geschehens rückt.“ Dadurch werde die im Grundgesetz festgeschriebene „Wissenschaftsfreiheit der MPG und ihrer Mitglieder [...] verstärkt durch den in der Vereinigungsfreiheit nach Art.9 Abs.3 S.1 GG verankerten Autonomieanspruch der Rechtsform.“⁴⁸⁴

Auch der innere Aufbau des Leitungsgefüges der MPG – der Gremien und ihrer wechselseitigen Beziehungen – orientierte sich stark an der KWG.⁴⁸⁵ Zwei Leitungsorgane, die Mitgliederversammlung und der Vorstand, waren aufgrund der Rechtsform als eingetragener Verein vorgegeben. Als Mitgliederversammlung fungierte die jährlich zusammentretende *Hauptversammlung* (Paragraph 21), zu der alle Mitglieder der Gesellschaft eingeladen waren. Die Satzung unterschied vier verschiedene Formen der Mitgliedschaft (Paragraph 4): Fördernde Mitglieder, die einen jährlichen Mitgliedsbeitrag zu entrichten hatten (Paragraph 5);⁴⁸⁶ Wissenschaftliche Mitglieder der Institute, die vom Senat ernannt wurden und keine Beiträge bezahlen mussten (Paragraph 6); Mitglieder von Amts wegen, die ebenfalls von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrags befreit waren (Paragraph 7);⁴⁸⁷ schließlich Ehrenmitglieder, die für „besondere Verdienste um die Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Senats ernannt wurden (Paragraph 8, Absatz 1). Die wichtigsten Befugnisse der Hauptversammlung bestanden in der Wahl der Senatoren, in der Genehmigung von Satzungsänderungen, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, in der Prüfung der Jah-

483 Siehe dazu Wolfram Waldner et al.: *Der eingetragene Verein. Gemeinverständliche Erläuterung des Vereinsrechts unter Berücksichtigung neuester Rechtsprechung mit Formularanteil*. 20. Aufl. München: C.H. Beck 2016. — Auf die Wahrung der Gemeinnützigkeit legte die MPG stets größten Wert, was später zu gewissen Schwierigkeiten führte, als die MPG zur Gründung einer Agentur schritt, die den Technologietransfer von Max-Planck-Instituten in die Wirtschaft organisieren sollte. Siehe Jaromir Balcar: *Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH*. Herausgegeben von Florian Schmaltz et al. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 4. Berlin 2018.

484 Wolfgang Schön: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung. Zur Governance der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Bavaria-Druck 2015, 19.

485 Eine detaillierte Analyse der Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Gremien, die allerdings ausschließlich auf die Satzung der MPG eingeht und die Satzungswirklichkeit weitgehend außer Betracht lässt, bietet Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 24–42. — Dazu auch Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 79–81. — Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 211–220, Dokument 67. In der folgenden Analyse werden nur Zitate belegt, Verweise auf Paragraphen und Absätze beziehen sich auf die erste Satzung der MPG von 1948.

486 Er betrug zunächst bei natürlichen Personen mindestens 100 RM, bei juristischen Personen mindestens 250 RM (§ 5, Abs. 4). Später wurden die Beträge auf DM umgestellt und erhöht.

487 Zunächst wurden nur die Senatoren als „Mitglieder von Amts wegen“ geführt (§ 7), später kamen Minister als Vertreter der Länder und des Bundes hinzu, deren Mitgliedschaft automatisch mit dem Verlust des jeweiligen Ministerpostens endete.

resrechnung, die mit der Entlastung des Schatzmeisters einherging, und – für den Fall der Fälle – in der Auflösung der Gesellschaft mit einer Dreiviertelmehrheit. Ernst-Joachim Meusel, langjähriger kaufmännischer Geschäftsführer sowie Mitglied des Direktoriums des *Instituts für Plasmaphysik* und Experte im Wissenschaftsrecht außeruniversitärer Forschungsorganisationen, betont allerdings zurecht, dass man „diese Funktionen nicht überbewerten“ dürfe. „In der Praxis“, so Meusel, „stimmt die Hauptversammlung im wesentlichen Entscheidungen zu, die Senat, Verwaltungsrat und Generalverwaltung bis ins Detail vorbereitet haben. Zu Änderungen kommt es kaum.“⁴⁸⁸ Daher diene die Hauptversammlung in erster Linie der Selbstdarstellung der MPG „gegenüber Staat und allgemeiner Öffentlichkeit“.

Als Vorstand im Sinne des Vereinsrechts fungierte – gemeinsam mit dem Generalsekretär – der *Verwaltungsrat* der MPG, der in der KWG als „Verwaltungsausschuss“ firmiert hatte.⁴⁸⁹ Ihm gehörten der Präsident (Otto Hahn), der zugleich den Vorsitz führte, die Vizepräsidenten, der Schatzmeister (Wilhelm Bötckes) und der Schriftführer (Max von Laue) sowie deren Stellvertreter (Alfred Petersen und Richard Kuhn) an; hinzu kam, als „Geschäftsführendes Mitglied“, der damals noch unter dem Titel „Generaldirektor“ firmierende Generalsekretär (Ernst Telschow), der dem Verwaltungsrat von Amts wegen angehörte (Paragraph 16, Absatz 2, in Verbindung mit Paragraph 13).⁴⁹⁰ Die Hauptaufgabe des Verwaltungsrats bestand in der „Führung der laufenden Geschäfte“ und der „Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft“ (Paragraph 16, Absatz 1). Er entwarf den Haushaltsplan und, nach Abschluss des Rechnungsjahres, die Jahresrechnung, die dann dem Senat vorgelegt wurden (Paragraph 17). Später avancierte der Verwaltungsrat zur operativen Schaltzentrale der MPG, der alle wichtigen Entscheidungen vorbereitete und in vielen Fällen damit auch präfigurierte. In der frühen Nachkriegszeit dagegen blieb der Verwaltungsrat weitgehend darauf beschränkt, die Sitzungen des Senats vorzubereiten. Beim Entwurf der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats, den die Generalverwaltung im Sommer 1951 vorlegte, hatte man laut Ernst Telschow „weitgehend dem Grundsatz Rechnung getragen, dass der Verwaltungsrat nur in grundsätzlichen Fragen in Anspruch genommen werden, dass er aber weitgehend der Vorbereitung für die Beschlussfassung des Senats dienen soll.“⁴⁹¹

Im *Wissenschaftlichen Rat* kamen die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG mindestens einmal im Jahr, im Umfeld der Hauptversammlung, unter dem Vorsitz des Präsidenten zusammen (Paragraph 22, Absatz 1 und 3). Er gliederte sich in drei Sektionen: eine *Chemisch-Physikalische*, eine *Biologisch-Medizinische* und eine *Geisteswissenschaftliche Sektion*. Jeder Sektion stand ein Vorsitzender vor, der auf drei Jahre gewählt wurde und die Sektionssitzungen einberief (Paragraph 22,

488 Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 80. Das folgende Zitat ebenda.

489 Die Satzung der KWG vom 11. I. 1911 ist abgedruckt bei: Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 899–903. Zum Verwaltungsausschuss der KWG siehe die Paragraphen 7 und 12–13.

490 Die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden in der Gründungssitzung des Senats gewählt. Niederschrift über die 1. Sitzung des Senats der MPG am 26. 2. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 1.SP, Mappe 1.

491 Anhang zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1. 6. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP, fot. 22.

Absatz 2 und 4). Das Problem des Wissenschaftlichen Rats bestand darin, dass er über keine klar umrissenen Kompetenzen und Zuständigkeiten verfügte, denn an dieser Stelle blieb die Satzung erstaunlich schwammig: „Der Wissenschaftliche Rat kann die allen Instituten gemeinsamen wissenschaftlichen Angelegenheiten, sofern sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der übrigen Organe der Gesellschaft fallen, erörtern und Anträge an den Senat stellen“, hieß es in Paragraph 22, Absatz 5. An dieser Formulierung ist zweierlei bemerkenswert: Zum einen handelte es sich um eine Kann-Bestimmung, zum anderen entschied der Wissenschaftliche Rat auch bei sachlicher Zuständigkeit nicht selbst, sondern konnte lediglich Anträge an den Senat stellen. Anfangs hatten der Wissenschaftliche Rat und seine Sektionen nicht einmal das Recht, an der Berufung von Direktoren mitzuwirken – darin bestand später eine der Hauptaufgaben gerade der Sektionen.⁴⁹² Die Satzung von 1948 erkannte vielmehr dem jeweiligen Institut selbst „das Recht, seinen eigenen Direktor zu berufen“, zu (Paragraph 3, Absatz 4 a). Nur in dem Fall, dass „ein Mitgliedsinstitut aus irgendeinem Grund nicht in der Lage oder nicht Willens“ sein sollte, dieses Recht auszuüben, sollte der Wissenschaftliche Rat die Berufung des Institutsdirektors übernehmen (Paragraph 3, Absatz 5 in Verbindung mit Paragraph 22, Absatz 6). Auf Ganze gesehen, wirkte der Wissenschaftliche Rat, immerhin die Plenarversammlung der wissenschaftlichen Mitglieder, im Gefüge der Satzung von 1948 fast wie ein fünftes Rad am Wagen.

Die Wissenschaftlichen Mitglieder konnten dies verschmerzen, weil sie gerade in diesen frühen Jahren über den Senat ausreichenden Einfluss auf die Geschicke der MPG nehmen konnten. Der *Senat* stellte das eigentliche Leitungsgremium der Satzung von 1948 dar. Er bestand aus mindestens zehn Mitgliedern (Paragraph 12, Absatz 1), wobei die Satzung zwischen Wahlsekatoren und Senatoren von Amts wegen unterschied. Wahlsekatoren wurden von der Hauptversammlung für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt, eine Wiederwahl war zulässig. Alle drei Jahre sollte die Hälfte der Senatoren ausscheiden bzw. neu gewählt werden. „Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt.“ (Paragraph 12, Absatz 2). Die Amtssenatoren bestanden aus dem Geschäftsführenden Mitglied des Verwaltungsrats, also dem „Generaldirektor“, und den Sektionsvorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats (Paragraph 12, Absatz 3). Durch diese Zusammensetzung räumte die Satzung von 1948 den Wahlsekatoren – und damit der Hauptversammlung – weit größeres Gewicht ein, als sie jemals zuvor gehabt hatten. Vom Mai 1933 bis Juni 1937 hatte der Senat der KWG 32 Mitglieder gezählt, von denen nur 14 von der Hauptversammlung gewählt worden waren.⁴⁹³ Hinzu kamen jeweils sieben Senatoren, die der Preußische Kultusminister bzw. der Reichsinnenminister ernannt hatte, sowie – als Senatsmitglieder von Amts wegen – die drei Sektionsvorsitzenden und der Generaldirektor, seinerzeit noch Friedrich Glum.⁴⁹⁴ Damit blieb das paritätische Verhältnis zwischen den von Reich und

492 Die zweite Hauptaufgabe, denen sich die Sektionen später widmeten, bestand in der „inhaltliche[n] Auseinandersetzung um die Gründung, Umwidmung und Schließung von Instituten“. Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 30.

493 Die Neubesetzung des Senats im Mai 1933 ist im Zuge der „Selbstgleichschaltung“ der KWG zu sehen, die dabei – bis auf wenige Ausnahmen – die „Nicht-Arier“ fallenließ. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 408–409. — Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 38.

494 Diese Angaben nach Albrecht und Hermann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 1990, 356–406, 404–405.

Ländern ernannten und den von der Hauptversammlung gewählten Senatoren, das bereits für die Weimarer Zeit charakteristisch gewesen war,⁴⁹⁵ zunächst erhalten. Das änderte sich im Juni 1937. Nach einer Satzungsänderung bestand der Senat der KWG aus 32 Personen. Zu den vier Senatoren von Amts wegen kamen 28 von der Hauptversammlung gewählte Herren hinzu, die jedoch von Bernhard Rust in seiner Funktion als Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestätigt werden mussten – damit hatte sich der NS-Staat das letzte Wort bei der Ernennung der KWG-Senatoren gesichert.⁴⁹⁶ Die MPG-Satzung von 1948 stellte somit nicht lediglich den Zustand wieder her, der vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten geherrscht hatte. Dem Staat wurde nunmehr das Recht abgesprochen, eigene Vertreter in den Senat der MPG zu entsenden – und das, obwohl das Gewicht der öffentlichen Hand bei der Finanzierung der MPG gleichzeitig deutlich zunahm.

Dem Senat oblag es nicht nur, aus seiner Mitte die leitenden Repräsentanten der Gesellschaft für die Dauer von jeweils sechs Jahren zu wählen: den Präsidenten, die Vizepräsidenten sowie den Schatzmeister und den Schriftführer nebst ihren Stellvertretern, wobei auch hier eine Wiederwahl möglich war (Paragraph 13). Der Senat verfügte darüber hinaus über umfangreiche Entscheidungskompetenzen: Er beschloss die Annahme von Mitteln und deren Verwendung (Paragraph 14, Absatz 1 a), die Aufstellung des Haushaltsplans und des Jahresberichts (Paragraph 14, Absatz 1 b), die Feststellung der Jahresrechnung (Paragraph 14, Absatz 1 c), die Aufnahme bzw. den Ausschluss von „Mitgliedsinstituten“, deren Satzungen er zu prüfen und zu genehmigen hatte (Paragraph 14, Absatz 1 d), und die Ernennung von Wissenschaftlichen Mitgliedern der Institute (Paragraph 14, Absatz 1 e). Hinzu kam eine ebenfalls in Paragraph 14 enthaltene Generalermächtigungsklausel, derzufolge der Senat „über alle Angelegenheiten der Gesellschaft beschließen“ konnte, „die nicht durch die Satzung der Hauptversammlung vorbehalten sind.“ Damit war der Senat weit mehr als ein bloßer „Aufsichtsrat“,⁴⁹⁷ er verkörperte vielmehr das eigentliche Entscheidungszentrum der MPG. Das lag nicht nur an den Bestimmungen der Satzung selbst, sondern an drei weiteren Umständen: der noch relativ geringen Zahl an Köpfen,⁴⁹⁸ die in ihm versammelt waren, seiner hochrangigen personellen Besetzung und der damals noch überschaubaren Größe der MPG.

Das Kriegsende leitete einen Prozess des Downsizing ein, in dem die MPG der Gründungsphase in etwa auf den Umfang zurückschrumpfte, den die KWG vor 1933 bzw. 1936 gehabt hatte – vor dem enormen Ausbau, den sie im Zeichen von Autarkiestreben, Rüstungsboom und Kriegsforschung erfahren hatte. Seinerzeit war die Zahl der Institute und Forschungsstätten der KWG

495 Zur Zusammensetzung des KWG-Senats zwischen 1918 und 1933 siehe die Aufstellungen bei Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, 1990, 197–355, 349–355.

496 Albrecht und Hermann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 1990, 356–406, 405–406.

497 Als solchen bezeichnet ihn Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 79.

498 Das lag daran, dass anfangs kaum Vertreter der Wirtschaft, nur wenige Vertreter der Politik und wenige Mitglieder *ex officio* dem Senat angehörten.

innerhalb weniger Jahre von 29 auf 42 angewachsen.⁴⁹⁹ Verschiedene Faktoren trugen nach 1945 zu dem Schrumpfungsprozess bei: Erstens gingen diejenigen Institute, die sich in den Ostgebieten befanden, ebenso verloren wie die Auslandsinstitute der KWG in Griechenland, Bulgarien, Italien und Österreich, zweitens war die MPG selbst gar nicht daran interessiert, alle Institute der KWG zu übernehmen.⁵⁰⁰ Besonders ins Gewicht fiel – drittens – die Beschlagnahme der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* durch die Briten, die sich in der NS-Zeit zu einem regelrechten Großforschungsinstitut entwickelt hatte.⁵⁰¹ Viertens büßten auch diejenigen Institute, die bestehen blieben und in die MPG überführt wurden, in der Nachkriegszeit massiv an Personal ein, einige hatten im Wege der kriegsbedingten Verlagerung sogar ganze Abteilungen verloren.⁵⁰² Die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1949/50, in der erstmals alle zur MPG gehörenden Forschungsstätten und Betriebe im gesamten Bundesgebiet enthalten waren – einschließlich der acht Kaiser-Wilhelm-Institute aus der französischen Zone –, führt „29 rechtlich unselbständige Institute, sowie [zwei] treuhänderisch verwaltete Institute, [vier] gemeinsame Betriebe sowie [vier] rechtlich selbständige Institute mit insgesamt 1.442 Beschäftigten“ auf.⁵⁰³ 1949 zählte die MPG 74 Wissenschaftliche Mitglieder, hinzu kamen 49 Wissenschaftliche Mitglieder der KWG und der DFH.⁵⁰⁴ Verglichen mit späteren Jahren, war die Zahl der Wissenschaftlichen Mitglieder, von denen sich viele seit langem persönlich kannten, damit relativ gering. Kurz, die MPG war in ihrer Gründerzeit eine relativ kleine Forschungsorganisation, deren führende Wissenschaftler in engem persönlichen Austausch miteinander standen. Diese beinahe familiären Strukturen ermöglichten es, wichtige Fragen in einem etwas größeren Kreis zu besprechen – und zu entscheiden. Hinzu kam, dass es sich bei den Senatoren jener Jahre um die führenden Köpfe der MPG handelte.

499 Diese Angabe nach Rüdiger Hachtmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008), 19–52, hier 28. — Renn, Kant und Kolboske, Stationen, 2015, 5–120, 41.

500 Siehe hierzu die Aufstellung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 332–333. — Siehe dazu auch die Ausführungen in Kapitel 5.3 dieser Arbeit.

501 Ihre Rückgabe an die MPG erfolgte erst 1953. Zur Entwicklung der AVA im „Dritten Reich“ siehe Florian Schmalz: Vom Nutzen und Nachteil der Luftfahrtforschung im NS-Regime. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und die Strahltriebwerksforschung im Zweiten Weltkrieg. In: Christine Pieper und Frank Uekötter (Hg.): *Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 67–113.

502 Siehe dazu Kapitel 3.1 dieser Studie.

503 Auszug aus der Niederschrift über die 2. Ordentliche Hauptversammlung der MPG am 13. 9. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 79, fot. 4.

504 Diese Angaben nach Claudia Bergemann: *Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Herausgegeben von Marion Kazemi und Christel Wegeleben. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft 1990. — Jana Tempelhoff und Dirk Ullmann: *Mitgliederverzeichnis der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1949–2002)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2015. — Für die Unterstützung bei der Auswertung der beiden Mitgliederverzeichnisse danke ich Aron Marquart.

6.2 Die personelle Erstausrüstung des MPG-Senats

Dies bringt uns zum zweiten Punkt: Während bei den Leitungsstrukturen der MPG weitgehend ungebrochene Kontinuität zur KWG herrschte, fiel das Bild auf personeller Ebene ambivalent aus. Wie der entstehende Weststaat seine personelle Erstausrüstung in Wirtschaft und Politik weitgehend aus Weimar übernahm, rekrutierte sich das Gründungspersonal der MPG fast ausschließlich aus Personen, die bereits seit längerem – das heißt in der Regel schon vor 1933 – in der KWG aktiv gewesen waren und in ihr leitende Funktionen ausgeübt hatten. Zumindest soweit es sich um Wissenschaftler handelte, die anfangs in den Leitungsgremien der MPG dominierten, charakterisiert ein hohes Maß an personeller Kontinuität den Neustart. Im ersten Senat der MPG, der sich bei ihrer Gründung im Februar 1948 in Göttingen konstituierte, stellten renommierte Wissenschaftler – die zuvor allesamt bereits der KWG, überwiegend aber nicht ihrem Senat angehört hatten – das Gros der Mitglieder.⁵⁰⁵ Dazu zählten Otto Hahn, der als Präsident den Vorsitz im Senat führte, sowie Werner Heisenberg, der Vorsitzende der Physikalisch-Chemisch-Technischen Sektion, und Boris Rajewsky, der der Medizinisch-Biologischen Sektion vorstand. Als gewählte Wissenschaftler kamen Erich Regener, Max von Laue, Richard Kuhn, Georg Schreiber, Heinrich Wieland und Adolf Windaus hinzu.⁵⁰⁶ Im Zuge des Beitritts der Kaiser-Wilhelm-Institute aus der französischen Zone kooptierte der Senat mit Adolf Butenandt und Hans Döle zwei weitere prominente Wissenschaftler.⁵⁰⁷ Nach der Wiedererrichtung der Geisteswissenschaftlichen Sektion kam 1950 auch noch Carl Bilfinger hinzu, der ihren Vorsitz innehatte.⁵⁰⁸ In dieser Besetzung stellte dieses Gremium eine illustre Runde herausragender Wissenschaftler dar: Im Senat versammelte sich ein Gutteil der Crème de la Crème der (west-) deutschen Naturwissenschaften und jedenfalls die führenden Köpfe der MPG.

Auf Wissenschaftler entfielen sieben der zwölf Sitze im Gründungssenat.⁵⁰⁹ Damit war dieser Senat der MPG sehr viel „wissenschaftlicher“, als es der Senat der KWG jemals gewesen war, denn in ihm hatten stets Vertreter von Politik und Wirtschaft ein Übergewicht gehabt.⁵¹⁰ Sie

505 Die folgende Aufstellung nach Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 467–469. — Lediglich Georg Schreiber (1926 bis 1933) sowie Otto Hahn (1933 bis 1936) und Adolf Butenandt (1942 bis 1946) in ihrer Funktion als Sektionsvorsitzende hatten zeitweilig dem KWG-Senat angehört. Albrecht und Hermann, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1990, 356–406, 405–406.

506 Aufstellung: Senat der MPG vom 28. 2. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 1.SP, Mappe 1.

507 Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 3, S. 2.

508 Niederschrift über die 9. Sitzung des Senats der MPG am 4. 10. 1950, TOP 4: Gründung einer Geisteswissenschaftlichen Sektion, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 10.SP, Mappe 3.

509 Die Gründungsversammlung hatte die Zahl der Senatoren auf 11 festgelegt, hinzu kam Otto Hahn, der als Präsident den Vorsitz im Senat führte. Niederschrift über die Gründungsversammlung der MPG am 26. 2. 1948, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., 50 Jahre KWG/MPG, 1961, 206–209, Dokument 66.

510 Siehe die Aufstellungen bei Brocke, Forschung im Spannungsfeld, 1990, 197–355, 349–355; und bei Albrecht und Hermann, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1990, 356–406, 403–406. — Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1082–1084.

fehlten im ersten Senat der MPG zwar nicht gänzlich, doch blieben sie gegenüber den Wissenschaftlern eindeutig in der Minderheit. Zudem hatte man – jedenfalls anfangs – peinlich genau darauf geachtet, nur Personen in den Senat aufzunehmen, die formal unbelastet aus der NS-Zeit hervorgegangen waren. Die Riege der Wirtschaftskapitäne, die dem Gründungssenat angehörten, bestand aus lediglich drei Männern, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl bereits das 60. Lebensjahr überschritten und zuvor schon enge Beziehungen zur KWG unterhalten hatten: Generaldirektor Wilhelm Bötzkes (1883–1958), der Vorstandsvorsitzende der in Düsseldorf ansässigen *Deutschen Industriebank*, der seit 1943 dem Senat der KWG angehört hatte und ab 1948 zugleich als Schatzmeister der MPG fungierte; Alfred Petersen (1885–1960), ein enger persönlicher Freund Otto Hahns, Vorstandsmitglied der *Metallgesellschaft AG* sowie Präsident der *Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main* und ab August 1948 Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets*, der als stellvertretender Schatzmeister zugleich dem Verwaltungsrat der MPG angehörte; und Generaldirektor Theo Goldschmidt (1883–1965), der Vorstandsvorsitzende der *Th. Goldschmidt AG* und Präsident der *Industrie- und Handelskammer Essen*.⁵¹¹ Wenn die MPG damit auch nicht unbedingt industrielas- tig war und „das politische Gewicht der Großindustrie in der MPG nie wieder so groß wie in der KWG zwischen 1911 und 1945“ werden sollte,⁵¹² wies sie doch einen klar konturierten Arbeit- geberflügel auf.

Während der verringerte Einfluss von Wirtschaft und Industrie mit dem rückläufigen Anteil, den sie zur Finanzierung der MPG beitrugen, durchaus in Einklang stand, galt dies für die Poli- tik nicht. Obwohl die Länder den Großteil der Finanzmittel der MPG aufbrachten, stellten sie nur zwei von zwölf Mitgliedern des Gründungssenats: Adolf Grimme (SPD), ehemals Preußi- scher Kultusminister und nunmehr Kultusminister des Landes Niedersachsen, und Heinrich Landahl (SPD), den Kultursenator der Hansestadt Hamburg. Dass beide der SPD angehörten, dürfte Zufall gewesen sein – wesentlich war, dass sowohl Grimme als auch Landahl allgemein als Gegner des Nationalsozialismus galten.⁵¹³ Dagegen hatte man eine ganze Reihe ehemaliger KWG-Senatoren wegen ihrer braunen Vergangenheit bewusst vom Gründungsprozess der MPG ausgeschlossen,⁵¹⁴ unter ihnen August Wilhelm Prinz von Preußen, den die Nationalsozialisten in der Endphase der Weimarer Republik als Stimmenfänger eingesetzt hatten,⁵¹⁵ General- feldmarschall Erhard Milch, von 1933 bis 1945 Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium,

511 Die biographischen Angaben zu Bötzkes, Petersen und Goldschmidt nach Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 467–468.

512 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1084, Anm. 116.

513 Zu Grimme siehe Walther G. Oschilewski: Grimme, Adolf. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1966, 88–89. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz42421.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019. — Kai Burkhardt: Adolf Grimme. 1889–1963. Eine Biografie. Köln: Böhlau 2007. — Eine Kurzbiographie Landahls bei Stubbe da Luz, Landahl, 2010, 224–226.

514 Siehe die Aufstellung bei Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 467.

515 Lothar Machtan: *Der Kaisersohn bei Hitler*. Hamburg: Hoffmann und Campe 2006.

der 1947 im sogenannten Milch-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt wurde,⁵¹⁶ oder die beiden Direktoren der 1945 aufgelösten *Interessengemeinschaft Farbenindustrie (IG Farben) AG* Carl Krauch und Heinrich Hörlein.⁵¹⁷ Letzterer, KWG-Senator seit 1937, wurde nach seinem Freispruch im IG Farben-Prozess allerdings bereits im Oktober 1948 wieder in den Senat der MPG kooptiert,⁵¹⁸ bevor er 1952 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Farbenfabriken Bayer in Wuppertal-Elberfeld avancierte, einem der Nachfolgeunternehmen der IG Farben. Andere hatten sich selbst gerichtet wie Albert Vögler, Generaldirektor der *Vereinigten Stahlwerke* und „Wehrwirtschaftsführer“, der von 1941 bis 1945 als Präsident der KWG fungiert hatte,⁵¹⁹ oder Herbert Backe, Staatssekretär im *Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft* und ab 1942 dessen kommissarischer Leiter, der 1937 zum Senator und 1941 zum 1. Vizepräsidenten der KWG avancierte – im selben Jahr, in dem er anlässlich des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion einen nach ihm benannten Hungerplan entwickelte, der den Tod von rund 30 Millionen Menschen einkalkulierte.⁵²⁰ Wie Susanne Heim nachgewiesen hat, spielten die auf landwirtschaftliche Forschung ausgerichteten Kaiser-Wilhelm-Institute in Backes Konzeptionen von Autarkie und Ostexpansion eine durchaus wichtige Rolle⁵²¹ – wovon Otto Hahn indes nach Kriegsende nichts wissen wollte. Im Juni 1947 schrieb der MPG-Präsident:

Die Tatsache, daß Persönlichkeiten wie der frühere Reichsernährungsminister Backe [...] dem Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angehört haben, ist m.E. ohne Bedeutung. Dem Senat der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft gehörten stets Mitglieder der Reichsregierung an. Ebenso wie früher haben unter dem Dritten Reich diese Persönlichkeiten in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft keine führende Rolle gespielt. Sie sind zum allergrößten Teil nicht in Erscheinung getreten und haben sich von jeder Einflußnahme ferngehalten.⁵²²

516 Horst Boog: Erhard Milch – Der Architekt der Luftwaffe. In: Ronald Smelser und Enrico Syring (Hg.): *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*. Berlin: Ullstein 1995, 349–367.

517 Armin Wankmüller: Krauch, Carl. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 12. Berlin: Duncker & Humblot 1980, 679–681. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz44888.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019. — Hans Henecka: Hörlein, Heinrich. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1972, 353–354. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz32909.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.

518 Niederschrift über die 3. Sitzung des Senats der MPG am 29. 10. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 3, S. 14.

519 Manfred Rasch: Über Albert Vögler und sein Verhältnis zur Politik. *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 27 (2003), 127–156.

520 Eine biographische Skizze bei Joachim Lehman: Herbert Backe. Technokrat und Agrarideologe. In: Ronald M. Smelser, Rainer Zitelmann und Enrico Syring (Hg.): *Die Braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993, 1–12. — Zum „Hungerplan“ siehe Wigbert Benz: *Der Hungerplan im „Unternehmen Barbarossa“ 1941*. Berlin: wvb 2011.

521 Susanne Heim: *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 bis 1945*. Göttingen: Wallstein 2003, vor allem 23–33.

522 Zitiert nach Heim, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren*, 2003, 22.

Verdrängung und Ausblendung statt Selbstreflexion und Aufarbeitung – auf diese Formel kann man den Umgang der MPG mit ihrer KWG-Vergangenheit in der Nachkriegszeit bringen.⁵²³ Deswegen lässt sich der bewusste Verzicht auf besonders belastete KWG-Funktionäre beim Aufbau der MPG auch nicht als eine Art unausgesprochener Distanzierung vom Nationalsozialismus bzw. von der Rolle, die die KWG im „Dritten Reich“ gespielt hatte, interpretieren. Vielmehr war dieser Personenkreis nach Kriegsende besonders stark diskreditiert – so stark, dass mit ihm weder Staat zu machen, noch eine Wissenschaftsorganisation aufzubauen war. Um die neue Gesellschaft in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen, sollten – so Otto Hahn bereits im August 1946 – zu ihrer Gründung „mehr Wissenschaftler herangezogen [werden] als Industrielle, weil dies im In- und Ausland sicherlich einen guten Eindruck macht.“⁵²⁴ Hinzu kamen die bereits mehrfach erwähnten alliierten Vorbehalte gegen jede Verbindung der MPG mit Politik und Wirtschaft. Beides trug gleichermaßen dazu bei, dass zunächst nur wenige Politiker, Industrielle und Bankiers Aufnahme im Senat der MPG fanden. So versammelte sich denn in der frühen MPG und ihren Gremien in erster Linie das Inventar der (vernunft-)republikanischen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft der Weimarer Republik, darunter Männer wie der altgediente Wissenschaftsmanager Friedrich Schmidt-Ott⁵²⁵ oder auch ein demokratisches Urgestein wie Adolf Grimme. Indes personifiziert niemand diesen Gründerzirkel besser als der Prälat Georg Schreiber, dessen Leben einen Teil der Geschichte der KWG/MPG spiegelt – allerdings in etwas anderer Form als das von Wissenschaftsstars wie Otto Hahn, Adolf Butenandt oder Werner Heisenberg.

Auch wenn er national und vor allem international nicht an den Bekanntheitsgrad und das Ansehen einiger seiner Kollegen heranreichte, zählte Georg Schreiber fraglos zu den prägenden Gestalten der MPG in ihrer Gründungsphase.⁵²⁶ Geboren 1882 in Rüdershausen im (heutigen) Landkreis Göttingen, empfing Schreiber 1905 in Hildesheim die Priesterweihe. 1909 folgte die Promotion zum Doktor der Philosophie in Berlin, 1913 promovierte er in Freiburg im Breisgau zum Doktor der Theologie. Noch im selben Jahr habilitierte sich Schreiber in Münster. Ausgestattet mit der *Venia Legendi* für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte, berief ihn die Universität Münster 1917 auf einen entsprechenden Lehrstuhl. Schreiber war indes kein von der Welt

523 Mit „Verdrängung“ ist hier im Sinne von Carola Sachse „nicht nur ein unbewußter psychischer Prozeß“ gemeint, sondern „auch ein kommunikativer Prozeß der sich disziplinar und institutionell rekonstruierenden wissenschaftlichen Eliten im Nachkriegsdeutschland.“ Carola Sachse: „Pensilscheinkultur“. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen: Wallstein 2002, 217–246, 217.

524 Zitiert nach Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1083.

525 Wolfgang Treue: Friedrich Schmidt-Ott. In: Wolfgang Treue und Karlfried Gründer (Hg.): *Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber*. Berlin: Colloquium Verlag 1987, 235–250. — Bernhard vom Brocke: Schmidt-Ott, Friedrich Gustav Adolf Eduard Ludwig. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 165–167. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz38654.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.

526 Die folgende biographische Skizze nach Rudolf Morsey: Georg Schreiber. In: Rudolf Morsey (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Münster: Aschendorff 2000, 177–185. — Rudolf Morsey: Schreiber, Georg. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 529–530. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz116220.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019. — Rudolf Morsey: *Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer*. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2016.

abgekehrter Gelehrter. 1918 begann sein Engagement in der Zentrumspartei, für die er 1920 das Reichstagsmandat im Wahlkreis Westfalen-Nord eroberte, das er bis 1933 innehatte. Das Haupttätigkeitsfeld des bienenfleißigen Abgeordneten, der als Mitglied des Haushaltsausschusses über einigen Einfluss in seiner Partei und in der Reichspolitik gebot, stellte die nationale und internationale Kulturpolitik dar. Schreibers Ziel lautete, das von Kriegsniederlage und Versailler Vertrag gedemütigte und von inneren Konflikten zerrissene Deutschland zumindest als „Großmacht des Geistes und des Wissens“ zu bewahren.⁵²⁷ Auf diese Weise avancierte Schreiber zum „Nothelfer der d[eutschen] Wissenschaft“, ehe die Machtübernahme der Nationalsozialisten die politische und wissenschaftliche Karriere Schreibers beendete – zumindest für die Zeit des „Dritten Reichs“. Im Unterschied zu vielen anderen war Schreiber nicht bereit, sich auf Kompromisse mit den neuen Machthabern einzulassen. Eine Zwangsversetzung an die Staatliche Akademie im ostpreußischen Braunsberg konnte er nur vermeiden, indem er sich 1936 emeritieren ließ und sich ganz der Arbeit an den von ihm gegründeten Instituten für Auslandskunde und für Volkskunde widmete. Freilich ließen die Nationalsozialisten ihren geschworenen Gegner nicht lange unbehelligt. 1939 beschlagnahmte die Gestapo beide Institute mitsamt ihren wertvollen Bibliotheken und stellte Schreiber unter Hausarrest. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 musste Schreiber eine abermalige Verhaftung fürchten, der er sich prophylaktisch durch Flucht in die Abtei Ottobeuren entzog. Nach dem Ende des Krieges kehrte Schreiber nach Münster zurück, wo der Kirchenhistoriker und Kulturpolitiker wieder auf seinen Lehrstuhl eingesetzt wurde, den er bis 1951 innehatte; 1945/46 wirkte er zudem als erster Rektor der Münsteraner Universität nach der Befreiung. 1947 zerschlug sich eine Kandidatur für den nordrhein-westfälischen Landtag, da die CDU nicht in das alte Fahrwasser des Zentrums zurückkehren, sondern sich als moderne, interkonfessionelle Sammlungspartei profilieren wollte.⁵²⁸ Daraufhin widmete sich Schreiber ganz der Wissenschaft und ihrer (Neu-)Organisation, allen voran der MPG: Schreiber, der von 1926 bis 1933 dem Senat der KWG angehört hatte, zählte als „Schlüsselfigur der katholischen Wissenschaftspolitik“⁵²⁹ bereits zu dem kleinen Kreis illustrier Persönlichkeiten, die am 11. September 1946 im Theologischen Konvikt zu Bad Driburg die MPG für die britische Zone aus der Taufe hoben.⁵³⁰ Als in Göttingen am 26. Februar 1948 die MPG für die Bizone gegründet wurde, war Schreiber abermals mit von der Partie, um in den Gründungssenat der Gesellschaft gewählt zu werden.⁵³¹ Diesem Gremium gehörte er als

527 Zitiert nach Morsey, Schreiber, 2007, 529–530, 529. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

528 Siehe dazu Ute Schmidt: Zentrumspartei oder Union? Zur Archäologie eines Parteienkonflikts nach 1945. In: Matthias Frese und Michael Prinz (Hg.): *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven*. Paderborn: F. Schöningh 1996, 649–665.

529 Diese Wertung nach Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Herausgegeben von Florian Schmaltz et al. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 2. Berlin 2017, 6, Anm. 4.

530 Auszug aus dem Protokoll über die Gründungssitzung der MPG in der Britischen Zone am 11. 9. 1946 im Theologischen Konvikt zu Bad Driburg, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 202–205, Anwesenheitsliste 202.

531 Niederschrift über die Gründungsversammlung der MPG am 26. 2. 1948 in Göttingen, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 206–210, Dokument 66.

gewähltes Mitglied bis 1960 an, bevor er zum Ehrensenator ernannt wurde. In der MPG setzte sich Schreiber, der sich praktisch an jeder Senatsdebatte beteiligte, vor allem für die Belange der Geisteswissenschaften bzw. der Geisteswissenschaftlichen Sektion ein. In seiner Funktion als Vorsitzender der *Kommission für geisteswissenschaftliche Angelegenheiten* des Senats war er unter anderem die treibende Kraft bei der Gründung des Göttinger *MPI für Geschichte*.⁵³² Der wissenschaftspolitische Multifunktionsmann der Republiken von Weimar und Bonn, dem die höchsten staatlichen, kirchlichen und wissenschaftlichen Auszeichnungen zuteil wurden,⁵³³ starb im Februar 1963 in Münster.

Die Dominanz der Wissenschaftler, die den Gründungssenat der MPG kennzeichnete, blieb jedoch in dieser Form nicht lange bestehen. Früh schon drängten die Länder als Hauptgeldgeber auf eine Repräsentanz im Senat. Sie wünschten, berichtete Hahn im Oktober 1948, „der Senat der Gesellschaft solle ähnlich wie nach der vor 1937 geltenden Satzung der KWG zur Hälfte mit Vertretern der Staatsverwaltung ergänzt werden.“⁵³⁴ Das Königsteiner Abkommen schwächte diese Forderung jedoch ab. Artikel 4 forderte lediglich, „daß den Ländern im Senat der Max-Planck-Gesellschaft eine angemessene Vertretung einzuräumen ist.“⁵³⁵ Dies war jedoch weder in der MPG noch in ihrem politischen Umfeld unumstritten. So wandte sich beispielsweise Heinrich Wilhelm Kopf, der Ministerpräsident von Niedersachsen, in einem Gespräch mit Ernst Telschow im April 1949 in seiner temperamentvollen Art gegen die Aufnahme von Länderministern in den Senat der MPG, weil dadurch „die politische Unabhängigkeit des Senats gefährdet“ würde.⁵³⁶ Es müsse vielmehr „das Bestreben der MPG sein – ebenso wie früher das der KWG – den Senat als ein absolut unabhängiges, objektives und nur der Förderung der Wissenschaft dienendes Gremium aufrechtzuerhalten.“ Dass dem Senat der KWG zahlreiche Vertreter von Reich und Ländern angehört hatten, wenn auch nicht alle im Ministerrang, übergang Kopf geflissentlich. Er betonte Telschow gegenüber „immer wieder sehr nachdrücklich, dass der Senat der MPG sich als unabhängiges Gremium erhalten und gegebenenfalls auch anderslautenden Wünschen der Länder Widerstand leisten müsse.“ Diese Position ließ sich jedoch nicht halten. Im November 1949 wusste Hans Dölle dem Senat zu berichten, dass die „Stimmung in der seinerzeitigen Kultusministerkonferenz [...] gegenüber der MPG nicht sehr freundlich“

532 Siehe dazu Schöttler, *Max-Planck-Institut für Geschichte*, 2017, 21–22.

533 Schreiber wirkte unter anderem von 1924 bis 1941 und von 1948 bis 1961 Vorstandsmitglied der *Görres-Gesellschaft*, von 1946 bis 1962 Vorsitzender der *Historischen Kommission Westfalen* und von 1952 bis 1963 Mitglied der *Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen*. Er war päpstlicher Hausprälat (1924) und Apostolischer Pronotar (1958), ausgezeichnet mit zahlreichen Ehrendoktorwürden unterschiedlicher Fakultäten und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern. 1962 verlieh ihm die MPG die Harnack-Medaille.

534 Niederschrift über die 3. Sitzung des Senats der MPG am 29. 10. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 3, S. 24. — Siehe dazu auch Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 80, Anm. 57.

535 Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1. 4. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 227–231, Zitat 228, Dokument 71.

536 Vermerk von Ernst Telschow vom 27. 4. 1949 betr. Besuch des Ministerpräsidenten Kopf am 26. 4. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 5, fot. 8–9. Die folgenden beiden Zitate ebenda.

gewesen sei, was „auf verschiedenen Gründen“ beruhe. „Einer dieser Gründe ist, daß die Kultusminister nicht ausreichend im Senat der MPG vertreten sind.“ Daher stellte Dölle „anheim, zu überlegen, noch einen süddeutschen Kultusminister als solchen, also für die Dauer seines Amtes, in den Senat der MPG zu wählen.“⁵³⁷ Diesen Kurs hatte die MPG zu diesem Zeitpunkt längst eingeschlagen, auch wenn es bis 1954 dauern sollte, bis die Mitgliedschaft von drei Ministern der Länder im Senat in der MPG-Satzung verankert wurde – 1959 erhielt schließlich auch die Bundesregierung im Zuge einer Neufassung von Paragraph 12 der Satzung zwei Vertreter zugesprochen.⁵³⁸

Der erste Vertreter der Politik, der vom Gründerzirkel noch 1948 in den Senat der MPG kooperiert wurde, war mit dem Oberdirektor des Frankfurter Wirtschaftsrats, Hermann Pünder (CDU), ironischerweise kein Länderminister. Von ihm wird noch die Rede sein. Als Nächster in der Reihe der Politiker folgte 1949 der bereits erwähnte niedersächsische Finanzminister Georg Strickrodt (SPD), der in seiner Funktion als Vertreter der Finanzministerkonferenz der Länder in den Senat aufgenommen wurde; als er dieses Amt abgab, ersetzte ihn sein Nachfolger Heinrich Weitz,⁵³⁹ der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, im MPG-Senat. 1950 kam abermals ein Vertreter der Bundespolitik an die Reihe, nämlich Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas (CSU). Seine Zuwahl hatte eine lange Vorgeschichte: Bereits im Herbst 1948 hatte Hans Schlange-Schöningh,⁵⁴⁰ der Leiter der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft des Frankfurter Wirtschaftsrats, bei Telschow auf eine Aufnahme in den MPG-Senat gedrängt, was beim Generaldirektor durchaus auf offene Ohren stieß.⁵⁴¹ In der Folgezeit brachte Telschow immer wieder hochrangige Landwirtschaftsfunktionäre und Politiker als Senatoren ins Gespräch, darunter auch Heinrich Lübke (CDU),⁵⁴² konnte sich damit jedoch im Senat nicht durchsetzen.⁵⁴³ Erst als sich die MPG ernsthaft darum bemühte, ihre landwirtschaftlichen Institute in die Finanzierung des Bundes zu überführen,⁵⁴⁴ kam Bewegung in die Sache und der Senat beschloss, der Hauptversammlung die Zuwahl von Niklas vorzuschlagen.⁵⁴⁵ Aufgenom-

537 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 9.

538 Siehe Henning und Kazemi, Chronik, 2011, Bd. 1, 390. — Seit 1964 mussten die Vertreter der Länder Minister sein, die der Bundesregierung mindestens Staatssekretäre. Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 81, Anm. 59.

539 Michael Alfred Kanthner: Heinrich Weitz (1890–1962). *Geschichte im Westen* 4 (1989), 198–215.

540 Udo Wengst: Schlange-Schöningh, Hans. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 26. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz112559.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019. — Günter J. Trittel: Hans Schlange-Schöningh. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“. *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 25 (1987), 25–63.

541 Vermerk von Ernst Telschow vom 4. 10. 1948 über einen Besuch von Ministerialrat Prasse vom bizonalen Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 5.

542 Entwurf von Ernst Telschow: Senatssitzung – Tagesordnung, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 1. — Zur Person siehe Rudolf Morsey: *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn: Schöningh 1996.

543 Beispielsweise Niederschrift über die 4. Sitzung des Senats der MPG am 18./19. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 4.SP, Mappe 3, S. 17.

544 Querverweis (Finanzkapitel).

545 Niederschrift über die 7. Sitzung des Senats der MPG am 28. 4. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 3, S. 21.

men wurde 1950 auch Ernst Reuter (SPD), der Regierende Bürgermeister von Berlin, und zwar im Zuge der schwierigen Verhandlungen um die Eingliederung der Dahlemer Institute der *Deutschen Forschungshochschule* in die MPG.⁵⁴⁶ Als 1951 die Hälfte der Senatoren satzungsgemäß ausschieden, nutzte der Senat die Gelegenheit, um auch Carlo Schmid (SPD) zu kooptieren. Seine Aufnahme lag aus zwei Gründen nahe: Zum einen war der katholische Sozialdemokrat bereits 1927/28 als Referent am *KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* tätig gewesen. Dabei war er „bemüht, Deutschland mit Hilfe des Völkerrechts von den ‚Fesseln‘ des Versailler Vertrags zu befreien.“⁵⁴⁷ Schmid's wissenschaftliches Ansehen, das er sich durch diese Arbeiten erworben hatte, war groß – so groß, dass er im Frühjahr 1946 als ein Kandidat für den Direktorenposten des wiederzugründenden Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht gehandelt wurde.⁵⁴⁸ Zum anderen hatte sich Schmid – gemeinsam mit seinem Parteifreund Hans Rupp – in der unmittelbaren Nachkriegszeit große Verdienste um die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Institute erworben, die es nach Tübingen verschlagen hatte.⁵⁴⁹ Das hatten ihm die Direktoren der dort ansässigen Institute nicht vergessen, die über Hans Dölle den Vorschlag einbrachten, „Schmid als weiteres Mitglied des Senats der MPG in Aussicht zu nehmen“, zumal er bereit sei, „nicht nur als ‚Figur‘ im Senat der MPG zu fungieren, sondern wirklich mitzuarbeiten.“⁵⁵⁰ Dass der Senat diesen Vorschlag aufgriff, sollte sich als weitsichtige Entscheidung erweisen, denn Schmid stand der MPG nicht nur bis 1969 als Senator und ab 1970 als Ehrensensator mit Rat und Tat zur Seite, sondern sorgte – im Verein mit Hermann Pünder – auch dafür, dass der Bundestag der MPG 1956 erstmals über den Länderzuschuss hinausgehend Sondermittel in Höhe von sieben Millionen DM bewilligte.⁵⁵¹

Die Zuwahl weiterer hochrangiger Politiker aus Bund und Ländern führte indes nicht dazu, dass die MPG „mit sich selbst“ verhandelte. Die Partei- und Regierungsvertreter waren nämlich sehr wohl in der Lage, zwischen ihrer Rolle als MPG-Senatoren und ihren politischen Spitzen-

546 Niederschrift über die 7. Sitzung des Senats der MPG am 28. 4. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 3, S. 16–17. — Seine Bereitschaft, im Senat der MPG mitzuwirken, hatte Reuter bereits vorab bekundet. Ernst Reuter an Otto Hahn vom 21. 3. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 7.SP, Mappe 5, fot. 48–49. — Zu den Verhandlungen über die Aufnahme der Berliner Institute in die MPG siehe Kapitel 4.2 dieser Studie. — Aus der Fülle an biographischer Literatur siehe zur Einführung Winfried Süß: Reuter, Ernst Rudolf Johannes. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 467–468. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz45313.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.

547 Petra Weber: Schmid, Carlo. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 151–152, Zitat 151. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz113523.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019. — Grundlegend und bahnbrechend Petra Weber: *Carlo Schmid, 1896–1979. Eine Biographie*. München: Beck 1996.

548 Da der bisherige Direktor, Carl Bilfinger, durch sein Verhalten in der NS-Zeit diskreditiert war, schien seine reibungslose Entnazifizierung mehr als fraglich, weshalb man vorsorglich Alternativen sondierte. Lange, Carl Bilfingers Entnazifizierung und die Entscheidung für Heidelberg. Die Gründungsgeschichte des völkerrechtlichen Max-Planck-Instituts nach dem Zweiten Weltkrieg, 2014, 697–731, 709–710.

549 Siehe dazu den Abschnitt über „Die Franzosen und die ‚Tübinger Herren‘“ in Kapitel 2.2 dieser Studie.

550 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 9.

551 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Vormittagssitzung), AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3, S. 3. — Zur erstmaligen Bewilligung eines Bundeszuschusses siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 366.

ämtern zu unterscheiden. Dennoch erwies sich ihre Kooptierung für die MPG als großer Vorteil, denn dadurch fanden viele heikle Verhandlungen – insbesondere, aber keineswegs ausschließlich um Haushaltsfragen – in ihren eigenen Gremien statt und nicht im Verwaltungsausschuss des Königsteiner Abkommens oder später in den zuständigen Gremien der Bund-Länder-Konferenz. Die MPG musste sozusagen nicht auswärts antreten, wenn sie mit ihrem wichtigsten Geldgeber verhandelte, sondern verschaffte sich durch die Kooptierung von Vertretern der Politik in ihren Senat ein Heimspiel.

Während die MPG, was die Aufnahme von Vertretern von Bund und Ländern in den Senat betrifft, dem Drängen der Politik nachgab, mussten Wirtschaft und Industrie nicht erst lange bitten. Den KWG-Traditionalisten ging das Übergewicht der Wissenschaftler im Senat ohnehin gegen den Strich. Als der Senat im September 1950 über eine Neufassung der Satzung debatierte, wies Telschow „auf die Schwierigkeit hin, wenn im Senat eine größere Anzahl von Institutsdirektoren vertreten ist und über Finanzierungsfragen der Institute entscheiden“ müsse.⁵⁵² Hahn, der sich auch „gegen eine zu große Zahl von Wissenschaftlern im Senat“ aussprach, führte dafür „die geschichtliche Entwicklung“ ins Feld: „Die Stärke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach außen hat in der Beteiligung der Industriellen und Bankdirektoren gelegen.“ Diesem Standpunkt schloss sich auch Adolf Butenandt an. Die überarbeitete Satzung sah schließlich vor, dass „mindestens“ ein Drittel des Senats „aus anerkannten Vertretern der Wissenschaft bestehen“ müsse, wobei „die in der Max-Planck-Gesellschaft tätigen Wissenschaftler angemessen zu berücksichtigen“ seien.⁵⁵³ Damit wurde das Gewicht der Industrievertreter zu Lasten der Wissenschaftler gestärkt. Die Reise ging ohnehin längst in diese Richtung. Im Oktober 1948 kooptierte der Senat nicht nur Heinrich Hörlein, sondern auch Heinrich Kost, den Generaldirektor der *Deutsche Kohlenbergbau-Leitung Essen*.⁵⁵⁴ Telschow warb für ihn mit der Begründung, dass Kost „sicherlich immer für die Selbständigkeit unserer Gesellschaft kämpfen wird“.⁵⁵⁵ Den Ausschlag dürfte indes gegeben haben, dass das von Kost geleitete Unternehmen 300.000 DM für das *MPI für Kohlenforschung* und das *MPI für Arbeitsphysiologie* gespendet hatte⁵⁵⁶ – kurz nach der Währungsreform eine Menge Geld. Eine Reihe weiterer Wirtschaftsvertreter kamen im Zuge des 1951 anstehenden Revirements in den Senat, als satzungsgemäß die Hälfte der Senatoren ausscheiden musste, von denen freilich die meisten wiedergewählt wurden.⁵⁵⁷ Hinzu kamen der ehemalige Reichsbankdirektor Karl Blessing als Repräsentant der Hochfinanz, der seit 1948 Vorstandsvorsitzender des Hamburger *Uni-Lever-Konzerns* war, 1958 zum Präsident der

552 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 5. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

553 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 5.

554 Niederschrift über die 3. Sitzung des Senats der MPG am 29. 10. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 3, S. 14.

555 Ernst Telschow an Wilhelm Bötckes vom 9. 10. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 5, fot. 32.

556 Niederschrift über die 3. Sitzung des Senats der MPG am 29. 10. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 3.SP, Mappe 3, S. 14.

557 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Vormittagssitzung), AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3, S. 3. — Die im Folgenden genannten biographischen Angaben, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 469–470.

Bundesbank avancierte und 1966 in den Verwaltungsrat der MPG gewählt wurde; Fritz Gummert, Mitglied im Vorstand der *Ruhrgas AG*, der allerdings vor allem in seiner Funktion als Schatzmeister des *Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft* gewählt wurde; Hermann Kissler, der Vorstandsvorsitzende der *Landwirtschaftlichen Rentenbank*, der zugleich Bankwesen und Landwirtschaft repräsentierte; Generaldirektor Hermann Reusch, der Vorstandsvorsitzende der *Gutehoffnungshütte* Oberhausen, der von 1952 bis 1966 als Schatzmeister der MPG wirkte und in dieser Funktion dem Verwaltungsrat angehörte; Carl Wurster, von dem wir gleich noch hören werden; und Wilhelm Roelen, der Vorstandsvorsitzende von *Thyssen-Gas* in Mülheim an der Ruhr, der als Nachfolger von Adolf Windaus, der 1951 aus Gesundheitsgründen aus dem Senat ausschied, gewählt wurde. Roelen war der KWG/MPG bereits seit längerem als Mitglied des Kuratoriums des Kohlenforschungsinstituts verbunden und hatte der MPG, wie Georg Schreiber betonte, „in den schweren Aufbaujahren [...] große Dienste erwiesen“.⁵⁵⁸ Dieser Phalanx aus Industriellen, Bankiers und Arbeitgebervertretern stand als Arbeitnehmervertreter allein Hans Böckler gegenüber, der Vorsitzende des *Deutschen Gewerkschaftsbundes*, der bereits 1949 in den MPG-Senat kooptiert worden war, dem er bis zu seinem Tod 1951 angehörte.

Zwar waren 1951 mit Walther Gerlach als Vertreter der *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft* (der Vorläuferin der DFG), Werner Heisenberg, der von Karl-Friedrich Bonhoeffer im Vorsitz der *Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion* abgelöst worden war, und dem späteren Nobelpreisträger Karl Ziegler auch weitere Wissenschaftler in den Senat gewählt worden,⁵⁵⁹ doch hatten sich die Gewichte nun eindeutig zugunsten von Politik und Wirtschaft verschoben – ein Schritt zurück in Richtung KWG, die stets peinlich darauf geachtet hatte, dass ihre beiden wichtigsten Geldgeber in ausreichendem Maße in ihrem Senat vertreten waren. Die Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Gruppen hielt man dagegen auch in der MPG gegebenenfalls für verzichtbar. Die Beratungen, die der Verwaltungsrat im Vorfeld der Hauptversammlung 1952 abhielt, legen davon beredtes Zeugnis ab. Schnell einigte man sich darauf, einen zweiten MPG-Vizepräsidenten aus dem Kreis der Wirtschaft hinzuwählen zu lassen – die Wahl eines weiteren Wissenschaftlers, den der Wissenschaftliche Rat gefordert hatte, wie auch eines Gewerkschaftsvertreters als Ersatz für den verstorbenen Hans Böckler, stellten die Verwaltungsräte dagegen zurück.⁵⁶⁰ Schließlich verständigte sich der Verwaltungsrat darauf, Schatzmeister Bötckes zum Vizepräsidenten wählen zu lassen und an seiner Stelle einen anderen Industriellen, nämlich Hermann Reusch, mit der Aufgabe des Schatzmeisters zu betrauen. Gleichzeitig gab der Verwaltungsrat dem Drängen des Wissenschaftlichen Rats nach und schlug mit dem Nobelpreisträger Otto Warburg, für den Otto Hahn und Otto Benecke plädiert hatten, einen weiteren Wissenschaftler zur Wahl in den Verwaltungsrat vor – allerdings nicht, ohne ihm in Gestalt von Otto Seeling, dem Vorstandsvorsitzenden der *Deutschen Tafelglas AG*,

558 Niederschrift über die 12. Sitzung des Senats der MPG am 12.9.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 12.SP, Mappe 3, S. 4. — Siehe auch die Aufstellung bei Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 469–470.

559 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6.4.1951 (Vormittagssitzung), AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3, S. 3.

560 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 28.5.1952, TOP 6, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 8.VP.

zugleich Präsident des *Landesverbands der Bayerischen Industrie* und Präsidiumsmitglied des *Bundesverbands der Deutschen Industrie*, einen weiteren einflussreichen Industriellen an die Seite zu stellen, wofür sich Bötzkes und Telschow stark gemacht hatten.⁵⁶¹ Für einen Gewerkschaftsvertreter fand sich hingegen kein Platz mehr.

Es fällt auf, dass in der Gründungsphase kaum Außenseiter oder Neulinge in den Kreis der Senatoren und Verwaltungsratsmitglieder gelangten. Daran änderten auch die gelegentlich durch Alter oder Tod notwendig gewordenen personellen Erneuerungen der Leitungsgremien nichts, denn in der ersten Phase ersetzte die MPG einen Mann von gestern durch einen anderen. Bisweilen gelangten auf diese Weise sogar Ewiggestrige in die Führungsriege der MPG. Das galt – um das Beispiel eines Mannes zu nennen, der in und für die MPG noch wichtig werden sollte – für Carl Wurster, der seit 1951 dem Senat und seit 1958 auch dem Verwaltungsrat der MPG angehörte; von 1960 bis 1972 wirkte Wurster dann als Vizepräsident, bevor er 1972 zum Ehrensensator der MPG ernannt wurde. Ob Wurster indes der MPG zur Ehre gereichte, mag man mit guten Gründen bezweifeln. Schließlich kam mit dem BASF-Manager abermals eine Führungspersönlichkeit des hochgradig belasteten IG-Farben-Konzerns in die engste Leitung der MPG. Wurster zelebrierte diese Kontinuität regelrecht, indem er die überlebenden Vorstandsmitglieder der IG Farben, nachdem sie ihre wohlverdienten Haftstrafen aus dem Nürnberger Prozess abgesessen hatten, für den 6. Februar 1959 zu einer feierlichen Zusammenkunft einlud.⁵⁶² Mit von der Partie war seinerzeit auch Carl Krauch, vormals einflussreicher Leiter der Vierjahresplan-Behörde und Intimus von Hermann Göring. Krauch selbst blieb übrigens bis 1951 von Amts wegen – als Schriftführer und Senator – Mitglied der KWG und bis 1960, bis zur endgültigen Auflösung der KWG, ihr Persönlich Förderndes Mitglied.⁵⁶³

Diese Beispiele deuten bereits an, dass die MPG in ihrer Trennung vom Nationalsozialismus bestenfalls halbherzig agierte. Wie schwer es ihr fiel, sich selbst von der dunkelsten Seite der NS-Zeit abzugrenzen, verdeutlicht ihr Umgang mit Otmar Freiherr von Verschuer, dem Direktor des *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik*, der sich durch seine indirekte Mitwirkung – über seinen Schüler, den KZ-Arzt Josef Mengele – an Menschenversuchen in Auschwitz vollständig diskreditiert hatte.⁵⁶⁴ Obwohl Robert Havemann bereits 1946 in Presseartikeln sowie in Eingaben an diverse Behörden und Spruchkammern auf die „Auschwitz-

561 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 4. 11. 1952, TOP 4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 9.VP.

562 Diarmuid Jeffreys: *Hell's Cartel. I. G. Farben and the Making of Hitler's War Machine*. London: Bloomsbury 2009, 349.

563 Bergemann, *Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*, 1990, 139. — Krauch, der Carl Bosch im Vorsitz des Aufsichtsrats der IG Farben nachgefolgt war, war 1935 zum Fördernden Mitglied geworden, 1937 avancierte er zum Senator und 1. Schriftführer der KWG. Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 42, Anm. 131.

564 Zu Verschuer siehe Schmuhl, *Grenzüberschreitungen*, 2005, 470–482. — Benoît Massin: Rasse und Vererbung als Beruf. Die Hauptforschungsrichtungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Nationalsozialismus. In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein 2003, 190–244. — Massin, *Die Verbindung nach Auschwitz*, 2003, 201–251. — Bernd Gausemeier: *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein 2005. — Sachse, „Persilscheinkultur“, 2002, 217–246.

Dahlem-Connection“ (Benoît Massin) aufmerksam gemacht hatte,⁵⁶⁵ was im Kampf um die Dahlemer Institute eine nicht unwichtige Rolle spielte, brachte es die MPG nicht fertig, einen Wissenschaftler fallenzulassen, den sie als ehemaligen KWI-Direktor als einen der ihren betrachtete. Allerdings verhinderte der hartnäckige Widerstand des hessischen Kultusministers Erwin Stein (CDU) jede Form der „Wiederbeschäftigung“ Verschuers. „Alle Bemühungen, Herrn v. Verschuer wieder eine Arbeitsmöglichkeit zu schaffen – eventuell auch ohne Institut und ausserhalb der Universität – seien gescheitert“,⁵⁶⁶ konstatierte Otto Hahn auf der Senatsitzung am 22. Juli 1949. Schließlich kam Adolf Butenandt seinem Kollegen, mit dem ihn eine langjährige persönliche Freundschaft verband, zur Hilfe – und das, obwohl der Biochemiker selbst „Bedenken gegen die Belastung der Max-Planck-Gesellschaft mit einem neuen Institut für Anthropologie“ hegte.⁵⁶⁷ Im September 1949 verfasste Butenandt gemeinsam mit dem Biophysiker Boris Rajewsky, dem Biologen Max Hartmann und dem Pharmakologen Wolfgang Heubner eine Denkschrift, die der Historiker Robert N. Proctor als „eines der erstaunlichsten Beispiele der Persilscheinliteratur der Nachkriegszeit“ bezeichnet.⁵⁶⁸ Die krude und doch zeittypische Argumentation, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann,⁵⁶⁹ verfehlte schließlich ihr Ziel nicht: 1951 erhielt Verschuer einen Lehrstuhl für Humangenetik an der Universität Münster.⁵⁷⁰ Jedoch war der Eugeniker keineswegs der Einzige in der MPG, dessen weiße Weste braune Flecken aufwies. Das traf auch auf einen Mann zu, der im Zentrum der neugegründeten Gesellschaft stand, und dessen NS-Vergangenheit die MPG vor eine Zerreißprobe stellen sollte: Generaldirektor Ernst Telschow.

565 Ash, Umbrüche, 1995, 903–924, 916–917. — Carola Sachse: Wissenschaftseliten und NS-Verbrechen. Zur Vergangenheitspolitik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Sigrid Oehler-Klein und Volker Roelcke (Hg.): *Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus*. Stuttgart: Franz Steiner 2007, 43–64, 45–46. — Wer Havemann den Hinweis auf die Verbindung Verschuers zu Mengele gab, ist in der Forschung umstritten. Wahrscheinlich war es, wie Mitchell G. Ash schreibt, Verschuers Institutskollege Kurt Gottschaldt gewesen. Ash, Umbrüche, 1995, 903–924, 919. — Ash, Denazifying Scientists, 1996, 61–80, 73.

566 Niederschrift über die 5. Sitzung des Senats der MPG am 22. 7. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 5.SP, Mappe 3, S. 12. — Siehe dazu auch Carola Sachse: Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969). In: Achim Trunk und Wolfgang Schieder (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 286–319, 300. — Zu Stein siehe jetzt Anne Christine Nagel: *Ein Mensch und zwei Leben. Erwin Stein (1903–1992)*. Wien: Böhlau Verlag 2019.

567 Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 3, S. 19–20.

568 Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 28. — Zu Butenandts Rolle siehe auch Lewis, Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft, 2004, 403–443, 434–435. — Sachse, Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969), 2004, 286–319, 288–299.

569 Zur Verschuer-Denkschrift und ihrer Entstehung siehe ausführlich Sachse, „Persilscheinkultur“, 2002, 217–246, 220–237. — Sachse, Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969), 2004, 286–319, 301–311.

570 Niederschrift über die 11. Sitzung des Senats der MPG am 6. 4. 1951 (Nachmittagssitzung), TOP 4: Beschlussfassung über die Berliner Institute, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 3. — Zur Argumentation der Denkschrift siehe ausführlich Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 28–30. — Sachse, „Persilscheinkultur“, 2002, 217–246, 230–237.

6.3 Wechselseitige Abhängigkeiten in der Führungsspitze: Otto Hahn und Ernst Telschow

Was das Zusammenspiel der Leitungsgremien betrifft, war und blieb vieles von den Personen abhängig, die die Führungspositionen bekleideten. Das galt vor allem für die zentrale Gestalt im Ämtergefüge der MPG: den Präsidenten, den Paragraph 19 der Satzung mit dem Vorsitz „aller Verwaltungsorgane der Gesellschaft“ betraute, und seine Beziehung zum Generaldirektor der Gesellschaft, dessen Kompetenzen die Satzung nicht näher bestimmte. Letzterer, hieß es lapidar, wurde „vom Präsidenten im Einvernehmen mit dem Senat bestellt“ und leitete die Generalverwaltung der MPG, die dem Präsidenten bei der „Führung der Geschäfte [...] zur Seite“ stehen sollte (Paragraph 20).⁵⁷¹

Otto Hahn, der 1946 das Präsidentenamt von Max Planck übernahm und es bis 1960 bekleidete, gehörte einerseits fraglos zu den herausragenden Wissenschaftlern seiner Generation, und die verspätete Verleihung des Nobelpreises für Chemie für das Jahr 1944 stellte sozusagen die offiziöse internationale Anerkennung dieses Status' dar.⁵⁷² Zudem galt er, wie auch Max Planck, im In- und Ausland als vom Nationalsozialismus völlig unbelastet, was ihm moralischen Kredit verschaffte, der für dieses Amt in schwerer Zeit unverzichtbar war.⁵⁷³ Andererseits fehlte ihm so ziemlich alles, was einen echten Wissenschaftsmanager auszeichnet: Verwaltungserfahrung, diplomatisches und taktisches Geschick, operative Beweglichkeit, politisches Talent sowie robuste Durchsetzungsfähigkeit. Da Hahn sich selbst darüber vollkommen im Klaren war, hatte er sich auch nicht aktiv um das Präsidentenamt bemüht. Als ihn jedoch sowohl der greise Max Planck als auch die Briten dazu drängten, verweigerte Hahn sich nicht, sondern übernahm die ihm angetragene Verantwortung – die er freilich stets eher als Belastung denn als Auszeichnung empfand, zumal die Übernahme des Präsidentenamts den Verzicht auf die eigene Forschung bedeutete.⁵⁷⁴ Im Unterschied zu einigen seiner Vorgänger und Nachfolger im Präsidentenamt, die der KWG bzw. MPG ihren Stempel aufdrückten und in ihrer Amtszeit eine Ära prägten, gelang Hahn dies nicht. Nicht das „Amt des Präsidenten war geschwächt“, wie Michael Schüring meint,⁵⁷⁵ sondern Hahn war – jedenfalls gemessen an seinen Nachfolgern Adolf Butenandt und Reimar Lüst – ein schwacher Präsident.

571 Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 211–220, Zitate 216 und 217, Dokument 67.

572 Otto Gerhard Oexle vermutet, dass dabei die Briten ihre Finger im Spiel hatten, kann dafür allerdings nur Indizien anführen, jedoch keine Beweise. Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003, 38–41. — Zwar wurde viel über Otto Hahn geschrieben; eine Biographie, die wissenschaftlichen Standards genügt und auf dem heute zugänglichen Fundament an Quellen und Literatur beruht, steht indes immer noch aus.

573 Ruth Lewin Sime weist allerdings auf den merkwürdigen Kontrast im Verhalten von Otto Hahn vor und nach 1945 hin: Im „Dritten Reich“ war sein Verhalten das eines Nicht-Nazis (was nicht unbedingt dasselbe ist wie ein Nazi-Gegner). Nach 1945 unternahm er dagegen alles, um die jüngste Vergangenheit unter den Teppich zu kehren und sogar zu leugnen. Ruth Lewin Sime: *The Politics of Memory. Otto Hahn and the Third Reich. Physics in Perspective* 8/1 (2006), 3–51. doi:10.1007/s00016-004-0248-5.

574 Siehe dazu Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 56–57. — Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 407–470, 429.

575 Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 234.

Zur Ausübung der Amtsgeschäfte war Hahn daher von Anfang an auf die kenntnisreiche und loyale Unterstützung Ernst Telschows angewiesen,⁵⁷⁶ mit dem Hahn ein Lehrer-Schüler-Verhältnis verband: Telschow hatte 1912 bei Hahn – als sein erster Doktorand – an der Berliner *Friedrich-Wilhelm-Universität* in Chemie promoviert. „Bei einem Verlust seiner in vielen Jahren erprobten Persönlichkeit wüßte ich nicht, wie die Geschicke der Gesellschaft in der jetzigen schweren Zeit weitergeführt werden könnten“, räumte Hahn Ende Juli 1946 freimütig ein.⁵⁷⁷ Der mit allen Wassern gewaschene Verwaltungsexperte stand seinem Präsidenten denn auch nach 1945 stets treu zur Seite, so dass Adolf Butenandt ihn postum zutreffend als den „getreue[n] Paladin Otto Hahns“ charakterisierte.⁵⁷⁸ Eines erwähnte Butenandt in seinem Nachruf indes nicht: dass sich Telschow, der 1931 auf Empfehlung von Otto Hahn als Assistent in die Generalverwaltung der KWG eingetreten war, bis 1945 sehr weitgehend mit dem NS-Regime eingelassen hatte, um das Mindeste zu sagen. Bereits am 1. Mai 1933 war er in die NSDAP eingetreten und hatte eine Reihe von Ämtern innerhalb und außerhalb der KWG übernommen und dabei, als nimmermüder Networker, ein weitverzweigtes Netzwerk zu Personen geknüpft, die im NS-Staat über Macht und Einfluss geboten⁵⁷⁹ – und dementsprechend viel auf dem Kerbholz hatten. Einige von ihnen machte er zu Mitgliedern des Senats und des Verwaltungsausschusses der KWG. Zu nennen ist vor allem der bereits erwähnte Landwirtschaftsfunktionär Herbert Backe, der Autor des nach ihm benannten „Hungerplans“.⁵⁸⁰ Auf diese Weise war es der KWG einerseits möglich gewesen, in Finanzangelegenheiten gewissermaßen „mit sich selbst“ zu verhandeln.⁵⁸¹ Andererseits kettete sie sich damit weitaus stärker an das NS-Regime, als es zum Überleben als Organisation nötig gewesen wäre – und dieses Odium blieb nach 1945 insbesondere an Telschow haften.

Das „Führer-Prinzip“, das die neue Satzung von 1937 offiziell in der KWG eingeführt hatte,⁵⁸² eröffnete dem vormaligen Großkonditor in der Generalverwaltung und in der KWG insgesamt breite Handlungsspielräume, die der Instinktmensch Telschow virtuos zu nutzen verstand. Hinzu kam, dass er im Grunde seit seiner Beförderung zum „Generaldirektor“ bzw. „Generalsekretär“ der KWG nur eingeschränkt, wenn überhaupt, durch den Präsidenten in seiner Tätigkeit gelenkt und überwacht wurde. Im Mai 1937 trat Carl Bosch die Nachfolge von Max Planck

576 Zu Telschow siehe ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 633–648. — Ergänzend, allerdings sachlich teilweise fragwürdig, auch Przyrembel, *Friedrich Glum und Ernst Telschow*, 2004, 13–16.

577 Zitiert nach Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 74.

578 Adolf Butenandt: Ernst Telschow. 31. 10. 1889—22. 4. 1988. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Berichte und Mitteilungen (4)*. München 1988, 104–110 Zitat 109.

579 Zum umtriebigen Networking Telschows bis 1945 siehe Hachtmann, *KWG 1933–1945*, 2008, 19–52, 42–46.

580 Selbst einem Mann wie Herbert Backe stellte Telschow später noch einen Persilschein aus. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1123, 1165 und 1181.

581 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 140. — Hachtmann, *KWG 1933–1945*, 2008, 19–52, 35–38.

582 In Paragraph 10 hieß es unmissverständlich: „Der Präsident der Gesellschaft wird auf Vorschlag des Senats vom Minister ernannt. Der Präsident ist der Führer der Gesellschaft.“ Zitiert nach Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 54, Anm. 177.

als KWG-Präsident an. Da Bosch als Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, des größten Chemiekonzerns der Welt, sich nicht um die Details kümmern konnte, stellte er Telschow eine Generalvollmacht zur Vertretung der KWG und ihrer Institute aus, die Rüdiger Hachtmann zugespitzt, aber zutreffend als KWG-internes „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet.⁵⁸³ Hinzu kamen Depressionen und Alkoholprobleme, die Bosch zunehmend handlungsunfähig machten, ehe er 1940 starb. Damit begann im April 1940 ein Interregnum, das bis Juli 1941 andauern sollte. In dieser Zeit regierte Telschow, gestützt auf das Vertrauen führender Repräsentanten der NSADP und des NS-Staats, die KWG ganz allein. Als Ende Juli 1941 Albert Vögler das Amt des KWG-Präsidenten übernahm, änderte sich faktisch nur wenig, auch wenn es sich bei Vögler um einen machtbewussten und durchsetzungsstarken Manager handelte. Als Vorstandsvorsitzender der *Vereinigten Stahlwerke*, eines der wichtigsten deutschen Rüstungskonzerne, blieb ihm kaum Zeit, sich um die KWG zu kümmern, die er von Dortmund aus leitete. Telschow selbst wusste später von den „Schwierigkeiten“ der Reisen zwischen dem Ruhrgebiet und der Reichshauptstadt zu berichten, die Vögler alle zwei Wochen unternahm, um sich „eingehend über die Lage unterrichten“ zu lassen.⁵⁸⁴ So führte Telschow die Geschäfte der KWG mehr oder weniger alleine und ohne Aufsicht. Pointiert formuliert, konnte er weitgehend unkontrolliert schalten und walten, weil die KWG im „Führerstaat“ ohne Führer war. Ob dies insgesamt zum Nutzen oder zum Nachteil der KWG geschehen ist, kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben.⁵⁸⁵ Freilich hatte sich Telschow durch sein resolutes Handeln im „Dritten Reich“ unter den Wissenschaftlern der KWG nicht nur Freunde gemacht. Die, denen er nicht zuletzt über seine Ämter als Abwehrbeauftragter und Reichsverteidigungsreferent bei der KWG persönlich geschadet hatte – wie insbesondere Wilhelm Wengler –, sann nun auf Rache, andere wie Alfred Kühn, Georg Melchers oder Max Hartmann, die Direktoren am *KWI für Biologie*, hielten den Generaldirektor wegen seiner NS-Vergangenheit für die MPG schlicht für untragbar.⁵⁸⁶ Um in der MPG in leitender Funktion weiter tätig sein zu können, war Telschow darauf angewiesen, dass zunächst Planck und dann Hahn ihre schützende Hand über ihn hielten. Hahn und Telschow befanden sich mithin in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, was ihre leitende Tätigkeit in der MPG betraf – und dies verstärkte ihre gegenseitige Loyalität.⁵⁸⁷

Gestützt auf die Rückendeckung Hahns, auf die er sich fast immer verlassen konnte, war Telschow auch in den Anfangsjahren der MPG weit mehr als nur ein weisungsgebundener Verwaltungsmann. Zudem besaß der „Generaldirektor“ nach wie vor exzellente Kontakte in die

583 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 641.

584 Ernst Telschow: Generalverwaltung der KWG, in: FS Hahn, S. 2. — Zur Periode der „Industriekapitäne“ an der Spitze der KWG siehe Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 53–60.

585 Zur Rolle Telschows in der Generalverwaltung der KWG in der NS-Zeit siehe die detaillierten Untersuchungen von Macrakis: *Surviving the Swastika*. — Vor allem aber Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*.

586 Siehe dazu ausführlich Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 240–256. — Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, 421–432 und 437–441.

587 Rüdiger Hachtmann geht sogar soweit, von einem „gegenseitige[n] Abhängigkeitsverhältnis“ nicht nur zwischen Hahn und Telschow, sondern auch zwischen Telschow und Planck zu sprechen. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1131.

Politik und in die Wirtschaft. So war beispielsweise Kurt Zierold, der Leiter der Hochschulabteilung des niedersächsischen Kultusministeriums und einer der einflussreichsten Wissenschaftspolitiker seiner Zeit, Telschows Schwager.⁵⁸⁸ Und als die MPG im Sommer 1951 Informationen über die in München ansässige *Interessengemeinschaft Wirtschaft und Forschung AG* benötigte, wandte sich Telschow vertrauensvoll an Staatsrat Hans Meinzolt, der zuvor an leitender Stelle im bayerischen Kultusministerium tätig gewesen war.⁵⁸⁹ Was die Briten betraf, hatte sich Telschow durch geduldiges Antichambrieren bereits frühzeitig als Gesprächspartner etabliert, wobei der Umstand, dass er wie ja auch Blount sozusagen zur KWG-Familie gehörte, sicherlich nicht schadete.⁵⁹⁰ Angesichts der offensichtlichen Führungsschwäche Hahns und dank seiner Netzwerke besaß Telschows Wort in Senat und Verwaltungsrat nach wie vor großes Gewicht. Bei aller Taktlosigkeit im persönlichen Umgang, die selbst Otto Hahn wiederholt beklagte,⁵⁹¹ verband er großes taktisches Geschick mit einem untrüglichen Gespür für Macht und Machtverschiebungen.⁵⁹² Unterwürfig gegenüber den Stärkeren, herrisch gegenüber den Schwächeren und skrupellos im Einsatz der Mittel, die ihm der Zweck heiligte, war Telschow niemand, mit dem man sich gerne anlegte – das galt selbst für die Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder, deren Geheimnisse und Schwächen der Generalsekretär nur allzu oft genau kannte. Gestützt auf (bisweilen geheimes) Herrschaftswissen und persönliche Kontakte, stellte Telschow auch nach 1945 einen beachtlichen, nicht zu unterschätzenden Machtfaktor innerhalb der MPG dar.

Allerdings gebot er nach Gründung der MPG nicht mehr über dasselbe Maß an Macht und Einfluss wie noch in der KWG, er stand also nicht erst „Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre [...] im Zenit seines Einflusses“, wie Rüdiger Hachtmann meint.⁵⁹³ Das „Führer-Prinzip“ war mit dem „Dritten Reich“ untergegangen, so dass selbst Telschow Entscheidungen nicht mehr sozusagen freihändig treffen konnte. Was früher undenkbar schien, geschah nun nicht nur in Ausnahmefällen: „Vorschläge“ des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds stießen in den Leitungsgremien der MPG auf Ablehnung. So plädierte Telschow auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 25. März 1953 beispielsweise nachdrücklich dafür, den Wohnungsbau für die Mitarbeiter der MPG auch weiterhin in Eigenregie und auf eigenem Grund und Boden zu betreiben, da man das früher in der KWG ebenso gehandhabt habe. Der Verwaltungsrat entschied jedoch, bevorzugt Wohnungsbaudarlehen an Mitarbeiter zu vergeben und nur in Ausnahme-

588 Ash, *Ressourcenaustausche*, 2015, 307–342, hier 324. — Dazu und zu Telschows Netzwerk nach 1945 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1080.

589 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1. 6. 1951, TOP 5 e, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP.

590 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1199.

591 So notierte Hahn auf dem Höhepunkt des Konflikts mit den „Tübinger Herren“ in sein Tagebuch, dass er sich zwar für Telschow stark mache, „weil ich ja die Verdienste von T. gut kenne (allerdings auch sein Auftreten oft bedauert habe).“ Zitiert nach Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 75.

592 So auch Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 255.

593 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1200.

fällen eigene Wohnungen zu errichten.⁵⁹⁴ Und ganz so hilflos, wie insbesondere Rüdiger Hachtmann ihn schildert,⁵⁹⁵ war Otto Hahn denn doch nicht. Das zeigte sich schlaglichtartig in den schwierigen Verhandlungen, die Hahn am 4. August 1947 mit General Lucius D. Clay, dem Oberkommandierenden der US-Zone, in Frankfurt am Main führte, um die KWG auf die US-Zone (und mithin die gesamte Bizone) auszudehnen. Dies gelang Hahn schließlich auch, und zwar ohne seinen Adlatus, der Hahn zwar nach Frankfurt begleitet hatte, jedoch während der Verhandlungen untätig im Vorzimmer warten musste – „ungeduldig und erregt“, wie er sich später erinnerte. Angeblich teilte Hahn seinem Generaldirektor den Ausgang des Gesprächs mit den Worten mit: „Telschow, wir haben es geschafft, wir dürfen weiterarbeiten und zur Neugründung schreiten.“⁵⁹⁶ In diesem Fall hatte Telschow untätig zusehen müssen, wie mit Otto Hahn sein Vorgesetzter die Kastanien aus dem Feuer holte.

Auch in den Fällen, in denen Telschow in Konflikt mit Hahn geriet, setzte sich letztlich der Präsident gegen den Generaldirektor durch. Das betraf zum einen die sich immer wieder stellende Frage, ob Wissenschaftler mit brauner Vergangenheit (wieder) in die MPG aufgenommen werden sollten, zum anderen die Anknüpfung offizieller Wissenschaftskontakte der MPG nach Israel. Bei Letzterem handelt es sich um die wichtigste außenwissenschaftspolitische Aktivität der MPG der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Die erste Kontaktaufnahme ging nicht von der MPG aus, sondern von Angehörigen des *Weizmann Institute of Science*.⁵⁹⁷ Die Initiative stieß vor allem bei Wolfgang Gentner und Otto Hahn auf offene Ohren, während Ernst Telschow sich vehement gegen eine Kooperation mit der israelischen Forschungsorganisation aussprach, wofür er satzungstechnische Gründe ins Feld führte. Telschow konnte sich jedoch nicht durchsetzen, da die Kooperation zwischen MPG und *Weizmann Institut* für beide Seiten große Vorteile brachte: Den Deutschen – nicht nur der MPG, sondern der Bundesrepublik und ihrer Regierung – trug sie moralisch-politisches Kapital ein, den Israelis finanzielle und politische Unterstützung in schwierigen Zeiten. Zudem lag das Vorhaben, gleichsam als Geste des guten Willens, ganz auf der Linie von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Hahn willigte bereitwillig ein, den Austausch junger Wissenschaftler finanziell durch die MPG unterstützen zu lassen, ohne jedoch den Verwaltungsrat und Telschow davon vorab in Kenntnis zu setzen. Telschow,

594 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. 3. 1953, TOP 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 10.VP.

595 Hachtmann attestiert Hahn – wie übrigens auch Planck – an einer Stelle ganz allgemein „Hilflosigkeit“ (Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1199). An anderer Stelle bezeichnet er ihn als „in den Alltagsgeschäften einer Wissenschaftsgesellschaft völlig hilflos[...]“. Rüdiger Hachtmann: Rezension zu *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen (100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bd. 1)*, von Eckart Henning und Marion Kazemi. *Archiv für Sozialgeschichte (online)* 54 (2014). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81563>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019.

596 Rundschreiben von Ernst Telschow und Otto Benecke an die Mitglieder des Verwaltungsrats der MPG vom 17. 5. 1957, Anlage: Treatment des Films über die MPG, undatiert (Frühjahr 1957), AMPG, II. Abt., Rep. 61, 28.VP, Mappe 2. — Siehe dazu auch die Schilderung von Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 433. — Hahns großen Anteil an diesem Erfolg betont auch Oexle, der dies „seiner wissenschaftlichen Autorität, seiner Überzeugungskraft, seiner gewinnenden Persönlichkeit“ zuschreibt. Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60, 47.

597 Zum Weizmann-Institut siehe Ralf Balke: Weizmann Institute. Herausgegeben von Dan Diner. *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*. Stuttgart: Metzler 2015, 340–343. doi:10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0990.

der dieses Vorgehen als Affront gegen sich und einen Verstoß gegen die MPG-Satzung begriff, schäumte vor Wut – jedoch konnte er die Aufnahme der Kooperationsbeziehungen lediglich verzögern, nicht verhindern.⁵⁹⁸

In unterschiedlichen Lagern standen Präsident und Generalsekretär auch, als belastete Wissenschaftler nach dem Ende von Besatzungsherrschaft und Entnazifizierung wieder in die MPG drängten. Hahn zog in dieser Frage sozusagen moralische „rote Linien“ ein, die die Leitungsgremien der MPG letztlich respektierten. Dagegen kam Telschow, der in der Regel für eine Aufnahme der braunen Schafe plädierte, nicht an. So etwa im November 1949, als der Senat über die Eingliederung des Instituts für Rebenzüchtung beriet, woran – wir hörten bereits davon – Rheinland-Pfalz als Sitzland sehr gelegen war.⁵⁹⁹ Nach längerer Debatte beschloss der Senat, den Antrag abzulehnen. Zur Begründung heißt es in der genehmigten Niederschrift dieser Sitzung, dass das Institut „nicht in die gegenwärtige Arbeitsrichtung der Max-Planck-Gesellschaft passt“. Man käme nicht darauf, dass die Ablehnung mit der Person des Institutsleiters zusammenhing, zumal die Niederschrift vermerkte, dass mit diesem Beschluss „keinerlei Werturteil über die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeitsrichtung oder des Institutsleiters gegeben“ sei.⁶⁰⁰ Jedoch beweist ein überlieferter Entwurf dieser Niederschrift, dass man den Sachverhalt geschönt dargestellt hatte – im Kern ging es nämlich um den Institutsleiter, Bernhard Husfeld, und seine Vergangenheit am *KWI für Züchtungsforschung*.⁶⁰¹ Im Wissenschaftlichen Rat war die Stimmung mehrheitlich gegen die Aufnahme Husfelds und seines Instituts. Adolf Butenandt etwa warnte

vor dem Anschluß von Prof. Husfeld an MPG. Er könnte es nach den ernsten Unterhaltungen über die Finanzierung der MPG nicht verstehen, wenn wir wieder Institute an uns binden würden, die die Bereitstellung von Mitteln erforderlich machen.⁶⁰²

Den Ausschlag gab jedoch einmal mehr eine Wortmeldung von Otto Hahn, die der Protokollentwurf wie folgt festhält:

[Der] Präsident weist auf die frühere politische Einstellung von Husfeld hin und darauf, daß er seine Stellung auf Grund dieser erhalten hat. Möchte sich nicht vom Ausland und auch

598 Siehe dazu Thomas Steinhauser, Hanoah Gutfreund und Jürgen Renn: *A Special Relationship. Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation*. Herausgegeben von Florian Schmaltz et al. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 1. Berlin: Max Planck Institute for the History of Science 2017, 31–35.

599 Siehe dazu Kapitel 5.3 dieser Studie.

600 Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 3, S. 15.

601 Zu Husfeld, der NSDAP-Mitglied und nach dem Tode seines Lehrers Erwin Baur von 1933 bis 1936 kommissarischer Direktor des *KWI für Züchtungsforschung* war, siehe R. Eibach: Husfeld, Bernhard. *Biographisches Lexikon zur Geschichte der Pflanzenzüchtung*. Bd. 1. Göttingen: Gesellschaft für Pflanzenzüchtung 2000, 103–104. — Heim, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren*, 2003, 207–208.

602 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 36. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Alexander von Schwerin.

Inland vorwerfen lassen, wieder einen Gewinnträger des Nationalsozialismus aufgenommen zu haben. Hält sich für verpflichtet, seine persönliche Einstellung auch hier zu vertreten.⁶⁰³

Diese Mitteilung schlug im Senat wie eine Bombe ein. Prälat Schreiber erklärte sichtlich betroffen, die Senatoren hätten von Husfelds Vergangenheit nichts gewusst. Hahns Ausführungen seien „ein sehr starkes Argument und für [das] Ausland außerordentlich wichtig.“ Daraufhin wurde Ernst Telschow, der stets für die Belange der Landwirtschaft in der MPG eintrat, sich in der Debatte bislang jedoch auffällig bedeckt gehalten hatte, zur Stellungnahme aufgefordert. „Dr. Telschow erklärt, als er gefragt wird, daß er damals noch nicht sehr lange bei der KWG war, von damals hätte er noch kein Urteil. Ich bitte Sie, mir zu erlassen, über diese Dinge noch weiter zu sprechen.“⁶⁰⁴ So endete der Fall Husfeld für Telschow nicht nur mit einer Niederlage, sondern mit einer regelrechten Demütigung.

Eine ähnliche Frontstellung zwischen Hahn und Telschow ergab sich, als im Herbst 1958 mehrere Schüler des hochbelasteten Wilhelm Eitel – teilweise aus der MPG, teilweise von außerhalb – den Versuch unternahmen, ihren Doktorvater wieder nach Deutschland zurückzuholen und in die MPG zu integrieren. Der vormalige Direktor des *KWI für Silikatforschung* hatte 1933 nicht mit seiner nationalsozialistischen Gesinnung hinter dem Berg gehalten und sein Institut konsequent auf Rüstungsforschung umgestellt. Nach 1945 hatte er sich – wohl auch, um der Entnazifizierung in Deutschland zu entgehen – im Rahmen der „Operation Paperclip“ von den Amerikanern anwerben lassen.⁶⁰⁵ „Eitel habe nun den Wunsch“, berichtete der in die Pläne eingeweihte Telschow dem Senat,

wieder nach Deutschland zurückzukommen und habe auch für seinen Wunsch Unterstützung gefunden bei Professor Schwiete, Direktor des Instituts für Gesteinshüttenkunde in Aachen, einem früheren Schüler von ihm. Schwiete hielte DM 2000,- monatliche Bezüge für Herrn Eitel für notwendig. Ausserdem müssten ihm die Kosten der Reise von USA nach Deutschland gezahlt werden. Schwiete habe sich bereit erklärt, Herrn Eitel an seinem Institut aufzunehmen und einen Beitrag zu seinem Gehalt in Höhe von DM 500,- bereitzustellen.⁶⁰⁶

603 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 37. Das folgende Zitat ebenda.

604 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 37.

605 Zu Eitel siehe Stoff, *Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen*, 2006. — Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 55–56, 197.

606 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 10. 1958, TOP 5 e, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 36.VP. — Zu Hans Ernst Schwiete siehe Stoff, *Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen*, 2006, 12, Anm. 31. — Der zweite Initiator war Gerhard Trömel, der 1929 bei Eitel promoviert hatte und 1930 an das *KWI für Eisenforschung* nach Düsseldorf gewechselt war. Später wirkte Trömel als stellvertretender Direktor des *MPI für Eisenforschung*, bevor er 1961 zum Direktor des *Instituts für Eisenhüttenwesen der Bergakademie Clausthal* berufen wurde. Hans Walter Hennicke: Gerhard Trömel. *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft*. Bd. 25. Göttingen: Verlag Erich Goltze KG 1975, 129–130. <http://www.digibib.tu-bs.de/?docid=00051958>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.

Auch hier hatte Telschow die Rechnung ohne Hahn gemacht, der von einer Wiedereingliederung Eitels in die MPG – in welcher konkreten Form auch immer – nichts wissen wollte. Im Protokoll, das Hahns Äußerung frei von jeder emotionalen Schärfe und reduziert auf ihr inhaltliches Substrat wiedergibt, liest man:

Der Präsident äussert sich eingehend zu der Person des Herrn Eitel und betont, dass selbst bei einer Rückkehr von Herrn Eitel in die Bundesrepublik von seiten der Max-Planck-Gesellschaft auf keinen Fall an eine Verbindung mit ihm gedacht werden könne. Eine Anregung von Herrn Dr. Telschow, sich u. U. mit einem Beitrag von DM 500,- monatlich an den Bezügen für Herrn Eitel zu beteiligen, wird nicht diskutiert.⁶⁰⁷

Damit war die Angelegenheit entschieden und Telschow blieb nur noch, Eitel und seinen Mitstreitern den ablehnenden Bescheid des Verwaltungsrats mitzuteilen.

Ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass Telschow in der MPG nicht mehr nach Belieben schalten und walten konnte, obwohl er unter einem vergleichsweise schwachen Präsidenten agierte, bestand darin, dass die Bonner Mehrebenendemokratie nach anderen Prinzipien funktionierte als der „Führerstaat“. Das galt ganz besonders für den Bereich der Finanzen. Der Haushalt der MPG hing nicht mehr von persönlichen Absprachen des Generaldirektors in den Hinterzimmern von Politik, Wirtschaft und Partei ab. Das lag vornehmlich an zwei Faktoren: Erstens hatte das Königsteiner Abkommen nicht nur die Finanzierung der MPG institutionalisiert und zumindest mittelfristig sichergestellt, sondern auch den Verhandlungsweg bestimmt, auf dem MPG und Länder gemeinsam die Höhe der Zuschüsse festlegten.⁶⁰⁸ Darin bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen KWG und MPG. Zweitens verfügte die MPG mit den Senatoren und Verwaltungsratsmitgliedern aus dem Kreis der Länderregierungen über Akteure, die mit am Verhandlungstisch saßen, wenn im politischen Raum Entscheidungen über die Finanzierung der MPG bzw. der Wissenschaft allgemein getroffen wurden – und die dabei die Interessen der MPG mitbedachten und effektiv mitvertraten. So stellten sich, um nur ein Beispiel zu nennen, die Länder zunächst gegen den von Haushaltsausschuss, Verwaltungsrat und Senat der MPG vorgelegten Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1953/54. Im Verwaltungsratsprotokoll liest man über die weitere Entwicklung:

Jedoch ist durch das entscheidende Eintreten des Ministers Troeger und des Kultursenators Landahl in der Finanzminister-Konferenz und in der Kultusminister-Konferenz zweifellos die Atmosphäre so sehr verbessert worden, dass nicht nur der weiteren Preissteigerung Rechnung getragen werden, sondern bei sehr vielen Instituten eine wesentliche Verbesserung in sachlicher und personeller Beziehung durchgesetzt werden konnte.⁶⁰⁹

607 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 10. 1958, TOP 5 e, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 36.VP.

608 Zum Procedere, mit dem der Haushalt der MPG ab 1951 bis Mitte der 1960er Jahre aufgestellt wurde, siehe Kapitel 5.2 dieser Studie.

609 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. 3. 1953, TOP 1, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 10.VP. Das folgende Zitat ebenda.

Vor diesem Hintergrund bezeichnete Generalsekretär Benecke das Resultat als „für uns durchaus zufriedenstellend“.

Als besonders hilfsbereit und hilfreich unter den Vertretern der Politik in der MPG erwies sich Hermann Pünder, ein vormaliger Zentrumspolitiker, der von 1926 bis 1932 unter verschiedenen Reichskanzlern als Staatssekretär in der Reichskanzlei gewirkt hatte, im Zuge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 verhaftet worden war und 1945 zu den Gründern der CDU in Westfalen gehörte.⁶¹⁰ Pünder, der von 1949 bis 1963 dem Senat und von 1951 bis 1966 dem Verwaltungsrat der MPG angehörte, erlangte schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit abermals beträchtlichen politischen Einfluss: Ende November 1945 ernannten ihn die Briten zum Oberbürgermeister von Köln, 1947 avancierte er zum Oberdirektor des Verwaltungsrats der Bizone; in dieser Funktion war er ein wertvoller Verbündeter Hahns und Telschows im Kampf gegen eine Föderalisierung der Forschungsstrukturen in den westlichen Besatzungszonen.⁶¹¹ Parallel dazu vertrat Pünder seine Partei zunächst im Landtag von Nordrhein-Westfalen, bevor er 1949 ein Direktmandat für den Bundestag errang, in dem er bis 1957 saß. In der ersten Legislaturperiode bekleidete er den Vorsitz des Bundestagsausschusses für ERP-Fragen, und von 1952 bis 1956 gehörte er darüber hinaus der „Gemeinsamen Versammlung“ der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* an, einer der ersten nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen supranationalen Institutionen auf europäischer Ebene, die auch als „Europäisches Parlament“ bezeichnet wurde.⁶¹² Vor allem die beiden letztgenannten Funktionen waren es, die ihn für die MPG so wertvoll machten, denn Pünder besaß damit maßgeblichen Einfluss auf die Vergabe der Mittel aus dem Marshall-Plan und der Montanunion. Einen Teil dieser Gelder leitete Pünder auf die MPG um, wo sie in erster Linie für die apparatemäßige Ausstattung der Institute Verwendung fanden.⁶¹³ Kurz: Pünder sorgte dafür, dass die MPG bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden supranationalen Mittel nicht zu kurz kam. So verhandelte die MPG in Haushaltsfragen zwar nicht mehr „mit sich selbst“,⁶¹⁴ sie wurde aber von den Mitgliedern ihrer Leitungsgremien in Personalunion mitvertreten, saß also gleichsam mit am Tisch, wenn in den Ländern, im Bund und sogar in Europa über die Vergabe von Finanzmitteln entschieden wurde. Dieser Aspekt ihrer Governance erklärt die nach wie vor große Durchschlagskraft, die auch die MPG in Finanzierungsfragen entfaltete.

610 Siehe dazu und im Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Rudolf Morsey: Pünder, Hermann Joseph Maria Ernst. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 20. Berlin: Duncker & Humblot 2001, 762–763. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz97629.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10.4.2019.

611 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 440.

612 Sigrid Jaeckel: *Das EWG-Buch*. München: Union Diplomatique Mondial 1965, 34–37. — Zur Montanunion siehe Ludolf Herbst: *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*. 2. Aufl. München: dtv 1996, 74–86. — Werner Bühner: *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*. München: Oldenbourg Verlag 1986.

613 Beispielsweise Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1.6.1951, TOP 1: Mitteilung über den endgültigen Haushaltsplan 1951/52, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP. — Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 28.5.1952, TOP 1: Finanzierung, TOP 2: Sonstige Finanzierungsfragen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 8.VP. — Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 4.11.1952, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 9.VP.

614 Dies attestiert Rüdiger Hachtmann der KWG. Hachtmann, KWG 1933–1945, 2008, 19–52, 35–38.

Ein letzter Faktor, der die Macht des Generaldirektors beschränkte, bestand in der Einführung des Kollegialitätsprinzips an der Spitze der Generalverwaltung. Sie resultierte aus einem Streit um Telschows Person, der sich zur „Zerreißprobe für die gesamte Max-Planck-Gesellschaft“ auswuchs.⁶¹⁵ So hilfreich der Generaldirektor für Hahn in seinem Amt als Präsident auch war, erwies er sich zugleich aufgrund seiner NS-Vergangenheit als beträchtliche Belastung für die MPG. Bereits 1948 debattierten die Kultusminister der Bizone, die eigentlich die Frage der Finanzierung der MPG beraten sollten, bei einer Zusammenkunft in Ravensburg über die Vorwürfe gegen Telschow und setzten dazu eigens eine Kommission unter Leitung des Göttinger Rektors Ludwig Raiser ein. Parallel dazu tobte in der MPG, wenn auch unter sorgsamer Vermeidung jedweder Öffentlichkeit, ein heftiger, hinter den Kulissen ausgetragener Konflikt: Während sich Präsident Hahn nicht in der Lage sah, bei der Leitung der Gesellschaft auf Telschows Unterstützung zu verzichten, machten die Direktoren der in der französischen Zone ansässigen Institute, die Telschow etwas abfällig als „Tübinger Herren“ bezeichnete, ihren Beitritt zur MPG von Telschows Entfernung aus dem Amt des Generaldirektors abhängig. Obwohl es sich dabei mit dem KWI für Biochemie unter Adolf Butenandt, dem *KWI für Ausländisches und Internationales Privatrecht* unter Hans Dölle und dem *KWI für Biologie* mit den Direktoren Max Hartmann, Alfred Kühn und Georg Melchers sozusagen um das Tafelsilber der alten KWG handelte, stellte sich der Senat auf Hahns Seite und sprach Telschow am 18. März 1949 sein volles Vertrauen aus.⁶¹⁶

Bei dem Streit ging es nicht nur um die Person Telschows, dahinter standen auch Fragen von Macht und Geld.⁶¹⁷ Für Alfred Kühn und Georg Melchers, die beide nachweislich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren, stellte Telschow wegen seiner NS-Vergangenheit ein rotes Tuch dar; für andere wie Hans Dölle und Adolf Butenandt, die selbst ihren Beitritt zur NSDAP erklärt hatten, spielte dieser Punkt keine Rolle. Übereinstimmend kritisierten die Tübinger Direktoren die Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen in der MPG, die die einzelnen Institute entmachteten, und – darüber hinausgehend – den Umstand, dass sie nicht an der Ausarbeitung und Verabschiedung der Satzung von 1948 beteiligt gewesen waren. Zudem monierten sie, dass die MPG zu viele Institute aufgenommen habe, was ihre internationale Reputation gefährde. In diesem Zusammenhang übten sie vor allem an den landwirtschaftlichen Instituten Kritik, mit denen sich namentlich Butenandt „wenig zufrieden“ zeigte. Nachdrücklich plädierte der Biochemiker gegen die Aufnahme weiterer derartiger Einrichtungen, weil sie „die weitere Ausstattung der bestehenden Institute erschweren werde“, und erklärte mit Blick auf das bereits erwähnte Institut für Rebenzüchtung: „Ein Institut, dessen MPG-Charakter nicht von vornherein feststeht, und das obendrein noch eine politische Belastung bedeutet, aufzu-

615 Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 247. Zum Folgenden siehe ebenda, 247–256. — Siehe dazu insbesondere auch Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, passim. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1143–1147.

616 So Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 249.

617 Siehe dazu und im Folgenden Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, 416–425.

nehmen, wäre wohl das kurzichtigste, was wir machen können.“⁶¹⁸ Die Kritik an dem landwirtschaftlichen Forschungsschwerpunkt der MPG brachte die Tübinger automatisch in Gegnerschaft zum Generaldirektor, der zu ihren größten Verfechtern zählte.

Das Fass zum Überlaufen brachte eine gezielte Indiskretion Telschows gegenüber dem niedersächsischen Landesrechnungshof, der Mitte Juli 1949 in einer Untersuchung der öffentlichen Forschungsausgaben in den drei westlichen Besatzungszonen über die Kaiser-Wilhelm-Institute in der französischen Zone zu berichten wusste:

Hierbei hat sich nach Ansicht der Generalverwaltung [der MPG, J. B.] herausgestellt, daß diesen Instituten wesentlich höhere Zuwendungen gewährt wurden, als es früher in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft üblich war, weil es der Generalverwaltung nicht möglich war, Einfluß auf die Wirtschaftsführung zu nehmen, wie dies in der englischen und amerikanischen Zone gewährleistet war.⁶¹⁹

Der Kultusminister von Württemberg-Hohenzollern wandte sich daraufhin persönlich an die betroffenen Direktoren und drängte auf Aufklärung. Die „Tübinger Herren“ schäumten vor Wut, weil sie sich nicht nachsagen lassen wollten, überdurchschnittlich alimentiert worden zu sein bzw. schlecht gewirtschaftet zu haben. Nach dem Abschluss des Königsteiner Abkommens standen sie jedoch vor einem Dilemma: Einerseits beklagten sie eine Bevormundung durch die Generalverwaltung unter Telschow und forderten ihrerseits Einfluss auf die Entscheidungen der MPG-Leitung, andererseits setzte sie die Gründung der Bundesrepublik und die vergleichsweise großzügige Alimentierung der MPG durch die Ländergemeinschaft, die auffällig mit dem seit der Währungsreform herrschenden Sparzwang in der französischen Zone kontrastierte, finanziell unter Zugzwang.⁶²⁰ Nach zähem Ringen einigten sich beide Seiten schließlich auf einen Kompromiss: Mit Adolf Butenandt und Hans Dölle sollten zwei der „Tübinger Herren“ in den Senat kooptiert werden, so dass diese künftig direkt an der Leitung der MPG mitwirken konnten. Darüber hinaus beschloss der Verwaltungsrat am 14. Oktober 1949, die Kompetenzen des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds (also Telschows) neu zu regeln und in der Generalverwaltung das „Kollegial-Prinzip“ einzuführen. Damit nicht genug, fanden diese Verhandlungen ohne Telschow statt, der als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied zwar eine Einladung zur Sitzung des Verwaltungsrats erhalten hatte und auch tatsächlich anwesend war, aber vor der Tür des Besprechungsraums darauf warten musste, dass man ihm das Ergebnis der Beratun-

618 Entwurf der Niederschrift über die 6. Sitzung des Senats der MPG am 18. 11. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 6.SP, Mappe 2, S. 37.

619 Zitiert nach Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 250. — Siehe dazu auch Lewis, Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft, 2004, 403–443, 423.

620 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1145–1146. — Zur Finanznot der Institute in der französischen Zone nach der Währungsreform siehe auch den Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18./19. 3. 1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 223–227, hier 225–227, Dokument 70.

gen mitteilte.⁶²¹ Telschow beklagte sich über diesen Affront in einem larmoyanten Aktenvermerk, der in der Aussage gipfelte:

Da die Änderung der Satzung von Bedeutung für die Tätigkeit und die Verantwortung der Generalverwaltung ist, glaube ich, mit Rücksicht auf meine 20jährige Tätigkeit in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein gewisses Recht auf Teilnahme an der Sitzung gehabt zu haben.⁶²²

Doch alles Jammern und Klagen half nichts: Um einerseits den Beitritt der Institute aus der französischen Zone nicht zu gefährden und andererseits auch weiterhin auf die Dienste des bewährten Generalsekretärs zurückgreifen zu können, nahm es der ansonsten so überaus taktvolle Hahn in Kauf, Telschow zu brüskieren. Als der Senat im September 1950 über den Entwurf der Neufassung der Satzung beriet, zog der Generaldirektor ein letztes Mal alle Register, um die Einführung des Kollegialitätsprinzips an der Spitze der Generalverwaltung – und damit eine empfindliche Beschneidung der eigenen Kompetenzen – zu verhindern. Telschow erklärte,

daß er auf Grund seiner zwanzigjährigen Tätigkeit in der Generalverwaltung gegen das [...] ‚Kollegialprinzip‘ Einspruch erheben muß. Er hält deshalb, ohne dabei an seine Person zu denken, die Einstellung eines zweiten Generalsekretärs mit gleichen Rechten für unzumutbar. Die Einführung eines solchen Prinzips widerspricht der Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ist in keiner wissenschaftlichen Verwaltung üblich. Vielmehr muß in der Verwaltung die Verantwortlichkeit klar festgelegt sein; und diese kann nur in einer Hand liegen, zumal es nicht möglich ist, die Arbeitsgebiete in der Generalverwaltung so zu trennen, daß verschiedene Ressorts mit verschiedenen verantwortlichen Geschäftsführern gebildet werden können.⁶²³

Da die Stimmung im Senat gespalten war, witterte Telschow die Chance, den Kompromiss mit den Tübinger Direktoren in letzter Minute zu Fall zu bringen. Eine Krokodilsträne im Auge, bedauerte er, „daß das von sechs Tübinger Herren ausgesprochene Mißtrauensvotum gegen seine Person nicht Gegenstand einer offenen Aussprache vor allen Institutsdirektoren geworden ist. Er hätte eine solche begrüßt und auf Grund seiner Stellung auch erwarten können.“⁶²⁴ Nach dieser Indiskretion gab nun auch Hahn einen Teil seiner Zurückhaltung, die er im Verlauf der Sitzung an den Tag gelegt hatte, auf, und erklärte den Senatoren, dass das Kollegialitätsprinzip Teil eines „Gentleman-Agreement“ sei, von dem der Beitritt der Institute aus dem Südwesten abhing. Hahn und seine Unterstützer – namentlich Petersen und Bötzkes – hielten es nicht für zweckmäßig, noch einmal in eine Erörterung dieser Frage einzutreten, da man dann

621 Notiz vom 26. 10. 1949 (über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 10. 1949), AMPG, II. Abt., Rep. 61, 2.VP, Mappe 1. — Notiz vom 18. 11. 1949 betr. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Satzungsänderung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 2.VP, Mappe 1, fot. 3.

622 Vermerk Ernst Telschows vom 27. 10. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 2.VP, Mappe 1, fot. 4.

623 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 8.

624 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 9.

die Angelegenheit noch einmal von Anfang an behandeln müsste, was den Beschlüssen des Verwaltungsrats und des Senats widerspräche. Die Verhandlungen mit den Institutsdirektoren über ihre Einwände kann weder die Verantwortung des Senats aufheben noch die Sache fördern. Nach den Satzungen ist lediglich die Hauptversammlung für eine Satzungsänderung zuständig und der vorliegende Entwurf ist auf Grund eines Senatsbeschlusses durch eine zu diesem Zweck eingesetzte Satzungskommission ausgearbeitet worden. Es muß also möglich sein, den Institutsdirektoren klarzumachen, daß auf Grund der Vorgänge nicht anders gehandelt werden konnte und man muß sie bitten, sich mit den Tatsachen abzufinden.⁶²⁵

Als Hans Dölle schließlich im Namen seiner Kollegen erklärte, „man erwartet in Tübingen, daß die damalige Zusage voll erfüllt“ werde und „bestehe also auf der Bestellung eines zweiten Geschäftsführers“,⁶²⁶ war das Spiel für Telschow verloren. Diese Regelung – Michael Schüring spricht von einer „Teilentmachtung Ernst Telschows“⁶²⁷ – machte den Weg frei für den Beitritt der südwestdeutschen Institute zur MPG. Was Telschow betrifft, kam zum Verlust an Kompetenzen und Macht noch eine symbolische Degradierung hinzu: Die von der ordentlichen Hauptversammlung im Oktober 1950 beschlossene Satzungsreform beinhaltete nicht nur die Einführung des Kollegialitätsprinzips an der Spitze der Generalverwaltung, sie stufte den vormaligen „Generaldirektor“ zum „Generalsekretär“ herunter.⁶²⁸

6.4 Die Zeichen stehen auf Wandel

Nach längerem Hin und Her wurde am 1. Oktober 1951 Otto Benecke zum zweiten Generalsekretär der MPG und „weiteren geschäftsführenden Mitglied des Verwaltungsrats“ bestellt.⁶²⁹ Die Ernennung des Sozialdemokraten Benecke, der in der ersten deutschen Demokratie Mitarbeiter des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker gewesen war, bezeichnet Michael Schüring zurecht als „eine eminent politische Angelegenheit [...], die der neuen Machtverteilung in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Rechnung trug.“ Zudem sollte Benecke „als Ausgleich für die alles in allem sehr rechtslastige Generalverwaltung“ oder, in den Worten von Wilhelm Bötckes, als „Gegenspieler“ von Ernst Telschow wirken.⁶³⁰ Daraus wurde jedoch nichts, da Telschow aufgrund in Jahrzehnten gewachsener persönlicher Loyalitäten enormen Rückhalt in der Generalverwaltung genoss.⁶³¹ Dagegen benötigte Benecke als Newcomer von außen einige Zeit, um sich einzuarbeiten. So blieb Telschow zumindest *Primus inter Pares*, was

625 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 10.

626 Niederschrift über die 8. Sitzung des Senats der MPG am 18. 9. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 8.SP, Mappe 3, S. 10.

627 So die Kapitelüberschrift bei Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 247.

628 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 325.

629 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 326.

630 Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 2006, 252, 253 und 255.

631 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1199.

nicht zuletzt in seinem um 800 DM höheren Monatsgehalt zum Ausdruck kam.⁶³² Schließlich fanden die beiden Generalsekretäre ein Auskommen miteinander. Es gipfelte darin, dass Benecke im Jahr 1955 eine Vertragsverlängerung Telschows befürwortete, obwohl ihm bei Eintritt in die MPG vertraglich zugesichert worden war, alleiniger Generalsekretär zu werden, sobald Telschows Vertrag auslief – Benecke hätte also die Möglichkeit gehabt, Telschow loszuwerden, machte davon aber keinen Gebrauch.⁶³³

Bereits in dieser ersten Phase ist ein Element der Zentralisierung – im Sinne eines stärkeren Einflusses der MPG auf die einzelnen Institute – feststellbar. Einen ersten Schritt in diese Richtung markierte die Aufhebung des Lebenszeitprinzips, die zwar keine Entmachtung der Direktoren darstellte, aber ihre unbegrenzte Amtsdauer beendete. Das markiert eine deutliche Zäsur mit den Praktiken der KWG, die deren Wissenschaftliche Mitglieder in der Regel auf der Bahre verlassen hatten. Von 1951 an sollte in der MPG „eine lebenslängliche Anstellung nicht allgemein erfolgen“, vielmehr konnte „mit Zustimmung des Senats die Dienstzeit der Direktoren über das 65. Lebensjahr hinaus verlängert werden.“⁶³⁴ Ein weiterer Verbleib in Amt und Würden über die Pensionsgrenze hinaus, an dem den meisten Direktoren viel gelegen schien, war damit kein Selbstläufer mehr, sondern von der Zustimmung der Senatoren abhängig, die damit zumindest ein größeres Maß an Einfluss auf die Direktoren gewannen, als sie es zuvor besessen hatten. In manchen Fällen wollten Senatoren dies als Druckmittel verwenden bzw. als Instrument, um früheres Fehlverhalten zu bestrafen. Als Wilhelm Rudorf, um nur ein Beispiel zu nennen, im Herbst 1958 beantragte, seine aktive Dienstzeit um zwei weitere Jahre zu verlängern, weil „er sich gesundheitlich und geistig so frisch fühle, dass er in der Lage sei, seine Forschungsarbeit und auch die Leitung der Arbeit seiner Mitarbeiter bis zu seinem 70. Lebensjahr am 30. [Juni] 1961 fortzusetzen“,⁶³⁵ intervenierte Otto Benecke. Er hielt es „nicht für nötig, die Dienstzeit zu verlängern, da vor wenigen Jahren noch der Verwaltungsrat angesichts der unglaublichen, leichtsinnigen Überschreitungen des Bauhaushalts durch Herrn Rudorf ernsthaft die Frage seiner fristlosen Entlassung geprüft hat.“⁶³⁶ Da Kuhn und Telschow Rudorf jedoch zur Seite sprangen, kam sein Antrag schließlich knapp – bei zwei Gegenstimmen – im Verwaltungsrat durch. Derartige Auseinandersetzungen kamen jedoch nur selten vor. Die Beschränkung der Amtsdauer der Direktoren stellte nicht zuletzt einen Versuch dar, der drohenden Überalterung der MPG entgegenzuwirken. So führte Otto Hahn in der ihm eigenen Zurückhaltung vor der Festversammlung 1956 zur Frage der Altersgrenze für die seinerzeit rund 80 Wissenschaftlichen

632 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1200.

633 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 12. 1954, TOP 2: Personalangelegenheiten der Generalverwaltung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 16.VP.

634 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 1. 6. 1951, TOP 2a mit Beschluss des Verwaltungsrats, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 4.VP. — Das Zitat findet sich abgedruckt bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 310. — Diesen Beschluss bekräftigte der Verwaltungsrat 1953 abermals. Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. 3. 1953, TOP 5 a, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 10.VP.

635 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 10. 1958, TOP 5 c, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 36.VP.

636 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 14. 10. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 36.VP. Das Folgende nach ebenda.

Mitglieder aus: „Vielleicht ist ihr Durchschnittsalter im Mittel etwas höher, als wir wünschen möchten. Aber wir bejahen die Notwendigkeit, auch in unseren Reihen den jungen Kräften den ihnen gebührenden Platz einzuräumen.“⁶³⁷ Die MPG benötigte dringend eine Frischzellenkur, die die Beschränkung der Dienstzeit der Direktoren möglich machen sollte.

Die Satzungsreform von 1950 regelte darüber hinaus erstmals verbindlich die Rechte und Pflichten der Direktoren, recte: grenzte deren Rechte ein und schrieb ihre Pflichten fest. Der Senat wurde auf 32 Mitglieder vergrößert, zudem konnte der Senat von nun an selbst Ausschüsse einsetzen – ein Instrument zur Vorbereitung von Entscheidungen, von dem der Senat in Zukunft regen Gebrauch machen sollte. Auch änderte sich die Zusammensetzung des Verwaltungsrats: Von nun an gab es zwei Vizepräsidenten sowie „weitere Mitglieder“ des Verwaltungsrats, dafür entfielen der Schriftführer und der stellvertretende Schatzmeister. *Last but not least* fungierte der Präsident seither nicht mehr als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats; in dieser Funktion wechselten sich von nun an die Sektionsvorsitzenden ab. Das bedeutete freilich keine Entmachtung des Präsidenten, denn zugleich wurden nun auch diejenigen Direktoren, die keine Wissenschaftlichen Mitglieder waren, in den Wissenschaftlichen Rat aufgenommen.⁶³⁸ Dadurch verwandelte sich das Gremium in eine Art Sejm: Die deutliche Vergrößerung des Wissenschaftlichen Rats erschwerte es zunehmend, in strittigen Fragen einvernehmliche Beschlüsse herbeizuführen, was dieses Gremium tendenziell handlungsunfähig machte. Rufe nach einer Reform des Wissenschaftlichen Rats und seiner Funktionsweise sollten jedenfalls bald darauf lauter werden und im Grunde bis heute nicht verstummen.⁶³⁹

Im Mai 1953 beschloss der Senat schließlich eine Geschäftsordnung, die unter anderem die Rechte und Pflichten der Generalverwaltung regelte.⁶⁴⁰ Dies war ein relativ frühzeitiger Schritt in Richtung Formalisierung und Bürokratisierung, der den Grundstein für den späteren Ausbau der Generalverwaltung im großen Stil legte. In dieser ersten Phase blieb dieser Ausbau allerdings auf die Errichtung einer Zweigstelle in Düsseldorf beschränkt, wodurch die MPG näher an den Sitz der Bundesregierung heranzurücken gedachte, „um eine bessere Zusammenarbeit mit staatlichen und wirtschaftlichen Stellen des In- und Auslandes zu erreichen.“⁶⁴¹ Hier warf der bevorstehende Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG bereits seine Schatten voraus.

637 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 362.

638 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 325.

639 Beispielsweise Niederschrift über die 19. Sitzung des Senats der MPG am 14. 12. 1954, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 19.SP, Mappe 3, S. 5–6.

640 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, Bd. 1, 345. — Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. 3. 1953, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 10.VP.

641 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 8. 2. 1952, TOP 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 7.VP. — Dazu auch Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 28. 5. 1952, TOP 5, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 8.VP.

7. Zusammenfassung

Zwar avancierte die MPG schnell zu einem Eckpfeiler des Forschungssystems der entstehenden Bundesrepublik, sie hatte als Erbin der KWG zunächst jedoch einen schweren Stand. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Weiterführung der KWG in Gestalt der MPG alles andere als selbstverständlich, „drohte doch als Folge des Zusammenbruchs Deutschlands auch die Auflösung der Gesellschaft überhaupt.“⁶⁴² Wer nach Kriegsende einen höheren Betrag auf das Fortbestehen der KWG als Wissenschaftsinstitution im besetzten Deutschland gesetzt hätte, wäre wohl als Hasardeur bezeichnet worden. Erst das Zusammentreffen verschiedener Umstände und spezifischer Konstellationen machte es schließlich möglich, die Organisationsform der KWG, die außeruniversitäre Forschungsinstitute an der Schnittstelle verschiedener Disziplinen unter einem gemeinsamen Dach vereinigte, zu erhalten.

Die MPG trug selbst das ihre dazu bei, und zwar vor allem durch die frühzeitige und eindeutige Positionierung in der Forschungslandschaft. Sie betonte regelmäßig und ostentativ, dass ihre Institute „reine Grundlagenforschung“ betreiben würden. Die Wissenschaftspolitik der Alliierten, die jede Form von angewandter Forschung untersagte, zwang die MPG in diese Richtung – die doch ein Stück weit ein Lippenbekenntnis blieb. Selbst wenn man davon absieht, dass die Abgrenzung von angewandter Forschung und Grundlagenforschung nicht trennscharf möglich ist, stimmte das Postulat in der Sache nicht oder allenfalls teilweise. Schließlich wies auch die MPG eine Reihe von Instituten auf, die eindeutig und in erster Linie anwendungsorientierte Forschung betrieben. Dazu zählten nicht nur das *MPI für Eisenforschung* und das *MPI für Kohlenforschung*, sondern auch die erkleckliche Zahl an landwirtschaftlich orientierten Instituten. Um den Aspekt der Grundlagenforschung zu betonen, unterschied die MPG terminologisch zwischen „Max-Planck-Instituten“, die Grundlagenforschung betrieben, und „Instituten in der Verwaltung der MPG“, in denen auch angewandte Forschung stattfand.⁶⁴³ Allerdings war auch diese Kategorisierung teilweise fragwürdig, zählten doch die genannten anwendungsorientierten Institute für Kohlenforschung und für Eisenforschung zur ersten Kategorie. Hinzu kam, dass man eine angebliche Kontinuität zur KWG konstruierte, die jedoch ihrem Selbstverständnis nach nie eine Einrichtung der Grundlagenforschung gewesen war⁶⁴⁴ – ein klarer Fall von „Invention of Tradition“ (Eric J. Hobsbawm/Terence Ranger). Diese Konstruktion verfolgte – auf jeweils verschiedenen Zeitebenen – drei Stoßrichtungen: In Bezug auf die Vergangenheit sollte sie die Forscherinnen und Forscher der KWG von dem Vorwurf entlasten, Forschung für Hitlers Krieg betrieben oder an den NS-Verbrechen in irgendeiner Form mitgewirkt zu haben. Mit Blick auf die Gegenwart – die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – sollte die Betonung der Grundlagenforschung die wissenschaftliche Tätigkeit der MPG als konform mit den alliierten

642 FS Hahn, Vorwort, S. 1.

643 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 18. 7. 1948, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 1.VP, Mappe 1.

644 Dass „Grundlagenforschung als Identitätswurf der Max-Planck-Gesellschaft“ ein neues Element war, das sie von der KWG unterschied, betonen besonders nachdrücklich Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 86–98, Zitat 93.

ten Vorgaben ausweisen, die bekanntlich angewandte Forschung, insbesondere mit militärischem Bezug, untersagten, Grundlagenforschung dagegen gestatteten. In der Zukunft diene der Hinweis, eine Institution der Grundlagenforschung zu sein, nicht zuletzt als Rechtfertigung dafür, dass die MPG das Gros ihrer Finanzmittel von der öffentlichen Hand bezog.⁶⁴⁵

Die Betonung der Grundlagenforschung erklärt allerdings nicht, warum die Gründung der MPG letztlich von Göttingen – und nicht etwa von Berlin oder von München aus – erfolgte. Zwar lässt sich diese Frage nicht monokausal beantworten, doch kam keinem anderen Faktor eine ähnlich große Bedeutung zu wie der Unterstützung der Briten, auf deren Hilfe sich die Göttinger stets verlassen konnten. Keine andere Besatzungsmacht griff ihren deutschen Partnern so oft und so nachhaltig unter die Arme. Bereits Peter Alter betonte, „daß der Fortbestand der KWG als Max-Planck-Gesellschaft der britischen Besatzungsmacht zu verdanken ist.“⁶⁴⁶ Auf eine knappe Formel gebracht, agierte die britische Militärregierung weniger als Besatzungsmacht, sondern vielmehr als Schutzmacht für die KWG/MPG. Eine wesentliche Voraussetzung für diese enge Verbindung stellte die Verlegung der Generalverwaltung der KWG von Berlin nach Göttingen dar,⁶⁴⁷ die im Januar 1945 erfolgt war. Dort kam sie, gemeinsam mit einer Reihe von Kaiser-Wilhelm-Instituten, die im Zuge des Bombenkriegs ebenfalls aus Dahlem verlagert worden waren, auf dem Gelände der aufgelösten AVA unter. Damit befand sich die Generalverwaltung in der britischen Zone – und mit ihr auch Max Planck selbst, der nochmals interimistisch die Führung der KWG übernahm. In Gestalt der britischen Militärregierung trafen die Göttinger auf einen starken Partner, dem frühzeitig daran gelegen war, die KWG als institutionellen Verband der deutschen Spitzenforschung zu bewahren, wenn auch unter anderem Namen. Vor dem Hintergrund sich wandelnder internationaler Konstellationen unter den Vorzeichen des heraufziehenden Kalten Kriegs trägt das Zusammenspiel dieser beiden Akteure einen Gutteil der Erklärung bei, warum die Wiedergründung der KWG als MPG von Göttingen aus erfolgte und letztlich – gegen große Widerstände aus dem In- und Ausland – doch gelang.

Ohne dieses Bündnis hätte das Organisationsmodell der KWG/MPG wahrscheinlich nicht überlebt, zumal seinerzeit ernstzunehmende Alternativen existierten, was die Organisationsform eines Dachverbandes für Forschungsinstitute aus unterschiedlichen Disziplinen betraf. Das gilt zum einen für die *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, deren Aufbau die Sowjets in der SBZ/DDR vorantrieben, zum anderen für die von den Amerikanern favorisierte *Deutsche Forschungshochschule*. Letztere entstand als Zusammenschluss der in Dahlem ansässigen Kaiser-Wilhelm-Institute nach dem Vorbild der amerikanischen *Schools of Advanced Studies*, den die drei Flächenländer der US-Zone mit einem Staatsvertrag am 3. Juni 1947 ins Leben gerufen

645 Zur vergangenheitspolitischen, gegenwartspolitischen und zukunftspolitischen Funktion des Begriffs „Grundlagenforschung“ siehe Sachse, *Grundlagenforschung*, 2014, 243–268, 264.

646 Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 726–746, 743. — So auch das Urteil von Oexle, *Wie in Göttingen*, 1994, 43–60. — Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003. — Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, 1981. — Walker, Otto Hahn, 2003.

647 So auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1036 und 1078, 1085.

hatten.⁶⁴⁸ „Es wäre durchaus denkbar gewesen“, urteilen vor diesem Hintergrund Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske, „dass sich im Westen eine stärker an amerikanischen Vorbildern orientierte Forschungsorganisation durchgesetzt hätte, während sich die im Osten verbliebenen KWG-Institute zu Bestandteilen einer Akademie nach sowjetischem Vorbild entwickelten.“⁶⁴⁹ Der Allianz aus Briten und dem in Göttingen ansässigen KWG-Spross gelang es jedoch, zumindest Ersteres zu verhindern.⁶⁵⁰

Arbeitete auf britischer Seite vor allem Bertie K. Blount, der für Wissenschaft und Forschung zuständige Besatzungsoffizier, auf dieses Ziel hin, müssen auf deutscher Seite zwei Personen genannt werden: Otto Hahn und Ernst Telschow. Ohne das nationale und internationale Prestige des frischgebackenen Nobelpreisträgers Otto Hahn, des nach dem Tode Max Plancks wohl renommiertesten deutschen und in Deutschland verbliebenen Wissenschaftlers, wäre das Unternehmen zum Scheitern verurteilt gewesen. Nur einem Menschen von der Integrität und dem Ansehen Otto Hahns konnte es gelingen, die enormen Widerstände zu überwinden, die der Weiterführung der KWG in Gestalt der MPG gerade auf Seiten der Amerikaner entgegenstanden. Ohne den mit allen Wassern gewaschenen Verwaltungsexperten Ernst Telschow indes hätte sich Hahns Rolle auf die einer reinen Galionsfigur beschränkt, denn dem „Entdecker der Kernspaltung“ fehlte so ziemlich alles, was es zur tatkräftigen Führung eines so großen Gebildes und zur Integration der zentrifugalen Tendenzen, die einer solchen Organisation mehr oder weniger naturgemäß innewohnen, braucht. Hahn selbst war dies völlig klar, weshalb er sich nicht in der Lage sah, auf seinen alten Weggefährten Telschow zu verzichten – auch wenn er damit, was ihm ebenso klar war, andere vor den Kopf stieß, die Telschows Wesen wie auch seine NS-Vergangenheit verurteilten.

Während sich auf deutscher Seite nicht nur die „Tübinger Herren“ an Telschows NS-Belastung stießen, was einen der Gründe darstellte, weshalb sie 1949 seine Entlassung zur Bedingung für den Beitritt der Institute aus der französischen Besatzungszone zur MPG machten, schienen die Briten und selbst die Amerikaner damit kein großes Problem zu haben. Telschow war kein Einzelfall, das Gros der deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kam bei der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus mehr oder weniger ungeschoren davon. Das galt selbst für diejenigen, die – wie beispielsweise Karin Magnussen – große persönliche Schuld auf sich geladen hatten.⁶⁵¹ Dies lag nicht nur an den allgemein bekannten Mängeln, die die Entnazifizierung

648 Zur *Deutschen Forschungshochschule* siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013. — Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 148–160. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1068–1070.

649 Renn, Kant und Kolboske, *Stationen*, 2015, 5–120, 76.

650 Die in der *Deutschen Forschungshochschule* zusammengefassten ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute wurden schließlich nach deren Auflösung in die MPG integriert. Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 4. 11. 1952, TOP 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 9.VP. — Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 25. 3. 1953, TOP 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 10.VP.

651 Magnussen hatte am *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* mit Augenpräparaten experimentiert, die von ermordeten Häftlingen aus dem Konzentrationslager Auschwitz stammten; nach ihrer Entnazifizierung arbeitete sie als Biologielehrerin in Bremen. Siehe Hesse, *Augen aus Auschwitz*, 2001.

bisweilen in eine „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer) verwandelten. Hinzu kam – als Spezifikum der Wissenschaft – das merkwürdige Spannungsverhältnis, in dem Entnazifizierung und „intellectual reparations“ zueinander standen, und zwar im Grunde bei allen vier Siegermächten. Vor die Wahl gestellt, deutsche Wissenschaftler für ihre (Un-)Taten in der NS-Zeit zu bestrafen oder von ihrem Know-how sowohl militärisch, als auch ökonomisch zu profitieren, entschieden sie sich fast immer für Letzteres. „[S]owohl für die sowjetischen als auch für die amerikanischen Militärbehörden und Geheimdienste“, urteilt Mitchell G. Ash, „spielte die NS-Vergangenheit der deutschen Wissenschaftler und Techniker keine Rolle, wenn die Qualifikation der betreffenden Person selbst genutzt werden konnte und damit keinesfalls in die Hände der konkurrierenden Alliierten fallen sollte.“⁶⁵² Das trug dazu bei, dass die personelle Kontinuität in der Wissenschaft über die Epochengrenze von 1945 hinweg ähnlich stark ausgeprägt war wie etwa in Ministerien und Behörden.⁶⁵³ Im Übergang von der KWG zur MPG gab es keine „Stunde Null“.

Auch in anderer Hinsicht stellten die Alliierten langfristig die Weichen. Der Gegensatz zwischen einer *Science as Economics* und einer *Science as Culture* führte nicht nur zu einer Zweigleisigkeit in der amerikanischen und ebenso der britischen Wissenschaftspolitik in Deutschland, sondern spaltete auch die Apparate ihrer Militärregierungen. Im Zuge ihrer Mitwirkung an den von den Alliierten verhängten strengen Forschungskontrollen wurden deutsche Stellen zunächst in diesen Konflikt mithineingezogen. Später ging die Auseinandersetzung ganz in deutsche Hände über: Nun standen sich die Länder, vertreten durch ihre Kultusministerien, und der Bund bzw. seine Vorläufer in Gestalt des Stuttgarter Länderrats und des Frankfurter Wirtschaftsrats, und hier besonders deren Wirtschaftsverwaltung, als Kontrahenten gegenüber. Das Tauziehen drehte sich um die Frage, ob die Wissenschaftspolitik der entstehenden Bundesrepublik zentral oder föderal ausgerichtet sein sollte, wobei die „Zentralisten“ in der Wirtschaftsverwaltung des entstehenden Weststaates saßen, die „Föderalisten“ in den Kultusministerien der Länder. Zunächst gelang es den Ländern, ihre Position im Wege einer föderal ausgerichteten Wissenschaftsförderung auch im Bereich der außeruniversitären Forschung durchzusetzen. Der Konflikt war damit jedoch noch nicht beendet, er sollte die wissenschaftspolitischen Debatten in der Bundesrepublik noch die nächsten Dekaden prägen.⁶⁵⁴

Für die MPG bedeutete die Neuregelung ihrer Finanzierung, um die es in diesem Ringen um eine zentrale oder föderale Ausrichtung der Wissenschaftspolitik in Westdeutschland auch und vor allem ging, eine tiefe Zäsur. War die KWG noch etwa jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft finanziert worden, hing die MPG faktisch seit ihrer Gründung am Tropf der

652 Ash, *Wandlungen*, 2018, 29–65, 52.

653 Siehe dazu die Beiträge in: Stefan Creuzberger und Dominik Geppert (Hg.): *Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018. — Zur „Vergangenheitspolitik“ der MPG, die auch auf die NS-Belastung ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder eingeht, bereitet Florian Schmaltz momentan eine größere Studie vor.

654 Diese Interpretation nach Cassidy, *Controlling German Science*, I, 1994, 197–235. — Cassidy, *Controlling German Science*, II, 1996, 197–239.

öffentlichen Hand. In der unmittelbaren Nachkriegszeit lebten die Institute der KWG/MPG buchstäblich von der Hand in den Mund, bevor es ab 1947 gelang, die staatliche Finanzierung der Grundlagenforschung sicherzustellen, wobei es zunächst große Unterschiede zwischen den drei westlichen Besatzungszonen gab. Allerdings erwies sich bald, dass das zentrale Finanzierungsmodell der britischen Zone, das eine Alimentierung der Institute über einen Globalzuschuss an die MPG vorsah, die das Geld dann an die Forschungsstätten weiterreichte, sowohl für die Geldgeber als auch für die Empfänger die meisten Vorteile bot. Daher orientierte sich das Königsteiner Abkommen, mit dem die Ländergemeinschaft die Finanzierung der außeruniversitären Forschung übernahm, an diesem Modell. Damit hatten einmal mehr die Briten die Richtung vorgegeben, in die sich die MPG wie auch die westdeutsche Wissenschaftspolitik insgesamt entwickelte.

Das Königsteiner Abkommen vom April 1949, das nicht nur die Finanzierung von DFG und MPG, sondern auch einer Reihe weiterer Forschungsinstitute durch die Ländergemeinschaft regelte, stellte das „forschungspolitische[...] ‚Grundgesetz‘ der jungen Bundesrepublik“ (Helmuth Trischler) dar.⁶⁵⁵ Dadurch wurde nicht nur die Zustimmung der Franzosen zur Ausdehnung der MPG auf alle drei westliche Besatzungszonen möglich, sondern auch die Kultushoheit der Länder im Bereich der Forschung untermauert, noch ehe die Bundesrepublik aus der Taufe gehoben worden war. Die Königsteiner Formel lief auf einen Kompromiss hinaus, mit dem die Länder ihre Ziele nur teilweise erreichen konnten. Ihre Kultusministerien mussten letztlich darauf verzichten, auf die einzelnen Max-Planck-Institute direkten Einfluss zu nehmen. Nur um diesen Preis konnten die Länder die latente Bedrohung eines Einstiegs des Bundes in die Forschungsfinanzierung einstweilen bannen. „Für das kollektive Gut ihrer forschungspolitischen Hoheit zahlten die Länder also den Preis, jeden Versuch, die Forschung der MPG einzeln zu steuern, unterlassen zu müssen.“⁶⁵⁶ Die MPG profitierte damit vom entstehenden Konflikt zwischen Bund und Ländern, der in der Bonner Mehrebenendemokratie angelegt war.

Die Logik dieser forschungspolitischen Konstellation schloß für die MPG sowohl die Gefahr einer föderalistischen Zersplitterung wie eines zentralstaatlichen Dirigismus aus, indem sich die beiden forschungspolitischen Kontrahenten in ihren Steuerungsbemühungen wechselseitig neutralisierten.⁶⁵⁷

Auf diese Weise erlangte die MPG ein zuvor nie gekanntes Maß an forschungspolitischer Unabhängigkeit, und das paradoxerweise in dem Moment, in dem sie sich weitgehend in die finanzielle Abhängigkeit der öffentlichen Hand begab.

655 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 125.

656 Siehe dazu Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 102–111, Zitat 109.

657 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 110.

Wirklich zufrieden gab sich die MPG mit dem Erreichten allerdings nie. Immer wieder kritisierten ihre Leitungsgremien, dass die Zuschüsse der öffentlichen Hand für Wissenschaft und Forschung völlig unzureichend seien, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Im Protokoll der Senatssitzung vom Dezember 1954 heißt es beispielsweise:

Gründliche Untersuchungen würden zweifellos ergeben, daß die von der öffentlichen Hand für Zwecke der Wissenschaft aufgewendeten Mittel weder mit der Geldumwertung, dem gestiegenen Volkseinkommen und den Mehreinnahmen an Steuern, noch, was uns wichtiger erscheint, mit den Notwendigkeiten der Wissenschaft Schritt gehalten haben.⁶⁵⁸

Diese Klagen gehörten gleichsam zum Geschäftsmodell der MPG, sich einerseits von den Ländern finanzieren zu lassen, andererseits den Umfang dieser Finanzierung stets als unzureichend zu bezeichnen, um noch mehr Geld zu fordern. Und doch war Königstein auch insoweit ein Meilenstein, als das Abkommen die MPG, die zuvor im Lager der „Zentralisten“ gestanden hatte – das galt zumindest für den Göttinger Kreis um Otto Hahn und Ernst Telschow –, mit den Ländern aussöhnte. Dies schuf die Basis, auf der sich eine gedeihliche Zusammenarbeit entwickeln sollte, die bis heute anhält.

Die wissenschaftspolitische Konstellation zwischen Bund und Ländern, die die MPG in die überaus günstige Position des lachenden Dritten brachte, trägt demnach bereits ein Stück zur Erklärung bei, warum der MPG – gerade im Vergleich etwa zu den Universitäten oder zu anderen staatlich finanzierten Forschungsträgern – ein so beachtliches Maß an Freiheit bzw. Unabhängigkeit in ihrer Forschungspolitik zugestanden wurde, obwohl sie weitgehend von staatlichen Zuschüssen abhängig war. Hinzu kamen drei weitere Faktoren: Erstens die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, der einen umfassenden Steuerungsanspruch gegenüber der Wissenschaft und auch der KWG und ihren Instituten erhoben hatte – unabhängig davon, dass sich viele ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler freiwillig dem Regime angedient hatten. Hinzu kam, zweitens, die Rolle der Besatzungsmächte, hier vor allem der Amerikaner, die ihre Zustimmung zur Wiedergründung der KWG als MPG davon abhängig machten, dass die MPG sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber der Wirtschaft unabhängig sein würde. Dies wurde schließlich auch in der MPG-Satzung verankert, auf die die Vertreter der MPG stets verwiesen, wenn es galt, staatlichen Eingriffen einen Riegel vorzuschieben. Drittens entsprangen die forschungspolitischen Handlungsspielräume der MPG dem Umstand, dass die Nachkriegszeit ihr zwar ein vollkommen neues Finanzierungsmodell beschert hatte, ihre Governance-Strukturen jedoch weitgehend unverändert geblieben waren. Angesichts heterogener Interessen fanden die Länder lediglich die Kraft, gemeinsam die eigene Prärogative in der Bildungs- und Forschungspolitik zu sichern, um zu verhindern, dass der entstehende westdeutsche Bundesstaat Kompetenzen auf dem Gebiet der Kultuspolitik gewann. Indes sahen sich die Länder nicht in der Lage, gemeinsam eine Wissenschaftspolitik für die MPG zu entwerfen.

658 Niederschrift über die 19. Sitzung des Senats der MPG am 14. 12. 1954, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 19.SP, Mappe 3, S. 4.

Deswegen überließen sie diese zentrale Steuerungsaufgabe letztlich der Organisation selbst. Dies bedeutete eine langfristige Weichenstellung, denn als die Länder später versuchten, mehr Einfluss auf die Wissenschaftsorganisation zu nehmen, konnte die MPG diesen Vorstoß – auch mit Hilfe des Bundes – erfolgreich abwehren. Gleichzeitig bildeten die Länder den Garant dafür, dass die späteren Versuche des Bundes, dominierenden Einfluss auf die MPG zu gewinnen, zum Scheitern verurteilt waren.⁶⁵⁹

Angesichts der gewaltigen Aufgaben, die der Staat in der „Gründungskrise“ der Bundesrepublik (Hans Günter Hockerts) bewältigen musste, erscheint es bemerkenswert, dass sowohl die Länder als auch der Bund sich ohne weiteres bereitfanden, die Finanzierung der MPG zu übernehmen. Dabei gab es – auch dies ist bemerkenswert – keinerlei Unterschiede zwischen Union und SPD, diese Bereitschaft herrschte parteiübergreifend vor. Woran lag das? Zum einen dürfte allen Beteiligten klar gewesen sein, dass der Wiederaufbau einer international konkurrenzfähigen Wirtschaft in einem hochtechnisierten Zeitalter ohne eine entsprechende konkurrenzfähige Spitzenforschung nicht gelingen konnte. Zum anderen funktioniert die *Scientific Community* per se Grenzen und Nationen übergreifend, weshalb die Wissenschaft der Bundesrepublik ein schnelles Entree auf das internationale Parkett ermöglichte – vorausgesetzt, dass die westdeutsche Forschung entsprechende Ergebnisse vorweisen konnte. Ausschlaggebend dürfte jedoch auch hier die in der föderalen Struktur der Bundesrepublik angelegte Konkurrenz zwischen den Ländern und dem Bund gewesen sein: Die Länder wollten partout verhindern, dass der Bund diese Aufgabe übernahm, während der Bund dieses Geschäft nicht allein den Ländern überlassen wollte. Bei den Forschern stieß die weitgehende finanzielle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand zunächst jedoch auf wenig Gegenliebe. Mehr als alles andere befürchteten sie, zu Weisungsempfängern der Ministerien und Ministerialbürokraten degradiert zu werden, das heißt keine eigenständige Forschungspolitik – etwa was die Festlegung von Forschungsgegenständen und Forschungszielen betrifft – mehr betreiben zu können. Es dauerte bis weit in die 1950er Jahre hinein, bevor diese Ängste abflauten und man sich in der MPG mit der Abhängigkeit von staatlichen Mitteln abfand.

Die Governance der MPG bedeutete keinen tiefen Bruch mit den Traditionen der KWG, hier begegnet vielmehr eine Mischung aus Kontinuität und Wandel. Der Aufbau der Leitungsgremien und ihre Struktur, wie sie die Satzung der MPG von 1948 vorsah, gemahnte noch sehr stark an die KWG. Allerdings verschob sich das eigentliche Machtzentrum ein Stück weit von der „Exekutive“ – dem Präsidenten und der Generalverwaltung, die im „Dritten Reich“ bestimmend gewesen waren – auf die „Legislative“, den Senat. In ihm dominierten anfangs hochrenommierte Wissenschaftler, während sich die Vertreter aus Politik und Wirtschaft zunächst in der Minderheit befanden. Das begann sich jedoch schon bald wieder zu ändern, so dass sich die Führungsriege der MPG tendenziell in Richtung KWG rückentwickelte – bei nach wie vor extrem großer personeller Kontinuität: Kaum ein MPG-Senator der Gründerjahre hatte nicht

659 Dieses Dreiecksverhältnis zwischen Bund, Ländern und MPG wird in der Untersuchung über die Entwicklung der MPG zwischen 1955 und 1972 näher beleuchtet werden, die der Autor momentan vorbereitet.

zuvor schon engste Kontakte zur KWG unterhalten oder war in ihr Mitglied gewesen. An der Spitze kam es zu einem Zusammenspiel von zwei Personen, die diese Kontinuität verkörperten und das Funktionieren der MPG in der Umbruchphase sicherstellten: Otto Hahn, der als Nobelpreisträger der MPG Prestige verlieh, ohne das ihre Gründung kaum vorstellbar gewesen wäre, und Ernst Telschow, dessen immense Kenntnisse und Erfahrungen in der Verwaltung gerade für Hahn unverzichtbar waren. „Verliehen Planck und anschließend Hahn nach dem Krieg also der KWG das Prestige und die Legitimität, die sie dringend benötigte“, urteilt Jeffrey Lewis, „so lieferte Telschow die praktische Erfahrung für die Alltagsgeschäfte.“⁶⁶⁰

Zwar dominierten im Senat – dem in der Gründungsphase entscheidenden Gremium der MPG – anfangs die Wissenschaftler, während dort zunächst nur wenige Repräsentanten von Politik und Wirtschaft saßen, was einen Bruch mit den Gepflogenheiten der KWG darstellte. Jedoch setzte bereits im Sommer 1948 ein *Rollback* ein, in dessen Zuge die Zahl der Politiker und vor allem der Manager im MPG-Senat signifikant zunahm. Die Lektüre der Senatsprotokolle offenbart einen signifikanten Unterschied im Verhalten der Vertreter dieser beiden Gruppen: Die Politiker im Senat meldeten sich hauptsächlich in den Debatten um Haushaltsfragen zu Wort und wenn es um die Gründung, Umwandlung oder Schließung von Forschungseinrichtungen ging, die die öffentliche Hand maßgeblich finanzierte, während sie sich bei anderen Themen zurück- oder ganz heraushielten. Ganz anders die Vertreter von Wirtschaft, Industrie und Hochfinanz, die zu einem beachtlichen Teil selbst Wissenschaftler waren. Das lag an einer Besonderheit gerade der deutschen Chemieindustrie, deren Vorstände und Aufsichtsräte weit stärker als bei der Konkurrenz etwa aus Frankreich, Großbritannien oder den USA von Managern mit akademischem Background besetzt waren. Die Manager im Professorenrang – beispielsweise Carl Wurster von der BASF – beteiligten sich intensiv an den Senatsdebatten und zählten zu denen, die die Entscheidungsfindung maßgeblich beeinflussten. Zwar muss die Frage, inwieweit sie ihre Position in Senat und Verwaltungsrat der MPG nutzten, um Interessen der Industrie durchzusetzen, weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Fest steht, dass der Staat als Hauptfinancier der MPG damals und auch später nicht entsprechend seiner finanziellen Leistungen in den Leitungsgremien der MPG repräsentiert war, während die Wirtschaft hier über vergleichsweise große Mitwirkungsmöglichkeiten gebot, die nicht mit ihrem – relativ geringen – Beitrag zur Finanzierung der MPG in Einklang standen.

Aus der heutigen Perspektive erscheint die Wiedegründung der KWG als MPG – nicht zuletzt angesichts der unbestreitbaren Erfolge, die die MPG im Laufe ihrer mittlerweile über 70jährigen Geschichte verzeichnen konnte – als eine Erfolgsgeschichte. Das ist nicht falsch, blendet aber die verpassten Gelegenheiten aus, die die Gründungsgeschichte der MPG bei genauerem Hinsehen ebenfalls kennzeichnen. Es mag an dieser Stelle ausreichen, kurz auf zwei dieser Gelegenheiten hinzuweisen: Zum einen versäumte es die MPG, sich stärker von der NS-Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisation bzw. von Personen, die sich im „Dritten Reich“ durch ihr

660 Lewis, *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft*, 2004, 403–443, 412.

Verhalten und ihre Äußerungen in Wort und Schrift diskreditiert hatten, zu distanzieren. Ein offenerer Umgang mit den Grenzüberschreitungen der Wissenschaft in einem System, das eine Entgrenzung durch Enthumanisierung ermöglicht hatte, hätte die MPG zumindest mit denjenigen versöhnen können, die aus religiösen, politischen oder „rassischen“ Gründen nach 1933 aus der KWG vertrieben worden waren. Vielleicht wäre dann auch ein Albert Einstein wieder zu gewinnen gewesen – er hätte der MPG als Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied gut zu Gesicht gestanden. Zum anderen muss im Rückblick auch die Frage gestellt werden, ob das KWG-Modell tatsächlich die bestmögliche Konstruktion gewesen ist, um außeruniversitäre Forschungsinstitute verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach zu vereinen. Immerhin verkörperte die *Deutsche Forschungshochschule* einen neuen „Ansatz zu einem institutionell getrennten Graduiertenstudium“,⁶⁶¹ der anderenorts – zumal in den USA, die im Bereich der Spitzenforschung oft und gerne als Vorbild herangezogen werden – große wissenschaftliche Erfolge ermöglichte. Dieser Versuch scheiterte in erster Linie an den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich auf die eigene Forschung konzentrieren wollten und Lehre vor allem als Belastung wahrnahmen. Möglicherweise hätte sich das Verhältnis der MPG zu den Universitäten anders gestaltet, wäre diese Weiche damals anders gestellt worden.

Die Wiedergründung der KWG in Gestalt der MPG schuf die Basis, auf der es schließlich gelingen sollte, in der demokratisch verfassten Bundesrepublik international angesehene Spitzenforschung zu betreiben. Eines mutet jedoch im Rückblick befremdlich an: nämlich wie vehement sich führende Repräsentanten der KWG gegen eine Umbenennung in MPG aussprachen und wie lange sie dem Verlust des alten Namens nachtrauerten.⁶⁶² Otto Hahn war darüber so empört, dass er zunächst drohte, das eben erst übernommene Präsidentenamt niederzulegen. „Dann bin ich also unter falschen Voraussetzungen gewählt“, soll Hahn ausgerufen haben, „denn ich habe die Wahl als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und nicht einer anderen Gesellschaft angenommen.“⁶⁶³ Als im Februar 1951 die KWG offiziell für aufgelöst erklärt wurde, führte Hahn vor dem Senat aus, „daß ihm als einem der ältesten Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft besonders nahe ginge“ und dass diese Auflösung nur „unter dem Zwange der Verhältnisse heraus“ erfolgt sei. Der Präsident betont, „daß die Max-Planck-Gesellschaft alles daran setzen werde, die hohe wissenschaftliche Tradition der KWG zu erhalten.“⁶⁶⁴ Ähnliche Töne wurden auf der letzten Außerordentlichen Hauptversammlung der KWG angeschlagen, die am 21. Juni 1960 im Berliner Hilton-Hotel stattfand. Adolf Butenandt, der in seiner Funktion als MPG-Präsident den Vorsitz führte, berichtete den Anwesenden,

661 Heinemann, Wiederaufbau, 1990, 407–470, 458.

662 Siehe dazu und im Folgenden Walker, Otto Hahn, 2003, 40–43. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1090–1095.

663 Zitiert nach Osietzki, *Wissenschaftsorganisation und Restauration*, 1984, 102. — Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, 2007, 1091–1092.

664 Protokoll der Außerordentlichen Hauptversammlung der MPG am 6. 4. 1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 11.SP, Mappe 4, fot. 88–93, Zitat fot. 93.

daß in einigen an ihn gerichteten Briefen noch einmal die Frage aufgeworfen worden sei, ob die Namensänderung denn wirklich sein müsse. In diesem Sinne habe der Fürst von Hohenzollern geschrieben und auch Herr Professor Schreiber, der zu bedenken gäbe, ob man nicht Wege finden könne, den Namen in irgendeiner Form zu erhalten.⁶⁶⁵

Doch Butenandt blieb nichts, außer die Anwesenden auf eine für 1961 geplante Festschrift zu vertrösten, die anlässlich des 50jährigen Gründungsjubiläums herausstellen sollte, „was die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bedeutet habe, und daß die Max-Planck-Gesellschaft wirklich voll in ihre Tradition eingetreten sei.“ Ein Jahr später bilanzierte Adolf Butenandt in seiner Ansprache auf der Hauptversammlung der MPG abermals wehmütig die Geschichte der KWG, die 1960 endgültig liquidiert worden war.⁶⁶⁶

Man mag die Anhänglichkeit von Männern wie Hahn und Butenandt, die sich ihre wissenschaftlichen Sporen in der KWG verdient hatten, an ihre alte institutionelle Heimat verstehen. Aus heutiger Perspektive muss die Umbenennung von *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* in *Max-Planck-Gesellschaft* als eine der besonders positiven Veränderungen der Übergangsjahre gelten. Heute kann sich wohl kaum eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der MPG vorstellen, in einer *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* tätig zu sein. Jedenfalls wäre es unter dieser Flagge wohl kaum möglich, internationale *High Profiles* als Direktor oder Direktorin für eine Mitarbeit zu gewinnen. Anders als Männern wie Hahn und Butenandt war den Emigranten bzw. Vertriebenen unter den deutschen Wissenschaftlern die Unmöglichkeit, die Gesellschaft unter dem alten Namen fortzusetzen, von Anfang an völlig klar. So schrieb beispielsweise Lise Meitner im Oktober 1946 an Otto Hahn:

Dass die Alliierten die Tradition aus der Zeit Kaiser Wilhelms als unglücklich betrachten und daher eine Namensänderung der K. W. G. wünschen, wird im ganzen Ausland als so selbstverständlich betrachtet, dass niemand den Widerstand dagegen versteht. Denn der Gedanke, dass die Deutschen das auserwählte Volk sind und das Recht haben mit allen Mitteln sich die „minderwertigen“ Völker zu unterwerfen, ist immer wieder von Historikern, Philosophen und Politikern geäußert worden und schliesslich von den Nazis in die Tat umzusetzen versucht worden [...].

Was die besten Menschen unter Engländern und Amerikanern wünschen, ist, dass die besten Deutschen einsehen, dass mit dieser unglücklichen Tradition, die die ganze Welt und Deutschland selbst ins grösste Unglück gebracht hat, endgültig gebrochen wird. Und als kleines Zei-

665 Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V. i. L. durch die Außerordentliche Hauptversammlung am 21. 6. 1960, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 249–250, Dokument Nr. 84, Zitat 250. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

666 Siehe „Über den Standort der MPG im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt bei der 12. Hauptversammlung der MPG am 8. Juni 1961 in Berlin“, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 3–19 hier vor allem 4–8.

chen deutscher Einsicht soll der Name der K. W. G. geändert werden. Was bedeutet der Name, wenn es um die Existenz Deutschlands und damit Europas geht?⁶⁶⁷

Dabei war die MPG zunächst kaum mehr als eine KWG mit anderem Firmenschild. Eine Veränderung setzte erst nach etwa einem Jahrzehnt ein: Während sich die Bundesrepublik vom ungeliebten Provisorium zu einem im In- und Ausland angesehenen Staatswesen jenseits des Nationalstaats mauserte, durchlief die MPG zwischen Mitte der 1950er und den frühen 1970er Jahren einen umfassenden Transformationsprozess. Aus ihm ging die MPG hervor, die wir heute kennen – aber das ist eine andere Geschichte.

667 Zitiert nach Walker, *Otto Hahn*, 2003, 42.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

8.1 Ungedruckte Quellen

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

II. Abt., Rep. 60, Senat, Nr. 1-8.SP, 10-16.SP, 18.SP, 19.SP

II. Abt., Rep. 61, Verwaltungsrat, Nr. 1-4.VP, 6-10.VP, 16.VP, 28.VP, 36.VP

II. Abt., Rep. 69, Finanzen/Revision, Nr. 65, 79, 109, 127

III. Abt., ZA 35, Nachlass Werner Köster, Nr. 1

Vc. Abt., Rep. 4, Manuskripte, Nr. 186

Bundesarchiv

Z 45-F, Office of Military Government for Germany United States (OMGUS), 2/84/4

The National Archives, London

FO 371, Foreign Office: Political Departments: General Correspondence from 1906–1966, Nr. 65254

FO 1012, Control Office for Germany and Austria and Foreign Office: Control Commission for Germany (British Element), Berlin: Records, Nr. 359

8.2 Gedruckte Quellen und Literatur

Abelshauer, Werner: Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), 85–113.

———: Immaterial Reparations and the Reintegration of West Germany into the World Market. In: Matthias Judt und Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers 1996, 107–118.

Albrecht, Helmuth: „Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler“. Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*. Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1993, 41–63.

Albrecht, Helmuth und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 356–406.

Alliiertes Sekretariat (Hg.): *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin, Ergänzungsblatt Nr. 1. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1946*. https://www.100dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf. Zuletzt aufgerufen am 14. 3. 2019.

- Alter, Peter: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 726–746.
- Ash, Mitchell G.: Denazifying Scientists—and Science. In: Matthias Judt und Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers 1996, 61–80.
- : Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–342.
- : Rezension: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118. doi:<https://doi.org/10.1007/s00048-009-0011-8>.
- : Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43/10 (1995), 903–924.
- : Wandlungen der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg. In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 29–65.
- Baganz, Carina: JCS 1067. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 349–351.
- Balcar, Jaromir: *Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 4. Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka. Berlin 2018.
- : *Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972*. München: Oldenbourg 2004.
- Balke, Ralf: Weizmann Institute. *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*. Herausgegeben von Dan Diner. Stuttgart: Metzler 2015. doi:[10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0990](https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0990).
- Banken, Ralf: „Der Haushalt ist nach dem Grundsatz der Sicherheit aufgestellt.“ Die Entwicklung des Haushalts des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute 1860–1980. In: Helmut Maier, Andreas Zilt und Manfred Rasch (Hg.): *150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860–2010*. Essen: Klartext Verlag 2010, 795–821.
- Benz, Wigbert: *Der Hungerplan im „Unternehmen Barbarossa“ 1941*. Berlin: wvb 2011.

- Benz, Wolfgang: Alliierte Deutschlandpolitik. *Historisches Lexikon Bayerns*, 2018. http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alliierte_Deutschlandpolitik. Zuletzt aufgerufen am 12. 3. 2019.
- : *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*. Ein Handbuch. Berlin: Akademie Verlag 1999.
- : *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*. 5. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1999.
- : *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1986.
- Bergemann, Claudia: *Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Herausgegeben von Marion Kazemi und Christel Wegeleben. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft 1990.
- Betz, Armin: *Interorganisationaler Technologietransfer in Baden-Württemberg. Systemanalyse und Systemkapazitäten unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierung*. Tübingen [u. a.]: Francke 1997.
- Beyler, Richard H.: „Reine“ Wissenschaft und personelle „Säuberung“. *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2004.
- Biddle, Wayne: *Dark Side of the Moon. Wernher von Braun, the Third Reich, and the Space Race*. New York, NY: W.W. Norton 2009.
- Biermann, Wolf: *Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie*. Berlin: Propyläen 2016.
- Boog, Horst: Erhard Milch – Der Architekt der Luftwaffe. In: Ronald Smelser und Enrico Syring (Hg.): *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*. Berlin: Ullstein 1995, 349–367.
- Bower, Tom und Volkhart Matyssek: *Verschwörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte*. München: List 1988.
- British Intelligence Objectives Sub-Committee: *Allied Intelligence Reports on War Time Germany Compiled 1944 to 1947. (BIOS / CIOS / FIAT)*. Surrey: Dorking 1990.
- Brocke, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355.

- : Schmidt-Ott, Friedrich Gustav Adolf Eduard Ludwig. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 165–167. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz38654.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Bruch, Rüdiger vom: Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 15–36.
- Buchheim, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), 189–231.
- Bührer, Werner: *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*. München: Oldenbourg Verlag 1986.
- Burkhardt, Kai: *Adolf Grimme. 1889–1963. Eine Biografie*. Köln: Böhlau 2007.
- Butenandt, Adolf: Ernst Telschow. 31. 10. 1889—22. 4. 1988. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Berichte und Mitteilungen* (4). München 1988, 104–110.
- Cassidy, David: Controlling German Science, I. U.S. and Allied Forces in Germany, 1945–1947. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 24/2 (1994), 197–235. doi:10.2307/27757723.
- : Controlling German Science, II. Bizonal Occupation and the Struggle over West German Science Policy, 1946–1949. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 26/2 (1996), 197–239. doi:10.2307/27757762.
- Ciesla, Burghard: Das „Project Paperclip“. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952). In: Jürgen Kocka (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin: Akademie Verlag 1993, 287–301.
- Creuzberger, Stefan und Dominik Geppert (Hg.): *Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018.
- Denecke, Dietrich und Helga-Maria Kühn (Hg.): Göttingen. *Geschichte einer Universitätsstadt*. Bd. 3 Bände. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002.
- Deutinger, Stephan: Kommunale Wissenschaftspolitik im Zeichen des Wiederaufbaus. Würzburg und das Max-Planck-Institut für Silikatforschung 1945–1952. *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 59 (1999), 389–426.
- : *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980*. München: Oldenbourg 2001.

- Dölle, Hans: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1965.
- Dos Passos, John: *Das Land des Fragebogens*. Frankfurt am Main: Neue Kritik 1997.
- Eckert, Michael: *Ludwig Prandtl. Strömungsforscher und Wissenschaftsmanager. Ein unverstellter Blick auf sein Leben*. Berlin: Springer 2017.
- Eibach, R.: Husfeld, Bernhard. *Biographisches Lexikon zur Geschichte der Pflanzenzüchtung*. Bd. 1. Göttingen: Gesellschaft für Pflanzenzüchtung 2000.
- Eibl, Christina: *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator. (1899–1990). Eine biographische Studie*. Dissertation/ PhD Thesis. Stuttgart: Historisches Institut der Universität Stuttgart, Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik 1999.
- Eichholtz, Dietrich: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. München: K. G. Saur 2003.
- Engel, Michael: Dahlem als Wissenschaftszentrum. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 552–578.
- Epple, Moritz und Florian Schmaltz: Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation Göttingen. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein 2010, 150–163.
- Erker, Paul: *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*. Bd. 50. Stuttgart: Klett-Cotta 1998.
- : Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit. In: Manfred Gailus und Heinrich Volkmann (Hg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest, 1770–1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, 392–408.
- Fait, Barbara, Alf Mintzel und Thomas Schlemmer (Hg.): *Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*. Bd. 2. München: Oldenbourg 1993.
- Fassnacht, Wolfgang: *Universitäten am Wendepunkt? Die Hochschulpolitik in der französischen Besatzungszone (1945–1949)*. Bd. 43. Freiburg im Breisgau: Karl Alber 2000.
- Florath, Bernd: Orientierungsprobleme in den Nachkriegsjahren. In: Bernd Florath (Hg.): *Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 73–100.

- Foschepoth, Josef und Rolf Steininger (Hg.): *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik, 1945–1949. Eine Veröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts London*. Paderborn: Schöningh 1985.
- Frank, Charles (Hg.): *Operation Epsilon. The Farm Hall Transcripts*. London: Institute of Physics Publishing 1993.
- Gausemeier, Bernd: *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein 2005.
- Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft im Rechnungsjahr 1952/53. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*. Heft 1. Göttingen 1952, 9–13.
- Göttingen oder Rheinland? In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*. Heft 1. Göttingen 1952, 13–15.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (Hg.): *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft 1961.
- Gesetz über das Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 12. September 1950. GVBl. für das Land Hessen 37/1950, in Kraft getreten am 10. 10. 1950, 179–184.*
- Gimbel, John: Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), 459–483.
- : *Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*. Stanford, CA: Stanford University Press 1990.
- Glum, Friedrich: *Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen*. Bonn: Bouvier 1964.
- Goudsmit, Samuel A.: *Alsos*. Woodbury, NY: AIP Press 1996.
- Graml, Hermann: Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 21–32.
- Greiner, Bernd: *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*. Hamburg: Hamburger Edition 1995.
- : Morgenthau-Plan. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 358–360.

- Hachtmann, Rüdiger: Rezension zu *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen (100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bd. 1)*, von Eckart Henning und Marion Kazemi. *Archiv für Sozialgeschichte (online)* 54 (2014). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81563>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019.
- : Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008), 19–52.
- : Strukturen, Finanzen und das Verhältnis zur Politik. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 60–69.
- : *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein 2007.
- Heim, Susanne: *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 bis 1945*. Göttingen: Wallstein 2003.
- Heinemann, Manfred: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 407–470.
- : Überwachung und „Inventur“ der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG). In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 167–200.
- Henecka, Hans: Hörlein, Heinrich. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1972, 353–354. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz32909.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*. 2. Aufl. München: Oldenbourg 1996.
- : Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung. In: Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hg.): *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991, 21–83.
- Hennicke, Hans Walter: Gerhard Trömel. *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft*. Bd. 25. Göttingen: Verlag Erich Goltze KG 1975. <http://www.digibib.tu-bs.de/?docid=00051958>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Duncker & Humblot 2011.

- : *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Duncker & Humblot 2016.
- : *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 2. Berlin: Duncker & Humblot 2016.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München: Beck 2014.
- Herbst, Ludolf: *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*. 2. Aufl. München: dtv 1996.
- Hesse, Hans: *Augen aus Auschwitz. Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung. Der Fall Dr. Karin Magnussen*. Essen: Klartext 2001.
- Hoffmann, Dieter (Hg.): *Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe*. Berlin: Rowohlt 1993.
- : *Physikochemiker und Stalinist (1945–1955). Robert Havemann. Dokumente eines Lebens*. Berlin: Christoph Links Verlag 1991, 64–115.
- Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus 1990.
- Jacobsen, Annie: *Operation Paperclip. The Secret Intelligence Program to Bring Nazi Scientists to America*. New York, NY: Little, Brown and Company 2014.
- Jaeckel, Sigrid: *Das EWG-Buch*. München: Union Diplomatique Mondial 1965.
- Jeffreys, Diarmuid: *Hell's Cartel. I. G. Farben and the Making of Hitler's War Machine*. London: Bloomsbury 2009.
- Jürgensen, Kurt: *Britische Besatzungspolitik*. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 48–59.
- Kaldewey, David und Désirée Schauz (Hg.): *Basic and Applied Research. Language and the Politics of Science in the Twentieth Century*. New York, NY: Berghahn 2018.
- Kant, Horst: *Otto Hahn und die Erklärungen von Mainau (1955) und Göttingen (1957)*. In: Günter Flach und Klaus Fuchs-Kittowski (Hg.): *Vom atomaren Patt zu einer von Atomwaffen freien Welt. Zum Gedenken an Klaus Fuchs*. 1. Aufl. Berlin: Trafo 2012, 183–197.

- Kant, Horst und Jürgen Renn: *Eine utopische Episode. Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft*. Preprint / Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 441. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2013.
- Kanthner, Michael Alfred: Heinrich Weitz (1890–1962). *Geschichte im Westen* 4 (1989), 198–215.
- Karlson, Peter: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990.
- Keiderling, Gerhard (Hg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin, April bis Juni 1945. *Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*. Bd. 13. Berlin: A. Spitz 1993.
- Kolboske, Birgit, Jürgen Renn, Florian Schmaltz, Alexander von Schwerin und Sascha Topp: Die Anfänge eines Forschungsriesen. *Damals. Das Magazin für Geschichte* 50/2 (2018), 10–13.
- Kontrollrat: *Kontrollratsgesetz Nr. 25. Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29. April 1946*, in Kraft getreten am 7. 5. 1946, 138. <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-gesetz25.htm>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019.
- Kraus, Elisabeth: *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*. Würzburg: Königshausen und Neumann 2001.
- Krebs, Sir Hans: Otto Warburg. Biochemiker, Zellphysiologe, Mediziner. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1978*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1978, 79–96.
- Krieger, Wolfgang: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik, 1945–1949*. Bd. 10. Stuttgart: Klett-Cotta 1987.
- Krige, John: *American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe*. Cambridge, MA: MIT Press 2006.
- Kuhn, Richard: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biochemistry. Part I*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1947.
 ———: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biochemistry. Part II*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1948.
- Kühne, Tobias: *Das Netzwerk „Neu Beginnen“ und die Berliner SPD nach 1945*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2018.

- Laitko, Hubert: Die Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Akademiehistorische Weichenstellungen in der Frühphase des Kalten Krieges. In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 291–364.
- Lange, Felix: Carl Bilfingers Entnazifizierung und die Entscheidung für Heidelberg. Die Gründungsgeschichte des völkerrechtlichen Max-Planck-Instituts nach dem Zweiten Weltkrieg. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 74 (2014), 697–731.
- Lasby, Clarence G.: *Project Paperclip. German Scientists and the Cold War*. New York, NY: Atheneum 1971.
- Latour, Conrad Franchot und Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, 1944–1947*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973.
- Lehman, Joachim: Herbert Backe. Technokrat und Agrarideologe. In: Ronald M. Smelser, Rainer Zitelmann und Enrico Syring (Hg.): *Die Braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993, 1–12.
- Lewis, Jeffrey: Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen und Tübingen – eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 403–443.
- Lönnendonker, Siegward: *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*. Berlin: Duncker & Humblot 1988.
- Lorenz, Robert: Protest der Physiker. *Die „Göttinger Erklärung“ von 1957*. Bielefeld: transcript 2011.
- Machtan, Lothar: *Der Kaisersohn bei Hitler*. Hamburg: Hoffmann und Campe 2006.
- Macrakis, Kristie: *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany*. New York, NY: Oxford University Press 1993.
- Mahoney, Leo J.: *A History of the War Department Scientific Intelligence Mission (ALSOS) 1943–1945*. Dissertation/ PhD Thesis. Ann Arbor, MI: UMI 1981.
- Maier, Helmut: Aus der Verantwortung gestohlen? „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945.

- In: Werner Lorenz und Torsten Meyer (Hg.): *Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus*. Münster: Waxmann 2004, 47–77.
- : *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen: Wallstein 2007.
- (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Göttingen: Wallstein 2002.
- Massin, Benoît: Mengele, die Zwillingsforschung und die „Auschwitz-Dahlem Connection“.
In: Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Göttingen: Wallstein 2003, 201–251.
- : Rasse und Vererbung als Beruf. Die Hauptforschungsrichtungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Nationalsozialismus.
In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein 2003, 190–244.
- Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 1/93. Max-Planck-Institut für Physik München*. München 1993.
- Meiser, Inga: *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2013.
- Meusel, Ernst-Joachim: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Köln: Heymanns 1999.
- Mohr, Antje: *Hessen und der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperation in den Jahren 1945 bis 1949*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1999.
- Morsey, Rudolf: Georg Schreiber. In: Rudolf Morsey (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Münster: Aschendorff 2000, 177–185.
- : *Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer*. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2016.
- : *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn: Schöningh 1996.
- : Pünder, Hermann Joseph Maria Ernst. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 20. Berlin: Duncker & Humblot 2001, 762–763. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz97629.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- : Schreiber, Georg. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 529–530. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz116220.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Nagel, Anne Christine: *Ein Mensch und zwei Leben. Erwin Stein (1903–1992)*. Wien: Böhlau Verlag 2019.

- Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*. Berlin: Propyläen 1997.
- Neufeld, Michael J.: Overcast, Paperclip, Osoaviakhim: Plünderung und Transfer deutscher Militärtechnologie. In: Detlef Junker (Hg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, 306–316.
- Nötzold, Jürgen: Die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 778–800.
- Nötzoldt, Peter: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zwischen Tradition und Anpassung (1946–1972). In: Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.): *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2018, 365–397.
- Oexle, Otto Gerhard: Bertie Blount. 1. 4. 1907–18. 7. 1999. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 905–906.
- : *Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu „Kopenhagen“, „Farm Hall“ und „Göttingen“*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2003.
- : Wie in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft entstand. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1994*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1994, 43–60.
- Oschilewski, Walther G.: Grimme, Adolf. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1966, 88–89. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz42421.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Osietzki, Maria: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau ausseruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates*. Köln: Böhlau 1984.
- Pfuhl, Kurt: Das Königsteiner Staatsabkommen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* 5 (1959), 285–294.
- : *Die öffentliche Forschungsorganisation außerhalb des Hochschulbereichs. Unter besonderer Berücksichtigung verfassungs- und haushaltsrechtlicher Probleme*. Dissertation. Göttingen: Universität Göttingen. Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 1958.
- Polzin, Arno: Robert Havemanns Zusammenarbeit mit Geheimdiensten. In: Bernd Florath (Hg.): *Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 101–113.

- Proctor, Robert N.: *Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2000.
- Przyrembel, Alexandra: *Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2004.
- Rajewsky, Boris und Michael Schön: *FIAT Review of German Science 1939–1946. Biophysics. Part I*. Wiesbaden: Office of Military Government For Germany Field Information Agencies Technical 1948.
- Rasch, Manfred: Über Albert Vögler und sein Verhältnis zur Politik. *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 27 (2003), 127–156.
- : Universitätslehrstuhl oder Forschungsinstitut? Karl Zieglers Berufung zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung im Jahr 1943. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip*. Berlin: Walter De Gruyter 1996, 469–504.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), 35–70.
- Rengel, Jörg: *Berlin nach 1945. Politisch-rechtliche Untersuchungen zur Lage der Stadt im geteilten Deutschland*. Frankfurt am Main: P. Lang 1993.
- Renn, Jürgen, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Jürgen Renn, Birgit Kolboske und Dieter Hoffmann (Hg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 5–120.
- Reusch, Ulrich: Briten und Deutsche in der Besatzungszeit. *Geschichte im Westen* Heft 2 (1987), 145–158.
- Robert Havemann. *Dokumente eines Lebens*. Berlin: Christoph Links Verlag 1991.
- Rupieper, Hermann-Josef: Amerikanische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*. Ein Handbuch. Berlin: Akademie Verlag 1999, 33–47.
- Rürup, Reinhard: Spitzenforschung und „Selbstgleichschaltung“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933–1945. In: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): *Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Göttingen: Wallstein 2014, 108–126.

- Rusinek, Bernd-A.: Einleitung. In: Bernd-A. Rusinek (Hg.): *Die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*. Paderborn: Schöningh 1992, 7–11.
- Sachse, Carola: Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969). In: Achim Trunk und Wolfgang Schieder (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 286–319.
- : Ein „als Neugründung zu deutender Beschluss...“: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. *Medizinhistorisches Journal* 46/1 (2011), 24–50.
- : Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Jürgen Renn, Dieter Hoffmann und Birgit Kolboske (Hg.): *„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“ Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Berlin: epubli 2014, 243–268.
- : „Persilscheinkultur“. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen: Wallstein 2002, 217–246.
- : What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Gesellschaft in the Early Cold War. *Central European History* 42 (2009), 97–141. doi:10.1017/S0008938909000041.
- : Wissenschaftseliten und NS-Verbrechen. Zur Vergangenheitspolitik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Sigrid Oehler-Klein und Volker Roelcke (Hg.): *Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus*. Stuttgart: Franz Steiner 2007, 43–64.
- Scherstjanoi, Elke: Sowjetische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 73–89.
- Schlemmer, Thomas: Semler, Johannes Ferdinand. *Neue deutsche Biographie*. Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 237–238. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz121186.html>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Schmaltz, Florian: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein 2005.
- : Vom Nutzen und Nachteil der Luftfahrtforschung im NS-Regime. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und die Strahltriebwerksforschung im Zweiten Weltkrieg. In: Christine Pieper und Frank Uekötter (Hg.): *Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 67–113.
- Schmaltz, Florian, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka (Hg.): *Research Program History of the Max Planck Society. Report 2014–2017*. Berlin 2017.

- Schmidt, Ute: Zentrumspartei oder Union? Zur Archäologie eines Parteienkonflikts nach 1945. In: Matthias Frese und Michael Prinz (Hg.): *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven*. Paderborn: F. Schöningh 1996, 649–665.
- Schmuhl, Hans-Walter: *Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*. Göttingen: Wallstein 2005.
- : Rasse, Rassenforschung, Rassenpolitik. Annäherungen an das Thema. In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein 2003, 7–37.
- Schön, Wolfgang: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung. Zur Governance der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Bavaria-Druck 2015.
- Schöttler, Peter: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 2. Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka. Berlin 2017.
- Schüring, Michael: *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein 2006.
- Sime, Ruth Lewin: The Politics of Memory. Otto Hahn and the Third Reich. *Physics in Perspective* 8/1 (2006), 3–51. doi:10.1007/s00016-004-0248-5.
- Stamm, Thomas: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln: Wissenschaft und Politik 1981.
- Staněk, Tomáš: *Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948*. München: Oldenbourg 2007.
- Steinhauser, Thomas, Hanoach Gutfreund und Jürgen Renn: *A Special Relationship. Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 1. Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka. Berlin: Max Planck Institute for the History of Science 2017.
- Steinhauser, Thomas, Jeremiah James, Dieter Hoffmann und Bretislav Friedrich: *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter 2011.
- Stoff, Heiko: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Achim Trunk und Wolfgang Schieder (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-*

- Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein 2004, 369–402.
- : *Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung 1926–1945*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2006.
- Stubbe da Luz, Helmut; Landahl, Heinrich. *Hamburgische Biografie 5. Personenlexikon*. Herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke. Bd. 5. Göttingen: Wallstein Verlag 2010.
- Sudrow, Anne: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68/27 (2018), 11–16.
- Süß, Dietmar: *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*. München: Siedler 2011.
- Süß, Winfried; Reuter, Ernst Rudolf Johannes. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 467–468. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz45313.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Tempelhoff, Jana und Dirk Ullmann: *Mitgliederverzeichnis der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1949–2002)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2015.
- Thayer, Charles W.: *Die unruhigen Deutschen*. Bern: Scherz 1958.
- Thoms, Ulrike: Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: Theo Plesser und Hans-Ulrich Thamer (Hg.): *Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Stuttgart: Steiner 2012, 295–356.
- Topp, Sascha und Jürgen Peiffer: Das MPI für Hirnforschung in Gießen. Institutskrise nach 1945, die Hypothek der NS-„Euthanasie“ und das Schweigen der Fakultät. In: Volker Roelcke (Hg.): *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten*. Stuttgart: Steiner 2007, 539–607.
- Treue, Wolfgang: Friedrich Schmidt-Ott. In: Wolfgang Treue und Karlfried Gründer (Hg.): *Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber*. Berlin: Colloquium Verlag 1987, 235–250.
- Trischler, Helmuth: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. München: Oldenbourg 2004, 117–194.

- Trittel, Günter J.: Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1987), 25–63.
- : *Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949)*. Frankfurt am Main: Campus 1990.
- Vollnhals, Clemens (Hg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991.
- Waldner, Wolfram, Christof Wörle-Himmel, Eugen Sauter und Gerhard Schwyer: *Der eingetragene Verein. Gemeinverständliche Erläuterung des Vereinsrechts unter Berücksichtigung neuester Rechtsprechung mit Formularteil*. 20. Aufl. München: C.H. Beck 2016.
- Walker, Mark: Die drei von der Uranstelle. Rezension von Elisabeth Kraus. „Von der Uran-spaltung zur Göttinger Erklärung“. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27 (1. 2. 2002), 52.
- : *Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung*. Berlin: Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ 2003.
- Wankmüller, Armin: Krauch, Carl. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 12. Berlin: Duncker & Humblot 1980, 679–681. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz44888.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Weber, Petra: *Carlo Schmid, 1896–1979*. Eine Biographie. München: Beck 1996.
- : Schmid, Carlo. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 151–152. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz113523.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Weindling, Paul J.: Verdacht, Kontrolle, Aussöhnung. Adolf Butenands Platz in der Wissenschaftspolitik der Westalliierten (1942–1969). In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 320–345.
- Wengst, Udo: Schlange-Schöningen, Hans. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 26. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz112559.html#ndbcontent>. Zuletzt aufgerufen am 10. 4. 2019.
- Werth-Mühl, Martina: CIOS, BIOS, FIAT, JIOA. Berichte alliierter Nachrichtendienste über den Entwicklungsstand der deutschen Industrie und Forschung (1944–1947). *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 9/3 (2001), 39–44.
- Wetzel, Jürgen: Berlin. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 385–391.

Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch*. Berlin: Akademie Verlag 1999, 60–72.

Wolfrum, Edgar, Peter Fäßler und Reinhard Grohnert (Hg.): *Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949*. München: Oldenbourg 1996.

Zauner, Stefan: Die Universität Tübingen 1945 bis 1949. Aspekte der französischen Hochschulpolitik im besetzten Nachkriegsdeutschland. *Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte*. Herausgegeben von Michael Wischnath 9 (1999), 101–144.

9. Abkürzungsverzeichnis

ACC	Allied Control Council (Allierter Kontrollrat)
AG	Aktiengesellschaft
AMPG	Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVA	Aerodynamische Versuchsanstalt
BArch	Bundesarchiv
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
Bd./Bde.	Band/Bände
betr.	betreffend
BIOS	British Intelligence Objectives Sub-Committee
Bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
CIC	Combined Intelligence Committee
CIOS	Combined Intelligence Objectives Sub-Committee
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	Derselbe
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFH	Deutsche Forschungshochschule
DM	Deutsche Mark
DVA	Deutsche Verlags-Anstalt
ERP	European Recovery Program
e.V.	eingetragener Verein
FDP	Freie Demokratische Partei
FIAT	Field Information Agency, Technical
FO	Foreign Office
FS	Festschrift
FU	Freie Universität Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMPG	Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Hrsg.	Herausgeber(in)
ICD	Information Control Division
IG (auch I. G.)	Interessengemeinschaft
JCS	Joint Chiefs of Staff
JIOA	Joint Intelligence Objectives Agency
Kap.	Kapitel
km	Kilometer

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
KZ	Konzentrationslager
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
NL	Nachlass
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
OSS	Office of Strategic Services
Pg.	Parteigenosse
RG	Record Group
RM	Reichsmark
S.	Seite(n)
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
TH (auch T. H.)	Technische Hochschule
TNA	The National Archives
TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA (auch U. S.)	United States (of America)
VDEh	Verein Deutscher Eisenhüttenleute

10. Personenregister

A

Abderhalden, Emil 66
Adams, Roger 20, 72
Adenauer, Konrad 133
Alter, Peter 71, 145
Andrade, Edward Neville da Costa 71
Arndt, Franz 76, 94
Ash, Mitchell G. 128, 147
August Wilhelm Prinz von Preußen 118

B

Backe, Herbert 77, 119, 130
Bagge, Erich 44, 46
Becker, Carl Heinrich 141
Benecke, Otto 102, 105, 126, 137, 141, 142
Betz, Albert 24
Bevin, Ernest 70, 78
Bewilogua, Ludwig 28
Biermann, Wolf 36
Bilfinger, Carl 82, 117, 124
Blessing, Karl 125
Blount, Bertie K. 63, 70, 71, 72, 132, 146
Böckler, Hans 126
Bohr, Niels 72
Bonhoeffer, Karl Friedrich 71, 82, 85, 126
Borsche, Walter 71
Bosch, Carl 127, 130, 131
Bothe, Walther 15, 24, 56, 58, 59, 60, 62
Bötzkes, Wilhelm 76, 95, 96, 100, 103, 118,
126, 127, 140, 141
Braun, Wernher von 25
Butenandt, Adolf 38, 40, 43, 51, 66, 67, 117,
120, 125, 128, 129, 130, 134, 138, 139, 140,
141, 142, 152, 153

C

Cassidy, David 16, 20, 21, 78
Churchill, Winston 36, 41
citationID 19, 78, 79, 132
Clay, Lucius D. 20, 77, 133

D

Dale, Henry H. 72
Deutinger, Stephan 26, 57, 63

Dietzel, Adolf 55, 57, 60, 63
Dölle, Hans 38, 54, 68, 110, 117, 122, 123, 124,
138, 139, 141

Dos Passos, John 19, 52

E

Edlbacher, Siegfried 67
Einstein, Albert 74, 152
Eitel, Wilhelm 25, 135, 136
Erbe, Walter 54
Eschenburg, Theodor 37

F

Fischer, Franz 46, 55
Förster, Friedrich 54
Forstmann, Walther 31, 85
Frei, Norbert 9
Friedrich-Freksa, Hans 38
Friedrich Viktor Prinz von Hohenzollern-Sig-
maringen 153

G

Gentner, Wolfgang 133
Gerlach, Walther 126
Gimbel, John 43
Glocker, Richard 48, 52
Glum, Friedrich 18, 25, 26, 27, 38, 75, 89, 93,
114

Goldschmidt, Theo 118

Göring, Hermann 127

Gottschaldt, Kurt 128

Graml, Hermann 14

Grimme, Adolf 76, 93, 95, 118, 120

Grube, Georg 48, 52

Gummert, Fritz 126

H

Haber, Fritz 33

Hachtmann, Rüdiger 47, 71, 73, 86, 131, 132,
133

Hahn, Otto 7, 10, 16, 39, 44, 45, 46, 49, 58, 67,
70, 71, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 81, 90, 94, 102,
104, 105, 108, 110, 117, 118, 119, 120, 122,
125, 126, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134,
135, 136, 138, 140, 142, 146, 149, 151, 152,
153

Hämmerling, Joachim 107
Hartmann, Max 128, 131, 138
Havemann, Robert 27, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36,
38, 74, 75, 76, 81, 87, 127, 128
Heim, Susanne 119
Heinemann, Manfred 16, 93
Heisenberg, Werner 16, 44, 46, 70, 76, 117, 120,
126
Henke, Klaus-Dietmar 19
Heubner, Wolfgang 128
Hobsbawm, Eric J. 144
Hockerts, Hans Günter 106, 150
Hoegner, Wilhelm 26
Hoffmann, Dieter 32, 76
Hohn, Hans-Willy 89, 92, 102, 107, 108, 109
Holzapfel, Luise 109
Hörlein, Heinrich 119, 125
Hundhammer, Alois 90, 110
Husfeld, Bernhard 134, 135
K
Kant, Horst 146
Karlson, Peter 66
Karsen, Fritz 34, 81, 89
Kissler, Hermann 126
Kolboske, Birgit 146
Konen, Heinrich 91
Kopf, Heinrich Wilhelm 122
Korsching, Horst 46
Köster, Werner 46, 48, 52, 61, 62, 64
Kost, Heinrich 125
Krauch, Carl 119, 127
Kraut, Heinrich 49, 50
Kühn, Alfred 38, 39, 51, 56, 66, 131, 138
Kuhn, Richard 24, 59, 76, 117, 142
L
Laitko, Hubert 30, 33
Landahl, Heinrich 97, 98, 103, 118, 136
Laue, Max von 44, 46, 76, 84, 117
Lehmann, Gunther 49, 51, 52, 57, 59, 68
Lewis, Jeffrey 39, 151
Lübke, Heinrich 123
Lüst, Reimar 129
Lwoff, André 39, 64

M

Magnussen, Karin 146
Marquart, Aron 116
Massin, Benoît 8, 128
Mattauch, Josef 38, 39, 46, 75
Meinzolt, Hans 132
Meitner, Lise 72, 75, 153
Melchers, Georg 38, 67, 131, 138
Mengele, Josef 8, 127, 128
Meusel, Ernst-Joachim 113
Milch, Erhard 118
Morgenthau, Henry 14, 18
Muckermann, Hermann 83
Müller, Herbert 31

N

Nachtsheim, Hans 107
Naimark, Norman 28
Niethammer, Lutz 147
Niklas, Wilhelm 123
Nordstrom, Carl 22
Nowotny, Hans 54

O

Oexle, Otto Gerhard 44, 70, 129

P

Petersen, Alfred 103, 118, 140
Pfuhl, Kurt 89
Planck, Erwin 74
Planck, Max 26, 32, 72, 74, 75, 76, 90, 129, 130,
131, 133, 145, 146, 151
Prandtl, Ludwig 13
Preuschen, Gerhardt 100
Proctor, Robert N. 17, 128
Pünder, Hermann 98, 103, 123, 124, 137

R

Raiser, Ludwig 138
Rajewsky, Boris 24, 117, 128
Ranger, Terence 144
Rau, W. 60
Regener, Erich 38, 56, 76, 117
Renn, Jürgen 146
Reusch, Hermann 126
Reuter, Ernst 83, 84, 85, 124
Roelen, Wilhelm 126

Roosevelt, Franklin D. 36
 Rudorf, Wilhelm 50, 51, 142
 Rupp, Hans 39, 54, 124
 Rusinek, Bernd-A. 46
 Rust, Bernhard 115
S
 Sachse, Carola 120
 Scheibe, Arnold 107
 Schiemann, Elisabeth 107
 Schimank, Uwe 89, 92, 102, 107, 108, 109
 Schlange-Schöningen, Hans 123
 Schmaltz, Florian 43, 73, 147
 Schmid, Carlo 39, 66, 102, 124
 Schmidt, Jonas 54
 Schmidt-Ott, Friedrich 120
 Schön, Wolfgang 112
 Schopper, Erwin 56
 Schreiber, Georg 103, 117, 120, 121, 122, 126,
 135, 153
 Schroeder, Kurt Freiherr von 77
 Schüler, Hermann 38
 Schumacher, Kurt 37
 Schüring, Michael 13, 38, 129, 141
 Schwerin, Alexander von 108, 134
 Schwiete, Hans-Ernst 135
 Seeliger, Hans 94, 96
 Seeling, Otto 126
 Semler, Johannes 23
 Sengbusch, Reinhold von 32
 Siemens, Hermann von 86
 Sime, Ruth Lewin 129
 Spedding, Frank 7, 70
 Speer, Albert 13
 Stalin, Josef 36
 Stein, Erwin 84, 128
 Steinhauser, Thomas 45
 Stoff, Heiko 21, 43, 67
 Strickrodt, Georg 98, 99, 123

T

Telschow, Ernst 13, 14, 26, 27, 31, 32, 40, 45, 51,
 65, 70, 71, 74, 76, 77, 80, 81, 84, 86, 87, 91, 95,
 96, 99, 100, 102, 104, 113, 122, 123, 125, 127,
 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136,
 138, 139, 140, 141, 142, 146, 149, 151

Thayer, Charles 15
 Thießen, Peter Adolf 29, 31
 Trischler, Helmuth 26, 90
 Troeger, Heinrich 136
 Trömel, Gerhard 135
 Tropsch, Hans 55

V

Vennewald, Heinrich 52
 Verschuer, Otmar Freiherr von 127, 128
 Vögler, Albert 13, 14, 74, 77, 119, 131

W

Warburg, Otto 83, 84, 85, 126
 Weitz, Heinrich 102, 103, 123
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 44, 46
 Wengler, Wilhelm 131
 Wever, Franz 24, 45, 48, 53, 55, 58
 Wieland, Heinrich 117
 Wilhelm II, Kaiser 153
 Windaus, Adolf 76, 117, 126
 Winzer, Otto 30
 Wirtz, Karl 46
 Wolfrum, Edgar 37
 Wurster, Carl 126, 127, 151

Z

Ziegler, Karl 46, 47, 63, 64, 126
 Zierold, Kurt 132
 Zweigert, Konrad 54

gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

